# Kursbuch 71

*Berichte zur Lage der Nation*

*Eva Demski*, Tagebuch einer Wende
*Karl Markus Michel*, Die neue Glaubwürdigkeit
*Dieter Kampe*, Über die Wirtschaftslage der Nation
*Jürgen Forster*, Griffe nach der hohen Kante
*Yaak Karsunke*, Alle Räder stehen still
*Uwe Wesel / Wolf-Dieter Narr*, Eliten für die Massen
*Günter Gaus*, Schöner ist der Friede nicht zu haben
*Karl-Heinz Harenberg*, Die Kontinuität der Rüstungspolitik
*Helmut Kerscher*, Kurzer Prozeß – das Recht in der Krise
*Fritz Franz*, Bilanz der deutschen Ausländerpolitik
*Cora Stephan*, Nun muß sich alles, alles wenden

*Kursbuch / Rotbuch Verlag*
März 1983 9 Mark A 20281 F

Kursbuch

Herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler
Unter Mitarbeit von Hans Magnus Enzensberger
Redaktion: Ingrid Karsunke

## 71 Berichte zur Lage der Nation März 1983

*Tilman Spengler*, Depeschen nach Peking 1
*Eva Demski*, Tagebuch einer Wende 9
*Karl Markus Michel*, Die Herrschaft der neuen Glaubwürdigkeit 21
*Bernd M. Malunat*, Schwierige Partner oder wer wem nicht grün ist 31
*Dieter Kampe*, Über die Wirtschaftslage der Nation 38
*Jürgen Forster*, Griffe nach der hohen Kante. Zur Renten- und Sozialpolitik 55
*Ursula Krechel*, Roswitha oder das Weib, wie es sein sollte 65
*Yaak Karsunke*, Alle Räder stehen still 73
*Uwe Wesel / Wolf-Dieter Narr*, Eliten für die Massen – bildungspolitische Wechseljahre 85
*Günter Gaus*, Schöner ist der Friede nicht zu haben. Zur Außen- und Deutschlandpolitik 99
*Karl-Heinz Harenberg*, Rampenfieber. Die Kontinuität der Rüstungspolitik 121
*Helmut Kerscher*, Kurzer Prozeß – das Recht in der Krise 136
*Fritz Franz*, Sommergäste – eine Bilanz der deutschen Ausländerpolitik 149
*Hans-Georg Behr*, Zur Lache der Nation 163
*Cora Stephan*, Nun muß sich alles, alles wenden 169

Das Kursbuch erscheint einmal im Vierteljahr. Jedes Heft kostet im Jahresabonnement DM 7, im Einzelverkauf DM 9. Verlagsanschrift: Kursbuch Verlag / Rotbuch Verlag, Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30, Telefon 2 61 11 96. Anschrift der Redaktion: Kursbuch Verlag Niebuhrstraße 77, 1000 Berlin 12, Telefon 8 81 50 59. Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein, bittet jedoch darum, Rückporto beizufügen; sie erklärt, daß sie solche Sendungen in der Regel nicht kommentieren und keine Haftung für sie übernehmen kann.
Verantwortlich für den Inhalt: Karl Markus Michel und Tilman Spengler. © 1983 Kursbuch Verlag, Berlin. Alle Rechte, auch die der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten.
Druck und Bindung: Georg Wagner, Nördlingen
Beilagen: Hoffmann und Campe Verlag (Teilauflage), »Kirschkern« Buchversand (Teilauflage), Rotbuch Verlag, Wohlthat's Versand

Goethe-Institut e.V. Bibliothek
ausgeschieden am: .....
83-186
Goethe Institut e.V. München
05
Kur

# Tilman Spengler
# Depeschen nach Peking

*Der Militärattaché*

Bonn-Niederbachem

». . . rechnen wir mit einer beschleunigten Verstärkung des Bestehenden. Militärisch betrachtet ist Westdeutschland semikolonial, das trifft auf die breite Zustimmung der großen Volksmassen. Für unsere Politik gegenüber der Sowjetunion ist das von großem Vorteil, der Polarbär muß seine Nase im Eis halten; will er nicht ganz erstarren, muß er mit dem Hintern wackeln. So erklären wir hier die neuen Angebote der Revisionisten an unser glorreiches Politbüro.
Die hauptsächlichen Veränderungen betreffen die Darstellung von Wehrwillen und Wehrkraft. Die sozialdemokratische Regierung lehnte die Idee von Arbeitern und Bauern als Hauptorganen des Kriegswesens ab und verbreitete ein Konzept, das die Parole ›Bürger in Uniform‹ trug. Die neuen Führungskader scheinen eher der Linie ›Soldaten in Uniform‹ anzugehören, Körperkultur soll wieder gefördert werden, desgleichen Disziplin und Mode. Um die Begeisterung der Volksmassen zu erregen, werden viele Blaskonzerte abgehalten. Das Kriegsmaterial ist nicht immer ausreichend. Die meisten Flugzeuge fallen ohne Feindeinwirkung vom Himmel. Der neue Minister ist selber Flieger, muß diesen Beruf in seiner neuen Stellung aber nicht mehr ausüben, was auch seine ihm gerade angetraute Frau freuen wird.
Eine Bitte an die Außenabteilung: bitte mit der Entsendung von Militärdelegationen noch einige Wochen warten, unsere Vorräte an Videokassetten sind nahezu aufgebraucht, neue Etatmittel sind nicht in Sicht, außerdem in Zukunft unbedingt vorher genau das System angeben . . .«

*Der Chefdolmetscher*

Bonn-Niederbachem

». . . unterscheidet sich die Umgangssprache immer mehr von den Textbüchern, nach denen wir gelernt haben. Die germanistischen Führungskräfte von Westdeutschland haben heftige Kritik an der Sprache des neuen Kanzlers vorgenommen. Für die Dolmetscherabteilung bedeutet sie dagegen eine

große Erleichterung. Die leitenden Gedanken sind sehr abstrakt aber äußerst einfach. Häufige Wiederholungen erleichtern die Arbeit des Erinnerungsvermögens. Bei Rückübersetzungen sind uns von verschiedenen Seiten Komplimente gemacht worden, daß die Klarheit unserer Sprachbilder die deutschen Originalmetaphern erheblich präzisiert. Ich schlage vor, Kollegen Wang, der die Formel ›in diesem unserem Lande‹ aus der Regierungsansprache fälschlich so interpretiert hat, als gebe es neben ›diesem‹ noch andere Länder, auf die der Bundeskanzler Anspruch erhebe, in die Konsulatsabteilung zu versetzen. Gleichfalls ist der Urheber der Verwechslung von Kohlismus mit Gaullismus an unsere isländische Vertretung empfohlen worden. Als Ersatzkräfte schlage ich vor . . .«

*Der Wissenschaftsattaché*

Bonn-Niederbachem

»...dürfen wir von einer kontinuierlichen Weiterentwicklung von Wissenschaft und Technik ausgehen. Partei und Staat widmen der allseitigen Entfaltung von Wissenschaft und Technik größte Aufmerksamkeit. Dabei sollen in Zukunft zwei Hauptwidersprüche gelöst werden: der Hauptwiderspruch zwischen Massen und Eliten und der Hauptwiderspruch zwischen Geld und Erfolg.

Der Hauptwiderspruch zwischen Massen und Eliten besteht darin, daß Talente eine Eigenschaft von Masse sind. Aus Masse entstehen Talente; wenn Talente von Masse getrennt werden, entsteht Elite. Die wissenschaftspolitische Lösung des Widerspruchs muß die Dialektik dieser Beziehungen erkennen. Die Massen müssen so gefördert werden, daß sich die Talente im geeigneten Augenblick loslösen können, um Eliten zu bilden. Es handelt sich um die Dialektik zwischen Bremsen und Beschleunigen. Die gegenwärtige Politik ist darauf gerichtet, die Massen zu bremsen und die Eliten zu beschleunigen. Man muß das wahrscheinlich als eine Reaktion auf die Politik der Sozialdemokraten werten, die die Massen bestimmen lassen wollten, wer ihre Eliten sein sollten, damit häufig aber nur erreichten, daß Elite nur wurde, wer sich am meisten mit den Massen beschäftigte, was langfristig der Forschung nicht förderlich war, weil die Massen dieser Eliten nur einem sehr elitären Begriff von Masse entsprachen.

Andererseits haben Partei und Regierung von Westdeutschland noch keine überzeugenden Erfolge bei der Politik der Förderung von Eliten vorzuweisen gehabt. Die großen Forschungsförderungsorganisationen bezahlen seit mehr als drei Jahrzehnten viele hundert Millionen Mark im Jahr an ihre Elitewissenschaftler, ohne damit den Widerspruch zwischen Geld und Erfolg lösen zu können. Für die bisher ausgegebenen Milliarden Mark sind kaum eine Handvoll Nobelpreise erzielt worden. Es handelt sich hierbei um

einen internen Widerspruch im System der materiellen Anreize. Ich ziehe ein Beispiel zur Erklärung an: Der Nobelpreis erbringt einen Geldwert von ca. 250 Tausend Mark. Er setzt eine Weltspitzenleistung der Forschung voraus. Den gleichen Betrag verdient ein westdeutscher Max-Planck-Direktor in dreißig Monaten Arbeit, auch wenn er keine Weltspitzenleistung der Forschung vorlegt. Vielleicht ist es einfach leichter, nur immer Direktor zu sein, als Weltspitzenleistungen der Forschung vorzulegen. Oder es gibt Faktoren, die noch nicht genügend berücksichtigt wurden, um den Widerspruch aufzulösen. Kandidatin Bao Chihfan aus dem 14. Chemieinstitut in Harbin, die wir in Heidelberg untergebracht haben, ist aufgefallen, daß ihre deutschen Kollegen die Tendenz haben, Weltspitzenleistungen dann Respekt zu zollen, wenn sie in den Vereinigten Staaten von Amerika veröffentlicht wurden. Dafür gibt es, meint sie, objektive und subjektive Gründe. Objektive Gründe der Forschung und subjektive Gründe der Ahnenverehrung. Da die Deutschen ihre besten Wissenschaftler nach Amerika vertrieben hätten, schuldeten sie den dort erbrachten Leistungen höheren Respekt, schließlich ›fällt der Glanz von den Ahnentafeln auf die Kindsgesichter der Nachkommen‹. Ähnliches glaubt sie für die Filmkunstveranstaltungen dieses Landes beobachtet zu haben. Das Vertrauen auf die eigene Leistung ist geschmälert durch den Respekt vor dem erschütternden Vorbild. Mir persönlich fällt es allerdings schwer, diese grundverschiedenen Ebenen miteinander in Übereinstimmung zu bringen. Kunst und Wissenschaft wohnen zwar unter einem Dach, doch in weit getrennten Räumen.
Daß unsere Stipendiaten nach wie vor 50 Prozent ihrer Einnahmen von den deutschen Geldgebern an die Botschaft abführen müssen, erregt immer noch den Ärger deutscher Stellen. Immer wieder drohen die Geldgeber, daß der Bundesrechnungshof es nicht zulassen wird, daß Stipendien für chinesische Studenten, die von deutscher Seite gezahlt werden, an die Botschaft zurückgehen, auf Kosten der zu fördernden Studenten, doch da wir für diese Praxis mittlerweile schon ein Traditionsrecht in Anspruch nehmen können, gehe ich davon aus, daß alles beim Alten bleibt. Was die Zustellung von Kühlschränken angeht, sollten Sie vielleicht in Rechnung stellen, daß die Strompreise auch in Peking im letzten Jahr stark gestiegen sind, selbstverständlich bin ich gerne bereit . . .«

*Der Koch*

Bonn-Niederbachem

». . . und ganz so einfach hätte ich mir die Arbeit nicht vorgestellt. Die Vertreter des Deutschen Volkskongresses kennen in der Regel nur die chinesische Küche der Auslandschinesen in Bangkog und sind glücklich, wenn man ihnen eine Frühlingsrolle serviert. Einige unserer Landsleute sind hier

zu Ruhm und Reichtum gekommen, die meisten von ihnen stammen aus Singapore oder Kanada, sie bekämpfen die Barbaren mit den Mitteln der Barbaren, lassen Mehl schwitzen, statt zu dünsten, servieren mit einem falschen Lächeln Messer und Gabel, statt sorgfältig zu zerlegen, die eßbaren von den unverkäuflichen Bestandteilen zu trennen. In einem Satz: Mit Kultur ist hier in absehbarer Zeit nicht zu rechnen, nur unsere Botschaftsangehörigen achten auf einen gewissen Standard. Der gewöhnliche Vertreter des deutschen Volkskongresses dagegen schätzt nicht einmal den medizinischen Wert der Gerichte; häufig genug habe ich erlebt, daß nach einem Essen, das ganz auf Stärkung ausgerichtet war, heimlich Pillen verzehrt wurden, die die Magensäfte wieder in ein unbestimmbares Ungleichgewicht brachten. Nur die Vertreter der ›Freundschaftsgesellschaft‹ machen davon eine Ausnahme, doch die sind politisch so bedeutungslos, daß mir empfohlen wurde, für deren Empfang die Stromkosten zu senken.
Die Preise für Baumwollprodukte geben im Augenblick etwas nach, dieser Preisverfall rangiert im westdeutschen Kapitalismus unter der Bezeichnung ›Winterschlußverkauf‹, doch ob ich alle Wünsche Deiner Einheit in dieser kurzen Zeit erfüllen kann . . .«

*Der Botschafter*

Bonn-Niederbachem

». . . in den Zeiten des Übergangs liegt das Staatsschiff in der Mitte des Stroms, das eine Ufer entschwindet der Sicht, das andere ist nur unscharf zu erkennen. Regierungskunst und Oppositionskunst sind zwei grundverschiedene Angelegenheiten, der eine führt schneller die Zunge, der zweite ist flinker mit dem Stempel. Die inneren Angelegenheiten der Deutschen Bundesrepublik betreffen unsere Geschäfte nicht, daher konzentriere ich mich auf die Außenpolitik. Hier sind in den letzten Monaten Stabilität und Berechenbarkeit an die Stelle von Initiative und Überraschung getreten.
Diese Tendenz ist leicht zu erklären. Der Unerfahrene sucht zu Beginn seiner Amtszeit immer gern Schutz beim Mächtigen und beim Vertrauten. Dafür kommen für den neuen Bundeskanzler nur zwei Staaten in Betracht: die Vereinigten Staaten von Amerika und Österreich.
Aus dem Außenministerium ist an Säuberungen direkt nichts bekannt geworden, allerdings stützt sich der gegenwärtige Minister Genscher nurmehr auf eine Massenbasis, die an Ausdehnung so geringfügig ist, daß sie in der Volksgunst nur knapp vor den Kommunisten rangiert.
An Einfluß gewonnen zu haben scheint eine regionale Gruppierung aus dem Süden der Bundesrepublik, die der Fraktion von Herrn Strauß zugehört. Diese Gruppe bemüht sich verstärkt um eine Neuordnung der Beziehungen zwischen diesem Land und den Staaten der Dritten Welt. Es geht dabei

einerseits um die Gewinnung von politischem Einfluß, andererseits um eine Belebung der westdeutschen Wirtschaft durch Exportsubventionen und Rüstungskredite. Die neue Politik zielt darauf, den sogenannten Empfängerländern den Empfang von Gütern nur dann zu gestatten, wenn sich diese Länder dem westlichen Bündnis verpflichtet und erkenntlich zeigen. Diese Politik kommt der unseren sehr entgegen, wir sollten sie unterstützen, um auch unsererseits zu verhindern, daß die Länder der Dritten Welt von *allen* Seiten dicke Geschenke einstecken und sich verhalten wie eine schöne Dame, die den Kavalieren zulächelt, ohne ihnen eine Gunst zu erweisen.
Die zwischenstaatlichen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und der deutschen Bundesrepublik werden, das scheint sich abzuzeichnen, von keinerlei Belastungen betroffen sein. Vielleicht bietet es sich an, nach einer kurzen Pause des Abwartens den neuen Bundeskanzler zu politischen Gesprächen nach Peking einzuladen. Er hat die Große Mauer noch nicht gesehen und würde sich sicher über eine Einladung freuen. Mit protokollarischen Problemen ist nicht zu rechnen, das Geschmacksleben des Herrn Dr. Kohl entspricht dem deutschen Volksgeschmack. Es ist auch nicht damit zu rechnen, daß eventuelle Geschenke unsererseits von Herrn Kohl gering geachtet würden (oder gar heimlich weitervertrieben, wie andere Beschenkte es gemacht haben). Das deutsche Fernsehen hat den Kanzler bei einer Ansprache zu Neujahr gefilmt, dabei konnte man sehen, daß Dr. Kohl vor Regalen arbeitet, auf denen viele kleine Geschenke aufbewahrt werden.
Mein Antrag auf Erhöhung der Auslandspauschale . . .«

*Der Sicherheitsoffizier*

Bonn-Niederbachem

». . . das System der öffentlichen Sicherheit ist, allgemein gesprochen, mit unserem zu vergleichen, allerdings von einem fortschrittlichen technischen Niveau. Personalakten werden zentral geführt, etwa wie bei uns das nationale Krebsregister. Dadurch ist die Disziplin auf den Straßen von hohem Rang, und auch politische Gegner von Staat und Partei können nur schwer durch die Netze der Fahndung schlüpfen. Durch die Anwendung des technischen Fortschritts entfallen hier viele Aufgaben, die bei uns noch die Nachbarschafts- oder Straßenkomitees wahrnehmen müssen. Gleichfalls haben Staat und Regierung auf die Aufstellung einer Volksmiliz verzichtet. Hierfür sprachen politische Gründe (Staat und Partei sollen die Gewehre kommandieren) und in letzter Zeit wohl auch finanzielle Erwägungen. Durch den hohen technischen Aufwand ist der Sicherheitseinsatz sehr kostenträchtig geworden. Allerdings soll das in Zukunft durch ein Prämiensystem geregelt werden. Jeder Gesetzesbrecher muß die Kosten, die zu seiner

Ergreifung führen, selber bezahlen. Das wird die Leistungen der Organe der Öffentlichen Sicherheit beflügeln. Gerade bei Ausschreitungen gegen die politische Ordnung ist hierbei mit hohen Gewinnen zu rechnen, denn da es sich dabei häufig um eine Vielzahl von Tätern handelt, ist das Ergreifen leichter – wo es sich im Wasser tummelt, macht auch der alte Kormoran noch Beute. Ob das neue Prämiensystem auch auf die Gerichte und die Gefängnisse ausgedehnt wird, habe ich noch nicht herausgefunden. Es würde dem Gesamtplan nicht widersprechen, denn auch dort entstehen Kosten für Unterbringung, es müssen Juristen, Wärter und Pfarrer eingestellt werden, und auch der Materialverbrauch ist nicht unerheblich. Man sollte den betreffenden Organen unseres Staatsrates empfehlen, dieses neue Modell gründlich zu studieren.«

*Der Parteisekretär*

Bonn-Niederbachem

». . . die wirtschaftliche und soziale Lage dieses Landes verschlechtert sich von Tag zu Tag, darin liegt eine große revolutionäre Chance. Westdeutschland hat ein großes Potential an Volkskraft und Hochbegabung für Leistungen des Aufbaus. Immer wenn das Land am Boden liegt, werden die Produktivkräfte allseitig entfesselt.

Für unser Vaterland bietet sich hier eine ausgezeichnete Gelegenheit, das Fremde dem Eigenen dienstbar zu machen. Wenn die sozioökonomische Entwicklung Westdeutschlands weiterhin rückläufig ist, werden sich die materiellen Niveaus unserer beider Länder immer mehr einander angleichen. Dann ist der Zeitpunkt gekommen, an dem die Erfahrungen von Wirtschaftsdenken und Wirtschaftslenken so übertragen werden können, daß unsere Volkswirtschaft das ausländische Modell ohne Entwicklungssprünge verwirklichen kann. Ich denke dabei an die Bearbeitung konkreter Probleme – wie die Beseitigung der hohen Jugendarbeitslosigkeit, die Lösung gesellschaftlicher Widersprüche innerhalb des Volkes, dazu gleich Ausführlicheres, sowie an die Übernahme wissenschaftlicher Regeln der Wirtschaftspolitik.

Ich beginne mit dem zuletzt genannten Punkt. Der Marxismus-Leninismus lehrt uns, daß Klassenkampf und allseitige Entfesselung der Produktivkräfte zu den dynamischen Faktoren des Wirtschaftslebens gehören. Nach dem Erfolg der sozialistischen Revolution verwandeln sich antagonistische Klassengegensätze in nicht-antagonistische Klassengegensätze, die allseitige Entfaltung der Produktivkräfte erfolgt planvoll. Bei der Gestaltung der Pläne können wir von der Leitung der westdeutschen Wirtschaft eine Strategie übernehmen, die hier ›Wunderdreieck‹ oder ›magisches Dreieck‹ genannt wird. Die Erfolge des deutschen Wirtschaftswunders sind auf die korrekte

Anwendung dieses ›Wunderdreiecks‹ zurückzuführen. Ich habe unsere Wirtschaftsabteilung angewiesen, hierzu ein Handbuch zusammenzustellen, das auch zur Berichtigung falscher Ansichten unter einigen älteren Kadern in der Partei beitragen kann. Eine zweite wissenschaftliche Regel in der Wirtschaftspolitik ist die korrekte Anwendung der Psychologie. Nicht nur der entschlossene revolutionäre Enthusiasmus ist eine historische Produktivkraft, sondern auch der gezielte Glaube der Massen. Das ist eine wissenschaftliche Tatsache. Wenn im Kapitalismus alle Fabrikherren glauben, daß sie große Profite machen werden, entsteht aus der Summe des Glaubens eine materielle Kraft, die die Wirtschaft prosperieren läßt. Wenn demnach alle Arbeitslosen glauben, daß sie bald Arbeit bekommen, entsteht gleichfalls eine materielle Kraft, die für viele Arbeitsplätze sorgt. Das ist das Umschlagen von Quantität in Qualität.
Auch bei der Behandlung antagonistischer und nicht-antagonistischer Widersprüche können wir von den Deutschen lernen. Sie haben erkannt, daß die großen politischen Probleme durch Subjektivismus, Sektierertum und Schematismus entstehen. Es bedarf daher übergeordneter Probleme, die die Aufmerksamkeit aller Teile der Bevölkerung auf sich ziehen, sodaß alle wieder in eine Richtung blicken, statt mit Neid und Mißgunst gegeneinander. So veranstaltet man Massenaufzüge für eine gute Luft oder den grünen Wald. Die Organe der Öffentlichen Sicherheit verhalten sich bei diesen Aufzügen mit großem Geschick. Da das Interesse für Kundgebungen wächst, wenn sie sich gegen einen Gegner richten, übernehmen die Sicherheitskräfte die Rolle des Gegners, damit erreicht die politische Führung, daß für Luft und Wälder demonstriert wird und sich die sozialen Antagonismen nicht verschärfen, was bei einer Verschlechterung der ökonomischen Lage leicht der Fall sein könnte.

*Der Vizesekretär der Konsulatsabteilung*

Bonn-Niederbachem

»... Frieden und Frauen genießen den besonderen Schutz der neuen Regierung. Das findet die begeisterte Zustimmung großer Teile der Frauen. Die gegenwärtige Politik schenkt dem Zeugen und Gebären von Kindern geschärfte Aufmerksamkeit und schützt die Organisation der Familie. Als ich meinen Dienst hier antrat, nahmen viele Frauen an einer ›Selbstbestimmungsbewegung‹ teil. Sie hatte zum Ziel, die Gleichberechtigung von Männern und Frauen dadurch zu erlangen, daß die Unterschiede zwischen den Geschlechtern beseitigt wurden. In dieser Zeit sank die Geburtenrate deshalb beträchtlich. Bleibt das Pflaumenmäulchen geschlossen, verstummt auch die Lenzflöte.
Politische Fortschritte wurden für die Frauen dadurch jedoch kaum erzielt.

Wenn wir von China sagen, daß dort den Frauen die Hälfte des Himmels gehört, was Poesie ist, muß man von Westdeutschland sagen, daß der Einfluß kaum eine Wolke ausmacht.
Vorausblickende Anhängerinnen der ›Selbstbestimmungsbewegung‹ haben aus dem Scheitern ihrer Politik die Konsequenz gezogen, mit traditionellen Mitteln die gesellschaftliche Gleichberechtigung zu gewinnen, und haben den Schwerpunkt wieder auf das Kindergebären gelegt. Damit wurden sie zu Vorkämpfern der Politik der neuen Regierung und von dieser jetzt auch belohnt. Die Auflösung von Familien ist erschwert, die Regeln der Moral erstrahlen in neuem Glanz, die Praxis der ›freien Liebe‹ gilt nicht mehr als vorbildlich.
Da die Moral der Frauen im Augenblick nicht sehr hoch ist, verursacht den Männern die Eheschließung kaum Kosten. Brautpreise sind in Westdeutschland praktisch unbekannt, im Gegenteil, wer eine Frau heiratet, bekommt häufig eine Prämie, die ›Mitgift‹ genannt wird. Viele deutsche Eltern statten ihre Töchter entweder mit einer Ausbildung oder mit einer Mitgift aus. Da aber die Arbeitsplätze für Frauen knapp sind und die neue Regierung Frauen lieber als Mütter sieht, macht es wenig Sinn, eine Frau *mit* Ausbildung zu heiraten statt eine Frau *ohne* Ausbildung, aber mit einer dicken Mitgift. Es werden somit in Zukunft weniger Frauen eine Ausbildung suchen, sondern heiraten und Kinder gebären. Das entlastet die Ausbildungsstätten und senkt die Zahlen der Arbeitslosen. Dieses Programm nennt man auch ›moralische Erneuerung‹, und ich würde den Parteigremien empfehlen, das deutsche Modell gründlich zu studieren.«

# Eva Demski
# Tagebuch einer Wende

»Die leidenschaftliche Anstrengung, in kürzester Zeit eine neue Ordnung des menschlichen Daseins zu schaffen, hatte die Welt erschöpft. Alle Kräfte aufs äußerste anspannend, hatte man versucht, die öffentlichen und privaten Dinge mittels Vernunft zu regeln. Jetzt erschlaffte man und flüchtete aus der blendenden Helle der Vernunft zurück in die Dämmerung des Gemütes. Überall auf der Welt wurden nun die alten, konservativen Ideen gepriesen. Aus der Kälte des Denkens wich man zurück in die Wärme des Glaubens, der Frömmigkeit, der Empfindsamkeit. Aus den Stürmen, welche die Freiheit gebracht hatte, rettete man sich in den stillen Hafen der Autorität und Disziplin . . .«
(Lion Feuchtwanger, *Goya*)

*26. September* Ich habe es kaum geschafft, rechtzeitig um 18 Uhr im Club Voltaire zu sein, will die erste elektronische Defloration des Wahlergebnisses nicht verpassen. Erfahrungsgemäß ändert sich nach dem, was die »Trendmeldung« nennen, nicht mehr viel. Man wird um Stunden vermeintlicher Spannung betrogen, manchmal war's ja auch eine echte, und die Wahlabende hatten früher so etwas Heimeliges. Erste Meldung 18 Uhr 17: »Es scheint sich eine Sensation anzubahnen«, sagt der Computerableser, das kann immerhin noch er entscheiden, was im Deutschen Fernsehen Sensation genannt werden darf. Eine erstaunliche Anzahl von mäusig aussehenden Buttonträgern hat bisher ungerührt die riesigen Essensportionen verputzt, die Else als sozialen Menschen ausweisen – jetzt werden die Gabeln hingelegt, und es gibt ein großes Gefreue. FDP raus, SPD nicht zu marode, Grüne drin. Jawohl, so haben wir das gewollt. Nachmittags habe ich am Römer einen stadtbekannten Grünen getroffen: »Nur keine Hamburger Verhältnisse«, flüstert er mir zu, »wir wollen hier im Römer bleiben und weiter schön Opposition machen.« Was soll man dazu sagen? Jetzt müssen sie doch in den Landtag, die Armen. Aber ich freue mich auch, obgleich mich ein ganz leichter Geschmack nach etwas sehr Albernem nicht verläßt. Börner wogt in den Kamerabereich, sein Gesicht ernüchtert mich, weiter geht's in die falsche Richtung, hoffentlich jetzt ein bißchen langsamer. Dregger zeigt vielbewunderte Offiziershaltung. Komisch, daß hierzulande solche

verklemmten Gräßlichkeiten immer von allen Seiten Respekt, Respekt! attestiert bekommen. Warum setzt er sich nicht in eine Ecke und heult? Damit man nicht immer und immer mehr das Gefühl haben muß, bei Madame Tussaud zu sein, wäre das doch mal ganz erfrischend. Grüne ziehen in den Club ein, ein paar schieflächlige SPDler hinterdrein. Die hab ich schon lang nicht mehr da gesehen. Ich muß meinen Artikel tippen und fahre dann zur *taz*. Wie geht ein Telekopierer? sagt dort ein einsamer Mensch verzweifelt.
Zurück im Club. Alles mögliche fließt in Strömen. Einer im Anzug, den ich noch nie vorher gesehen habe, versichert mir, wir beide – er und ich – seien schließlich auf der gleichen Seite der Barri . . ., der Barri . . . – »der Barriere«, sage ich. »Hab ich aber irgendwie nicht gemeint«, sagt er traurig. Es wird ziemlich spät.

*Oktober, Berlin, eine Woche später* Das Hotelzimmer ist schon bezahlt, ich bleibe bis zwölf drin und gucke Bundestagsdebatte zum Mißtrauensvotum. Zur Zeit kriegt man ja ziemlich viel Theater für sein Geld. Vorher hörte man manchmal monatelang nichts von denen, und nun haben sie Gefühle und ringen und wollen die Wahrheit und die Ordnung und – jetzt kommt's – die Wende! Wer hätte das gedacht. Ich renne vom Hotel ins KaDeWe, da ist eine ganze Wand mit Fernsehern, und stelle mich zu den Leuten. Brandt ist gerade dran, ein Angestellter in grauem Kittel macht den Ton lauter, ein anderer dreht's gleich wieder leiser, und die Leute murren. »Dette kann nu sind, wie't will«, sagt eine alte Frau mit Mütze neben mir, »aba Fijur macht er. Fijur macht er«. – »In Balin jing't ja«, sagt ein junger Mann zu ihr, »aba denn hatta uns varatn.« Ich kanns nicht mit anhören, weil ich Angst habe, daß ich mich rumstreiten muß. Und dabei hab' ich eigentlich noch gar keine ganz dezidierte Meinung. Denn die sollen ja weg, na klar, die Selbstreinigung, und was ist ein Sozialdemokrat, die eigentlichen Ziele, wir müssen unsere Identität wiederfinden: sicher. Aber dann kommt diese andere Hälfte der Geisterbahn, und keiner weiß, was die noch schneller und noch schlimmer machen, und vielleicht tut's uns allen nochmal furchtbar leid, daß wir so oft gesagt haben, das ist doch eh alles dasselbe, die Etablierten. Vielleicht sind manche gleicher als die anderen? Fragen über Fragen, und im KaDeWe sieht keiner so aus, als ob er sie mir beantworten könnte. Das KaDeWe verführt zu Banalitäten. Im *Stern* oder im *Zeitmagazin* stand es neulich zu lesen: Da geht sogar die Berliner Müllabfuhr hin Austern fressen und Chablis trinken. Uns geht's ja noch gold! Trotzdem: Es gibt da betäubend viel Zeug zu kaufen, ich will einen klitzekleinen Walkman, damit ich die Bundestagsdebatte weiterhören kann, und suche einen ruhigen Platz am Kudamm. Wer einen Walkman sein eigen nennt, das habe ich nicht bedacht, hat überall einen ruhigen Platz, an dem nichts seinen

eigenen Lärm stört, und so laufe ich denn während der bewegenden Rede von Frau Hamm-Brücher beseligt um ein Haar in ein Auto. Die Frauen, sieh da. Der Kanzler sagt es selber: die tapferen Frauen der FDP, er dankt ihnen. Ich fühle mich miterhoben, sozusagen geschlechtlich, werde aber den unangenehmen Gedanken nicht los, warum die denn vorher so lang das gleiche Spiel gespielt haben, bis das Wechselbalg endlich in dem Brunnen lag, wo es ja vielleicht auch hineingehört, nehmt alles nur in allem. Nur die Frau Huber hat einmal im Kabinett gesagt, man könne sich bisher doch schon achtzigmal umbringen, und daß das nun unbedingt auf zweihundertmal erhöht werden müsse, finde sie bescheuert. Aber die Frau Huber ist bei der SPD, von der man so etwas in Zukunft sicher häufiger hören wird. Von den FDP-Damen habe ich solche Töne eher selten gehört, und wenn, dann eingewickelt in diesen schwer verständlichen Meine-Freunde-Jargon.
Hinter der Gedächtniskirche gibt es einen Platz, der heißt Los-Angeles-Platz. Wahrlich, in dieser Stadt läßt mich keiner vergessen, wo meine wahren Freunde sind. Man hat da eine schöne neue Architektur hingestellt, eine Art sehr teure, künstliche Backsteinruine, mit Säulen und Dächlein, ein Kaufhaus-Pompeji, aber ich verstehe nichts von Architektur. Dort kann ich sitzen, fern vom Getriebe der Großstadt, kann auf einen flachen, etwas algigen Betonteich schauen und die Mischnick-Rede hören. Und da weiß ich plötzlich, was damit gemeint ist: die Wende. Da ist sie! (Denn meine doch keiner, sie sei so leicht dingfest zu machen, wir werden das im Folgenden noch sehen! Eine Wende, das ist etwas, das eine Richtung hatte und die dann ändert – denke ich. Oder etwas, das etwas umdreht. Aber da gibt's in diesem speziellen Fall Schwierigkeiten.) Also auf diesem einsamen Ruinenfeld, in der fahlen Herbstsonne, trifft mich mit Mischnicks Rede das Licht der Erkenntnis – es ist danach nur leider wieder ausgegangen. Ich glaube genau verstanden zu haben, was da der Walkman über viele Kilometer in mein Ohr tönt: Es konnte gar nicht anders sein, so persönlich weh es auch tat. Wir haben ja nicht gewollt, aber Sie haben uns gezwungen. Wir haben (und ich erinnere mich) in der Vergangenheit treu die Entscheidungen mitgestaltet, und nun waren Sie häßlich zu uns.
Das Stück, das ich da in meinem kleinen Amphitheater akustisch genieße, war längst geschrieben, das haben Stücke so an sich, bevor sie auf die Bühne kommen. Sie haben es an diesem Tag sozusagen erstaufgeführt, mit großem Erfolg. Das ganze deutsche Volk – bis auf die wenigen verhärteten Hausbesetzer, Antiquariatsbuchhändler, Tiefseetaucher, Offsetdrucker, Frauen, Schwule und Jugendliche – muß gedacht haben, hier werde Politik gemacht. Es wird sichtlich gerungen, wie an einem Waschtag des 19. Jahrhunderts, und manchmal kommt auch Wasser. Ich selber bin gerührt und habe, als dieser Mischnick sich von diesem Wehner verabschiedet, Tränen in den Augen. Lügen hindern eben nicht an der Sentimentalität.

*Nachmittag* Ich muß zurück nach Frankfurt, und unsere Politiker ringen immer noch. Im Warteraum der PanAm gibt es nichts zu trinken, und der Walkman wird vom Sicherheitsdurchleuchter und der Abklopferin nicht freundlich betrachtet. An der Wand lehnt einer, der so sehr wie ein Ziviler ausschaut, daß ich mir nicht vorstellen kann, er sei wirklich einer. Unter dem Arm hat er einen Knubbel. Ich schaue mich geschmeichelt um – ob er vielleicht meinetwegen . . .? Aber da sehe ich Brigitte Heinrich, es ist lang her, daß wir uns getroffen haben, und wir müssen uns erst einmal wiedererkennen. Wir sitzen sogar nebeneinander, das muß den Zivilen, der drei Reihen hinter uns Platz genommen hat, doch sehr interessieren. »Das ist deiner, der da hinten«, sage ich zu Brigitte, »oder?« – »Klar«, sagt sie. Über den Wolken, der Walkman schweigt längst, kommt die Stimme des Captains nicht unerwartet: »Ladies and Gentlemen, we have a new Chancellor.« – Wir? Die vielleicht. So ein Trottel. »Scheiße«, sagen Brigitte und ich in Stereo. Aber vielleicht kriege ich dann auch mal einen eigenen Zivilen. Unser alter Spruch, daß es doch egal sei, wer von den Etablierten an der Regierung ist, kommt mir wieder in den Sinn. Ich habe ein Gefühl wie Sodbrennen im Kopf.

*Der Morgen danach* Es ist merkwürdig: man denkt ja beim Aufstehen selten daran, von wem man regiert wird. Ich fühle mich noch genau wie gestern und merke von der Wende erst etwas, als ich einen unverschämten Brief meines Hausverwalters aus dem Kasten ziehe. Den Ton hätte der sich vorher nicht erlaubt, da bin ich ganz sicher. Abends zuvor hatte Nowottny eine Sternstunde mit seinem Bericht aus Bonn. Ich habe so viel gelacht, daß mir erst lange nachher bewußt wird, daß das kein Kabarett war – auch nicht vom besten! – sondern eine politische Sendung und daß man sich jetzt öfter wird schämen müssen. Es ist dieses dick eingekochte Gebräu aus Pathos und Plattheit, aus Lügen und Vereinfachung, das so schwer auszuhalten ist. Und diese Gespenster: Ein Zimmermann Innenminister! Ein Spranger Staatssekretär! In ihren Bundestagsreden sitzen sie unter ihren dröhnenden Wortglocken und verkaufen die Leute für dumm. Dreimal am Tag hört man jetzt einen von denen sagen, es müsse erst mal der »Haushalt in Ordnung gebracht« werden. Da kann sich nun der Bürger, denken die, beruhigt seinem eigenen Haushalt zuwenden, es wird ja für Ordnung gesorgt. Was heißt denn Haushalt in Ordnung bringen? Parteispenden abspülen? Flickaffäre abtrocknen? Bildungsetat ausfegen? Verteidigungskosten polieren? In Ordnung bringen: Da sehen wahrscheinlich Deutschlands wählende Hausfrauen einen Kohl mit Staubsauger und einen Blüm mit Wischlappen vor sich: ein anheimelndes Bild. In der gleichen Zeit wird der Bericht des Bundesrechnungshofs veröffentlicht, verschämt in die Mittagsnachrichten versteckt. Punkt für Punkt wird da nachgewiesen, wie mit Steuergeldern geaast

worden ist. Aber da sagt keiner was dazu – ist ja auch peinlich, sich das Jahr für Jahr anzuhören und nichts dagegen zu tun.

*Anfang November* Vor Jahren hatten wir noch in Bonn demonstriert, Kollegen vom Fernsehen und Gewerkschafter, gegen das Privatfernsehen und gegen die Zerschlagung des NDR. Aber vor allem gegen das Privatfernsehen. Danach war's ein wenig stiller geworden, und manch einer war anderer Meinung, wenn er so zugestellt und lahmverwaltet in seinem Sender saß. Wird langsaam Zeit fürs Privatfernsehen! Im Oktober haben sie es wieder gesagt, und da war ein zuversichtlicher Unterton zu hören, auch von Leuten, die sonst ganz und gar nicht schwärzlich sind. Ich denk's ja auch. Konkurrenz belebt das Geschäft und so. Kann ja auch gutes Programm gemacht werden, siehe England und Holland und so weiter. Die Verbeamtung des Journalismus kann einem ja auch nicht passen, Journalismus ohne Risiko geht eben nicht. Aber jetzt wird mir meine eigene Meinung unheimlich, wenn ich mir anschaue, wie kraftvoll dieser Kabel-Laokoon Schwarz-Schilling das Tor zum Dschungel aufgestoßen hat. Plötzlich kann ich mir das Programm ziemlich genau vorstellen, das bei dieser »Vielfalt« herauskommen soll. Einfältig wird es werden, eine Regenbogenglotze. »*Wir* machen schließlich das Programm, nicht Herr Springer oder Herr Mohn«, hat ein Kollege gesagt, aber schon nicht mehr mit dem alten trotzigen Ton von vor der Wahl, wo man noch die Regierung anmaulen konnte; »*wir* machen es schließlich, und ohne die Macher kriegen die auch keines auf die Füße! Also können wir ein gutes Programm machen«, sagte der Kollege, und ich habe genickt. Irgendwie gerät mir das jetzt ins Wackeln. Die Freiheit wird von den neuen Herren so drohend beschworen! Und daß der Medienminister auch seine Arme bis zu den Ellenbogen in der kommerziellen Kiste der für die Freiheit angetretenen Technologie hat – nur gut so! Außerdem gibt das ja erst den richtigen Überblick. War wohl auch niemandem peinlich, diese Geschichte. Ich denke immer noch, daß die Anstalten des Öffentlichen Rechts nicht die ultima ratio unseres eh angreifbaren Gewerbes sind. Aber ich will einen anderen Dschungel als den, den mir diese Neuen da eröffnen. Deren Wildnis ist Disneyland, ihre Medienwünsche sind von der Risikobereitschaft und Wahrheitsliebe, von der Neugier und Moral einer Bildzeitung. Was wir wollen, können wir in unserer Ordnung fast nicht mehr, in der geplanten niemals machen. Experimente wollen sie auch, soll Schwarz-Schilling angeblich gesagt haben. Der es mir erzählt, probiert ein fragendes Lächeln. Ich glaub' es nicht. Oder sie wollen einen Showmaster unter fünfzig ausprobieren . . .

*November* Im Radio kommt, daß die NATO-Kommandozentrale von Stuttgart nach London verlegt werden soll. Hat irgendeine englische Tages-

zeitung geschrieben. In den Köpfen der Kommentatoren beginnt es sachte zu arbeiten. Warum sollen die da weg? Gefällt es ihnen nicht mehr? Oder ist in Deutschland eine NATO-Kommandozentrale nicht sicher genug, weil sie gegebenenfalls schon ziemlich am Anfang in die Luft fliegt und dann nicht mehr kommandieren kann? Große Aufregung, der amerikanische Verteidigungsminister erklärt das Ganze für eine dreiste Lüge, wahrscheinlich habe der KGB das in die Welt gesetzt! Daraufhin beeilt sich unsere neue Regierung, das Ganze als dreiste Lüge zu entlarven, und weist darauf hin, daß es sich um gezielte Versuche handelt, die traditionelle und nun gottseidank wieder ungetrübte deutsch-amerikanische Freundschaft zu stören. Die englischen Zeitungen maulen, schließlich werde das Ding, die neue Zentrale, ja schon gebaut. Ein paar Tage lang hört man nichts.

*November* Jetzt sagen sie alle ganz beleidigt im Radio, die Amis und unsere neuen Helden, was soll denn das Geschrei um die Zentrale. Das sei ein ganz normaler Vorgang, das gute Recht der Amerikaner, schließlich gingen nur Teile nach London, und im übrigen gehe das die Bürger gar nichts an. Ich bin ganz dieser Meinung und finde, daß alle diese Einrichtungen etwa auf dem Bikini-Atoll – das haben sie schließlich schon früher versaut – gut aufgehoben wären. Militärs sind eigenartige Leute. Politiker auch. Die SPD berappelt sich langsam und pfeift vorsichtig, wie im Keller, ein paar friedensbewegte Flötentöne. Der jetzige Verteidigungsminister ist aber auch gar zu markig. Wenn ich ihn mit seinem Briefkastenmund und diesem schnell gelernten Autoritätsjargon über die Nachrüstung plaudern höre, stellt sich die gleiche Mischung aus Wut, Mitleid und Schläfrigkeit ein, die ich bei den Verlautbarungen des vorhergehenden Herrn auch manchmal hatte.

*Novembermontag* Abends muß ich zu einer Friedensveranstaltung nach Rüsselsheim. Es sind ganz junge Leute, die das veranstalten, ein bißchen Kirche, ein bißchen Gewerkschaft. Sogar eine ganze Friedenswoche machen sie. Das hat jetzt auch schon so eine unangenehme Eigengesetzlichkeit, es ist auf Schienen wie alles hierzulande, verdammte Ordnung, tödliche, erstikkende Ordnung. Da gibt's eben eine Fotoausstellung und ein Straßentheater und eine Dichterlesung und ein kleines Konzert, und alles ist klein und lieb und wird, so schlau sind sie hier doch immerhin, nicht gestört. Man weiß, daß man das am besten laufen läßt, dann kommen die paar jungen Leute, die eh dieser Meinung sind, und ein paar wenige alte, die sich noch daran erinnern, daß Krieg Leid bedeutet, eigenes greifbares Leid, und die das verhindern wollen. Also die immer gleiche, rührende, absolut unexplosive Mischung, und das auch noch in kleiner Menge. So, wie ich's mir in der S-Bahn vorstelle, ist es auch. Warum gehe ich hin? Warum halte ich den Kaffeelöffel

fest, mit dem die den Atlantik auslöffeln wollen? Ich weiß nicht. Das Handgestrickte, dieses Blauäugige, das macht mich so ungeduldig. In der DDR haben sie es besser. Da wird schon jedes kleine, harmlose Gedichtlein mächtig verfolgt, und solange man verfolgt wird, darf man sich stark und gefährlich fühlen, das motiviert ungemein. Aber so blöde sind sie hier doch nicht. Vielleicht die Neuen . . .? Das Kabarett, hört man allenthalben, sei im Begriff, wieder viel besser zu werden. Die jungen Leute, die meine Veranstaltung besuchen, verstehen mein Unbehagen nicht. Sie finden das alles richtig, es scheint ihnen auch das Gefühl von etwas Getanem, etwas Produziertem zu geben. Ich kann mich nicht verständlich machen. Es liegt zuviel dazwischen an Jahren. Auch so ein Trick – das Geschwätz vom Jugendprotest. Wenn man das lange genug eingeimpft bekommt, erscheint man sich selber ein bißchen pubertär, wenn man auf der gleichen Seite steht. Es ist dies ein Trick derer, die wir in grauer Vorzeit die Herrschenden genannt haben. Aber er funktioniert. Es ist notwendig, um die Autonomie zu kämpfen, soviel ist klar, da kann auch der beißende Spott einiger scharfköpfiger Linksintellektueller nicht daran vorbeihelfen. Aber ich verstehe sie, wahrscheinlich schießen sie nicht auf »die Bewegung«, sondern auf deren Biederkeit. Manchmal hat sie den gleichen Charakter und Geruch von dick Eingekochtem, der bei dieser neuen Bundesregierung so dumpf in die Nase steigt. (Nicht, daß die alte nicht auch danach gerochen hätte . . .) Ich zockle mit der S-Bahn wieder nach Hause, freundlich bedankt, es sei wirklich sehr schön gewesen. Die S-Bahn ist fast leer; um sie und den nächtlichen Frankfurter Hauptbahnhof seelisch auszuhalten, muß man kerngesund sein. Bin ich heute nicht. Wo ist die Schärfe, das Klirrende, der Glanz bei all dem? Wo ist die Neue Prächtigkeit? Ohne sie, das sehe ich kommen, wird das Ganze eine geistige und politische Armenküche.

*Ende November* In der Uni ist eine Diskussion mit Grünen und SPD. Eigentlich wollte ich lieber zur Koeppen-Lesung, aber ich habe wieder nicht richtig hingeguckt und bin um Stunden zu spät. Also gehe ich zum Hörsaal 6, das heißt, erst laufe ich in dieser Uni herum wie ein Goldhamster in seinem Rädchen. Die spärlichen Studenten, die ich treffe, reagieren mit Verwunderung auf meine Frage nach dem Hörsaal – das, sagen sie gekränkt, wüßten sie auch nicht. Schließlich finde ich einen Riesenraum, der so voll ist, daß sich die Leute an den Türen knäulen und man gar nicht sehen kann, wer da nun eigentlich redet. Eine Wand von Nicht-Luft steht in dem Raum und dringt auch in die Vorhalle, es riecht alternativ, nach Patchouli, Schafswolle und Füßen. Blau liegt ein Rauchtuch über den Köpfen, und ich versuche, die Redner zu verstehen. Einen Stock tiefer wird die Diskussion in einen andern Hörsaal übertragen. Dieser ist halb leer und erinnert sehr stark an das Gorkische Nachtasyl. Das Licht ist düster, fast ocker, der Saal hat

keine Fenster. Vorne stehen schwarz wie Särge die mächtigen Lautsprecher. In den Bänken kauern Menschen mit verzweifelten Gesichtern, niemand unterhält sich, bisweilen hört man das leise Zischen einer aufgerissenen Bierdose. Hinter mir küßt sich regungslos ein Pärchen. Ich habe noch selten eine Atmosphäre von solch unerbittlicher Traurigkeit gesehen. Die Stimmen der Redner im Hörsaal drüber kommen wie aus einer anderen Welt. Sie können das Elend hier unten ja auch nicht sehen, ich bin sicher, die Stimme würde ihnen versagen. Herr Glotz macht heute abend den strammen Sozialdemokraten, weist die Grünen streng zurecht, nach der Niederlage muß man ja jetzt Farbe bekennen. Ein Professor, ein Soziologe, dessen Namen ich nicht verstehe, weist die körperlose Stimme von Glotz behutsam auf Gegenstände hin, Probleme, die jenseits aller Machtverteilung zu lösen seien. Herr Glotz kann sich etwas jenseits der Machtverteilung offensichtlich nicht vorstellen. Ich gerate ins Grübeln. Es ist doch merkwürdig, welche Frechheiten man von den Etablierten duldet! Wir lassen uns nicht erpressen, tönen sie, und wissen doch haargenau, daß sie sich lange genug von einem Grüppchen haben erpressen lassen, das nicht einmal halbsoviel Stimmen hat wie die Grünen. Sie wollen, scheint's, so lange wählen lassen, bis ihnen das Ergebnis paßt. Sie denken über Inhalte nicht einmal nach, wenn sie aus einer bestimmten Ecke in die Diskussion gebracht werden. Ihr Väterverhalten wird immer komischer, immer trauriger, immer alberner. Das Land, heißt es, ist »unregierbar«! Was muß das für ein wunderbares Land sein!
Daniel Cohn-Bendit mischt sich in die Diskussion ein. Seine Stimme ist für mich nicht körperlos, ich sehe ihn vor mir, auch wenn ich ihn nur höre. Als er zu sprechen beginnt, denke ich, das wird lang dauern, und mache mich auf die Suche nach irgend jemand Bekanntem. Dany wird lauter. Ich sehe Rupert und freue mich. Dany schreit. Rupert und ich beschließen, essen zu gehen.

*Ende November, Sonntag* Jemand hat mich in eine Bar verschleppt, nicht, daß ich da nicht gern hinginge, es bedurfte keiner großen Überredungskunst. Ich mag das, diese weichen Fauteuils und die bunten Getränke. Neben mir sitzt ein etwa vierzigjähriges Paar. Sie haben sich in Begeisterung geredet, so sehr, daß sie sich nur noch gegenseitig mit abgerissenen »Sag ich doch!«, »Hab ich doch schon seit Jahren!«, »Explosionsartig, du wirst schon . . .« bestätigen. Ich bin neugierig, was die so freut. Wir kommen ins Gespräch, und es ist tatsächlich die Wende, die beide so in Begeisterung versetzt. Ich brauche lange, um herauszufinden, welcher Branche der neue Wind derartig die Segel bläht. Er sei Makler, sagt der Mann etwas widerwillig, irgendwie scheint ihn meine Verstocktheit zu stören, er hat ein feines Empfinden für meinen unzulässigen Mangel an Begeisterung. Da werde sich

manches ändern, manch dämliches Gesetz würde endlich kassiert, wenn sich die Häuser für die Leute wieder rentierten, dann würden sie auch wieder bauen, dann gebe es Arbeitsplätze, dann verschwinde die Wohnungsnot. »Ich weiß gar nicht«, sagt die Frau (sie hat graublondes Haar bis zu den Schultern und eins von diesen unheimlich teuren flusigen italienischen Strickdingern an), »man muß doch einfach unter einem Mangel an Intelligenz leiden, wenn man diese Zusammenhänge nicht begreift.« Ich gebe zu, allerdings in etwas ungnädigem Ton, an diesem Mangel offenbar zu leiden, denn wer soll sich die Wohnungen zu den dann möglichen Preisen noch leisten können, und mit welcher Art ausbeutbarer Architektur wird das Land weiter verschandelt? Die beiden schauen sich an. Es ist etwas wie Haß in ihren Gesichtern. Es fällt ihnen sichtlich schwer, mein Maß von Borniertheit zu tolerieren, auch sind sie mißtrauisch, was ich hier in diesem Laden suche, in dem der Barchef mich auch noch freundlich begrüßt hat. »Natürlich ist das nichts für jedermann«, sagt die Frau, »da werden manche umdenken müssen.« Sie wirkt wie ein Rennpferd, das allzulange einen Karren hat ziehen müssen. Wer hat sie denn nur bisher gehindert, ihren Kräften freien Lauf zu lassen? »Es hat schon keinen Spaß mehr gemacht, vor allem in unserem Beruf«, sagt der Makler, »man war ja förmlich eingezäunt. Wozu braucht man diese ganzen Gesetzberge? Das verunsichert die Leute nur, irgendwann sitzt jeder bewegungslos in einer Ecke und traut sich ohne Vorschrift nicht mehr, sich zu rühren.« – »Sie sind ja wahrscheinlich auch nicht von allein anständig, das muß Ihnen doch einer vorschreiben«, sage ich. Er lacht. »Das regelt sich wie in der Natur«, sagt er, »man muß nur nicht eingreifen.« Der Mann, dem das Paar so vertraut, hat selbst gar nichts von diesem Wölfischen, das aus ihren Worten hervorschaut. Aber das Wölfische beschränkt sich ja auch nicht auf die jetzt regierende Partei! Warum sind dann Leute wie diese jetzt aufgewacht, so munter und kampfesmutig? Wir reden über Urlaubsorte und über die Drinks, der Barchef atmet unhörbar auf. Warum ich nicht wenigstens ein ganz winziges Geschrei gemacht habe, weiß ich nicht. Wahrscheinlich bin ich zu feige und war neidisch auf den italienischen Strickfummel. Es ist so schwer zu argumentieren.

*Montag* Es kommt immer alles zweimal. Ich treffe auf der Freßgaß einen ehemaligen Mitschüler, ein netter Mensch, ich habe ihn schon lange nicht mehr gesehen. Der weiche, hellgelbe Pullover, den er um den Hals trägt, macht mich mißtrauisch. Operncafépullover. Hätte dieser verkleidete *Stern*-Reporter so einen angehabt, wäre er in dem Laden bedient worden, Türke hin oder her. Das war ein Klassenproblem, kein Rassenproblem. Ach ja, der Mitschüler. Es gehe ihm blendend, erzählt er, Wirtschaftsjurist, ich könne mir schon denken, daß gerade da jetzt einiges in Bewegung gerate. »Wegen der ganzen Pleiten?« frage ich. »Das ist jetzt die Talsohle«, sagt er, »es geht

innerhalb einiger Monate rasant aufwärts, eine Flasche Champagner drauf!« Ich bin mißtrauisch. »Was soll denn aufwärts gehen«, frage ich bockig, »sollen sie die andere Hälfte der Republik auch noch zubetonieren und grün anstreichen? Sollen sie noch mehr unbewohnbare Greulichkeiten hinbauen? Sollen sie noch mehr Autos auf die Straßen und Pillen in die Leute stopfen? Oder wo soll es aufwärts gehen?« Der Arme, er kriegt alles ab. »Ach ja«, sagt er liebevoll, »die Frauen, sie tendieren immer ein bißchen zum Grünen. Das ist ja auch ganz gut so, sonst wäre alles doch zu mechanistisch. Entschuldige, ich hab einen Termin!« – wendet sich und geht und kommt insofern mit dem Leben davon.

*Dezemberanfang* Das Geweihnachte geht los. Die teuren Neualtbauten auf dem Römer haben den Weihnachtsmarkt zusammengedrängt. Von Stimmung will in mir nichts aufkommen, dabei bin ich dafür sonst ziemlich empfänglich. Es haut dieses Jahr einfach nicht hin, es ist auch zu warm, und niemand in meiner Umgebung freut sich auf irgendwas.
Europa unterm Hakenkreuz. Ich habe fast alle Folgen gesehen und quäle mich jedesmal mit meiner Wut herum. Aus dem Schatten der Vergangenheit müßten wir heraustreten, hat Dregger irgendwann einmal gesagt. Ich sehe die Folge »Prag« und trete tief in den Schatten der Vergangenheit. Man muß human sein, heißt es. Und deshalb wird der Schlächter der Ukraine, Koch, auch freigelassen. Wir sind ein so humanes Land. Jeder alte kranke Nazi ist unseres Mitgefühls sicher. Wir sind auch gut in der christlichen Tugend des Vergebens. Nicht jedem, natürlich, aber wer in großer Zeit geirrt hat, hat ein Anrecht darauf. Da wird es nach der Wende auch ehrlicher zugehen, ohne Federlesen. Der Unterschied zwischen Vaterlandsverrätern und denen, die aus den lautersten Motiven gefehlt haben, wird ein für allemal klar werden.

*Dezember* Schluß mit der neuen Grämlichkeit. Wir sitzen im Club und besprechen ein Fest. Jochen und Herbert, Else, einer sagt, man müsse jetzt endlich die Wutz rauslassen. »Wo rauslassen?« fragt ein anderer. Wo ist sie denn, daß man sie endlich rauslassen kann? Es wird ein sehr langer Abend mit ganz wunderbaren Ideen, ein geradezu barockes Fest soll es werden, Klein-Versailles mit Startbahntouch, irgendwie muß das doch hinzukriegen sein.

*Nach dem ersten langen Samstag* Kummervolle Resumées des Einzelhandels. Dabei hat man, wenn man durch die Stadt läuft, den Eindruck, die gesamte Menschheit sei verrückt geworden. Entnervte Paketberge wanken blind durch das Gewühl, und der Penner mit dem Hund macht ein gutes Geschäft. Bei mir funktioniert das auch, die feuchten Augen der Zirkusla-

mas entlocken mir größere Münzen. Ich mag überhaupt nichts kaufen. Aber warum klagen denn die Händler, wo ich doch augenscheinlich mit meiner Verwirrung allein bin? Ein Toaströster rennt gegen mich, ein zusammenklappbares Bügelbrett. Ein Christbaum in einem Plastikschlauch. Konsum ist ziemlich sperrig. Mit großer Geduld warten Kinder am Ende von aufgereihten Tüten auf ihre Eltern, die gelegentlich aus verschiedenen Richtungen gestürzt kommen und neue Tüten an die Reihe fügen. Ich weiß, ich weiß – es ist bis zum Überdruß der Überdruß beschrieben worden. Aber man muß sich den Überdruß auch leisten können. Es ist möglich, daß alles, was da gekauft wird, auch gebraucht wird. Sogar bestimmt. Nur wahrscheinlich nicht so dringend von denen, die es kaufen. »Lachs ist bis übermorgen ausverkauft!« sagt eine Frau neben mir. »Hättste 'n halt bestellt, dumm Stück«, sagt friedlich ihr Mann. Irgend etwas muß ich jetzt auch kaufen, sonst komme ich mir so mönchsartig vor. Ich verrate nicht, was. Schön sieht es aus, unser marmornes Weihnachtswunder, die total zugekachelte Zeil! Alle fünf Minuten segelt einer hin. Mit vielen Paketen sieht es besonders lustig aus.

*24. Dezember* Ganz traditionell mit Else, erst Friedhof, dann in den Taunus zu meinen Eltern. Der Friedhof sieht wunderschön aus in der Dämmerung, weite dunkle Felder, überall kleine Lampen oder Kerzen unter den ruhigen Bäumen. Man hätte Zeit haben müssen, langsam durchzugehen. Aber da bimmelt eine Glocke. »Die machen zu«, sagt Else. Wir werden eilig. Es würde sich gut im Club erzählen, Else und Eva in der Weihnachtsnacht auf dem Frankfurter Hauptfriedhof eingesperrt. Aber wir haben trotz Pointe keine Lust. Draußen ein schöner ruhiger Abend. Das erste Weihnachten, wo wir uns gegenseitig ohne Ironie versichern, wie gut es uns doch eigentlich geht. Wende? Pflichtschuldigst denke ich auch an diesem Abend an mein Thema. Es macht aufmerksamer, wenn man die Ereignisse unter dem Gesichtspunkt ihrer Zuordnungsfähigkeit betrachtet. Wende? Die Weihnachtswende? Das original Nachkriegsweihnachten täuschend mit Rübenplätzchen und Punschersatz und Hurra-wir-leben-noch? Geht nicht. Ich wundere mich, daß da noch kein Reiseveranstalter draufgekommen ist. Geht uns schon noch gold, ungewendet.

*»Zwischen den Jahren«* Ich habe eine Lesung bei der ASF, die Sozialdemokratinnen machen da immer so eine Art Nachweihnachtsfeier für die alten Genossinnen und Genossen, mit ein bißchen Musik, Lesung, und miteinander reden. Ich kann die Gesichter nicht genug anschauen, wie sie da sitzen und haben so viel Verfolgung und politischen Kampf und Standhaftigkeit gehabt. Alle sind freundlich, und ich gebe mir auch Mühe mit dem Lesen. Für die will ich es gut machen. Der Raum sieht wie ein Kindergarten

aus, auf den Tischen stehen leere Tassen, Kaffee und Kuchen gibt's nach der Kultur.

*Tags drauf* Ich habe den Wunsch nach ausgiebiger Auslüftung und gehe mit Freund E. im Taunus spazieren. Es ist eine ganz leichte Winterahnung, wie künstlich, dünner Schneestaub über die Bäume gepustet. Es sägt. Gegen Sägegeräusche bin ich seit '81 ziemlich empfindlich. »Das sind die Naturfreunde«, sagt E. »Spinnst du«, sage ich. Wir gehen über einen Waldweg von königlicher Breite, er würde für zwei Kutschen reichen. Hinter uns hupt ein Mercedes dezent. »Die haben den Weg gebaut, damit die Naturfreunde mit dem Auto bis zum Naturfreundehaus können«, sagt E. und lacht. Der Parkplatz ist ziemlich voll. Auf der anderen Seite des Weges wird ein Stück Wald gerodet. »Komm, wir gehen noch den See anschauen«, sagt E. Die Wege zum See sind schmal, wie es sich gehört. Man muß eng zusammen gehen.

*30. Dezember* Ein köstlich idiotisches Gerangel um die Scheibenwischer-Sendung von Dieter Hildebrandt. Wende? Bald wird sowas passieren, ohne daß die halbe Nation sich kaputtlacht. Die Duodezfürsten der Sender – genauso paternalistisch bis zur Absurdität wie die Politiker. Wie kriegt man bloß das Daddyverhalten aus diesem Land wieder raus? Wo nehmen eigentlich diese Gruppen älterer Herren die Chuzpe her, dem Rest des Volkes ihre Arten der Glückseligkeit als die einzig wahren zu preisen? Ach, sie leben ja gar nicht. Der Scheibenwischer war also unbekömmlich fürs Volk, die satirische Abstinenzpflicht von sechs Wochen vor einer Wahl wäre mit dem ursprünglichen Sendetermin zwar eingehalten gewesen, aber eben nicht sicher genug. Besser wären wahrscheinlich zwölf gelächterlose Wochen in Denkquarantäne. Oder zwölf Monate? Das freut natürlich die Kabarettisten. Eigentlich muß es die »Neue Mannschaft in Bonn« doch traurig machen, daß sie so gar nichts Kulturelles auf die Füße bekommt! Nur so einen einzigen törichten Klampfenheini und Konsalik . . . Aber man kann ja Fußballspieler noch dazurechnen.

*Die Jahreswende* In der *Rundschau* ist Celans Todesfuge abgedruckt. Ich habe sie lange nicht gelesen. Bei seiner Neujahrsansprache sagt der neue Kanzler, es jähre sich nun bald zum fünfzigsten Mal der Tag, der an eine »Epoche erinnert, die unserem Volk und der Welt Leid und Unrecht gebracht hat«. So kann man's auch wenden. Ich dachte immer, unser Volk habe einem beträchtlichen Teil der Welt Leid und Unrecht gebracht. So, wie er es formuliert, war es aber die Vorsehung.
Schöne, ruhige Silvesterfeier bei Helga. Es wird deutlich weniger geschossen dieses Jahr.

# Karl Markus Michel
# Die Herrschaft der neuen Glaubwürdigkeit

I

Am schlimmsten sind die Sätze, die mit Du beginnen, Du Christian, Du Sabine, Du – und schon sind sie beim Ich, Ich meine . . . Ich muß dir ehrlich sagen . . . Ich hab' über uns nachgedacht, und zwar . . . Nein, da ist kein Entrinnen, du wirst gestellt, wirst in die Pflicht genommen, die Pflicht der Ehrlichkeit, Redlichkeit, Glaubwürdigkeit, dieser neuen Tugenden, die der Sprechende für sich selbst in Anspruch nimmt und beim anderen einklagt, wie man früher nur Spiel- und Liebesschulden einzuklagen wagte; doch mit dem Unterschied, daß diese neuen Schulden nie voll beglichen werden können, weil der, der sich einläßt auf ein solches Spiel, mit jedem neuen Zug wieder in den Verdacht gerät, zu schwindeln, zu täuschen, zu taktieren. Und wehe dir, du läßt dich *nicht* darauf ein, du kommst mit Flausen und Floskeln, am Ende gar mit Ironie, anstatt dich echt einzubringen in die jeweilige Beziehung und das unendliche Gespräch über sie.

Der Terror der Beziehungsgespräche, des Feilschens um Bekenntnisse und Geständnisse unter der Damokles-Sichel des Liebesentzugs, blühte vor zehn, zwölf Jahren in den Wohngemeinschaften und ihren Außenstellen, den Scene-Kneipen; griff schnell über auf akademische Seminare, politische Arbeitsgruppen und neureligiöse Sekten; kristallierte sich dann in der Gruppentherapie, die den Teufel mit Beelzebub aus- oder eintreibt (gegen Geld); durchtränkte bald auch die Literatur, das Theater und andere kulturelle Bereiche (für Geld): Du sollst ehrlich, echt und eigentlich sein!

Wer da sagt, die Ziele der Studentenbewegung seien mit ihr selbst versandet, der täuscht sich. Sie gingen vielmehr schrecklich in Erfüllung. Es begann mit der Forderung nach Politisierung des ganzen Lebens, die gerade jene, die sie stellten, längst patzig eingeholt hat. Es ging weiter mit dem Verlangen nach Haut- und Seelenkontakt: schon wird man nicht mehr für voll genommen, wenn man nicht wenigstens mit ein bis zwei Erfahrungen aus Encounter-Therapie oder Sensitivity-Training aufwarten kann und sie an dankbaren Dritten exekutiert. Schließlich das vom wohlfeilen Manipulations- und Mauscheleiverdacht gezeugte Ansinnen, daß alles aufrichtig und glaubwürdig sein müsse: es hat soeben, nach einem langen Marsch durch allerlei manipulierende Institutionen, unser Parlament erreicht – und unser Parlament beugt sich diesem dumpfen Ansinnen. Es debattiert nicht mehr über

leidige Sachfragen und deren Lösungen, sondern über die Glaubwürdigkeit von Personen, Parteien, Regierungen, ja über die Ehrlichkeit des Staats; und je mehr Biedersinn da jede Seite für sich reklamiert, desto mehr Schändlichkeit muß auf der jeweils anderen herrschen, sonst ginge die Rechnung nicht auf. Die Bundestagsdebatte am 1. Oktober 1982 – es ging um Artikel 67 GG – brachte den Durchbruch. Unsere Repräsentanten schwangen sich auf zur moralischen Höhe des Beziehungsgesprächs in einer WG.

*Helmut Schmidt:* . . . Mehr als drei Viertel der Bürgerinnen und Bürger sind für Neuwahlen zum Bundestag. Sie empfinden die Art des Wechsels, der heute von Ihnen in geheimer Abstimmung herbeigeführt werden soll, als Vertrauensbruch . . . Ich setze Zweifel in die Ehrlichkeit dieser Ankündigung [von Neuwahlen] . . . Man darf aber eine Regierung nicht auf Unklarheit aufbauen . . . Sie gefährden damit die Glaubwürdigkeit von CDU und CSU und FDP insgesamt . . . Dieser Regierungswechsel, den Sie anstreben, berührt die Glaubwürdigkeit unserer demokratischen Institutionen . . . Glaubwürdigkeit der Institutionen und der handelnden Personen ist eine der unverzichtbaren Voraussetzungen für die Lebensfähigkeit einer demokratischen Gesellschaft und eines demokratischen Staats. Wenn die Bürger nicht an die ehrlichen Absichten der an der Spitze des Staats handelnden Personen glauben können, dann wird es den Bürgern sehr schwer gemacht, überhaupt an die Demokratie zu glauben . . .
*Rainer Barzel:* . . . Herr Bundeskanzler: In dieser Stunde wäre es doch besser, redlicher und – um Ihr Wort aufzunehmen – würdevoller gewesen, wenn der Kanzler der Bundesrepublik Deutschland hier Rechenschaft gegeben hätte, Rechenschaft über Soll und Haben, über Versprochen und über Gehalten . . . Herr Kollege Brandt, nicht wahr: Wenn wir etwas machen, ist es verwerflich; wenn Sie das Recht anwenden, ist das natürliche Moral. Das ist eine doppelte Moral und verrät – es tut mir leid – eine gespaltene Zunge . . . Dies produziert Enttäuschungen, und dies sind bleibende Beeinträchtigungen von Glaubwürdigkeit, die, meine Damen und Herren, nicht die Opposition, die diese noch im Amt befindliche Regierung allein verantwortet . . .
*Herbert Wehner:* . . . Kann man es insbesondere eigentlich unseren jüngeren Mitbürgern verdenken, die von Politikern Charakter, Geradlinigkeit, Glaubwürdigkeit verlangen, wenn sie sich angewidert abwenden? Die Herren Genscher und Graf Lambsdorff mit ihrer Gefolgschaft versündigen sich vor allem an der jungen Generation, indem sie statt Ehrlichkeit Manipulation erlebbar machen . . .
*Heiner Geißler:* . . . Es geht darum – erstens –, das Vertrauen der Bürger in die parlamentarische Demokratie neu zu festigen . . . Wir stimmen überein, daß die Frage der Neuwahlen zu einem wichtigen Punkt der Glaubwürdigkeit der politischen Parteien geworden ist . . . Ihre Glaubwürdigkeit in dieser Diskussion würde gewaltig ansteigen, wenn Sie in den Ländern, wo Sie das tun können, z. B. in Hamburg und Hessen, mit uns zusammen rasch Neuwahlen einleiten würden . . . Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Rede von Glaubwürdigkeit gesprochen . . . Noch von keiner Regierung seit Kriegsende ist das deutsche Volk in wichtigen Fragen so hinters Licht geführt worden wie von dieser Regierung . . . [Helmut Kohl ist] ein Mann, der in seiner Person das Vertrauen verkörpert, das Sie und Ihre Regierung verloren haben! . . .
*Wolfgang Mischnick:* . . . Und ich gestehe offen, es ist eine schwere Stunde für mich . . . Ich halte es für meine Pflicht, die grundsätzliche Meinung auch in diesem Augenblick mit der gleichen Deutlichkeit darzulegen, wie ich es vor wenigen Tagen getan habe, weil auch das zur Glaubwürdigkeit gehört, die hier mehrfach beschworen worden ist . . . Sehen Sie, meine Damen und Herren, wenn man von Glaubwürdigkeit spricht, bitte ich auch darum, die Glaubwürdigkeit, die diese damalige Äußerung hatte, nicht dann, wenn das in einer anderen Kon-

stellation genauso zutrifft, in Zweifel zu ziehen . . . Herr Kollege Kohl, wenn die Wahl so ausgeht, wie wir es wollen . . ., werden Sie einen fairen Partner haben, weil ich faire Partnerschaft als einen entscheidenden Teil der Glaubwürdigkeit dieser Demokratie ansehe.

Fast alle Redner spielten an jenem ehrlichen 1. Oktober das Thema der Glaubwürdigkeit – ihrer selbst, ihrer Partei, ihrer Demokratie – voll gegeneinander aus; es flossen Tränen, es gab dumpfes Grollen und spitze Schreie der Getroffenen. Die Vorstellung hatte Schwung, man hätte damit auf Tournee gehen sollen. Aber es war anders gemeint: echt und ehrlich. Denn es war Kohls Tag, der lang ersehnte und offenbar nicht nur von ihm ersehnte, sonst wären nicht alle eiligst eingeschwenkt auf diese Brusttöne, die oft von so tief unten kamen, daß man sich fragte, warum sie nicht den kürzeren Weg wählten. Selbst der politische Gegner maß sich mit Kohl in Biedersinn, selbst ein Helmut Schmidt, der es doch besser wissen müßte, nämlich daß die Sorge um Glaubwürdigkeit in der Politik der Sorge des Falschmünzers gleicht, ob seine Blüten von Bürgern und Banken als echt akzeptiert werden.

2

Was war eigentlich geschehen? Da war ein Mann gekommen, großgewachsen und ungeschlacht, mit einem halbfertigen, hamsterbäckigen Pfadfindergesicht, in dem sich nur ganz wenige Gemütszustände breitmachen, vor allem Selbstgerechtigkeit, Begriffsstutzigkeit, Beleidigtsein und sattes Behagen, diese aber unverhohlen, strotzend und so, daß noch der faulste Fotograf sie ins Bild bekommt – nein, niemand würde ihn schmähen wollen, das tut er ganz von allein, etwa wenn er sagt, er sei ein Mann, von dem jeder einen Gebrauchtwagen kaufen würde (den schon), oder, vor Brüsseler Korrespondenten: »Wenn Sie jahrelang geglaubt haben, das ist einer, der ist ein Dorf-Depp, der ist den Rhein runtergekommen, dann haben Sie jetzt ein Aha-Erlebnis« (das schon) –, kam also den Rhein herunter, über Ludwigshafen und Mainz nach Bonn, und sah sich, nach langen Jahren des Harrens und der Demütigung, obschon dann doch ganz überraschend und unvorbereitet, am Ziel seiner stets redlich geäußerten Wünsche – weniger dank seiner eigenen Redlichkeit als durch das Taktieren eines anderen, dem niemand Redlichkeit unterstellen würde, doch was geniert das den Gerechten: griff fröhlich nach der Macht in diesem unseren Land, die ihm seit langem zusteht, wie er weiß – und schon war ein hohes Haus bereit, in die Hocke zu gehen zur gruppentherapeutischen Sitzung mit dem Guru aus der Pfalz.

*Hildegard Hamm-Brücher:* . . . So gesehen, ist der Regierungswechsel für uns, die Liberalen, ein schmerzhafter Gewissenskonflikt. Partei- und Fraktionssolidarität, die Loyalität für den Vorsitzenden, für mich persönlich vielleicht auch der freiwillige Verzicht auf ein sehr schönes und sehr wichtiges Amt, dies alles steht versus persönliche und politische Verantwortung, Zuverlässigkeit, Glaubwürdigkeit . . . Aus diesem Grunde möchte ich stellvertretend für viele Freunde und Mitbürger erklären, daß nach meiner Überzeugung der Weg über das Mißtrauensvotum zwar neue Mehrheiten, aber kein neues Vertrauen in diese Mehrheiten schafft . . . Ich

finde, daß beide dies nicht verdient haben, Helmut Schmidt, ohne Wählervotum gestürzt zu werden, und Sie, Helmut Kohl, ohne Wählervotum zur Kanzlerschaft zu gelangen . . . Diese beiden Vorgänge haben nach meinem Empfinden also das Odium des verletzten demokratischen Anstandes. Sie beschädigen quasi die moralisch-sittliche Integrität von Machtwechseln.

*Helmut Kohl:* Das ist ein Skandal!

*Hildegard Hamm-Brücher:* Ich sehe das so, es tut mir leid. Sie sehen das anders und haben es auch gesagt. Ich meine, daß darauf kein Segen liegen kann.

*Helmut Kohl:* Es ist skandalös, daß Sie die Verfassung als unmoralisch bezeichnen!

. . .

*Heiner Geißler:* Frau Hamm-Brücher, ich möchte Sie fragen: Wie können Sie in dieser Debatte die Behauptung aufstellen, eine Entscheidung des Parlaments nach Artikel 67 des Grundgesetzes verstoße gegen moralische oder sogar christliche Grundsätze? Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe Verständnis dafür, daß Sie persönlich sich so entschieden haben. Aber wie kommen Sie denn dazu, bei Ihrer Äußerung nicht zu erwägen, daß es in diesem Parlament Abgeordnete gibt – und es ist die Mehrheit der Abgeordneten –, die ebenfalls aus moralischen Gründen der Auffassung sind, daß diese Regierung abgelöst werden muß? Jede Gewissensentscheidung richtet sich nach Normen – nach Normen, die jeder persönlich für sich für richtig hält . . . Was ich hier gehört habe an Appellen, an Ressentiments und an Emotionen, kann ich teilweise nur verstehen als einen Anschlag auf unsere Verfassung.

(Buh-Rufe und Pfui-Rufe von der SPD)

Die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die Wahrnehmung der Rechte nach dieser Verfassung können niemals unmoralisch sein – niemals unmoralisch! . . . wir handeln aus dem Geiste der Verfassung, und dies ist die höchste Moralität, die es für einen Politiker geben kann.

*Helmut Schmidt:* Wenn die freie Meinungsäußerung eines Abgeordneten oder einer Abgeordneten, die ankündigen, nach ihrem Gewissen zu reden und zu handeln, bezeichnet wird als ein Anschlag auf unsere Verfassung,

*Helmut Kohl:* Das stimmt doch gar nicht!

*Helmut Schmidt:* als ein Anschlag auf unsere Verfassung,

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

dann muß die Führung –

(Anhaltende Zurufe von der CDU/CSU)

– Ich habe nur die Absicht, drei Sätze zu reden, und ich bitte, mich ausreden zu lassen, noch habe ich das Recht, hier zu reden.

(Stürmischer Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Wenn das ein Anschlag auf die Verfassung sein soll,

(Von seiten der CDU/CSU: Ja!)

dann muß sich die Führung der FDP fragen, ob sie wirklich mit solcher Illiberalität und Intoleranz eine Verbindung eingehen will.

*Helmut Kohl:* Jeder spürt, daß dies für uns alle eine bewegende und aufwühlende Stunde ist . . . Bei allem, was uns gerade in dieser Stunde bedrückt, erregt und vielleicht auch zu einem schnellen Wort veranlaßt, sollte doch der Gedanke an die gemeinsame demokratische Grundüberzeugung der entscheidende Gedanke sein . . . Frau Kollegin Hamm-Brücher, das, was Sie gesagt haben, hat nämlich zur Konsequenz, daß jemand, der im Rahmen dieser Verfassung handelt, – diese Verfassung ist auf der Basis moralischer Kategorien normiert; das ist doch das Ergebnis jüngster deutscher Geschichte . . . Wenn im Rahmen dieser Verfassung, ob das in der konkreten Situation dem einen mehr oder weniger gefällt, entschieden, gearbeitet, gekämpft wird, dann kann das nicht unmoralisch und schon gar nicht unchristlich sein, Frau Kollegin! Darauf, verehrte Frau Kollegin Hamm-Brücher, bezog sich die Reaktion eines Mannes wie

Heiner Geißler, der wie Sie und ich im Rahmen der uns geschenkten Spanne unseres Lebens . . .

3

Auf einer Insel, die im keimfreien Meer der Logiker schwimmt, leben nur »Ritter«, die immer die Wahrheit sagen, und »Schurken«, die immer lügen, was man ihnen aber beileibe nicht ansieht. Drei davon – nennen wir sie Helmut[1], Helmut[2] und Hans-Dietrich – standen einmal beisammen. Da kam ein Fremder vorbei und wollte von Hans-Dietrich wissen, ob er ein Ritter sei oder ein Schurke. Hans-Dietrich nuschelte so stark, daß der Fremde ihn nicht verstand, weshalb dieser Helmut[1] fragte, was Hans-Dietrich gesagt habe. Die Antwort war: »Hans-Dietrich hat gesagt, er sei ein Schurke.« Da wandte sich Helmut[2] an den Fremden: »Dem Helmut[1] darfst du nicht glauben, der lügt.«

Wer von den dreien ist Ritter, wer Schurke? Der Fall liegt klar bei Helmut[1]: Er muß gelogen haben, als er behauptete, Hans-Dietrich habe sich als Schurken bezeichnet, denn weder ein Ritter kann das von sich sagen (es wäre gelogen) noch ein Schurke (es wäre die Wahrheit). Folglich ist Helmut[1] ein Schurke. Und damit ist auch Helmut[2] identifiziert: Er sprach die Wahrheit, als er sagte, daß Helmut[1] lügt; also ist er ein Ritter. Was aber ist Hans-Dietrich? Man wird es nie erfahren.

Natürlich kommen Ritter und Schurken, sofern sie sich an die Prämissen der Logiker halten, gut miteinander aus: die Schurken sind so verläßlich und glaubwürdig wie die Ritter, logo. Nur ein Fremder hat Mühe, sich zurechtzufinden. Aber die Prämissen der Logiker sind, wie gesagt, sehr steril, ebenso wie ihre Bestimmungen von »wahr« und »falsch«. Auf anderen Inseln geht alles ein bißchen schmuddeliger zu. Da gibt es ritterliche Schurken und schurkische Ritter. Und es kommt vor, daß einer, mit Lessing zu reden, »von ohngefähr die Wahrheit gelogen« hat, oder umgekehrt, wie Luther es vom Teufel behauptet, daß einer »leuget, wenn er gleich die Wahrheit saget«. Noch häufiger geschieht es, daß einer, nach Brecht und Geißler, die Wahrheit zwar weiß, sie aber eine Lüge nennt, was ihm selbst den Vorwurf der Lüge einträgt, der jedoch – wer weiß, Herr Geißler – seinerseits wieder eine Lüge sein kann, hinter der sich eine geschändete Wahrheit verbirgt. So kompliziert ist das. Und so alltäglich.

4

Anders in Bonn. Dort ist jetzt die Wende angesagt. Nicht nur die politische, auch die geistig-moralische, wie die Regierungserklärung von Helmut Kohl sie umrissen hat. »In dieser Stunde hat unser Volk ein Recht auf Wahrheit.« Das ist schön. Seitdem leben wir in diesem unseren Land fast immer in dieser Stunde. Das ist weniger schön. Denn jede dieser Stunden hat ihre

eigene Wahrheit, zum Beispiel die Investitionsanleihenwahrheit, gejagt von der Ergänzungsabgabenwahrheit. Das wäre ja normale Politik, wenn es nicht unter dem Anspruch der Wahrhaftigkeit stünde, wodurch es verdächtig wird. Aber vielleicht ist das die »Gesellschaft mit menschlichem Gesicht«, die in der Regierungserklärung so oft beschworen wurde.

»Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht erfordert inneren Frieden . . . wir sind angetreten, dem Bürger mehr Freiheit und nicht mehr Staat zu bringen . . . Wir müssen . . . umkehren in Richtung überschaubare Einheiten, umkehren zu einer Gesellschaft mit menschlichem Gesicht . . . Eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht braucht die Stimmen der Kirchen . . . In der Familie lernen die Menschen Tugenden und Verhaltensweisen, die unserer Gesellschaft ein menschliches Gesicht geben: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung . . . Nicht nur die Kleinfamilie, sondern auch die Gemeinschaft der Generationen in der Familie geben einer Gesellschaft ihr menschliches Gesicht.«

Man darf dabei durchaus an die Bonner Regierungsfamilie denken, mit Zimmermann, Schwarz-Schilling usw., denn ein oder zwei Filous im Umkreis eines Edlen, das macht den Kohl nicht fett, doch stark. Wenn wir uns nur »auf die moralischen Grundlagen unseres Volkes besinnen«, wie der Kanzler sie in seiner Sylvesteransprache hervorgehoben hat: »›Die Verantwortung vor Gott und den Menschen‹, zu der uns die Präambel des Grundgesetzes aufruft, bleibt unser geistiges und moralisches Fundament. Hier liegen die Wurzeln der Eigenverantwortung, des Gemeinsinns und der Mitmenschlichkeit. Diese Werte bleiben unentbehrlich für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht.« Grundlagen, Fundamente, Wurzeln, Werte – nun, das sind so Festtagsvokabeln. Oder sollte das schon die uns verheißene »geistige Führung« sein, die der neue am alten Kanzler vermißte (was ein eher sympathischer Zug des alten war)? Gleichviel. Man muß in dieser Stunde »Zeichen setzen«.
Nehmen wir nur das erste Zeichen, das Wahlversprechen, das in der Debatte vom 1. Oktober im Mittelpunkt stand, wegen der Glaubwürdigkeit. Seitdem will in Bonn eigentlich niemand mehr den Wahlgang am 6. März, am wenigsten Genscher, und deshalb auch Kohl nicht. Aber: »Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit sind Kohls Pfund beim Wähler«, wie ein Kanzler-Helfer laut *Spiegel* sagte; »geht er vom 6. März ab, ist er kaputt.« Bleibt er dabei, ist er es möglicherweise auch. Er blieb dabei, der Redliche. Aber da er nicht wollen kann, was zu wollen er behauptet – muß er da nicht, gerade um glaubwürdig zu sein, unaufrichtig, unwahrhaftig handeln?

5

»Der Wahrhaftige endet damit, zu begreifen, daß er immer lügt.« Nietzsche, der dies sagte, war ein Verfechter der intellektuellen Redlichkeit gegen jegliche Art der Dienst-, Pflicht-, Notlüge, aber zugleich der schärfste Kritiker des Wahrhaftigkeitsprinzips. »Die Forderung der Wahrhaftigkeit setzt die

*Erkennbarkeit* und die *Beharrlichkeit* der Person voraus.« Das aber wäre entweder eine Erschleichung, also Lüge, oder eine Ungeheuerlichkeit, bis hin zum Wahnsinn oder Terror. »Eine bestimmte Spezies Mensch behandelt ihre Existenzbedingungen als gesetzlich aufzuerlegende Bedingungen, als ›Wahrheit‹, ›Gut‹, ›Vollkommen‹: sie *tyrannisiert* . . .«
(Doch Helmut Kohl ist kein Tyrann, sondern ein honoriger Reisender, der, siehe oben, den Rhein herunterkam mit ein paar alten Wahrheiten, Gebrauchtwerten im Koffer, die er sicher nur loswerden wollte. Zufällig werden sie heute hoch gehandelt, das ist seine politische Chance, und darum muß er auch glaubwürdig erscheinen.)
Das Wahrhaftigkeitsprinzip, d. h. das Verbot jeder Täuschungsabsicht, wurde von Augustin nachhaltig ins Christentum eingeführt, und zwar mit einer Konsequenz, die selbst vor der »homicida veritas«, der menschenmordenden Wahrheit, nicht zurückschreckte. »Fragen, ob man um der Rettung eines anderen willen lügen darf, heißt fragen, ob man um der Rettung eines anderen willen sündigen darf.« Man darf nicht, weil man andernfalls ja »mehr den anderen als sich selbst lieben« würde, wozu niemand verpflichtet ist. Das ist zwingend. Das amor-dei-Gebot, das zur Wahrheit verpflichtet, wird gekrönt durch eine amor-sui-Lizenz, die jede Wahrheit gestattet, und sei sie noch so infam – was allerdings erst durch Kant voll ausgelotet wurde, der die Lüge nicht mehr als Beleidigung Gottes verstand, sondern als Verletzung der »Menschheit in meiner Person«, womit die (subjektive) Wahrheit zu mancherlei Schandtat aufgerufen war. Begründet wurde hier ein Tugend-Egoismus: die Konkurrenz um einen guten Platz im Himmel, wo immer der angesiedelt sein mag. Wenn man diesen Wettlauf weiterverfolgt, von Augustin über Protestantismus, deutschen Idealismus und ethischen Sozialismus bis zum Authentizitätskult der Gegenwart, trifft man auf seine konsequenteste Gestalt: den Terrorismus der siebziger Jehre. Der war, cum grano salis gesagt, die »evangelische« Rache für den im Kern »katholischen« Faschismus der dreißiger Jahre.
Die katholische Kirche hat sich in der Wahrhaftigkeitsfrage von Augustin abgewandt. Den entscheidenden Schritt tat Thomas von Aquin, der in der Definition der Lüge die Täuschungsabsicht durch den Willen, Falsches zu sagen, ersetzte. Die Vorteile liegen auf der Hand: Man mußte jetzt zwar auch die Wahrheit sagen, aber es brauchte nicht die ganze zu sein. Man konnte einen anderen bewußt täuschen und dabei doch wahrhaftig sein, sofern man nur nichts Falsches sagte. Der Trick dabei war (und ist) die »restrictio mentalis«, der gedankliche Vorbehalt – ein unerschöpflicher Quell auch unserer politischen Kultur bis hin zur Emser Depesche, ach, bis zur Wahlkampfrede von morgen. (Aber dazu brauchte man im Grunde keinen hl. Thomas, das konnte auch ein Tamerlan, der der Besatzung von Sebastia schwor, kein Blut zu vergießen, wenn sie sich ergebe: er ließ sie

lebendig begraben.) Die Scholastiker und mehr noch die Jesuiten des 17. Jahrhunderts haben die Technik der Mentalrestriktion zur hohen Kunst entwickelt, bis Innozenz XI. sie beschnitt: er erlaubte nur noch jene Formen, bei denen der andere die Täuschung abzuwehren vermag, wenn er auf Draht ist. Sie werden noch heute thomistisch gerechtfertigt.
Die Protestanten haben natürlich gegen solche Roßtäuscherei gelärmt – im Namen der *inneren* Wahrhaftigkeit und zugleich der christlichen Pflicht zur Notlüge, nicht nur aus Barmherzigkeit, sondern auch aus Staatsraison, wie schon Luther es hielt im Falle der anstößigen Doppelehe des Landgrafen von Hessen. Darüber schäumten wiederum die Katholiken, die bald darauf aber lehrten, es sei besser, einen Ehebruch zu vertuschen als zu bestrafen, wenn das Ansehen der Familie auf dem Spiel stehe . . .

6

Doch das ist lange her. Die Unterschiede zwischen katholischer und evangelischer Rechtschaffenheit mögen in der Alltagspraxis minimal sein und sich immer weiter abschleifen. Beträchtlich sind dennoch die Unterschiede in den – von Kohl so leichtfertig berufenen – geistig-moralischen Grundlagen und den durch sie gesteuerten psychischen Prägungen, die in Extremsituationen hervortreten, aber auch dort manifest werden, wo das »Gewissen« sich sozusagen verlängert in eine Institution, eine Partei, eine Idee hinein. Also in der politischen Moral.
Hier finden wir auf der »katholischen« Seite die äußere Wahrung von Normen, während man sich innerlich gehen läßt, weshalb auch die Entäußerung rituelle Formen annimmt und bei Gelegenheit prunkvoll erbarmungslos Staat macht (Tendenz: Rechtsextremismus). Auf der »protestantischen« Seite dagegen: das Pochen auf innere Wahrhaftigkeit bei (notfalls) äußerer Duckmäuserei bzw. die Projizierung der eigenen Moralprinzipien auf den Staat oder die Partei, denen man sich dann umso eifriger beugen kann, aber mit gelegentlichen Ausbrüchen von bekennerischer Eigentlichkeit, die verheerend sein können (Tendenz: Linksextremismus). Daraus folgt zum Beispiel, daß die (protestantischen) Sozialdemokraten sich selbst noch Liberalisierung und Demokratisierung kaum anders als in staatlicher Regie vorstellen können, während die (katholischen) Christdemokraten – so auch Kanzler Kohl – »weniger Staat« haben wollen, aber damit keineswegs weniger Gewalt und Arroganz des Staates meinen. Ein neuer CDU-Staat wird es daran nicht fehlen lassen, auch nicht an staatlichem Prunk, des Kanzlers Auftritte und Reden in seinen ersten hundert Tagen stehen dafür ein. Die Komik, die darin liegt, das Pausbäckig-Provinzielle, das Verkrampft-Authentische, mag vielen Bürgern sogar als Segen erscheinen: Biederkeit als Charisma, wie die Tiefdruck-FAZ es sieht. Hier wird eine emotionale Lücke gefüllt, die in den dreizehn Jahren sozialliberaler Regierung immer

deutlicher klaffte und zu der sogenannten Staatsverdrossenheit, gar Staatsfeindlichkeit führte, die in Wahrheit enttäuschte Staatsbefangenheit ist: Der Staat bot magere Ratio statt saftiger Rituale. Er wollte, zumal unter Kanzler Schmidt und in dürftiger Zeit, ein *Vater* Staat sein – in einer Gesellschaft, in der die Väter kräftig Federn lassen mußten, in ihren Funktionen, in ihrer Autorität, in ihrer Würde. Die meisten Bürger, ganz besonders die jüngeren der »vaterlosen« Generationen, die gar keine anderen Erfahrungen hatten machen können als die der wohlbetreuten Emanzipation, erwarteten sich eine *Mutter* Staat, eine freundlich spendende oder versagende (und wenn sie versagte, war sie eine Versagerin, die man schmähte und biß).
Der neue CDU-, der Kohl-Staat wird zwar nicht mehr viel zu spenden haben, aber er könnte der Staatserwartung der Bürger doch mehr entsprechen als der SPD-, der Schmidt-Staat. In der »Neuen Heimat« wurden keine Wiegenlieder gesungen, ihr fehlte der Schoß.

*7*

Das erklärt noch nicht den Aufstieg eines Helmut Kohl. Warum kommt das, was an ihm so penetrant evangelisch wirkt, sein Wahrhaftigkeits- und Glaubwürdigkeitspathos jenseits aller Sachkompetenz, bei den Leuten so gut an, anstatt nur lächerlich zu sein? Biographisch mag dieser Zug an ihm durch die »Evangelisierung« der katholischen Jugend nach dem Krieg zu erklären sein, aber daß er politisch Früchte trägt, erscheint rätselhaft. Es ist ein Zug, der sich in den letzten Jahren, als Kohl den Rhein herunterkam, in einem ganz anderen Milieu und bei viel Jüngeren ausgebreitet hat: bei den Alternativen, den Grünen, der No-future-Generation. Von ihnen hört man Sätze, die von Kohl stammen könnten, und umgekehrt. Zum Beispiel: »Zuerst muß man glaubwürdig sein.« Oder: »Die Frage nach dem Sinn des Lebens muß neu gestellt werden, tief und fundamental.« So Milan Horacek, grüner Stadtverordneter in Frankfurt. Keine Frage, daß die Inhalte, auf die sich solche Sätze beziehen mögen, differieren, daß der grüne nicht der Kohl-Sinn ist. Gemeinsam ist ihnen aber, daß sie keinen eindeutigen Inhaltsbezug haben, nur Tiefe – oder Flachheit, wie man's nimmt. Sätze für Eingeweihte, Eingestimmte, den feuchten Glanz in den Augen einer Gemeinde widerspiegelnd. Wenn aber die Grünen mit solchen Sätzen – und einem im übrigen eher wirren Programm – aus dem Stand bis zu zehn Prozent der Wählerstimmen gewinnen können, dann ist das nicht überraschender als der (mögliche) Wahlerfolg von Helmut Kohl. Sollten beide den gleichen Nerv, dieselbe Stimmung im Land getroffen haben? Sind es Provinzwerte wie Biedersinn und Glaubwürdigkeit, die das Volk heute begehrt? Oder braut sich da etwas Neues zusammen, eine entschärfte, wiewohl noch brisante Mischung aus »katholischem« und »evangelischem« Bodensatz – schrilles Bekennertum als dumpfes Ritual?

Da stehen sie also mit ihrem neuen Wahrhaftigkeitsanspruch, Avantgarde einer offenbar breiten, wenn auch noch gespaltenen Bewegung. Seht her, rufen sie, ich bin nackt, und ihr haltet euch bedeckt, ihr Heuchler! Dem kann der andere, ob Gegner oder Freund, sich schwer entziehen, also legt auch er die Kleider ab, verbal. Man stellt einander die Vertrauensfrage in Permanenz, argwöhnt überall Lug und Trug, sieht sich dauernd hintergangen und diffamiert, wird wehleidig in seiner Glaubwürdigkeitsnische, oder auch wütend, aggressiv, verfolgende Unschuld . . . Und wenn man seine unerschütterliche Meinung einmal ändert, wie es ein vernünftiger Mensch eben tut, muß man sich ängstlich fragen, ob man vorher gelogen hat oder jetzt lügt. Vielleicht bleibt man dann bei seiner früheren Meinung und damit redlich, doch wider besseres Wissen; oder man beruft sich auf eine jeweils höhere Einsicht, die dem Redlichen ja stets zur Hand ist; oder auf den Willen des Volkes, der Basis – da beißt sich die Glaubwürdigkeit in den Schwanz, denn »das Volk«, das man nicht belügen darf, von dem man sich aber, auch wenn es sich selbst belügt, gern die Legitimation holt, gibt dann die Stichworte für glaubwürdiges politisches Handeln. Zum Beispiel: »Ausländer raus!« Man würde sich ja selbst belügen, wenn man die Ohren vor solchem Mehrheitsruf verschlösse. (Tönt da nicht noch etwas, heißt das nicht »Rübe ab«?)

8

Das gern erörterte Lügenparadox – seine einfachste Version lautet: »Ich lüge gerade.« Wie bitte? – hat eine Kehrseite, die wohlweislich verborgen wird: das Glaubwürdigkeitsparadox. »Ich bin glaubwürdig« kann niemand rechtens von sich sagen. »Ich möchte glaubwürdig sein« heißt, daß man es nicht ist. »Ich muß glaubwürdig sein« bedeutet, daß man sich dazu zwingt . . . Eine fortgeschrittene Version des Lügenparadoxons – sie hebt seine Kehrseite in sich auf – hat vor 70 Jahren der englische Mathematiker Jourdain ersonnen. Auf der einen Seite einer Karte steht geschrieben: »(1) Der Satz auf der anderen Seite dieser Karte ist wahr.« Auf der Gegenseite steht geschrieben: »(2) Der Satz auf der anderen Seite dieser Karte ist falsch.« Was nun? Wenn der erste Satz, der sagt, daß der zweite Satz wahr sei, selber wahr ist, dann ist er falsch, weil der zweite Satz sagt, daß der erste Satz falsch sei. Wenn aber der erste Satz falsch ist, dann ist der zweite Satz, der vom ersten Satz sagt, er sei falsch, ebenfalls falsch und der erste Satz wahr. Oder: er ist nur dann wahr, wenn er falsch ist.

So einfach ist das. Es ist unser neuer politischer Stil: das Glaubwürdigkeitsquiz. Oder sollte man lieber von einer Farce sprechen? Vielleicht war's ja nur ein Spuk.

Bernd M. Malunat

# Schwierige Partner oder wer wem nicht grün ist

Wenn neuerdings das Gespenst der Unregierbarkeit ins Licht der Öffentlichkeit gerückt wird, dann sind damit ständig pauschale Schuldzuweisungen an die Grün-Alternativen verbunden. Der Rückfall in vorgeblich »Weimarer Verhältnisse«, die doch wohl unvergleichbar komplizierter waren, wird dagegen kaum angeprangert, wenn die durchaus vergleichbare Situation in Berlin zur Rede steht, wo die FDP dem CDU-Minderheitssenat eine Koalition verweigert. Wo liegen die Unterschiede, die zu dieser so unterschiedlichen Bewertung führen?

1

Auch wenn die Annahme, das Mehrheitswahlrecht führe zum Zweiparteien-System mit klaren Regierungsmehrheiten, nur sehr eingeschränkt gilt, soll doch angenommen werden, daß das Verhältniswahlrecht im Gegensatz dazu schneller zum Mehr- oder sogar Vielparteien-System neigt, das Regierungsbildungen durch Koalitionen erwartet. So ist es in der Bundesrepublik jedenfalls bisher ständig gewesen: Nur einmal (1957) hat im Bund eine Partei die absolute Mehrheit erlangt, die sie zur Alleinherrschaft befähigt hätte (wenn nicht das Abkommen zwischen CDU/CSU und DP gewesen wäre); deshalb beruhten alle bisherigen Regierungen auf Koalitionsvereinbarungen. Obwohl also Koalitionen für die Regierbarkeit der zweiten Republik von entscheidender Bedeutung waren, findet sich darüber doch kein Wort im Text der Verfassung. Zugunsten derjenigen, die heute konzertant Beschwerde führen, daß die Grün-Alternativen Koalitionen verweigern, sollte man daher annehmen, daß sich wenigstens aus dem »Geist der Verfassung« eine »Koalitionspflicht« zur Sicherung des demokratisch-pluralistischen Parlamentarismus herauslesen lasse. Doch auch die einschlägigen Bestimmungen über die Regierungsbildung (Art. 62 ff. GG), die Abgeordneten (Art. 38 ff. GG) oder die Parteien (Art. 21 GG) geben höchstens dürftigen Anhalt. Und Koalitionsvereinbarungen sind nicht etwa verfassungsrechtliche Verträge, sondern lediglich »politische Vereinbarungen« (K. Hesse) zwischen Parteien, deren »Vorstellungen« so nahe beieinander liegen, daß Kompromisse möglich sind. Ein entscheidender, jedoch bivalenter Auslegung zugänglicher Verfassungssatz findet sich indessen doch im Grundge-

setz, die Vorschrift nämlich, daß die Abgeordneten »Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen« sind (Art. 38 Abs. 1 Satz 2 GG). Auf diese Doppeldeutigkeit, die einerseits das imperative Mandat ausschließt, andererseits die Gewissensverpflichtetheit des parlamentarischen Repräsentanten fordert, wird noch näher einzugehen sein.

Bereits aus diesem knappen Überblick wird jedenfalls erkennbar, daß die Verfassung eine Mitwirkung der Parteien und ihrer Abgeordneten an Koalitionen, die in mannigfachen Kompromissen Regierungsfähigkeit erbringen sollen, nicht ausdrücklich verlangt. Von einer verfassungsmäßigen *Verpflichtung* kann deshalb keine Rede sein. Die Verfassungsgeber, denen die Wirkungen des Verhältniswahlrechts aus Weimarer Zeiten noch deutlich vor Augen standen, sind trotz oder wegen dieser Erfahrungen davon ausgegangen, daß eine ganz natürliche Begierde nach der politischen Macht die Parteien – wie von selbst – in die Suche der Regierungsverantwortung treiben werde. Diese Erwartungen sind, soweit sie die Funktionen anbelangen, aufgegangen; aufgegangen sind sie natürlich längst nicht für alle Parteien – aber erstmals bei dieser neuen Partei der Grün-Alternativen scheint auch der Mechanismus zu versagen.

Der »Geist der Verfassung« atmet die Lockungen der Macht also in weit stärkerem Maß als die Forderung nach einem – insoweit – nur formalen Bündnis zum Zweck des Regierens. Primat der Verfassung genießt schließlich das Gebot der Sicherung des – inneren wie äußeren – Friedens und nicht etwa die Regierungsbildung. Daß zur Sicherung und Stabilisierung des Friedens unter gegebenen Bedingungen nur eine (Mehrheits-)Regierung fähig ist, liegt auf der Hand; aber ebenso evident ist, daß sich diese Regierung nicht aus lediglich koalitionsbereiten und mehrheitsfähigen, d. h. also machtwilligen Parteien formieren darf. Erforderlich sind vielmehr mehrheitsfähige, im Idealfall also gesamtgesellschaftlich identische politische Inhalte und Ziele. Für diese Gestaltung ist die Verfassung, von wenigen aber wichtigen Ausnahmen abgesehen (Art. 79 Abs. 3, 19 Abs. 2 GG), weit offen; das hat die verfassungspolitische Vergangenheit gezeigt, und das wurde durch das Bundesverfassungsgericht in der frühen KPD-Entscheidung (BVerfGE 5, 86 ff.) bestätigt. Aus dem »Geist der Verfassung« läßt sich also keineswegs so schlüssig folgern, daß sich alle (neuen) Parteien dem präformierten Stil von Koalitionsritualen zu unterwerfen haben, wie es aus dem »cuius regio, eius religio« der Alt-Parteien gebieterisch klingt. Die Demokratie nimmt nicht Schaden an der Verweigerung eines Kompromisses *wegen* fehlender Geschäftsgrundlage, sie leidet viel stärker darunter, daß Koalitionen *trotz* fehlender Gemeinsamkeiten vereinbart werden. Das hat die jüngste Vergangenheit zur Genüge verdeutlicht. Dennoch scheint der CSU-Vorsitzende Strauß derartige Mißbildungen zum parlamentarischen Bünd-

niszwang institutionalisieren zu wollen, wenn er fordert, künftig nur noch die Parteien zur Wahl zuzulassen, die bereit sind, die »Spielregeln der parlamentarischen Demokratie« zu befolgen, die also zum »*Funktionieren* des parlamentarischen Systems« beitragen. Diese Forderung ist nicht nur verfassungswidrig, weil sie die Buchstaben des Grundgesetzes verletzt – bekanntlich darf nur das Verfassungsgericht über die (Un-)Zulässigkeit einer Partei entscheiden (Art. 21 Abs. 2 GG) –, sie ist darüber hinaus vor allem verfassungsfeindlich, weil sie alle Werte, von der die Demokratie lebt, technischen Funktionserwägungen unterwirft. Die Fairneß gebietet es, wenigstens anzumerken, daß Obstruktion und Destruktion gerade vom Vorsitzenden dieser anderen kleinen Partei in seinen Sonthofener Strategie-Erörterungen zu den »Spielregeln der Demokratie« erkoren wurden.

Die Grün-Alternativen verweigern den etablierten Parteien bisher also – sieht man von einigen Kommunal-Parlamenten ab – Koalitionsabsprachen. Aber ist dadurch schon Unregierbarkeit geschaffen, damals in Hamburg oder Hessen, *verschuldet* von der GAL oder den Grünen? Wie könnte eine Partei, die deutlich unter der 10-Prozent-Schwelle des Wählerwillens gelandet ist, für Unregierbarkeit sorgen, wenn nach den bekannten Rechenregeln mehr als 90 Prozent der Stimmen an die beiden Groß-Parteien gefallen sein müssen?

Das Schlagwort von der Unregierbarkeit erweist sich so als simple Polemik in strategischer Absicht. Daß diese Strategie wohl nicht aufgehen wird, läßt sich leicht voraussagen. Die 90 Prozent der Wählerstimmen für die beiden Groß-Parteien fließen deshalb nicht in einen Koalitionstopf, weil der Vorrat an inhaltlichen Gemeinsamkeiten als unverzichtbare Voraussetzung fruchtbarer Zusammenarbeit trotz der in einigen wesentlichen Grundfragen am gleichen Strick ziehenden SPD und CDU nicht groß genug ist. Aber ausgerechnet die Partei, die die quantitative, großtechnisch geprägte Wachstumsorientierung durch eine »kopernikanische Wende« abzulösen erstrebt, sollte über ausreichende Substanz als Basis einer Koalition mit den – von ihr so genannten – Wachstumsparteien verfügen? Trotz dieser Hinderungsgründe ist schon seit geraumer Zeit nicht mehr zu verkennen, daß die Grün-Alternativen in allen Parlamenten, und darüber hinaus ganz grundsätzlich, Zusammenarbeit wenigstens mit Personen und/oder in Sachfragen angeboten haben, die bis zu Tolerierungsabkommen ausweitbar ist. Die Bedingungen, die an eine Zusammenarbeit geknüpft werden, sind allerdings sehr rigide, zu rigide selbst denjenigen, die den Forderungen der Grün-Alternativen durchaus aufgeschlossen gegenüberstehen. Und hier erhebt sich dann die Frage, ob diese Härte den vertretenen Interessen dient oder ihnen eher im Wege steht.

Praktiziert wurde diese Haltung, wenn auch nicht in gleicher Schärfe, allerdings bereits über lange Zeit von einer anderen kleinen Partei, die damit

recht erfolgreich war: Es dröhnt noch heute Genschers advokatische Rabulistik in den Ohren, der bis zum Überdruß darauf bestand, die Interessen seiner gerade 10 Prozent Wähler *verlangten* von ihm eine bestimmte Politik – auch gegen die Interessen der 45 Prozent SPD-Wähler (was dann letztlich zu dieser ganz kleinen Wendung führte). Die Taktik der – nun demaskierten – Liberalen lief zu fast allen Zeiten darauf hinaus, und Scheel soll dies erst kürzlich vor dem FDP-Präsidium wiederholt haben, durch die Posten und Pöstchen aus der Regierungsmacht das parteipolitische Überleben zu sichern. Aus dieser Einstellung wurde sie in den beiden letzten Jahrzehnten – die Übergangsperiode der Großen Koalition ausgenommen – zur Königsmacherin (und jetzt zugleich zur Königsmörderin): mit einem überproportionalen, ungerechtfertigten, das heißt demokratisch nicht legitimierbaren Anteil an der Staatswillensbildung. Und genau dieser Rolle, die demokratietheoretisch durchaus nicht so unproblematisch ist, wie eine ständig geübte Praxis glauben macht, verweigern sich die Umweltparteien. Wenn man berücksichtigt, mit welchem Verlust an inhaltlichem Profil und moralischer Integrität der »Wechsel« für die FDP zu bezahlen war und welche neuerliche Hypothek auf ihrer Existenz zukünftig lasten wird, wenn man die Korruption und die Korrumpierbarkeit auf bloße Macht gerichteter Politik so deutlich vorgeführt bekommt, wirkt das geradezu als Herausforderung, eilfertiger Umarmung zu widerstehen, die nur zu einem unverdaulichen Glaubwürdigkeitsverlust einer so betont puristischen Partei führen kann. Dies gilt gerade dann, wenn man die Grenzen der eigenen Fähigkeiten kennt. Allerdings muß man gleichzeitig sehr realistisch erkennen, daß sich Probleme mit einer Politik der Ablehnung – mag sie auch noch so begründet und gerechtfertigt erscheinen – vor einem knapp bemessenen Zeithorizont nicht lösen lassen, selbst wenn man berücksichtigt, daß »unübersehbare Gärungsprozesse in den etablierten Institutionen der Gesellschaft« (Hasenclever) einsetzen. Der notwendige Kompromiß, der durch die Politik der FDP so sehr diskreditiert wurde, wird damit für die Umweltparteien zum Maßstab ihrer Politikfähigkeit, aber auch zum Maßstab der Fähigkeit der Politik, die von den Alt-Parteien noch geleistet werden kann.

2

Gegen das Scheitern von Koalitionsvereinbarungen (bzw. Tolerierungsabkommen) aus inhaltlichen Gründen ist keine Verhandlungskommission gefeit. Die Achtung der Parteien vor ihren inhaltlichen Aussagen und vor dem Votum ihrer Wähler gebieten es vielmehr, auf Vereinbarungen zu verzichten, wenn tragfähige Grundlagen dafür nicht herzustellen sind. Diese Kongruenz von Parteiprogramm und Wählervotum wird in der Praxis nie und in der Theorie nur selten bezweifelt. Wer sich für mehr oder minder fest umrissene politische Inhalte wählen läßt, hat nicht nur das Recht, sondern auch

die (moralische) Pflicht, dafür einzutreten. Dem steht nicht entgegen, daß der Abgeordnete nur seinem Gewissen unterworfen ist (und nicht etwa den Einflüsterungen irgendeiner Lobby); vielmehr steht gerade die programmatisch akzentuierte Gewissensbindung dafür, daß er sich der Herausforderung stellt, die sich aus der inhaltlichen Position und dem dafür bezogenen Mandat ergibt. Gewissen ist bekanntlich noch immer nicht (außer bei Wehrdienstverweigerern) überprüfbar. Was oder wer das Gewissen des Abgeordneten letztlich bestimmt, ist sein (ziemlich offenes) Geheimnis. Aber es ist gewiß nicht das schlechte Gewissen, das einem Abgeordneten empfiehlt, sich mit dem Kreis, dessen Anliegen er vertreten soll, an dessen Stelle er als besonderes Organ der Gesetzgebung die Staatsgewalt des Volkes repräsentiert, immer und immer wieder zu beraten über den besten Weg, im allgemeinen wie im besonderen. Jedenfalls ist die enge Bindung an die Basis, die die Grün-Alternativen zu praktizieren versuchen, dem Demokratiegebot der Verfassung mindestens ebenso adäquat wie die Optimationsformel, die so oft an den Bedürfnissen, vor allem aber an der Zukunft vorbeiführt. Schließlich verliert sich die Idee der Repräsentation im Sande, wenn sie nicht – zumindest auch – re-präsentiert, was sich an Wünschen und Nöten im Volk artikuliert. Im Grundgesetz kommt dieses Postulat der parteilichen Willensbildung von unten nach oben zum Ausdruck, wenn es nach »*demokratischen* Grundsätzen für die innere Ordnung der Parteien« (vgl. Art. 21 Abs. 1 GG) verlangt, und auch das Parteiengesetz sieht noch vor, obschon bereits in verwässerter Form, »daß den einzelnen Mitgliedern eine angemessene Mitwirkung an der Willensbildung der Partei möglich ist« (§ 7 Abs. 1).

3

Über allen ihren fundamentalen Orientierungen können die Grün-Alternativen schwerlich übersehen, daß sich substantielle Änderungen weder durch Koalitionsdistanz noch durch rigide Minderheitspositionen bewirken lassen. Dies gilt umso mehr, weil sich die angestrebten Änderungen weithin wie ein Flickenkleid ausmachen, das aus den unterschiedlichsten kritisch gewordenen Bereichen zusammengetragen ist, aber noch lange nicht die Konsistenz eines realisierbaren Modells aufweist; der Hagener November-Kongreß hat diesen Eindruck erneut bestätigt. Und dies gilt auch für die allzuleicht überstrapazierte Inanspruchnahme der Minderheitenposition unter Berufung auf existentielle Gefährdungen, die in dieser Absolutheit nur für den exakt konkretisierbaren Einzelfall gelten darf. Dies mag puristischen »Unbestechlichen« – aus ehrenwerten Gründen – vielleicht nicht ohne weiteres einleuchten; ohne weiteres einleuchten wird es hingegen grün-alternativen Wählern, die ihr Votum auf Dauer nicht in den Sand setzen wollen. Alle einschlägigen Meinungsbefragungen machen das ersichtlich: Eine deut-

liche Mehrheit der grün-alternativen Mitglieder und Wähler erwartet die parlamentarische Vertretung ihrer Position, und diese Mehrheit ist überdies für eine sachliche und konstruktive Zusammenarbeit, die sich vor allem an der SPD orientieren soll. Diesen Erwartungen können sich die Umweltparteien nicht entziehen, ohne sich der Gefahr auszusetzen, zu einer jener Mikro-Parteien zu verfallen, wie sie sich an allen Wahlen beteiligen.
Aber selbst wenn die Grün-Alternativen für eine restriktive Politik nicht mit dem Verlust des Wählervertrauens bestraft werden sollten, ihre Opposition gegen die Ideologie quantitativen Industriewachstums nicht als Außenseiter im außerparlamentarischen Widerstand zu vertreten haben, selbst dann ist doch nicht zu befürchten, daß sich die etablierten Groß-Parteien länger als optisch notwendig von einer Sperr-Partei in eine als unregierbar empfundene Lage des Parlamentssystems hineinmanövrieren lassen werden. Bevor es zur Etablierung eines derartigen Zustandes kommen wird, den dieses System auf längere Sicht fraglos nicht ertragen könnte, weil Wahl-Wiederholungen bis zu einem »passenden« Ergebnis nicht zu erwägen sind, ist trotz aller gegenseitiger Abneigungen eine »Große Koalition« angezeigt, und sei es zu dem alleinigen Zweck, das Wahlrecht so zu ändern, daß zukünftig eben nur noch die beiden tradierten Parteien parlamentarisch überleben könnten. Die bisherigen Manipulationen mit der Sperrklausel in den Bundeswahlgesetzen sind dafür beredtes Zeugnis und Vorbild, und die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts lassen für eine Erhöhung des Quorums genügend Raum, vor allem wenn erschwerte Bedingungen es opportun erscheinen lassen.
Koalitionsbehinderungen der Grün-Alternativen bergen daher nicht so sehr die tatsächliche Gefahr gespenstisch ausgemalter Unregierbarkeit, sie bergen vielmehr die Gefahr der verzögerten politischen Adaption gewandelter ökonomischer, ökologischer und sozialer Grundlagen, und sie bergen darüber hinaus die Gefahr der Ausgrenzung aller potenten gesellschaftlichen Opposition von der staatsbildnerischen Kompetenz des Parlaments.
In dieser Konstellation zeigt sich eine »demokratische Lücke«. Einerseits sind die Grün-Alternativen in ihrem weiten Spektrum, das sich zwischen reformistischen und radikalen Lösungsansätzen dehnt, aus inhaltlichen und organisatorischen Gründen gegenwärtig nur in sehr begrenztem Umfang *fähig*, an Koalitionen mitzuwirken. Sie bewahren sich und den möglichen Partner vor späterem Schaden, wenn sie diese Schwäche in aller Bescheidenheit darstellen, statt das Manko in markigen Worten in die »Unregierbarkeit des Systems« (J. Leinen) verkehren zu wollen. Andererseits aber haben die Grün-Alternativen, trotz mangelnder Reife, das Vertrauen einer großen Zahl von Wählern für die Notwendigkeit ihrer Anliegen gewinnen können. Auch wenn nicht alle Wähler gewußt haben mögen, wem sie ihre Stimme gaben, darf man doch für die überwiegende Mehrheit davon ausgehen, daß

sie die Kreuze auf den Wahlscheinen sehr bewußt setzten. Die Wahlanalysen bestätigen den Umweltparteien vornehmlich jüngere, politisch interessierte und gut gebildete Wähler. Das zeigt sich auch an der Beständigkeit, mit der die Stimmenanteile der Grünen seit ihrem ersten Antreten fast regelmäßig zunehmen.

Zumindest ein Teil der Wähler scheint, wenn vielleicht auch nur vorübergehend, diese »demokratische Lücke« billigend in Kauf genommen zu haben, um die Umwelt-Defizite der etablierten Parteien in aller Deutlichkeit herauszustellen. Letztlich handelt es sich damit also um ein Dilemma der Alt-Parteien, das aufzuzeigen drastisch, aber mit demokratischen Mitteln in Angriff genommen wurde: mangelhafte Umweltpolitik schlägt sich in mangelnden (Regierungs-)Mehrheiten nieder! Es ist sinnlos, diesem Malheur durch ein wie immer geartetes Verbot der Umweltparteien begegnen zu wollen; wenn sich Protest nicht in einer Partei kanalisieren läßt, wird er mit noch größerer Macht »auf der Straße« nach Gehör suchen. Konsequenterweise können sich Sanktionen nicht gegen Parteien richten, sondern gegen deren demokratische Legitimatoren, gegen ihre Wähler also. Ob die Grün-Alternativen aus dem demokratischen Prozeß weitere Legitimation beziehen werden, ist unsicher. Jedenfalls aber wären sie in der Lage, die »demokratische Lücke« auszufüllen und gleichzeitig dem Parteien-Dilemma des ökologischen Defizits zu begegnen. Diese Möglichkeit scheint für den Augenblick aber alleine in der Politik einer abgewogenen Tolerierung zu liegen; zu mehr sind die Grün-Alternativen nach dem Kongreß von Münster (noch?) nicht fähig.

Der Bedarf kompromißfähigen Handelns liegt daher – im wohlverstandenen Interesse der Grün-Alternativen – in weit größerem Umfang bei ihnen selbst als bei den Alt-Parteien. Sie bedürfen zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele in höherem Maß der erfolgreichen Zusammenarbeit mit den etablierten Kräften, während sie ihre relativ statische Politik-Rezeptur, gestützt auf ein überzeugendes Wählervotum, fraglos noch längere Zeit aufrechtzuerhalten vermögen, auch wenn die Haushaltsberatungen erweisen, daß es zunehmend schwieriger wird, diese Konzepte finanziell und sozial durchzustehen. Im wohlverstandenen Interesse der gesellschaftlichen Herausforderungen bzw. der Möglichkeiten, gegenwärtige und zukünftige Konflikte zu begrenzen, bedarf es allerdings der Kompromißbereitschaft wie -fähigkeit aller Beteiligten. Diese Kompromisse gilt es an der Elle möglicher Erkenntnisse und sachlicher Einsichten zu messen – ohne dabei numerische Gewichtungen völlig aus dem Auge zu verlieren, aber auch ohne sich dabei auf perspektivelosen Positionen im Kreise zu drehen.

# Dieter Kampe
# Über die Wirtschaftslage der Nation

## *1. Der Zustand »dieser« unserer Wirtschaft*

Die Wachstumsgesellschaft wächst nicht mehr. Das Bruttosozialprodukt, Fetisch unserer Industriekultur und Thermometer bundesdeutschen Selbstbewußtseins, schrumpft nun schon im zweiten Jahr; 1982 gar um ein ganzes Prozent.[1] 1983 ist ± 0 die Optimalvariante. 400 000 bundesdeutsche Arbeitnehmer haben 1982 ihren Arbeitsplatz verloren. Die Zwei-Millionen-Grenze wurde im letzten Herbst durchbrochen; knapp 10 Prozent aller Erwerbsfähigen suchen umsonst nach Arbeit. Da wir alle in einem Boot sitzen, gibt's Sorgen nicht nur auf dem Zwischendeck. Auch die Erste-Klasse-Passagiere leiden unter der rauhen See. »In den letzten Jahren sind die *Erträge,* die die *Unternehmen* mit ihren Investitionen erwirtschaften konnten, im Vergleich zu denen von Geldvermögen und anderen sicheren Anlagen immer kleiner geworden. Eine die Risiken des Marktes abdeckende Risikoprämie konnte im Gewinn vielfach nicht mehr erzielt werden.«[2] Es lohnt demnach nicht mehr, Unternehmer zu sein. Die, die es trotzdem blieben, investierten 1982 5,5 Prozent weniger als im Vorjahr.[3] Viele Branchen arbeiten nämlich schon seit längerem mit schlecht ausgelasteten Produktionskapazitäten. Die »Fünf Weisen« beschreiben es allgemein und zurückhaltend: »Die Kapazitäten sind schlecht ausgelastet und die Auftragspolster zusammengeschrumpft. Kapazitätserweiterungen scheinen in vielen Bereichen nicht dringlich zu sein.«[4] Die *Auslastung des Produktionspotentials* sank von 91,4 Prozent (1979) auf 84,7 Prozent (1982).[5] Produzieren ist nur sinnvoll, wenn man verkaufen kann. Aber wohin, an wen? Der *Export,* einst tragende Säule der bundesdeutschen Wirtschaft, hat an Bedeutung verloren und tut sich schwer, auf dem Weltmarkt Kunden zu halten oder gar neue zu finden. Seit Frühjahr 1982 sind die Exportgeschäfte stark rückgängig[6] – und eine *Binnenmarktnachfrage,* die die Produktion stützen könnte, ist weit und breit nicht in Sicht. Woher sollen die Bundesbürger auch das Geld nehmen? Seit 1980 sinken die *Reallöhne,* 1982 sogar um 1,5 Prozent.[7] Entsprechend ging auch der *private Verbrauch* der Bürger zurück: 1981 um 1,2 Prozent, 1982 um 1,5 Prozent und 1983 vermutlich um 1 Prozent.[8] Automobilbauer, Hersteller von Haushaltsgegenständen, Produzenten von Bekleidung und Schuhen und Reiseveranstalter litten besonders stark unter diesem unfreiwilligen Konsumverzicht der Bundesbürger.

Der Staat, der sich 1967 per Gesetz verpflichtete, Wachstum und Stabilität zu garantieren, hätte alle Hände voll zu tun gehabt, aber er hatte leere Kassen. Selbst das Abwickeln der Alltagsgeschäfte ist ihm nur durch Verschuldung möglich. Das *Staatsdefizit* belief sich 1982, je nach Abgrenzung, auf eine Summe zwischen 60 und 70 Milliarden Mark.

Nach langem Zögern sind nun auch die optimistischsten Beobachter bereit zuzugeben, daß die Wirtschaft nicht bloß in einem besonders kräftig ausgefallenen Konjunkturtief steckt, sondern daß *Ausmaß, Dauer und Kombination der Krisensymptome* über das Gewohnte hinausgehen und etwas *Neues* ausmachen, von dem man noch nicht richtig weiß, was es eigentlich ist. Der Name *Strukturkrise* ist nichtssagend und macht nur die Hilf- und Ratlosigkeit der Wirtschaftspolitiker deutlich. Sicher ist lediglich, daß diese Wirtschaftskrise noch ein paar Jahre andauern wird, weil offensichtlich niemand ein Patentrezept zur Überwindung in der Tasche hat.

Die grundlegenden Veränderungen, denen sich alle Industrieländer heute konfrontiert sehen, betreffen den Preis für Energie, die erschwerten Absatzbedingungen auf dem Weltmarkt als Folge schärferer Konkurrenz mit neuen Anbietern und den Einsatz neuer Technologien, deren Freisetzungseffekte bislang größer waren als ihre Fähigkeit, neue Märkte und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Die gravierendsten Folgeprobleme dieser Veränderungen waren Arbeitslosigkeit und Investitionsschwäche.

Nach dem politischen Wechsel in Bonn hat nun auch die konservative Partei eine Strategie vorlegen müssen. Jetzt lassen sich also die verschiedenen Rezepte sichten und werten. Was hat die SPD/FDP-Regierung gemacht, welchen Weg geht die CDU/FDP-Regierung, was schlagen Wissenschaftler und andere Experten vor?

## *2. Die Wirtschaftspolitik der SPD/FDP-Regierung*

Die goldenen Anfangsjahre sozialliberaler Regierungspolitik, die bis 1973 andauerten, waren geprägt von großzügigen Reformen (vor allem im sozialen Bereich) auf der Basis einer boomenden Wirtschaft. Die Zunahme von Staatsfunktionen (Konjunkturstabilisierung, sozialer Ausgleich, soziale Sicherung) galten damals allgemein als unproblematisch, da der Staat über steigende Einnahmen verfügte und zudem auch Leistungen der Wirtschaft nachfragte und als Arbeitgeber Einkommen an die privaten Haushalte vergab. Riskant war indes die Entscheidung, (Reform-)Gesetze zu verabschieden, die laufende Folgekosten verursachten, wie etwa die Kindergeldreform, Teile der Bildungsreform, die Veränderung der Sozialversicherung im Bereich Gesundheit, die Einführung der flexiblen Altersgrenze, das Mutterschaftsurlaubsgeld u. a. m. Der Handlungsspielraum der staatlichen Wirt-

schaftspolitik blieb nämlich nur erhalten, solange steigende Einnahmen dem Staat *disponible* Überschüsse bescherten.

Eben dies war seit dem Konjunktureinbruch 1974 nicht mehr der Fall. In diesem Jahr blieben die Investitionen um 10 Prozent hinter dem Vorjahrsniveau zurück[9], im folgenden Jahr verringerte sich dann der Export als Folge der weltweiten Rezession spürbar, und die Wirtschaft schrumpfte um 1,6 Prozent: »Negativ-Wachstum«. Zu diesem Zeitpunkt wurde der Pfad der Vollbeschäftigung verlassen, der bis heute nicht wieder erreicht wurde. Die Folgen des immer geringer werdenden Wirtschaftswachstums: Rückgang der Steuereinnahmen und Belastung der Arbeitslosenversicherung. Die Reformen der frühen 70er Jahre konnten jetzt nur noch mit dem Griff in die Schuldenkasse finanziert werden. »Faßt man die Ausfälle an potentiellen Einnahmen in Höhe von 30 Milliarden DM und auf der Ausgabenseite die Kosten der Kindergeldregelung sowie die zusätzlichen Leistungen der Arbeitslosenversicherung zusammen, so sind damit rund drei Viertel des Finanzierungsdefizits der öffentlichen Haushalte im Jahr 1975 in Höhe von rund 60 Milliarden DM erklärt.«[10] Sozialdemokratische Gesellschafts- und Sozialpolitik hatte eine wachsende Wirtschaft als Prämisse. Per Gesetz waren laufende Ausgaben festgeschrieben, die nun angesichts verminderter Einnahmen zur Schuldenbildung führten. Schuldenmachen war die einzige Antwort, die den auf Wachstum fixierten Sozialdemokraten einfiel.[11] Ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Konzept für längere Zeit der Wachstumsflaute hat die Partei nie entwickelt. Sowohl im Langzeitprogramm als auch in den Beschlüssen des Parteitags von Hannover 1974 heißt es: »Wachstum ist ein Mittel zur Durchsetzung unserer Politik . . . Ein schlüssiges Programm sozialer Reformen kann auf wirtschaftliches Wachstum nicht verzichten; ohne wirtschaftliches Wachstum wäre unser Programm zum Scheitern verurteilt.« Noch auf dem Münchener Parteitag stimmten die Sozialdemokraten für höhere Steuern und höhere Schulden, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Nun ist Schuldenmachen eine gängige unternehmerische Maßnahme, und der *Umfang* der bundesdeutschen Staatsschulden war immer weit davon entfernt, wirklich besorgniserregend zu sein. (Bedenklich war im Grunde nur, wie die Sozialdemokraten jeglichen Gedanken an Schuldenabbau verdrängten.[12]) Doch das Thema wurde zum Wahlkampfschlager. Obwohl es den Wahlausgang nicht beeinflußte, übernahm die SPD *nach* den Wahlen die Auffassung, die Staatsverschuldung habe die Grenze des Tragbaren erreicht, und begrenzte nicht nur die Neuverschuldung der Regierung (Operation 81), sondern damit auch deren Handlungsfähigkeit. Ohne liquide Mittel war keine sozialdemokratische Politik mehr machbar.

Durch weitere Staatsverschuldung wäre die »Systemkrise«[13] nicht gelöst, sondern nur hinausgeschoben bzw. abgeschwächt worden. Die Rückzah-

lung der Schulden bliebe abhängig von Wachstum, das nach sozialdemokratischer Auffassung irgendwann einmal wieder kommen muß. Staatsschulden als konjunkturpolitischer Lückenbüßer *in Permanenz* sind allerdings wirklich keine Zukunftsbasis – und ein Ausweg aus der Beschäftigungskrise sind sie auch nicht.

In den ersten Jahren ihrer Regierungszeit hatte die sozialliberale Koalition mit Schiller, Möller und dem Keynesianismus eine neue Ära der Wirtschaftspolitik eingeleitet. Nachfragesteuerung hieß das Zauberwort – und es funktionierte. Freilich ging es in jenen Jahren mehr darum, die boomende Wirtschaft vor dem Überschäumen zu bewahren. Je öfter die Mittel der nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik eingesetzt wurden, desto ineffektiver wurden sie.[14] Bürger und Unternehmen lernten schnell, mit (oder gar von) den Maßnahmen (die absehbar waren) zu leben. Das nahm ihnen viel von ihrer Wirkung.

Auf den Konjunktureinbruch 1974 konnte die SPD schon weitaus weniger souverän reagieren – sowohl, weil ihre nachfragepolitischen Instrumentarien nicht mehr so gut griffen, als auch, weil die Krise mehr war als ein nationales Konjunkturtief. In der Folgezeit mischten sich in der Bonner Wirtschaftspolitik nachfragepolitische und angebotsorientierte Elemente.[15] Nachfragestimulierung setzen rechte Sozialdemokraten und naive Keynesianer gleich mit öffentlichen Ausgabenprogrammen. Die wiederum sind allein durch Schulden finanzierbar, Schulden, die nur bei späterem Wachstum zurückgezahlt werden können. Bleibt das Wachstum aus, hängt alles in der Luft.

### *3. Die Wirtschaftspolitik der CDU/FDP-Regierung*

Von der Oppositionsbank aus hatte die CDU kaum mehr als Schlagworte wie »Verbesserung der Investitionsbedingungen« und »Entstaatlichung« zur Wirtschaftspolitik beigetragen. Plötzlich mit Regierungsverantwortung beladen, mußte sie ihre Wirtschaftspolitik rasch aus Versatzstücken zusammenzimmern.[16] Lediglich die Entstaatlichungspolitik wurde konsequent als Abbau all jener administrativen Investitionshemmnisse betrieben, mit denen die Sozis den Fortschritt blockiert hatten: weg mit den Moratorien zur Kernenergie, zügiger Ausbau der AKWs; endlich freies Fernsehen für freie Bürger, schnellstens Privat-Kommerz und Verkabelung der Republik; und natürlich Fertigstellung des Rhein-Main-Donau-Kanals, zu wessen Nutzen auch immer. Ansonsten ist in der neuen Wirtschaftspolitik an Ungereimtheiten, Widersprüchlichem und Fragwürdigem kein Mangel:

a) *Lohnverzicht:* Die Arbeitnehmer sollten auf Lohnerhöhungen verzichten. Ob der andere Sozialpartner sich dafür mit Preiserhöhungen zurück-

halten würde, blieb offen. Während Lohnentwicklungen kontrollierbar sind, sind Preise schwer überschaubar. So blieb es beim Appell: »Erforderlich ist auch eine flexiblere Preispolitik. Für staatliche Unternehmen und solche, die aufgrund ihrer Marktposition Preissetzungsmacht besitzen, bedeutet dies die Forderung, sich bei der Erhöhung von Preisen und Tarifen zurückzuhalten.«[17] Das Ergebnis der – unrealistischen – Forderung wäre absehbar gewesen: Die Konsumenten halten still, die Produzenten langen zu.

b) *Senkung von Reallöhnen und privatem Verbrauch:* Nachdem bereits seit 1980 bzw. '81 die Reallöhne und die private Nachfrage rückläufig waren, warnten auch konservative, angebotsorientierte Experten vor weiteren Nachfragebeschneidungen: »In der Tat ist mehr Nachfrage erwünscht, ja notwendig«, formulierten die »Fünf Weisen« und belehrten: »Zur wirtschaftlichen Belebung gehören auch kaufbereite Verbraucher.«[18] Auch die Institute betonten, es müsse vermieden werden, »daß die Nachfrage durch wirtschaftspolitische Maßnahmen zusätzlich geschwächt wird«.[19] Doch die Regierung Kohl sah das anders. Erhöhung der Mehrwertsteuer und Anhebung von Abgaben dämpfen den ohnehin gedrückten privaten Verbrauch weiter, so daß die zitierten Experten auf Distanz gingen.

c) *Förderung des Wohnungsbaus:* Die Mittel aus der Zwangsanleihe sollen hauptsächlich zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus in Ballungsgebieten (!) und des Eigenheimbaus eingesetzt werden. Statt die Gelder also direkt zur Schaffung von Arbeitsplätzen in der gewerblichen Wirtschaft einzusetzen, greift man zur klassischen – übrigens nachfragepolitischen – Maßnahme, die Konjunktur anzukurbeln. Mit Subventionen werden Schlafstatt Arbeitsplätze geschaffen. Sachverständigenrat und Institute waren sich einig in der Befürchtung, daß hier ein kurzfristiger Boom gezüchtet wird, der weder den Wohnungsmarkt entlastet noch die Grundlagen für künftiges Wachstum legt.

d) *Subventionsabbau:* Seit Jahren gefordert, auch nach der Regierungsbildung noch verkündet, fehlt diese Maßnahme im praktischen Programm völlig. Statt dessen lassen einige Äußerungen darauf schließen, daß aus »nationalen Interessen« einige vom Strukturwandel betroffene Bereiche nicht nur Bürgschaften, sondern auch hohe direkte Subventionen erhalten sollen. Das ist im europäischen Umfeld nicht unüblich, widerspricht dummerweise nur dem, was vorher verkündet wurde.

Die Mehrwertsteuererhöhung, die zuvor per Bundesrat blockiert worden war, wurde im letzten Herbst beschlossen; die Ergänzungsabgabe, zuvor bekämpft, wird nun doch praktiziert werden; die Neuverschuldung wurde nicht begrenzt, wie zuvor gefordert, sondern ausgeweitet. Derartige Inkonsequenzen sind in der bundesdeutschen Politiklandschaft offensichtlich ohne Gesichtsverlust machbar. Auf des Bürgers kurzes Gedächtnis kann

man zählen. Die weiteren Maßnahmen zeugten bislang weniger von Inkonsequenz; sie zielten eindeutig auf des Normalbürgers Tasche:
– Einstieg in die Selbstbeteiligung bei der gesetzlichen Krankenversicherung;
– Reduzierung der Rentenausgaben, zunächst durch Vertagung des Anpassungstermins, dann durch Beiträge zur Krankenversicherung, langfristig durch die Lösung von der Bruttolohnentwicklung;
– stärkere Ausrichtung des Arbeitslosengeldes an der Dauer der Beitragszahlung;
– Abbau der Mietpreisbindung.
Zwei Drittel der jetzigen CDU-Regierungspolitik bestehen aus Maßnahmen, die die Sozialliberalen im Sommer und im Herbst 1982 betrieben und geplant hatten. Von einer *Wende* kann keine Rede sein. Die Sozialdemokraten haben den Weg des Abbaus von Sozialleistungen und der Finanzanreize für Investitionen eingeschlagen; die CDU marschiert auf derselben Straße jetzt mit höherem Tempo weiter. Bestes Beispiel: die Abkehr vom Solidaritätsprinzip bei der Gesundheitsversorgung. Bislang galt: Der Anspruch auf gesundheitliche Versorgung ist unabhängig vom Einkommen. SPD und FDP warfen dieses Prinzip über Bord, indem sie die Eigenbeteiligung an den Krankenhauskosten einführten. Fünf Mark pro Tag *in der ersten Woche,* lautete der Beschluß des Schmidt-Kabinetts vom Juli '82. Unter Kanzler Kohl wurden flugs 14 Tage daraus – wann die Anhebung auf 10 DM pro Tag erfolgt, ist nur noch eine Frage der Zeit. Krankheit wird damit zur wirtschaftlichen Frage, die je nach Einkommensniveau unterschiedlich beantwortet werden muß. Auch die erneute Anhebung der Selbstbeteiligungssätze für Rezepte und Arzneimittel zeigen die Richtung: Reprivatisierung der Lebensrisiken. Pech, wen's trifft.
Diese Politik entlastet die öffentlichen Haushalte – wenn auch nicht in dem Maße, wie das behauptet wird, denn in der Spalte Sozialhilfe steigen die Ausgaben gewaltig. Die Frage, wie das helfen soll, aus der Investitions- und Beschäftigungskrise herauszukommen, bleibt ohne Antwort.

### *4. Bilanz der Realpolitik*

Alte und neue Regierung sehen im *Wachstum* den Weg aus der Krise. Unterschiedlich sind die Mittel, mit denen sie dies zu erreichen versuchen. In der Praxis sind die Differenzen indes zu gering, als daß die Etiketten aus dem Grundsatzstreit »Nachfrageorientierte Politik vs. angebotsorientierte Strategie« zur Kennzeichnung der beiden Politiken verwendet werden könnten. Die SPD/FDP-Regierung hat in ihren letzten Regierungsjahren systematisch mehr angebotsorientierte Elemente in ihre Wirtschaftspolitik eingebaut; die CDU/FDP-Regierung betreibt Nachfragedämpfung, ver-

setzt mit einigen naiven nachfragestimulierenden Elementen, bleibt aber bei der Angebotsförderung im konventionellen Rahmen.
Erfolglos blieb die Kohl-Regierung bislang bei dem Versuch, die Staatsfinanzen zu konsolidieren. Den strukturellen Teil des Defizits konnte sie bislang nicht stärker abbauen, als dies die alte Regierung 1982 auch schon getan hatte. Obwohl die Art, wie die Wohnungsbauförderung angegangen wird, viel von einem Subventionsprogramm an sich hat, wenden sich Lambsdorff und Stoltenberg gegen jede Art von staatlich finanziertem Konjunkturprogramm oder Beschäftigungsprogramm. Demgegenüber verkauft die oppositionelle SPD genau diesen alten Hut als neuen Clou: ein staatliches Ausgabenprogramm in Höhe von 30 Milliarden DM (für 1983 bis 1985).[20] Finanziert z. T. durch eine Ergänzungsabgabe, z. T. durch weitere Verschuldung, soll dieser Beschäftigungshaushalt »die Wachstumskräfte der Volkswirtschaft beleben«. Ob das mehr wäre als ein gigantisches Programm von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, darüber darf spekuliert werden. Forst- und Bauarbeiten statt Arbeitslosengeld ist sicherlich ein Weg, die Arbeitslosenzahlen zu senken; was hingegen die Schaffung neuer, langfristig rentabler Arbeitsplätze angeht, so bleibt dieser Vorschlag die konkrete Antwort schuldig.
Bedenklichste Tendenz der von den Parteien betriebenen Wirtschaftspolitik ist die grundlegende Akzeptanz der Arbeitslosigkeit. Da alle ihnen bekannten (d. h. von ihnen akzeptierten) Strategien offensichtlich wirkungslos sind, konzentrieren sie ihre Überlegungen darauf, wie die Arbeitslosen finanziert werden können, woher die Mittel stammen können. Gesucht werden nicht mehr Problemlösungen, sondern Formen, mit dem Problem zu leben. Diese Einstellung entspricht durchaus der Haltung eines großen Teils der Bevölkerung. Für viele ist »Krise« lediglich ein von den Medien aufgebauschtes Thema, von dem sie nichts spüren: weder bangen sie um ihren Arbeitsplatz, noch hat sie der Reallohnabbau der letzten Jahre zu einer Änderung ihrer Lebensgewohnheiten gezwungen. Unwillig gestehen sie zu, daß ihre Beiträge zur Arbeitslosenversicherung etwas angehoben werden; aber damit kann man leben, das ändert nichts am Rahmen des Alltags. – Drastische Arbeitszeitverkürzung mit Lohneinbußen – davor fürchten sich nicht nur Parteipolitiker und Gewerkschaftsfunktionäre.
Insgesamt erinnern alle Strategien der Bundestagsparteien an den Versuch, ein nicht anspringendes Auto flott zu kriegen: Für eine kurze Zeit springt der Staat hilfreich ein (egal, ob durch zusätzliche Nachfrage öffentlicher Haushalte oder Gewinnsubventionierung mittels Investitionsanreize) und sorgt für einen Schub von außen – in der Hoffnung, daß nach ein paar Metern der Wagen aus eigener Kraft weiterfährt. Ein traditionelles Vorgehen angesichts eines traditionellen Problems. Leider haben wir in der Wirtschaft keine traditionelle Krise.

## 5. Die Meinung der Experten

Der *Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung* (die »Fünf Weisen«) empfiehlt in seinen Gutachten bereits seit Mitte der 70er Jahre, eine angebotsorientierte Politik zu fahren, um aus der Krise herauszukommen. Beschäftigung durch Wachstum, heißt seine Devise, und Wachstum ist nach Meinung der Ratsherren nur dann zu erzielen, wenn die Unternehmer dazu bewegt werden können, wieder zu investieren. Also muß alles getan werden, um ihnen das Investieren schmackhaft zu machen. In der Sprache des Rates: die Angebotsbedingungen müssen verbessert werden.

Grundlage der Angebotstheorie ist die Annahme, daß in jeder marktwirtschaftlich organisierten Volkswirtschaft *im Prinzip* genügend Wachstum und Investitionsdynamik vorhanden ist. Der Rat spricht diesbezüglich von der »Robustheit der Investitionsneigung«. Wirtschaftliche Flauten entstehen demnach, wenn irgend etwas die an sich gegebene Dynamik bremst. Bremser ist immer der Staat, Bremswirkungen entstehen durch staatliche Reglementierungen. Zum aktiven Vokabular der Angebotstheoretiker gehören deshalb Begriffe wie: administrative Investitionshemmnisse, Lohnkostenbelastung, Steuerbelastung. Und andererseits: Renaissance der Marktwirtschaft, Revitalisierung der Wirtschaft, Entstaatlichung, Bremsen lokkern. Der dynamische Unternehmer muß entfesselt werden.

Dem Konzept fehlt es nicht an innerer Logik. Fallen die Fesseln, ermöglicht die Geldpolitik eine bessere Liquiditätsausstattung, sorgt die Finanzpolitik für niedrige Zinsen, halten sich die Gewerkschaften mit Lohnforderungen zurück, dann ist die Rentabilität der Investitionen gesichert, die Unternehmer investieren, die Wirtschaft wächst. Beschäftigung, Einkommen und Nachfrage sind die Folge. Der Wirtschaftskreislauf dreht sich wieder, Krise ade. Dem Haupteinwand, wie es denn angehen könne, daß produziert wird, *bevor* Nachfrage da ist, begegnen die Angebotstheoretiker zum einen mit dem Hinweis, daß nach ihrem Modell ja erst die Produktion Beschäftigung, Einkommen und damit Nachfrage schafft; zum anderen verweisen sie auf das (zwar schon 180 Jahre alte, aber immer wieder gern angeführte) Saysche Theorem: »Jede Produktion sucht sich ihre Nachfrage.«

Die Nachfrage ergibt sich also zwangsläufig; aus diesem Grund wäre es nach Meinung der Angebotsfreunde falsch, Nachfragesteigerung und Konsumbelebung als Mittel der Konjunkturstützung anzuführen. Höhere Löhne bedeuten für Unternehmer ja höhere Kosten. Und Investitionen sind nur rentabel, wenn die Kosten niedrig sind. Wer glaubt, daraus einen Widerspruch ableiten zu können, weil niedrige Löhne ja bedeuten, daß nur geringe Nachfrage/Kaufkraft für die produzierten Waren besteht, den belehrt der Rat eines besseren:

»Was vielen zu begreifen schwerfällt: Bei reduzierten individuellen Einkommensforderungen und staatlichen Ansprüchen, bei günstigeren Kostenverhältnissen der Unternehmen also, ist im Prinzip mehr Produktion rentabel, und damit ist mehr Beschäftigung, mehr Einkommen und daraus in der Summe mehr Konsum möglich und auf die Dauer auch zu erwarten als bei höheren Forderungen, sprich Kosten.«[21]

Dieser Salto rückwärts aus dem Stand auf dem dünnen Seil der Logik ist schon beeindruckend: weniger Einkommen bedeutet mehr Konsum. Das Dumme ist nur, daß dieses Modell in der Praxis nicht funktioniert. Alles, was der Rat an Bedingungen stellte, damit Investitionen rentabel würden, traf 1982 ein – und nichts verbesserte sich:

»Die wirtschaftliche Lage in der Bundesrepublik hat sich seit dem Frühsommer dieses Jahres unerwartet verschlechtert. Die Enttäuschung darüber ist um so größer, als die Dämpfung des Kostenauftriebs im Innern wie der Abbau des Leistungsbilanzdefizits deutliche Fortschritte machten und damit wesentliche Voraussetzungen für eine Belebung der wirtschaftlichen Aktivität gegeben schienen.«[22]

Ratlos muß der Rat eingestehen, daß irgend etwas mit seinem Modell nicht stimmt, daß er mit seinem Latein am Ende ist:

»Zu fragen ist, warum es so viel schlechter kam, als vorausgesehen worden war, da doch die Kostenentwicklung, namentlich bei den Löhnen und bei den importierten Vorprodukten, eher auf eine Verbesserung der Lage hinwirkten, die Zinsen zwar nicht stetig und auch nicht viel stärker als die Preissteigerungen zurückgingen, aber das Jahr über doch immerhin merklich sanken und die Gewinnmargen wieder ausgeweitet werden konnten.«[23]

»Die Pferde wurden zur Tränke geführt, aber sie wollen einfach nicht saufen!«[24] Diese für die Ratsherren recht unbehagliche Tatsache veranlaßte sie, in ihrem Gutachten vom Oktober 1982 erstmals die Bedeutung der Nachfrage für die Krisenüberwindung zuzugestehen: »Zur wirtschaftlichen Belebung gehören auch kaufbereite Verbraucher.«[25] Doch, und da bricht der alte Ratsgeist wieder voll durch, ihren hoffentlich steigenden Konsum sollen die Bürger nicht durch höhere Einkommen finanzieren, sondern durch eine »Rückbildung der hohen Sparquote«.[26] Otto Normalverbraucher soll ans Eingemachte gehen, damit das Modell der Ratsherren doch noch klappt: niedrige Löhne und somit niedrige Kosten für die Unternehmer, aber trotzdem steigende Verbrauchsausgaben, die den Unternehmen den Absatz garantieren. Wie schön könnte diese Welt sein, wenn man Modelle essen könnte!

Nachdem der Rat so die beste aller Welten entworfen hat, in der die Bevölkerung ihren Konsum nicht mehr mit Löhnen bezahlt, sondern vom Sparbuch lebt, kommt's auf die Sozialleistungen auch nicht mehr an. Diese Gelder sind nämlich bei den Besserverdienenden besser aufgehoben:

»Nicht weniger unangenehm ist die Notwendigkeit, im sozialen Bereich zu kürzen und zugleich den Unternehmen das Investieren steuerlich zu erleichtern. Unehrlich wäre jedoch der Versuch, der Bevölkerung die Einsicht zu ersparen, daß eine Investitionsförderung selbst nicht

sozial ausgewogen sein kann. Investitionen fördern heißt immer Geld ausgeben, das in der ersten Runde vor allem den Besserverdienenden zugute kommt. Denn trotz unzureichender Ertragslage der Wirtschaft zählen selbstverständlich die potentiellen Investoren im allgemeinen zu ihnen; und Geld nur denen zu geben, die gerade Verluste machen, also im Zweifel die weniger tüchtigen Unternehmer sind, wäre schlechterdings unsinnig. Die soziale Rechtfertigung der Investitionsförderung liegt allein in der Tatsache, daß die Vorteilswirkungen sich ausbreiten.«[27]

Die Reichen reicher zu machen, kommt also irgendwann einmal allen zugute. Wann wird das sein? »Der Anpassungsprozeß über Zinsen, Preise und Löhne braucht Zeit«, heißt es im Ratsgutachten.[28] Im Gespräch sind die Ratsherren deutlicher: »Ich glaube, man sollte von einer Politik, die die Investitionen stärkt, nicht ganz kurzfristige Erfolge erwarten«, sagte Professor Albach, »die Wirkungskette bei Investitionen ist lang.«[29] Auch der Ratsvorsitzende Professor Sievert denkt eher in langen Zeiträumen: »Man darf sich nicht versprechen, daß bei erneuter Investitionsdynamik die Erweiterungsinvestitionen am Anfang stehen. Am Anfang stehen Investitionen, die auf Rationalisierung zielen.«[30] Mit einem Wort: das kann sich hinziehen. Und währenddessen leben die Arbeitnehmer vom Sparbuch! In den USA ist die angebotsorientierte Politik praktisch gescheitert; in der Bundesrepublik ist sie, zum Erstaunen des Sachverständigenrates, nicht einmal aus dem Startloch gekommen. Trotzdem halten die Räte in Nibelungentreue an ihrem Modell fest. Wenn schon die Wirklichkeit so widersprüchlich und hart ist, dann braucht man wenigstens ein schönes rundes Modell.

Der wirtschaftswissenschaftliche Grundsatzstreit zwischen Angebotstheoretikern und Nachfragetheoretikern wird auch im Sachverständigenrat ausgetragen. Ein Ratsmitglied darf offiziell den Gewerkschaften nahestehen und die nachfragepolitischen Überlegungen einbringen. Das führt zu Streit und Kontroverse und in den Gutachten zu abweichenden Positionen und Minderheitsvoten. Während die praktische Wirtschaftspolitik Elemente beider Strategien mischen kann, prallen die Theorien unvereinbar aufeinander. Die nachfrageorientierte Strategie geht nämlich davon aus, daß Bremsen zu lockern nicht ausreicht. Gerade in Unsicherheits- oder Flautenzeiten, wenn der Privatsektor zögert, müsse der Staat Impulse geben. Hält sich der Staat zurück, schaffe er nicht die Freiräume, in die private Unternehmer stoßen, sondern er schaffe Leerräume, die die Krise verschärfen. Ob die staatlichen Impulse über die Einkommensseite wirken (mittels Steuererleichterungen) oder über die Ausgabenseite (öffentliche Beschäftigungs- oder Investitionsprogramme), ist dabei nebensächlich; wichtig ist, daß Nachfrage entsteht, damit die Unternehmen produzieren können.

Zur Zeit ist Professor Krupp das »gewerkschaftsnahe Ratsmitglied«. Seine Vorschläge zur Wirtschaftspolitik, die er in den Gutachten des letzten Jahres in Minderheitsvoten darlegte, betonen die Bedeutung der Nachfrage und

fordern öffentliche Ausgaben, auch wenn diese über höhere Staatsschulden finanziert werden müssen.

»Nach Auffassung eines Mitgliedes des Sachverständigenrates, Hans-Jürgen Krupp, gibt es keine überzeugende ökonomische Begründung dafür, daß in einer Notsituation, wie sie zur Zeit insbesondere durch die hohe Arbeitslosigkeit gegeben ist, die Staatsausgaben im Verhältnis zum Produktionspotential nicht weiter erhöht werden und/oder die volkswirtschaftliche Steuerquote nicht weiter steigen sollten . . . Nach wie vor gibt es nach Auffassung dieses Ratsmitglieds wichtige Wachstumsfelder, in denen zusätzliche private und öffentliche Investitionen wachstumsfördernde Wirkungen haben und die auch dann mit öffentlichen Mitteln gefördert oder finanziert werden sollten, wenn es nicht gelingt, Umstrukturierungen der öffentlichen Haushalte in dem erforderlichen Maße vorzunehmen.«[31]

Große staatliche Ausgabenprogramme sind es also, die die Wirtschaft wieder auf Wachstumskurs bringen sollen. Zur Finanzierung heißt es an anderer Stelle: »Eine hohe Neuverschuldung des Staates ist in der gegenwärtigen Situation unvermeidlich.«[32]

Mit weitaus weniger staatlicher Anerkennung als der Sachverständigenrat versorgt ist die Gruppe seiner Kritiker, die sich unter Federführung einiger Bremer Ökonomen in der »Memoranden-Gruppe« zusammengeschlossen haben. Auch sie legen regelmäßig Überlegungen zur Wirtschaftspolitik vor.[33] Derzeitiger Kerngedanke: ohne massive Staatstätigkeit gibt es keinen Ausweg aus der Krise. Der Staat muß eine Schrittmacherrolle übernehmen, indem er aktive Beschäftigungspolitik betreibt. In den Haushalt '83 sollte deshalb ein Sonderbeschäftigungsprogramm in Höhe von 20 Milliarden DM aufgenommen werden.[34] Finanzieren wollen die Wirtschafts-Alternativen das Programm aus drei Quellen: erstens durch Ausweitung der Kreditaufnahme, also Schulden. Hier ähneln sie den Sozialdemokraten. Der zweite Vorschlag zielt auf bessere Ausnutzung der vorhandenen Finanzierungsmittel: Subventionen abbauen, Steuerhinterziehung vereiteln, Abschreibungsgesellschaften verbieten, Windfall-Profits der Ölkonzerne eintreiben. Diese Vorschläge sind in Bonn nicht unbekannt, scheiterten aber immer wieder an der Macht der Lobbies und Pressure-Groups. Die dritte Einnahmequelle transzendiert die marktwirtschaftlichen Ordnungsstrukturen: Gewinne abschöpfen, Umsatzsteuer auf Luxusgüter, höhere Steuern für Großverdiener. Das zielt auf Umverteilung; gekoppelt mit der Forderung nach Investitionslenkung ist das die Abkehr von der Marktwirtschaft. Diese antikapitalistische Stoßrichtung ist es, die die Memoranden-Gruppe in den Augen vieler Sozialdemokraten und Gewerkschafter diskreditiert, obwohl sie in manchen Einzelpunkten ähnlich denken. Die Marktwirtschaft steht nun einmal für alle, die Amt und Würden haben, nicht zur Disposition. Und der Memoranden-Gruppe ist es bislang nicht gelungen, die Vergeblichkeit aller kurzfristigen Konjunkturpolitik klarzumachen, die Verknüpfung von Krisenphänomenen und Strukturen des Wirtschaftssystems so darzulegen, daß auch Skeptiker und Zweifler damit zu überzeugen wären.

Die staatlichen Ausgaben sollen sich auf »Wachstumsfelder der Daseins- und Zukunftsvorsorge« konzentrieren. Dies ist eine clevere Weiterentwicklung gegenüber dem in der SPD häufig anzutreffenden naiven Keynesianismus, demzufolge jegliche staatliche Ausgabe sinnvoll ist, egal, ob Löcher gegraben, Kanäle gebaut oder Panzer beschafft werden. Die Memoranden benennen Felder gesellschaftlichen Bedarfs, deren Förderung auch positive wirtschaftliche Effekte zeigen würde: Energieeinsparung, Umweltverbesserung, Lärmentlastung, Wohnsubstanzsanierung, Ausbau des Nahverkehrssystems.[35]

In dem langen Forderungskatalog der Memoranden treten besonders die Arbeitszeitverkürzung und die Heranziehung der Beamten, Selbständigen und Unternehmer zur Arbeitslosenversicherung hervor; doch mangelt es diesen – wie auch anderen Forderungen – an präzisen Durchführungskalkülen. Die Mischung aus systemeffektivierenden, systemkritischen und systemüberwindenden Elementen[36] macht die Memoranden zu Selbstbedienungsläden, aus denen sich jeder nimmt, was er braucht. Eine konsistente und damit auch überzeugende Strategie haben die Memoranden-Verfasser vielleicht im Kopf, aber noch nicht auf dem Papier.

### *6. Der Stand der Diskussion*

Die offiziellen Gremien der Wirtschaftspolitik und der wirtschaftspolitischen Beratung sowie die Mehrzahl der Lehrstuhlinhaber setzen nach wie vor auf Wachstum als Mittel, die Krise zu überwinden. Strittig sind allein die Wege, die zu einem erneuten Wirtschaftswachstum führen können. Der Streit der Schulen verdrängt indes, daß nichts für die nächsten Jahre unwahrscheinlicher ist als Wachstum. Und, wie ein Banker feststellte, zur Lösung der Beschäftigungsprobleme müßte eine derartig hohe Wachstumsrate erreicht werden, daß dies in den Bereich der Fabeln und Mythen zu verweisen ist.[37] Angesichts weitergehender Produktivitätssteigerungen und eines noch zunehmenden Arbeitskräfteangebots ist das Arbeitslosenproblem mit traditionellen Mitteln nicht mehr lösbar. Das Scheitern der beiden konkurrierenden wirtschaftspolitischen Strategien ist offensichtlich: Die *angebotsorientierte Politik*, die Wirtschaftswachstum durch Verbesserung der Investitionsbedingungen erreichen will, schlug in den USA und in der Bundesrepublik fehl. Die Kostenentlastung der Unternehmen hat weder eine Zunahme von Investitionen noch einen Abbau von Arbeitslosigkeit bewirkt. Kein Wunder: nicht ausgelastete Produktionskapazitäten und sinkender privater Verbrauch veranlassen keinen Unternehmer zu zusätzlichen Investitionen. Die *nachfrageorientierte Politik* führt zu expandierenden Staatsausgaben, was momentan höhere Neuverschuldung bedeuten würde.[38] Wann diese Schulden jemals wieder eingespielt werden sollen, ist

nicht nur angesichts fraglicher Wachstumsaussichten unklar, sondern auch, weil zukünftige Einnahmen nicht in den staatlichen Topf wandern werden, aus dem die staatlichen Ausgabenprogramme finanziert würden.[39] Da darüber hinaus die Staatsverschuldung so politisiert wurde, daß die Politiker diesbezüglich kaum Handlungsspielraum haben, ist dieser Weg für einige Zeit nicht gangbar.
Der sich aufdrängende Gedanke einer Arbeitszeitverkürzung ist bislang nur in Form der Verkürzung der Lebensarbeitszeit aufgegriffen worden. Doch selbst diese Maßnahme, die kaum zu Beschäftigungssteigerungen führen würde, wurde nicht weiter diskutiert, weil die Rentenfinanzierung zu unsicher ist.

### *7. Tabus, Mythen und ein Dilemma*

Alles ist anders als früher, aber landauf, landab werden Rezepte verkündet, als lebten wir noch im Zeitalter der Nierentische, Petticoats und Freß- und Bauwelle. Die Ökonomen tun, als hätte Herr Erhard nach Ratschlägen zur Stabilisierung des Wirtschaftswunders gefragt und nicht Herr Stingl nach Tips, zwei Millionen Arbeitslose wieder in die Betriebe und Büros zu bekommen. Da werden klassische Lehrbuchmeinungen gepredigt angesichts einer Wirklichkeit, die mit dem Lehrbuch schon nichts mehr gemein hat. Entgegen aller Buchweisheit ist heute ein Exportboom nicht mehr Vorläufer der sich erholenden Binnenmarktkonjunktur – er bleibt folgenlos. Anders als in wirtschaftswissenschaftlichen Studientexten treten heute Inflation und Stagnation paarweise auf – das Wort Stagflation ward geboren, nicht aber das Rezept, damit fertig zu werden; Investitionen bedeuten nicht mehr Beschäftigung, sondern Arbeitslosigkeit als Folge von Rationalisierung; Goldpreis und Dollarkurs bewegen sich plötzlich gemeinsam auf und ab statt gegenläufig; zahlungsunfähig sind nun nicht die ärmsten, sondern die reichsten (Entwicklungs-)Länder.
Dieser widrigen Realität zum Trotz werden *Mythen* am Leben erhalten, ohne die die Wirtschaftswissenschaft heute dastehen würde wie der Kaiser in den sprichwörtlichen neuen Kleidern. In dieses Kuriositäten-Kabinett gehören u. a. folgende Grundsätze und Glaubensbekenntnisse: Wir brauchen Wachstum! Bedarf ist da, Sättigung gibt es nicht! Arbeitszeitverkürzungen sind unbezahlbar! Technikkontrolle ist Maschinenstürmerei, Fortschritt ist unaufhaltbar! Fortschritt schafft schöne neue Produkte und schöne saubere Arbeitsplätze! Wenn wir's nicht machen, machen's die anderen, und dann sind wir arm dran! Aber auch: Sozialleistungen dürfen nicht in Frage gestellt werden! Über Einkommenssenkungen darf gar nicht erst debattiert werden! Mein Besitzstand ist heilig!
Schlimmer als der Zustand der Wirtschaft ist der Zustand der Wirtschafts-

wissenschaft, die diese Mythen nicht zerbricht und diese Tabus nicht angreift. Selten sind Eingeständnisse wie das folgende, in dem die fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute ihre Ratlosigkeit zugeben:

»Das Urteil über die weitere konjunkturelle Entwicklung war sicherlich seit den 50er Jahren selten so schwierig wie in diesem Herbst. Die Wirtschaft der Bundesrepublik befindet sich gegenwärtig in einer Lage, in der akuter Nachfragerückgang mit fundamentaler Wachstumsschwäche zusammentrifft. Es gibt keine Erfahrung, wie sich Investoren und Konsumenten in einem solchen Fall verhalten.«[40]

Wohl aber haben wir nun Erfahrungen, wie sich Politiker, Wissenschaftler und Politikberater in einem solchen Fall verhalten: Sie klammern sich um so fester an ihre Glaubensbekenntnisse. Vielleicht merkt's ja keiner, daß die Rezepte aus der Mottenkiste stammen.

Was dabei herauskommt, ist eine Gesellschaft, in der diejenigen, denen es noch gut geht, das Hohelied der Marktwirtschaft singen und die anderen auf die dynamische Welt der Eigeninitiative einschwören. Wer da nicht mitmachen will oder mitmachen kann (egal ob aus Sturheit, Sensibilität, Arbeitslosigkeit oder Krankheit), der wird ausgesondert. Einerlei, wie gesellschaftlich die Ursachen des Nicht-Mitmachens sind, die (Überlebens-)Lösung wird individualisiert: Ist ja schließlich jedermanns Privatproblem, wie er über die Runden kommt. Die Sozialleistungen werden beschränkt auf ein Alibi-Minimum; das Geld wird gebraucht, um die sozialen Kosten dieser Gesellschaft zu finanzieren: Die Reichen müssen geschützt werden, Kriminalität und Vandalismus gilt es im Zaum, Alkoholismus- und Drogenepidemien in Grenzen und den Eindruck von Normalität aufrecht zu erhalten.

Gegen diese Perspektive eines sozialen Dschungelkampfes versucht sich eine SPD als linke Alternative zu profilieren, deren rechtssozialdemokratische Wirtschaftspolitik so bankrott ist, daß auch der letzte Laie in Jever es mittlerweile begriffen hat. Dadurch entsteht der Eindruck, es gäbe keine sinnvolle Strategie, keine Alternative, keinen Ausweg aus der Krise. Präziser gefaßt ist es richtiger: Alle die, die heute »große Politik« machen, haben keine Strategie parat, die Perspektive und Normalität zugleich sichern kann. Und da für diese Herren – altersbedingt? – Normalität vor Perspektive geht, können sie nichts vorzeigen als alte Rezepte, modisch verpackt.

Alternative Strategien und Perspektiven gibt es *im Prinzip*, als Möglichkeit, doch nicht ausformuliert und nicht als Programm einer Gruppe. Schuld daran sind nicht zuletzt die Denker der 68er Studentenbewegung, die angesichts einer boomenden Wirtschaft Sozialismus-Konzepte diskutierten, die abstrakt blieben, philosophisch-soziologisch orientiert waren und – um dem Odium des Reformismus zu entgehen – sich möglichst revolutionär gebärdeten. Diese Utopien waren nicht mit der Realität verknüpft, und die damals

entwickelten Theorieberge können keine Antworten auf die heute anstehenden Fragen geben.
Alternativen der Wirtschaftspolitik sind möglich; wie viele Anhänger sie gewinnen, hängt wesentlich davon ab, wie präzise und überzeugend sie entwickelt werden.

*Anmerkungen*

1 1981 bereits Rückgang um 0,2%. Angaben nach: »Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Herbst 1982« (Gutachten der fünf großen Wirtschaftsforschungsinstitute), veröffentlicht in: *DIW-Wochenbericht*, Nr. 43–44/82 (im folgenden zitiert als *Herbstgutachten*).

2 Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: *Zur wirtschaftlichen Lage im Oktober 1982*, Ziffer 77 (im folgenden zitiert als *Sondergutachten 82*).

3 1981 waren die Anlageinvestitionen bereits um 3,8% zurückgegangen (in konstanten Preisen), vgl. *Sondergutachten 82*, Tab. 2.

4 A. a. O., Ziffer 23.

5 *DIW-Wochenbericht*, Nr. 1/82, S. 20; 1979 = 91,4%; 1980 = 90,1%; 1981 = 86,6%; 1982 = 84,7%. Das Minimum lag bisher bei 85,3% (1975). Das IFO-Institut berechnete für 1982 eine Kapazitätsauslastung von 74,2% der betriebsüblichen Vollauslastung. Demnach blieb ein Viertel der Produktionsanlagen ungenutzt! (*Die Zeit*, Nr. 47/82 vom 19. Nov. 1982).
Daten zur Auslastung des Produktionspotentials einzelner Branchen (wenn auch nur für zurückliegende Jahre) finden sich in der Strukturberichterstattung der Wirtschaftsforschungsinstitute; so etwa: DIW (Hg.): *Beiträge zur Strukturforschung*, Heft 61, Berlin 1981, S. 110 (im folgenden zitiert als *Strukturberichterstattung*).

6 −3,5% im Vgl. zum Vorjahr; vor allem verursacht durch Rückgang der Exportgeschäfte mit den OPEC-Staaten und den Entwicklungsländern; vgl. *Sondergutachten 82*, Ziffer 2.

7 Entwicklung der Reallöhne: 1980 = −0,5%; 1981 = −1,4%; 1982 = −1,5%; 1983 nach Schätzungen des Sachverständigenrates −1%; vgl. *Sondergutachten 82*.

8 A. a. O., Tab. 2.

9 *Strukturberichterstattung*, S. 45.

10 A. a. O., S. 30.

11 Die während der »Operation 82« begonnene Löcher-stopfen-durch-Löcher-aufreißen-Politik (Einnahmen/Kosten wurden von der Rentenversicherung zur Bundesanstalt für Arbeit und von der Bundesanstalt für Arbeit zu den Krankenversicherungen geschoben) wollen wir nicht als kreatives Lösungskonzept zählen.

12 Nicht einmal 1978, als die Wirtschaft überraschend um 3,5% wuchs und die Staatseinnahmen unvorhergesehen anstiegen, wurden bestehende Schulden abgetragen – die Neuverschuldung stieg weiter.

13 Diesen Begriff verwendeten die Sozialdemokraten erstmals in der Haushaltsdebatte am 11. 11. 82 im Deutschen Bundestag. Ob es am Karnevalsanfang lag oder am Redner Klaus v. Dohnany (der diesen Begriff bei seinen Verhandlungen mit den Hamburger Grünen gelernt haben dürfte), sei dahingestellt.

14 Probleme mit der Globalsteuerung: wirkt global, obwohl die konjunkturelle Entwicklung einzelner Branchen unterschiedlich ist; Finanzmittel wirken durch time-lag oft prozyklisch; politische Durchsetzbarkeit sehr schwierig.

15 Maßnahmen, die auf Stärkung der Nachfrage zielten: Steueränderungsgesetz vom August 1977, Aufstockung des Kindergeldes, Erweiterung des § 7b und Grunderwerbssteuerbefreiung zur Stützung des Wohnungsmarktes, Gesetz zur Steuerentlastung vom Oktober 1977, Steuerrechtsänderungsgesetz von 1979.
Angebotsstimulierende Maßnahmen: Gesetz zur Investitionsförderung vom Oktober 1977; das Zukunftsinvestitionsprogramm (in Teilen); im Frühsommer 1972 wurden Investitionen durch Steuererleichterungen und Investitionsförderung um rund ein Drittel (!) billiger gemacht.

16 Das Lambsdorff-Papier, das zum Auslöser des Koalitionsbruchs wurde, gab nur die Richtung an: Verbesserung der Investitionsbedingungen durch steuerliche Anreize und Fördermaßnahmen; Finanzierung der Kosten durch Kürzung der Sozialleistungen. Als Grundlage praktischer Regierungspolitik war mit dem Papier nichts anzufangen.

17 So das Herbstgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute (a. a. O., S. 544), das in seinem wirtschaftspolitischen Teil sehr wohlwollend mit der neuen Wirtschaftspolitik umgeht – so gönnerhaft, daß das DIW sich von der Mehrheit absetzte und ein Minderheitsvotum schrieb; interessant an dem hier wiedergegebenen Zitat der Mehrheit der Institute ist vor allem, daß damit an prominenter Stelle *Preissetzungsmacht von Unternehmen* eingestanden wird – eine Verzerrung der Marktmechanismen, die im Gegensatz zu der sonst üblichen Argumentation der Institute (und auch des Sachverständigenrates) nicht von staatlichen Eingriffen herrührt.

18 *Sondergutachten 82*, Ziffer 41 und 26; um die Bedeutung der Nachfrage betonen zu können, ohne Lohnerhöhungen das Wort reden zu müssen, schlägt der Sachverständigenrat einen tollkühnen Salto: »Viel kommt darauf an, ob die privaten Haushalte ihre Verbrauchsausgaben stärker ausweiten, als ihre Einkommen steigen« (ebda.). Erhofft wird, daß die Bürger sich mit niedrigeren Löhnen zufrieden geben und ihre Sparrücklagen in den Konsum pumpen – also gerade die Rücklagen, die angesichts unsicherer Zeiten und reduzierter Sozialleistungen als Polster angelegt wurden.

19 *Herbstgutachten*, S. 544.

20 Im Rohentwurf erstmals Anfang November '82 vorgelegt; vgl. *FAZ* vom 10. 11. 81.

21 *Sondergutachten 82*, Ziffer 41.

22 A. a. O., Ziffer 1.

23 A. a. O., Ziffer 9.

24 So der Chefvolkswirt der Deutschen Bundesbank, Bundesbankdirektor Bub, vor der Verwaltungs- und Wirtschaftsakademie Baden; zitiert nach: *Badische Neueste Nachrichten*, Karlsruhe, 5. 11. 82.

25 *Sondergutachten 82*, Ziffer 26.

26 Siehe Fußnote 18.

27 A. a. O., Ziffer 53; in der Bibel der Angebotstheoretiker, dem Buch *Reichtum und Armut* von George Gilder (Berlin 1981) findet sich der entsprechende Urschrei, den der SVR imitiert: »Für alle Gleichmacher eine unangenehme Einsicht, die ihnen aber nicht erspart werden kann: Um etwas für die Armen und Mittelschichten zu tun, muß man die Steuersätze der Reichen drastisch senken« (S. 151). Während der SVR aber betont, daß irgendwann einmal allen dadurch geholfen wird, mixt Gilder – der übrigens einer der Lieblingsautoren von Ronald Reagan ist – *tough-guy*-Verhalten mit Anthropologie und formuliert: »Wir müssen uns damit abfinden, daß wir trotz des Überflusses, den uns die kapitalistische Wirtschaft beschert, immer in einer Welt voller armer Menschen leben werden« (S. 86). Angesichts dieses gottgegebenen Sachverhalts bedarf es auch keiner Strategie, keines

Ringens um die richtige Wirtschaftspolitik. Gilders Ziel ist, »dem Kapitalismus eine Theologie zu schaffen« (S. 16).

28 A. a. O., Ziffer 41.

29 Vgl. Interview mit den Ratsmitgliedern Prof. Sievert und Prof. Albach in: Dieter Kampe, »Das Orakel von Wiesbaden. Mit den Fünf Weisen in die Krise«, *TransAtlantik*, Januar 1983.

30 Ebda.

31 *Sondergutachten 82*, Ziffer 51.

32 *Herbstgutachten*, S. 547; dieses Zitat stammt aus dem Minderheitsvotum des DIW; ich verwende es im Rahmen der Argumentation des Ratsmitglieds Krupp, weil DIW und Prof. Krupp in gleicher Richtung argumentieren.

33 Zuletzt: *Memorandum '82 – Qualitatives Wachstum statt Gewinnförderung – Alternativen der Wirtschaftspolitik*, Köln 1982, und: »Mehr Arbeitsplätze und soziale Sicherheit – Alternativen zum Krisenkurs der Wirtschaftspolitik«, Sondermemorandum vom 20. Oktober 1982.

34 Als Teil eines »Zukunftsprogramms für die 80er Jahre« in Höhe von 200 Milliarden DM.

35 Diese Investitionsfelder sind in den Memoranden auch schon empfohlen worden, bevor die Bonner Politiker ihr grünes Herz entdeckten.

36 So finden sich in Kapitel 4 des letzten Sondermemorandums mehr als 40 Einzelanforderungen, die von höheren Steuern bis Investitionslenkung reichen. Das macht es schwer, eine eindeutige *Strategie* herauszufiltern.

37 »Ein deutlicher Abbau der Arbeitslosigkeit mit herkömmlichen Mitteln ist nur bei unvorstellbar hohen Wachstumsraten möglich.« Dr. Hans Fahring, Vorsitzender des Verbands öffentlicher Banken; nach: *Börsen-Zeitung*, 6. 11. 82.

38 Die einseitige Fixierung der keynesianischen Strategie auf Fiskalpolitik hat kürzlich noch einmal Wassily Leontief (Nobelpreisträger Ökonomie 1973) gut benannt: »Für Keynes war das monetäre Problem das Hauptproblem. Zum Komplex der Produktion, der primären Ressourcen, der Arbeitsbedingungen oder gar der neuen Technologien hat er nichts beizutragen. Das Beschäftigungsproblem soll ausschließlich durch finanzielle Hebel gelöst werden. Das ist sehr gefährlich.« Zitiert nach: *Wirtschaftswoche*, Nr. 46/1982, S. 98.

39 Steuern und Sozialabgaben gehen an Bund, Länder, Gemeinden, die Rentenversicherung und die Arbeitslosenversicherung; d. h., nur ein Teil der Einnahmen geht an den Bund, der aber öffentliche Ausgabenprogramme allein vorfinanziert. An ein Abtragen der Staatsschuld ist somit nicht zu denken.

40 *Herbstgutachten*, S. 540.

# Jürgen Forster
# Griffe nach der hohen Kante
# Zur Renten- und Sozialpolitik

Über das Selbstverständnis der Sozialpolitik spricht man in Bonn nicht gern. Viel wichtiger als alle Überlegungen, ob Sozialpolitik nun als Anhängsel der Wirtschaftspolitik, als Hilfsmittel zur Bürgerberuhigung oder als souveräne staatliche Geste der Barmherzigkeit zu gelten hat, ist das Interesse daran, daß sie funktioniert. Präzise Definitionen gelten als apolitisch; die überläßt man in der Politik lieber der Wissenschaft. Und feinsinnige Interpretationen über das Sozialstaatlichkeitsprinzip sind Stoff für Festreden und für Aufsätze in Zeitschriften mit kleiner Auflage, die dann ab und zu als Alibi vorgezeigt werden können. In Bonn geht es um Kasse. Das war vor dem 1. Oktober so, und so war es auch danach.

Sozialpolitik ist in Bonn seit langem zu einem Haushaltskrimi verkommen. In den entscheidenden Zirkeln der Bonner Politik ist nicht mehr von sozialpolitischen Herausforderungen die Rede, sondern von den Millionen und Milliarden, mit denen das vermeintliche Funktionieren der Sozialpolitik beschleunigt oder verlangsamt wird. Die Techniken des Jonglierens, Verschiebens, Anrechnens und Ausgleichens von Etatposten beherrschen inzwischen nicht nur den Wortschatz der Politik, sondern auch das Ideenreservoir der agierenden Personen. Mit dem politischen Wechsel in Bonn wurden die Methoden einer solchermaßen fiskalisierten Sozialpolitik legitimiert. Wenn es schon deshalb zum Bruch einer Koalition kommt, weil sich der Regierungspartner bei der dringend nötigen Kürzung von Sozialleistungen handlungsunfähig zeigt – und so wurde es von der an dieser Version interessierten FDP dargestellt –, dann muß gerade in der neuen Verbindung bewiesen werden, wieviel Freizügigkeit es auf diesem Feld geben kann.

Mit dieser Argumentation trafen die Freien Demokraten auf den Nerv, wie die Empörung über das sogenannte Lambsdorff-Papier deutlich gemacht hat. Hin- und hergerissen zwischen dem Wunsch, die Bonner Macht zu erhalten, und der Rückbesinnung auf sozialdemokratische Grundsätze zeigte die SPD in der Spätphase der sozialliberalen Koalition in der Tat wenig Flexibilität. Für die SPD hatte der Widerstand gegen den leichtfertigen Verzicht auf Sensibilität für soziale Notwendigkeiten und auch für soziale politische Verhaltensweisen fast historische Dimension. In krassem Gegensatz hierzu erlebte die Nation in den Septembertagen vergangenen

Jahres die Rotstiftarbeit am politisch so schicksalsschweren Haushalt 1983 in einem atemberaubenden Zeitraffer weniger Tage; rückwärts oder vorwärts – Hauptsache, es geschah etwas. Für die Fiskalisten war dies die Stunde der Macht. Ohne Parlamentsdebatte, im vertrauensseligen Kreis der Nichtfachleute, zu denen Spitzenpolitiker nun einmal gehören, wurde nachts um halb zwei eilig eine Patentlösung gefunden: den Negativsaldo glichen Kürzungen im Titel XY des Sozialetats aus. Stimmt die Kasse? Ja, jetzt stimmt sie, jetzt wird Kohl Kanzler!

Mit dem krassen Konjunkturabschwung von 1973 und dem ersten Ölschock des Winters 1973/74 hat für alle sichtbar finanziell und psychologisch eine Krise der staatlichen Sozialpolitik begonnen, die bis heute anhält. Diese Entwicklung war natürlich nicht gewollt, aber sie wurde durch die Vorentscheidungen unvermeidbar. In blindem Vertrauen auf die Erfolge eines tagespolitisch orientierten Pragmatismus hatte man die Ambivalenz der Sozialpolitik lange Zeit hindurch nicht beachtet: Sozialpolitik einerseits als Gegenstand staatlichen Handelns und Ausdrucksmittel der Regierungspolitik und andererseits als Korrekturmöglichkeit und ausgleichendes Element bei staatlichen Fehlentscheidungen und staatlich schwer beeinflußbaren Fehlentwicklungen.

Die Einsicht, daß nicht ein reich ausgestattetes, sondern ein kompaktes und deshalb stabiles Sozialsystem einer Regierung die nötigen Handlungsspielräume gibt, kam letztlich zu spät. Wie hätten denn auch staatliche Institutionen, für die Sozialpolitik Teil des marktwirtschaftlichen Systems ist und von denen Fehlbarkeit in jedem Sinne als Leistungsschwäche bewertet wird, für den Fall des eigenen doch undenkbaren Fehlverhaltens systematisch vorsorgen sollen?

Sie hätten können. Sie hätten mit gutem, sogar tagespolitischem Alibi das beherzigen können, was in den Sonntagsreden ihrer Repräsentanten ein ums andere Mal bekräftigt wurde. Bevorzugt außerhalb Bonns, wo die Probleme nicht so drücken und wo man das Bedürfnis der Zuhörer nach politischem Weitblick stillen zu müssen glaubt, fehlt beim Stichwort Selbstverständnis der Sozialpolitik kaum je der Hinweis auf die Autonomie der sozialen Sicherungssysteme und ihre Selbstverwaltung. Einsicht in die Ambivalenz der Sozialpolitik hätte beispielsweise schon in früheren Jahren eine klare Trennung zwischen Sozialversicherung und Staat verlangt. Es blieb aber bei Absichtserklärungen. Woanders, bei der Deutschen Bundesbank etwa, wird die Autonomie bis zum Fetischismus betrieben. Was beim Hüter der deutschen Währung als unverzichtbar gilt, ist bei der Rentenversicherung unerwünscht: Hüter der Altersversorgung möchte der Staat, möchten die Parteien selber sein. Nur: Sie werden der selbstgewählten Rolle nicht gerecht. Wo es um Stärkung der Autonomie und der Selbstverwaltung hätte gehen müssen, wurde die Distanz zwischen Staat und sozialen Sicherungssystemen

permanent verringert. So ließ sich das Sozialversicherungssystem mit negativen oder positiven Aussagen – Vertrauensschutz hin, Vertrauensschutz her – besser zur parteipolitischen Profilierung nutzen.
Die allzu große Nähe zwischen Politik und autonomen Systemen zeigt jetzt ihre verhängnisvolle Kehrseite: Weil der Staat sich gegen die ökonomische Krise nicht anders wehren zu können glaubt, greift er nach den Geldern, die in seiner Reichweite liegen und die zuvor als Aushängeschild der Prosperität galten, nach den Rücklagen der Sozialversicherung, nach den Beitragsmilliarden der Renten- und Krankenversicherung. Die Sozialversicherungssysteme, in destabilen ökonomischen Situationen ohnehin von Risiken auf der Einnahmeseite bedroht, werden durch die staatlichen Manipulationen zusätzlich geschwächt.
Bei den Koalitionsverhandlungen im September vergangenen Jahres und bei den ergänzenden Kabinettsentscheidungen zeigte sich, daß die in den Jahren zuvor von der Union geübte Kritik an diesem unheilvollen Automatismus von Nähe und Nehmen nur eine politische Finte war. Die Methode der fortschreitenden Fiskalisierung der Sozialpolitik wurde nicht nur übernommen, der »Verschiebebahnhof« zwischen den Sozialversicherungszweigen nicht nur in Betrieb gehalten, sondern die neue Koalition bekannte sich auch zu einer erschreckenden sozialpolitischen Oberflächlichkeit. Das Konzept der Haushaltskürzungen ist von dem Prinzip bestimmt, verteilungspolitische Diskrepanzen zwischen einzelnen Bevölkerungsgruppen nicht nach dem Maßstab der Leistungsfähigkeit zu vermindern, wie dies in ökonomisch schwierigen Zeiten angezeigt sein könnte, sondern zu vergrößern. Ein Beispiel dafür sind die linearen Streichungen bei der Sozialhilfe. Im Jahresdurchschnitt 1983 beträgt die Zulage bei den Regelsätzen hier nur ein Prozent bei einer Preissteigerung von vermutlich rund fünf Prozent. Weitere Beispiele sind die BAFöG-Kürzungen und der Abbau des Arbeitslosengelds für junge Arbeitnehmer. Dies wurde schon sehr bald deutlich: Ausdrucksmittel der neuen Sozialpolitik ist die lineare Kürzung, nicht die an der Bedürfnislage orientierte sozialpolitische Leistung. Das geht fiskalisch nicht, das geht offenbar auch ideologisch nicht. Oder andersherum: Die Konsolidierung nach der Heckenschnitt-Methode gilt als ideologisch unbedenklich.
Für die Konstruktion eines ideologischen Überbaus über die zu treffenden finanzpolitischen Entscheidungen war in der Hektik der September- und Oktobertage 1982, als es darum ging, die Regierungsmacht zu gewinnen und abzusichern, ohnehin nicht viel Zeit. Die Entscheidungen im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung zeigen, daß es in der heißen Phase der Haushaltskonsolidierung gar nicht darum ging, in sich schlüssige Konzepte zu entwickeln und umzusetzen, sondern darum, daß die Kasse stimmt. Dies erklärt auch, warum bei der Suche nach Instrumenten zur sozialpolitischen

Konsolidierung so wenig Phantasie im Spiel war. Aber für die Krankenversicherung und auch für die anderen Bereiche der Sozialpolitik ist die These, daß jetzt erst einmal Opfer gebracht werden müssen und daß für Strukturreformen erst später Zeit gegeben sei, trickreich und unaufrichtig. Denn mit den Entscheidungen zur Selbstbeteiligung der Patienten an ihren Behandlungskosten wird in die Strukturen, um die man sich später kümmern will, massiv eingegriffen.

In ihren Aussagen zur Krankenversicherungspolitik bot die Union in den vergangenen Jahren ein auffällig indifferentes Bild. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verstand es nicht, ihre Gesundheitspolitik an den Initiativen zu orientieren, die beispielsweise in der Mitte der 70er Jahre von dem damaligen rheinland-pfälzischen Sozialminister Heiner Geißler ausgegangen waren. Mit seinen beiden Krankenversicherungsbudgets hatte er die Diskussion über Maßnahmen zur Kostenbegrenzung im Gesundheitswesen eingeleitet und in entscheidender Weise beeinflußt. Abgesehen von regelmäßigen Warnungen vor einem Abgleiten in eine Einheitskrankenversicherung fand die Kostendämpfungspolitik der sozialliberalen Koalition offensichtlich breite Zustimmung in der Union. Warum auch nicht: Für die beiden in der Union widerstreitenden Flügel, die Vertreter der Arbeitnehmer und die Anhänger der Arbeitgeber, war die erzielte Begrenzung der Krankenkassen-Beitragssätze ein befriedigendes Ergebnis. Wo es zu kämpfen galt, übernahm die CDU/CSU-Mehrheit im Bundesrat den Part: Das Kostendämpfungsgesetz für den Krankenhaussektor, für den die politische Verantwortung bei den Bundesländern liegt, konnte erst im dritten Anlauf verabschiedet werden und dann – wegen der finanzpolitischen Interessen der Länderfinanzminister – auch nur in einer Form, mit der auf die Ausgabenzuwächse im Klinikbereich, wie sich jetzt zeigt, überhaupt kein Einfluß genommen werden kann.

In den fünf Jahren seit der Verabschiedung des Krankenversicherungs-Kostendämpfungsgesetzes von 1977, mit dem das Krankenkassensystem wiederum einen Schritt näher an den Staat herangerückt wurde, hat die Union nicht ein einziges Mal versucht, die Frage nach den gesundheitspolitischen Folgen einer Sparpolitik im Gesundheitsbereich zu einem tragenden Thema zu machen. Für eine Opposition wäre dies eine klassische Fragestellung gewesen, weil sie die Regierung genötigt hätte, einen argumentativen Eiertanz aufzuführen. Aber die Union überließ die Kritik an der »einnahmenorientierten Ausgabenpolitik« den Gewerkschaften. Die Vermutung liegt nahe, daß das Verhalten der Union von der Sorge bestimmt war, die Frage nach der Qualität der gesundheitlichen Versorgung könnte in der öffentlichen Diskussion auf die »linke« Fragestellung ausgeweitet werden, wo denn eigentlich die Krankheitsursachen zu suchen und inwieweit Defizite bei der gesundheitlichen Fürsorge in den Betrieben vorhanden sind. Bei dieser The-

matik zu einer einmütigen Haltung innerhalb der Union zu kommen, wäre sicherlich schwierig und konfliktreich gewesen. Ein ähnlich brisantes Thema ist indessen auch die finanzielle Selbstbeteiligung der Patienten an den Krankheitskosten. In der Frage, ob hierdurch die sogenannte »Anspruchsmentalität« beeinflußt werden kann, steht in der Union Meinung gegen Meinung. Aber die Auseinandersetzung findet hinter verschlossenen Türen statt; und im Herbst vergangenen Jahres wurde der ideologische Streit über Sinn und Unsinn der Selbstbeteiligung nicht geführt, sie wurde schlicht beschlossen.

Vor dem Hintergrund dieser Unsicherheiten ist es erklärlich, daß die Union ohne ein schlüssiges Krankenversicherungskonzept in die Koalitionsverhandlungen gegangen ist. Das schriftliche Ergebnis der Koalitionsgespräche, veröffentlicht wenige Tage vor dem Mißtrauensvotum gegen Helmut Schmidt, zeigt, daß die Union sich in Fragen der Krankenversicherungspolitik im wesentlichen auf die Freien Demokraten gestützt hat. Was die FDP vorher der SPD abgerungen hatte, vereinbarte sie jetzt auch mit der Union: Zuzahlungspflicht der Patienten bei Krankenhausaufenthalten und Kuren einerseits und Herausnahme von Arzneimitteln gegen Bagatellerkrankungen aus der Finanzierungspflicht der Krankenkassen andererseits.

Im Leistungsgefüge der gesetzlichen Krankenversicherung ist die Einführung einer derartigen Selbstbeteiligung eine finanziell unerhebliche Veränderung. Aus ideologischer Sicht werden mit den beiden Formen der Selbstbeteiligung zwei unterschiedliche Wege beschritten, die sich in einem schlüssigen Konzept eigentlich gegenseitig ausschließen müßten. Aber hier geht es ja um Kasse. Die Herausnahme von leichten Medikamenten aus dem Leistungskatalog der Krankenkassen steht für eine Krankenversicherungspolitik, in der es als Perversion der Sozialversicherung gilt, daß beispielsweise auch ein Schnupfen, Unwohlsein auf Reisen und Darmträgheit mit dem teuren Mammutinstrument eines Solidarsystems betreut werden. Nach dieser Politik einer sinnvollen Verminderung des Leistungsangebots der Krankenkassen können die Eigenverantwortung des Versicherten gestärkt und der Selbstbehandlung wieder Freiräume geschaffen werden.

Die beschlossene Zuzahlung bei Klinikaufenthalten ist dagegen ein typisches Instrument zur Entmündigung der Patienten. Eine finanzielle Selbstbeteiligung an Gesundheitsleistungen, die vom Patienten selber nicht beeinflußt werden können – und bei einem Klinikaufenthalt ist dies im Regelfall wohl zu unterstellen –, ist eine heimliche Beitragserhöhung im Versicherungsfall und damit ein Akt der Entsolidarisierung. Gleichzeitig führt eine nicht strukturell, sondern finanziell begründete Selbstbeteiligung zu einer Festigung der Einkommenstrukturen bei den Ärzten, in den Krankenhäusern und bei der pharmazeutischen Industrie, weil der politische Druck gegen Ausgabenzuwächse im Gesundheitswesen abnimmt.

Ganz unmittelbar ist die von der Regierung Kohl/Genscher beschlossene finanzielle Selbstbeteiligung aber nicht mit dem Ziel der größeren Mündigkeit oder Unmündigkeit der Patienten eingeführt worden, sondern als Finanzierungsquelle für den Staat selber. Um den Haushalt zu sanieren, werden von einem Versicherungszweig auf den anderen und letztlich zur Bundesanstalt für Arbeit Milliardenbeträge verschoben, bei denen es sich um Beitragsmilliarden der Versicherten handelt. Durch den Zugriff des Staats werden den gesetzlichen Krankenkassen 1983 Beitragsgelder zur Krankenversicherung der Rentner in Höhe von 1,3 Milliarden Mark vorenthalten. Die Selbstbeteiligungsmaßnahmen sollen den Krankenkassen dazu dienen, das Geld unten wieder hereinzuholen, das der Staat oben abkassiert.
Wie in den vergangenen 20 Jahren schon öfter, haben die Kapitalansammlungen im Sozialversicherungssystem auch im deutschen Herbst 1982 die Begehrlichkeit des Bundesfinanzministers geweckt. Mit einem möglicherweise wegweisenden sozialpolitischen Einfall hat Bundesarbeitsminister Norbert Blüm seinem Kabinettskollegen aus dem Finanzressort dazu verholfen, auch ans Ziel *seiner* Wünsche zu kommen. Der Zufall will es, daß bei straffer Anwendung der These, nach der Lohnersatzleistungen ebenso abgabepflichtig zu sein haben wie wirklicher Lohn, sich bei der defizitären Arbeitslosenversicherung der finanzielle Fluß verschmälert und bei der zur Zeit liquiden Krankenversicherung eine neue Quelle entspringt.
Für Empfänger von Arbeitslosengeld wird nach Koalitionsbeschluß ab 1983 der fällige Rentenversicherungsbeitrag nur noch prozentual von der Höhe ihres jeweiligen Transfereinkommens gezahlt; das gleiche gilt für Kurzarbeiter und andere Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung. Die Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit (und damit der Bund, der finanziell für sie geradezustehen hat) erspart sich 1983 auf diese Weise Zahlungen in Höhe von 5 Milliarden Mark. In gleicher Höhe wird freilich eine Lücke in die gefährlich weit abgeschmolzene Rücklage der Rentenversicherung gerissen. Das Defizit müssen die Rentner mit einer Verschiebung der Rentenanpassung vom 1. Januar auf den 1. Juli 1983 bezahlen – ganz schön konsequent, das Prinzip der fiskalisierten Sozialpolitik. Und weil das Geld noch nicht reicht, muß die Krankenversicherung die schon erwähnten 1,3 Milliarden Mark zuschießen – definiert als »Vorgriff« auf eine spätere gesetzliche Vorschrift, wonach das Krankengeld rentenbeitragspflichtig sein soll. Einen derartigen gesetzlosen Vorgriff und einen vergleichbaren Finanzierungstrick hat es vorher auch noch nie gegeben.
Zweifellos ist die Entdeckung der Beitragspflichtigkeit von Lohnersatzleistungen, über die die Union übrigens in ihren dreizehn Oppositionsjahren nie ein konzeptionelles Wörtchen verloren hat, ein fiskalisch betrachtet glücklicher Einfall. Sozialpolitisch sind Zweifel angebracht, ob das Konzept rundum aufgeht. Ein Blick auf die Rentenversicherung zeigt einen Teil der

Problematik: Der niedrige Rentenversicherungsbeitrag eines Arbeitslosen beträgt knapp die Hälfte dessen, was er bei seinem früheren Einkommen zu zahlen hatte. Folglich wäre sein Rentenanspruch für die Phase der Nichtbeschäftigung auch nur halb so hoch. Der Bundesarbeitsminister verspricht aber vollen Rentenanspruch. Das bedeutet, daß hier ein heimlicher Zugriff des Staats, der seinerseits Beitragszahlungen zurückhält, auf die Beitragsmilliarden der Rentenversicherung erfolgt.

Mit der Einstufung von Transfereinkommen als Lohnersatzleistungen wird aber nicht nur ein neues Selbstbedienungssystem für den Staat geschaffen. Es geht hier auch um eine Grundfrage der sozialpolitischen Ideologie. Wer wie die Union von Lohnersatzleistungen spricht, bewertet Transfereinkommen als Bruttoeinkünfte, die nach dem Prinzip Leistung für Gegenleistung gezahlt werden. In einem sozialpolitischen System, für dessen Ambivalenz als politisches Aktionsfeld und Auffangnetz für Politikfehler die Agierenden nicht sensibel sein wollen und das sich von den Prinzipien der Sozialstaatlichkeit mehr und mehr entfernt, ist es nur konsequent, Transfereinkommen als Lohnersatzleistungen zu betrachten. Andersherum gesehen entlarvt die Unionsoption auf diese Betrachtungsweise die dahinterstehenden sozialpolitischen Perspektiven. Stichworte für ein so ausgerichtetes sozialpolitisches Denken und Handeln sind im gesamten Sozialversicherungssystem: strenge Beitragsbezogenheit (die im Koalitionspapier der Regierung Kohl/Genscher auch als Ziel genannt wird), Betonung des Versicherungsprinzips, Entsolidarisierung, Verzicht auf Leistungen nach Bedürftigkeitskategorien, ein angepaßtes marktwirtschaftliches Do-ut-des-Verhalten bei Staat und Versicherten, ein Gegenhalten bei allen Tendenzen zur sozial(verteilungs)politischen Nivellierung – letztlich natürlich auch eine gute Portion sozialversicherungspolitischer Selbstgerechtigkeit und vor allem die Bestärkung von Besitzstands-Egoismen in einer Gesellschaft, deren Mitglieder eigentlich keine staatliche Hilfe dazu benötigen, sich gruppenweise voneinander abzugrenzen. Wer in diesem Leistungssystem doppelter Art durch die Maschen fällt, soll in die bürokratische Obhut der Sozialhilfe – vom Sozialstaat zum Sozialhilfestaat.

Das Problem, den Grundsatz von der Beitrags- und Steuerpflichtigkeit von Transfereinkommen durchzusetzen, ist freilich das der konsequenten Anwendung des Lohnersatzprinzips. Entweder – oder. Jede Halbheit, wie jetzt bei der Beitragspflichtigkeit von Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- und Krankengeld, hat Aussehen und Wirkung einer jämmerlichen fiskalischen Hilfskrücke. Wenn Transfereinkommen Lohnersatzleistungen sein sollen, müssen auch Kindergeld und Wohngeld, auch BAFöG und alle Witwen- und Waisenrenten abgabepflichtig werden. Aufgebläht wird damit das Volumen der Sozialbudgets. Aber wird damit mehr verwirklicht als ein theoretisches Prinzip?

Das Beispiel des Arbeitslosengeldempfängers, für den die Nürnberger Anstalt jetzt nur die halben Rentenversicherungsbeiträge zu zahlen hat, der aber den vollen Rentenanspruch erhalten soll, zeigt, wie wenig durchdacht die ideologisch formulierte, aber zunächst doch nur fiskalisch gemeinte These von der Beitragspflichtigkeit der Transfereinkommen ist. Das zu lösende Problem verengt sich auf den Griff nach Beitragsgeldern. Je komplizierter die Wege der Abschöpfung privater Versicherungsgelder, desto schwieriger die Darstellbarkeit des Problems in der Öffentlichkeit, desto weniger Furcht auch in Bonn vor kritischer Nachstellung.

Ohnehin sind die Beziehungen zwischen Staat und staatlicher Altersversorgung ein dunkles Kapitel. In den 26 Jahren seit der Rentenreform von 1957 – ein Wahlgeschenk, mit dem vermutlich entscheidend dazu beigetragen wurde, daß die CDU/CSU das bisher erste und einzige Mal die absolute Mehrheit im Bundestag erhielt – sind die Zahlungen des Bundes zur Abdekkung von sozialpolitischen Fremdlasten der Rentenversicherung kontinuierlich zurückgegangen. Beim Bundeszuschuß aber handelt es sich nicht um eine milde Gabe, sondern der Bund hat hier Finanzverantwortung übernommen. Dem Prinzip nach hat der Staat all jene Leistungen der Rentenversicherung zu tragen, die nicht durch Beitragszahlungen der Versicherten abgedeckt sind. Das ist inzwischen ein Anteil von rund einem Drittel. Aber die Quote des Bundeszuschusses an den Gesamtaufwendungen der Rentenversicherung halbierte sich in den vergangenen 26 Jahren nahezu, von 27,5 Prozent im Jahr 1957 auf 14,2 Prozent im Jahr 1982. Wenn beim Bundeshaushalt die Finanzierung nicht klappte, wurde die Kapitalansammlung der Rentenversicherung geplündert, mal durch Zwangsanleihen, mal durch Zuschußkürzung, mal durch Stundung. Beim Expertenhearing des Sozialausschusses des Bundestages war im Herbst vergangenen Jahres nur verhaltenes Lachen zu hören, als der Vorsitzende des Sozialbeirats beim Bundesarbeitsministerium, Prof. Helmut Meinhold, meinte, privatrechtlich würde man so etwas Diebstahl nennen. In den zwölf Jahren von 1964 bis 1975 verging kein Jahr, in dem die Bundesregierungen Erhard, Kiesinger, Brandt und Schmidt die Haushaltskasse nicht durch Rentenversicherungsgelder aufgefüllt haben. Eine im doppelten Sinn einmalige Entnahme hat das Kabinett Kohl/Genscher für dieses Jahr vorgesehen: Der Beitragssatz zur Rentenversicherung, der am 1. Januar 1984 ohnehin von 18 auf 18,5 Prozent steigen sollte, wird nun schon am 1. September dieses Jahres angehoben, um mit dem zusätzlichen Beitragsaufkommen von 900 Millionen Mark ein Haushaltsloch zu stopfen.

Das Handlungsschema, dem Union und FDP in ihrer Rentenfinanzierungspolitik folgen, ist historisch betrachtet folgerichtig. Wie in anderen Sektoren der Sozialpolitik auch schließt sich die konservativ-liberale Koalition dem pragmatischen Trott im vorgefundenen Sozialversicherungsalltag an. Der

Grundsatz, daß erst die Kasse kommt und dann die Moral des Sozialstaatlichkeitsprinzips, gilt in der Rentenversicherung schon seit der großen Reform von 1957. Schon damals wurde beim Festlegen der Leitlinien zur Rentenfinanzierung dem Bundesfinanzminister das Zugeständnis gemacht, den Bundeszuschuß nicht nach den Ausgaben, sondern nach den Einnahmen der Rentenversicherung zu bemessen. Die sozialdemokratische Opposition kritisierte dies damals ausdrücklich. Aber korrigiert hat die SPD die Fehlentscheidung nicht, als sie selber Regierungsverantwortung hatte. Ein weiterer Schritt zu mehr Pragmatismus in der Rentenfinanzierung war die Entscheidung der Großen Koalition, wonach die Höhe des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung nicht mehr nach sozialpolitischen Grundsätzen, sondern nur nach der jeweiligen Liquiditätslage der Rentenversicherungsträger definiert werden soll. Dieser Beschluß war ein Persilschein für Manipulationen und beflügelte die Fortführung einer tagespolitisch orientierten Rentenpolitik.

Gestern wie heute sorgen der bewußte Verzicht auf die Formulierung und das Wirksamwerden langfristiger Finanzierungsprinzipien dafür, daß die Politik bei der selbstverwalteten Rentenversicherung einen Fuß in der Tür behält. Im parteipolitischen Interesse ist es offensichtlich undenkbar, daß das autonome System der staatlichen Altersversorgung eben kein Trainingsfeld für politischen Gestaltungsehrgeiz sein darf. Die Politik treibt, wo sie dies dennoch versucht – und solche Unternehmungen sind gestern wie heute an der Tagesordnung –, Schindluder mit den Interessen der Versicherten, deren Treuhänder sie in der Rentenpolitik sein soll.

In ihren Aussagen gibt sich die Regierung Kohl/Genscher den Anschein, als wolle sie angesichts der unüberbrückbar scheinenden mittel- und langfristigen Finanzierungsprobleme der gesetzlichen Rentenversicherung die bisherige Anspruchshaltung der Politik gegenüber dem Rentensystem grundlegend ändern. Im Koalitionspapier wurde eine Entlastung der Rentenversicherung von Fremdlasten und eine Neufestsetzung der Grundsätze für die Zahlung des Bundeszuschusses angekündigt. In den 78 Tagen zwischen Mißtrauensvotum und Mißtrauensfrage fühlte sich der Bundesfinanzminister an dieses Ziel nicht gebunden. Dabei hätte es im November 1982 eine Möglichkeit gegeben, die Rentenpolitik ein Stück weit zu entfiskalisieren, zu entstaatlichen. Nicht etwa die sozialdemokratische Opposition, sondern Sozialpolitiker aus Union und FDP machten sich während der Beratungen zum Bundeshaushalt 1983 dafür stark, auf die geplante Kürzung des Bundeszuschusses zur Rentenversicherung um der Klarheit und Wahrheit willen zu verzichten und statt dessen den Beitrag dort zu erhöhen, wo dies angemessen wäre: in der Arbeitslosenversicherung. Nach 14tägiger Diskussion wurde das Thema in einem Koalitionsgespräch beerdigt; Stoltenberg hatte zu dem Problem, eines aus dem Formenkreis sozialpolitischer Moral,

keinen rechten Zugang, und er funktionierte damit in seinem Amt finanz- wie machtpolitisch historisch folgerichtig und rollenadäquat.
Es fällt schwer, vor dem Hintergrund knapper Finanzmittel Szenarien für die nächsten Jahre zu entwickeln, in denen die Abkopplung der Rentenpolitik von den tagespolitischen Interessen der Parteien ein festes Datum ist. Durch die Zukunftsvisionen hoffnungsvoller und vielleicht weltfremder Sozialpolitiker geistert die Idee von der wirklich autonomen, wirklich selbstverwalteten, durch das Sozialstaatlichkeitsprinzip vom Staat gesicherten Rentenversicherung, in der auch engagierte Versichertenvertreter neben den delegierten Funktionären der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände wirklich mitbestimmen und die Interessen der Solidargemeinschaft wahrnehmen, gegen fremde Interessen und gegen Ideologien, die Sozialpolitik sagen und nicht Sozialstaatlichkeit meinen.
Aber die Chancen zur Verwirklichung solcher Utopien und sozialpolitischer Reformen überhaupt stehen schlecht; nicht wegen der fehlenden finanziellen Spielräume, sondern wegen der drückenden Last der Fehlentscheidungen und der vertanen Chancen, mit denen Sozialpolitik zum Objekt der Manipulation reduziert wurde – über lange Jahre hinweg durch das Negieren der sozialstaatlichen Herausforderung und Verpflichtung, zuletzt durch lineare Rotstiftstriche ohne verteilungspolitisches Augenmaß. Sozialpolitik dürfte sich, wo es um die staatliche Fürsorge für zwei Millionen Arbeitslose geht, nicht auf die Zahlung von Versicherungsleistungen und die Verwaltung der Arbeitslosigkeit beschränken. Aber für die Umsetzung unorthodoxer Lösungen, die über materielle Ansätze hinausgehen, ist ein gesellschaftspolitischer Konsens seit dem 1. Oktober 1982 noch weniger denkbar als zuvor. Einer Reform der Hinterbliebenenversorgung, mit der sich nicht auch gleichzeitig die soziale Sicherung der Frauen spürbar verbessert, fehlt die sozialpolitische Rechtfertigung; die bloße Erfüllung des Verfassungsauftrags aus Karlsruhe genügt hier nicht. Aber Besitzstandsdenken und familienpolitische Ideologien drohen eine umfassende Reform zu verhindern. Eine seit langem überfällige Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung würde für die Klientel der Regierung Kohl/Genscher nur Einbußen bedeuten. Zu suchen wäre nach einer Lösung, um das Krankenversicherungssystem davor zu bewahren, 1990 eine doppelte Zahl von niedergelassenen Ärzten mit Einkommen versorgen zu müssen. Dies sind nur drei Beispiele aus dem reichen Katalog der Themen, die schon deshalb als lästig gelten, weil hier das herkömmliche sozialpolitische Denkmuster der sechziger und siebziger Jahre mit der Problemlage nicht mehr deckungsgleich ist. Aber die Irritation hierüber wird in Bonn kaum so groß sein, daß man den gutwilligen Versuch machen wird, in der Frage des Selbstverständnisses der Sozialpolitik wieder mehr Offenheit zu zeigen.

# Ursula Krechel
# Roswitha oder das Weib, wie es sein sollte

## Ein Denkmodell

Denken wir ohne Gesundheitseinlagen mit Fußbett, die noch den zwergenhaften Gedankengang gleich zwei Finger breit größer erscheinen lassen. Brüten wir etwas anderes aus als die angetane öffentliche Depression, die uns jeden vormals in die Welt gesetzten Gedankengang wie ein rohes Ei behandeln läßt. Wenn wir von der These ausgehen, daß die Arbeit der Frauen im häuslichen Bereich auf eine unselige Weise mit der Liebe verquickt ist, müssen wir probeweise Arbeit und Liebe voneinander trennen. Wir sprechen hier nicht von den technokratisch geregelten Leben, in denen Arbeit und Liebe in Tiefkühltruhen mit aufgedrucktem Verfallsdatum abgepackt und ordentlich verschweißt sind. Wir sprechen von den unangemessenen Wünschen, die wild ohne jede Voraussicht zu wuchern beginnen. Unter den verschärften Bedingungen der Krise wird bezahlte Arbeit zu einem immer kostbareren Gut. Wie bei allen kostbaren Gütern haben mehr Männer daran Anteil als Frauen. Behauptet wird aber, daß Frauen unter dem Verlust der bezahlten Arbeit weniger leiden als Männer, weil sie sich selbst genügend häusliche Arbeit machen könnten; unbezahlte Arbeit, deren fragile Ökonomie nicht auf dem Verdienen, sondern dem sorgsamen Sparen von Geld beruht. Experten sprechen bereits angesichts des Rückgangs der bezahlten Lohnarbeit in den Industrienationen und der Unmöglichkeit, trotz Verlagerung der Produktionsstätten in Länder der Dritten Welt industrielle Lohnarbeit weltweit zum herrschenden Prinzip zu erheben, von einer Hausfrauisierung der Arbeit. Das heißt: produziert wird nicht mehr für einen Markt, sondern für den eigenen Bedarf, der wiederum Dienstleistungen anderer Privatpersonen braucht. Wie neue Neandertaler arbeiten wir nur noch für den Bedarf der eigenen Sippe von der Hand in den Mund. Die Hausfrauisierung der Arbeit setzt enge soziale Beziehungen, kurz gesagt: Liebe voraus. Die sozialen Beziehungen funktionieren nach dem Prinzip der Tauschgesellschaft, nicht nach dem der Warengesellschaft. Die Hausfrau tauscht gegen Arbeit soziale Sicherheit; ihr Wohn-, Arbeits- und Lebensrecht steht gegen die Liebespflicht. Wenn wir die Nahtstelle zwischen Arbeit und Liebe auftrennen wollen, brauchen wir nur eine stumpfe Nagelschere. Die Frau, die zu lieben beginnt, beginnt auch zu arbeiten. Sie macht sich schön, sie macht die Räume, das Essen schön, sie

macht für den, den sie liebt, solange sie ihn liebt, alles schön, sie läßt sich ein Kind machen (was für ein Euphemismus) und macht diesem Kind eine schöne Kindheit. Sie macht eine Quarkspeise für ihre Liebe. Der Mann, den man gelehrt hat zu arbeiten – ob mit oder ohne Liebe –, kommt nicht auf den Gedanken, seiner Liebe in schweißtreibender Arbeit eine Kartoffelkiste zu machen oder den Bausatz einer Kuckucksuhr zusammenzusetzen. Er will – für sich allein oder geteilt durch die Liebe, in Gottesnamen – so viel Geld machen, daß er seiner Liebe Geschenke machen kann, aber die produziert er nicht, er kauft sie, Blumen, den kleinen Brillantknopf fürs Ohr, das seidene Hermèstuch mit den Pferdeköpfen zum soundsovielten Hochzeitstag. Hat er keine Liebe, muß er sich den Ersatz für Liebe kaufen. Sein Machen ist die Arbeit, die Liebe ist für die Freizeit da – oder die Liebe hat nur in der Freizeit Platz. Daß es vielbeschäftigten, sogenannt emanzipierten Frauen zu ihrem Erstaunen inzwischen ebenso geht, steht auf einem anderen Blatt, das sie *so* nicht haben lesen wollen.
Trennen wir die weibliche Liebe von der weiblichen Arbeit – nicht wie in den Fächern der Tiefkühltruhen, sondern wie das Gelbe vom Ei und das Eiweiß. Betrachten wir beide Bestandteile.
Schlagen wir Schaum.

1. Stellen wir uns eine gemeinsame Freundin Roswitha vor, die unsere unerbittliche Freundschaft jahrelang gelassen ertragen hat. Roswitha, arbeitslos, mit einer Lehrbefähigung für die angeblich aussterbenden Schüler der Sekundarstufe 1, von Zeit zu Zeit unterbezahlte Zulieferin für den Kinderfunk von Radio Bremen, während des Studiums Praxis im Flaschenspülen (Limonadenfabrik, heute rationalisiert), gute Kenntnisse des Alphabets, auch rückwärts, durch stundenweise Karteiarbeit, Bildschirmschnelleserin bei der sonntäglichen Telefonauskunft, Roswitha steht förmlich vor dem Nichts, das sich zu beschreiben erübrigt, das aber die beste Grundlage ist, voraussetzungslos den eigenen Kopf zu gebrauchen.
Stellen wir uns daneben Roswithas Freund Gerhard vor, einen jener freundlichen jungen Männer, wie wir sie zu Dutzenden kennen, an dem, wir wollen nicht kleinlich sein, kein Makel ist, der zu beschreiben sich lohnte. Gerhard ist es gelungen, mit einer ähnlichen Qualifikation wie Roswitha bei einer niedersächsischen Volkshochschule unterzukriechen. Roswithas Freude über seine Stelle ist ungeteilt, ihr mit Gerhard geteiltes Leid bleibt ihr Leid, zentnerschwer. Zunächst stellen wir uns vor, wozu kaum Vorstellungskraft gehört. Not lehrt beten. Roswitha und Gerhard rücken zusammen. Das Betenlernen haben sie noch vermieden. Was soll's? Über die Vorurteile der Freunde und besonders der eingefleischten Freundinnen sieht man hinweg, die Eltern werden sich freuen. Von einem Kinderwunsch, tief vergraben im Bauch, war auch die Rede, und Gerhard hat schon lichte

Stellen im Haar, und Roswitha ist dreißig. Sie heiraten. Ich erspare mir die Einzelheiten. Sie liegen in der Schublade mit den Lebenserfahrungen, die immer ein wenig klemmt. Roswitha, die zu Hause ist, wirft die Waschmaschine an, putzt das Bad, schraubt neue Glühbirnen in die Fassungen. Mit der linken Hand knödelt sie an ihren Arbeiten für den Kinderfunk, aber in Wirklichkeit ist sie Rechtshänderin, was sie sich bei dieser Lage der Nation nicht zugestehen will, weil es die Lage noch komplizieren würde. Ehe sie es will, ehe Gerhard es bemerkt, ist das bald geborene Kind »auf sie fixiert«, aber Gerhard und sie sind weniger »aufeinander fixiert«, ich erspare mir die Einzelheiten. Roswitha ist Gerhard dankbar, weil es ihr ohne ihn vielleicht viel schlechter gehen würde. Gerhard hat sich die Gemeinsamkeit auch anders vorgestellt, aber Roswitha versteht wenigstens etwas von seinem Fach, arbeitet ihm zu. Manchmal gefällt ihm am besten an ihr, daß sie nicht klagt. Sie wiederum mag, daß er mit den beschränkten Möglichkeiten, die sie und das Kind noch mehr beschränken, vorlieb nimmt – klaglos. Die Liebe ist Arbeit geworden. Sie bleiben zusammen, weil alles so furchtbar ist. Das weitere beschreibt die Lebenserfahrung.

2. In einer anderen Version hört Roswitha in der beamtenrechtlichen Gerüchteküche, daß es sehr wohl noch ein paar Lehrerstellen zu ergattern gibt, allerdings nur für Härtefälle. Härtefälle sind zum Beispiel ledige Mütter. Roswitha beschließt, die Arbeit des Kinderkriegens auf sich zu nehmen, um arbeiten zu können. Tatsächlich bekommt sie in angemessener Frist ein Kind und eine Arbeit. Dadurch verdoppelt sich zwar ihr Arbeitsaufwand, aber auch ihr Selbstgefühl. An dieser Stelle verzweigen sich die Möglichkeiten:
Gerhard, von so viel Tüchtigkeit irritiert, wendet sich einer arbeitslosen Kindergärtnerin zu. Mit ihr erprobt er von neuem Version 1.
Oder Roswitha sieht sich selbst beifallheischend zu. Sie ist wirklich sehr tüchtig. Nun verliert aber die angeblich liberale Politik in ihrem Bundesland an Boden. Als ledige Mutter und Lehrerin hat sie einen schweren Stand vor dem Schulrat und den Kindern, die ihr im Auftrag ihrer reaktionären Eltern unverschämte Fragen stellen. Um des lieben Friedens willen beschließt Roswitha, den Vater ihres Kindes, Gerhard, zu heiraten.
Oder die ledige Lehrerin Roswitha, die ihre Liebe und ihr Leben und ihr Kind und ihre Arbeit, auch den Abwasch mit Gerhard teilt – alles läuft wie am Schnürchen –, verliebt sich eines Tages in einen magenkranken Kollegen, der auch Gerhard heißt, aber im Gegensatz zu ihrem freundlichen Gerhard sehr unglücklich ist. Seine Frau ist, wie sie erfährt, im Gegensatz zu ihr nörgelig und lustlos und läßt ihren Mangel an Eigenständigkeit an Gerhard zwei aus. Roswitha geht mit Gerhard zwei im Wald spazieren, macht mit ihm und seinen Schülern eine Klassenfahrt und schläft mit ihm in der Ju-

gendherberge. Gerhard zwei ist sehr schwierig, aber sie ist auch sehr glücklich. Zu Hause arbeitet sie daran, Gerhard eins, dessen Vernunft und Freundlichkeit sie kennt, die neue Liebe zu erklären, »die ihm ja nichts wegnimmt«. Zu Hause arbeitet sie außerdem daran, den magenkranken Gerhard zwei von seiner Misere zu heilen. Ihre Arbeit in der Schule läßt bei so viel »Gefühlsarbeit« nach. Nach einiger Zeit stellt sie fest, sie arbeitet nun vierfach. Wenigstens ihr Kind soll von den Verwirrungen nichts merken. Eines Morgens erbricht sie sich im Lehrerzimmer.
Auch hier verzweigen sich die Möglichkeiten. Entweder ist sie jetzt auch magenkrank, oder sie ist schwanger. Auch hier gibt es zwei Möglichkeiten. Gerhard eins oder Gerhard zwei. Das weitere ist zu trivial, um es zu beschreiben.

3. Genug der Gerharde. Diese Liebe, Arbeit oder nicht, ist nicht abendfüllend. Immer noch ist allerdings Roswitha mit ihrer Not, herausgekickt aus dem Nest ihrer warmherzigen Lebenspläne, ein akademisch gebildetes Kukkuckskind, abendfüllend. Da hört Roswitha von einer anderen Not, zwei Stockwerke unter ihrer Not. Dem zuckerkranken Rentner Paul ist die Frau gestorben. Nun hat er nur noch seinen blinden Hund. Roswitha, die nicht umsonst in die Schule des Lebens gedrängt ist – und ein Rentner ist fast so gut wie ein Schulkind –, kümmert sich ein wenig um Paul, macht Besorgungen, sieht darauf, daß der blinde Hund sich nicht an einem Laternenpfahl die Stirn aufschlägt. Sie geht mit Paul spazieren. Es ist doch keine Arbeit, nett zu Paul zu sein. (Wer will denn alt und einsam dahindämmern? Roswitha begreift sich als Nebenrolle in einem Lehrstück.) Dann stirbt Pauls Hund. Wieder tröstet Roswitha Paul. Das ist doch keine Arbeit. Nach und nach begreift Paul, daß die immer liebenswürdige Roswitha auch ein armer Hund ist. Nach einer angemessenen Frist beschließen Paul und Roswitha zu heiraten. Alles bleibt, wie es ist. Sie gehen spazieren, auf den Friedhof und auf den Hundefriedhof. Manchmal arbeitet Roswitha auch für den Kinderfunk von Radio Bremen, jedoch nur noch mit halbem Herzen. Sie steigt jetzt beim Seniorenprogramm ein, wo sie sich gleich als kompetente und äußerst engagierte Mitarbeiterin erweist. Sie trifft den richtigen Ton für alte Leute. Nach einer angemessenen Frist stirbt Paul. Roswitha ist nun Rentnerin. Sie geht weiter auf den Friedhof und auf den Hundefriedhof und arbeitet für das Seniorenprogramm. Ihr Arbeitsplatz ist relativ sicher, da es mehr Senioren als Schüler der Sekundarstufe 1 gibt. Wenn sie einmal Zeit hat, vielleicht erst, wenn sie alt ist, möchte sie eine Sozialutopie entwerfen, die im Nu aus vielen perspektivlosen jungen Arbeitslosen fröhliche Rentenempfänger machen und alten Menschen einen schöneren, weniger einsamen Lebensabend bereiten könnte. Ihr selbsterprobtes Rezept: Scheinehen oder wirkliche Ehen zwischen den einen und den anderen, so genau dreht doch niemand

die Hand dafür um. An dieser Stelle erinnert sie sich an ihren alten Freund Gerhard, ebenfalls hoffnungslos arbeitslos. Sofort will sie ihrer Mutter schreiben, die als frühere Sachbearbeiterin bei einer Import-Export-Firma eine Rente bezieht. Ob ihre Mutter vielleicht (nichts für ungut, Mutter, versteh mich nicht falsch) Gerhard ihre Rente vererben wolle? Dann könnten in einer angemessenen Frist Gerhard und sie, zwei jung verwitwete Rentner, arbeitslos, überlebenswillig, nicht lieblos, sorgloser als jetzt zusammen sein. An dieser Stelle bricht sie den Gedankengang ab. Für das Seniorenprogramm des Senders möchte sie ein Altersheim besuchen.

4. Roswitha bewirbt sich bei einer Schule der Ursulinen-Nonnen. Sie findet, daß sie beim Vorstellungsgespräch einen guten Eindruck hinterlassen hat. Nach einer angemessenen Frist schickt ihr das Ursulinenkloster eine Absage. Zwei Tage später besucht sie ein Pfarrer. Er arbeitet an ihrer Seele und verliebt sich in sie – wohl eine Folge seiner zölibatären Berufswahl. Roswitha lacht, liebt nicht, arbeitet nicht. Eine klare Lösung.

5. Schaf in einer Wolfsgesellschaft. Sich einen Wolfspelz leisten. Das weitere steht in aufgeklärten Illustrierten.

6. Es müssen, liest Roswitha in den einschlägigen betrübten Wirtschaftsberichten, Arbeitsplätze geschaffen werden, aber diese Arbeitsplätze dürfen möglichst wenig kosten (»die Arbeitslosen von der Straße holen«), und diese Arbeitsplätze müssen, findet sie, möglichst viel einbringen. Sich auf die Straße zu stellen, hat sie auch im Traum nicht vor. Not kennt kein Gebot. Da die Arbeit, für die sie ausgebildet worden ist (s. Version 1), zusammengeschnurrt ist und da sie nicht bereit ist, in die üblichen weiblichen Fallen zu tappen (s. Version 1, Version 2 Absatz 2, Version 5) und umsonst, aus Liebe zu arbeiten, beschließt sie, Arbeit und Liebe zu einer ordentlichen Profession zu vereinen. Ihr kostengünstig geschaffener Arbeitsplatz: Bett und Telefon. Sie weiht ihre ebenfalls arbeitslose Freundin in den Plan ein. Gerda ist begeistert. Schneller, als sie irgend etwas sonst sind, sind sie Callgirls. Um lästige und gefährliche Verwicklungen mit ihren Kunden (Klienten?) zu vermeiden, tauschen sie von 12 bis 20 Uhr die Wohnungen. Roswitha meldet sich in Gerdas Wohnung als Tanja, Gerda in Roswithas Wohnung als Vivi. Ruft ein Kunde nach 20 Uhr an, meldet sich mit der Stimme der wirklichen Mieterin eine Frau Schickelgruber, die darauf besteht, der Kunde müsse eine falsche Nummer gewählt haben. Sie weist das unerhörte Ansinnen weit von sich. Morgens und abends arbeitet Roswitha an ihrer Dissertation mit dem vielversprechenden Thema: Weibliche Arbeitslosigkeit und ihre schichtspezifischen Auswirkungen auf die Prostitution. An manchen Tagen wünscht sie sich, sie könnte Fragebögen an ihre Kunden verteilen, um

ihrer Arbeit einen abgesicherten statistischen Teil beifügen zu können. Als Gerda ihr erzählt, Roswithas früherer Freund Gerhard habe bei ihr angerufen und einen Termin gehabt, preist Roswitha ihre Klugheit, mit Gerda Wohnung, Arbeit und die Aura der Arbeit zu teilen. Roswitha arbeitet schwer, aber sie arbeitet für sich. Von Liebe ist in dieser Version nicht die Rede. Einmal ruft sie Gerhard an, der nun Volkshochschuldirektor in Emden geworden ist. Sie verabreden sich zum Essen. Gerhard zahlt und verspricht ungefragt, seinen Einfluß geltend zu machen, Roswitha einen kleinen Volkshochschulkurs in eigener Regie zu verschaffen. Roswitha dankt. Sehr freundschaftliche Atmosphäre.

7. Die Arbeit des Überlebens. Begierden, die in der hohlen Hand Platz haben. Aber sie rinnen zwischen den Fingern weg. So steht Roswitha, die teilhaben will an den großen Geschenken, an Milch und Honig, die auf die Konten fließen und zurück in stille Teilhaberschaften, Abschreibungsmanöver, Subventionsbrutkästen, mit leeren Händen da. Aller Voraussicht nach bleiben sie auch leer. Eine Wand tut sich auf, dahinter Trümmer eines schlechten Gewissens (auch eine Spekulationsruine?). Kann sie sich auf die Argumentation einlassen, daß zwar allgemein die Sozialleistungen, Subventionen, flankierenden Maßnahmen zu teuer sind, daß aber gerade bei ihrer Person ein Nachholbedarf bestehe und deshalb eine Ausweitung nur gerechtfertigt sei? Eine Argumentation, die am besten mehrstimmig im Chor (Lehrer, Sozialarbeiter, Stahlindustrie, Obstanbau) zu singen ist.

8. Nicht mehr Bittsteller sein. Teilhaben an der Umverteilung der Güter. Roswitha beschließt, den Butterberg abzugraben. Zusammen mit Gerda eröffnet sie ein Milchgeschäft. Eine Bank findet ihre Unternehmung kreditwürdig. Roswitha und Gerda verkaufen keine blauäugige, pasteurisierte, homogenisierte Milch, auf ihrer Milch schwimmen Fettaugen. Der Käse lacht, jedes Ei ist eine Schönheit, die Butter leuchtet. Zur Eröffnung brüllt eine Kuh vor dem Laden. Gerda und Roswitha tragen blauweiße Haarschleifen. Der Fußboden des Ladens ist blütenweiß. Gerda und Roswitha haben rote Backen. Sie schaffen an. Nach einiger Zeit fragen immer mehr Kunden, warum keine Zigaretten im Laden geführt werden – es wäre so praktisch. Kinder verlangen auch nach Schokoladenriegeln. Richtig rentabel wäre der Laden erst, wenn sie auch Wurstwaren verkaufen würden. Aber das Konzept wäre im Eimer. Sie stellen fest: im Grunde genommen arbeiten sie für den freundlichen Herrn in der Bank, der ihnen den Kredit verschafft hat. Sie sind ihm so dankbar, wie Roswitha Gerhard in Version 1 dankbar ist. Obwohl sie sich gesund ernähren, haben sie Magenschmerzen. Als Gerda sich in einen Jungen verliebt, der keine Lehrstelle hat, den Roswitha boshaft ihren Milchbubi nennt und den sie wohl oder übel durchfüttern,

fühlt Roswitha sich angeschmiert. Als wäre sie die Hausfrau des freundlichen Herrn bei der Bank, arbeitet sie praktisch umsonst, ißt Käse, der schon zu laufen beginnt. Allerdings ist ihr Prestige als »Unternehmerin« höher. In einem Aufsatz von Ralf Dahrendorf liest sie, das modisch gewordene Wort »Selbstausbeutung« sei eine optische und gedankliche Täuschung. In Wirklichkeit handle es sich dabei um kreative Arbeit. Etwas in Roswithas Lebensplan ist zu Rührei geworden.

9. In dieser Version stellt Roswitha einen ungedeckten Scheck auf Zukunft aus: sie hofft, ihn auf natürliche Weise decken zu können. Sie bekommt ein Kind. Es ergibt sich, daß auch Gerda zur gleichen Zeit ein Kind bekommt. Auch andere Frauen entscheiden sich für diese private Arbeitsbeschaffungsmaßnahme. Da ihnen öffentliche Gelder für eine Krabbelstube versperrt bleiben und keine privaten Mittel da sind, erforschen sie, wo die Taschen noch gefüllt sind. Roswitha stellt den Antrag, ein Pflegekind aufnehmen zu dürfen. Andere Frauen folgen ihr. Ihr eigenes Kind gibt Roswitha bei Gerda in Pflege. Den Pflegemüttern steht ein Pflegegeld zu, den wirklichen Müttern nicht. Von Zeit zu Zeit kommt eine Amtsperson und begutachtet die gedeihenden Kinder. Wer welches Kind ist, kann diese Amtsperson bei ihrer Überlastung nicht immer feststellen. Die wirklichen Mütter betrachten ihre wirklichen Kinder, aber sie werden dadurch nicht wirklicher. Als ein behindertes Kind geboren wird und ebenfalls in den Kreislauf der getauschten Pflegekinder einbezogen wird, entsteht eine verlegene Freude: der Pflegesatz ist höher. Schließlich wollen auch Männer Pflegekinder übernehmen. Roswitha ist im Zweifelsfall bereit, ihren Freund als Pflegekind zu übernehmen.

10. Das Ende: Schwindel. Die Liebe schwindelt die Arbeit aus sich heraus. Die Arbeit schwindelt die Abwesenheit von Liebe vor. Die Ohnmacht der Frauen: Schwindel. Die Macht der Liebe: Schwindel. Wie ein Ei dem anderen gleicht.

# Zum 100. Todesjahr von Karl Marx

Siegbert S. Prawer

## Karl Marx und die Weltliteratur

neu

*Aus dem Englischen übersetzt von Christian Spiel. 1983. Etwa 390 Seiten. Leinen etwa DM 68,-*

Siegbert Prawers Buch zeigt, was Marx – einer der unermüdlichsten Leser seiner Epoche – aus Werken der Weltliteratur aufgenommen hat, welchen Gebrauch er von seinen literarischen Kenntnissen machte, was er zur Deutung der gelesenen Texte beigetragen hat. Ein bedeutendes Buch über Marx und eine Schule des Lesens.

## Karl Marx in seinen Briefen

*Ausgewählt und kommentiert von Saul K. Padover. Übersetzung der Einführungstexte und der Kommentare von Karl Heinz Sieber. 1981. 611 Seiten mit 38 Abbildungen im Text. Leinen zum Sonderpreis von DM 24,-*

«Mit seinem kommentierten Auswahlband«Karl Marx in seinen Briefen»läßt Saul K. Padover, virtuoser Marx-Kenner und emeritierter Professor an der New School for Social Research in New York, ein Marx-Bild entstehen, das nicht nur die Entwicklung des Philosophen, Ökonomen und Politikers dokumentiert, sondern auch den facettenreichen Titanen des Sozialismus als Privatmann in brieflichen Selbstzeugnissen vorführt.»

*Heiner Höfer, Norddeutscher Rundfunk*

«Seine Briefauswahl ist hervorragend ediert und dokumentiert.»

*Franz A. Hoyer, Bayerischer Rundfunk*

Walter Euchner

## Karl Marx

neu

*1983. 203 Seiten mit 6 Abbildungen im Text. Paperback DM 16,80. (Beck'sche Schwarze Reihe, Band 505. Große Denker: Leben, Werk, Wirkung. Hrsg. v. Otfried Höffe)*

Karl Marx ist der umstrittenste und wirksamste deutsche Denker der Neuzeit. Von seinen Lebzeiten an bis heute haben sich unzählige Freiheitsbewegungen und Freiheitskämpfer auf Marx berufen. Diese kritische Einführung in Leben, Werk und Wirkung von Marx spiegelt den neuesten Stand der Marx-Auseinandersetzung.

Henri Lefèbvre

## Der Marxismus

*Aus dem Französischen übertragen von Beate Rehschuh. 1975. 107 Seiten. Paperback DM 14,80 (Beck'sche Schwarze Reihe, Band 127)*

«Henri Lefèbvre gehört zu den bedeutenden Autoren der neueren philosophischen Diskussion des Marxismus.»

*Neue Osnabrücker Zeitung*

Joseph Schleifstein

## Einführung in das Studium von Marx, Engels und Lenin

*3., durchgesehene Auflage. 1975. VI, 169 Seiten. Paperback DM 16,80 (Beck'sche Elementarbücher)*

«Dem Buch ist breites Interesse, Studium und Verbreitung zu wünschen.»

*Richard Albrecht, Die Tat*

# Verlag C. H. Beck München

# Yaak Karsunke
# Alle Räder stehen still

*Die letzte Bastion* »Wo gibt es in Deutschland außer im Heere noch ein höheres Maß von Disziplin als in der sozialdemokratischen Partei und in den modernen Gewerkschaften?« fragte Gustav Noske, SPD, am 15. April 1907 im Deutschen Reichstag. »Bei der Bundeswehr«, sagt mein Freund Erwin Paschottka, »wird heute ja ziemlich gegammelt, bei der SPD gibt's Flügelkämpfe – aber auf uns trifft es eigentlich noch voll zu. Bloß ob das noch modern ist?«
Erwin ist altgedienter Gewerkschafter, liegt bei ihm in der Familie, als ich ihn kennenlernte, wählte er SPD. Damals hatte ich den Eindruck, vor 1933 habe die Familie P. eine andere Arbeiterpartei bevorzugt, aber Erwin war im Krieg in Rußland und ist von dort ohne Illusionen zurückgekommen, wie er sagt. Er konnte also ohne Angst vor Verlusten der Gewerkschaft beitreten.
Anfang der 60er Jahre ließ die Postgewerkschaft mal die Muskeln spielen und ihre Mitglieder zur Streik-Urabstimmung antreten. Sie bekam die nötige Mehrheit zusammen – und schloß dann prompt ohne Streik weit unter den Erwartungen der Streikwilligen ab. Als wir am Abend nach der Einigung zur Nachtschicht kamen, war ich nicht der einzige, der sein Mitgliedsbuch mitgebracht hatte. Es war Erwins Verdienst, daß jeder seins am nächsten Morgen wieder mit nach Hause nahm.
In dieser heißen Nacht brachte er mir bei, warum ein Arbeiter in seiner Gewerkschaft nicht nur ist, sondern auch bleibt: »Wo willst du denn sonst hin«, hielt er mir vor, »vielleicht bei die Gelben?« Damit war die christliche Gewerkschaft gemeint und ein Grundsatz benannt: man gehört einer Organisation nicht an, weil sie etwas taugt, sondern weil man nicht weiß, wo man sonst hin soll.

*Fortschrittlich harmonisiert* »Die Einheitsgewerkschaft ist aus den Erfahrungen der Arbeitnehmer vor und während der Weimarer Republik und der Verfolgung der Nazidiktatur entstanden. Sie hat die historischen Traditionen, politischen Richtungen und geistigen Ströme der Arbeiterbewegung, vor allem der freiheitlich-sozialistischen und der christlich-sozialen Richtungen, in eine gemeinsame Organisation zusammengeführt. Sie erübrigt

konkurrierende Gewerkschaften.« So zu lesen im Grundsatzprogramm des DGB von 1981, einer Broschüre von 28 Din-A5-Seiten, abgefaßt im üblichen Kommissions- und Kompromiß-Deutsch. Gelungenste Wortschöpfung ist die »fortschrittliche Harmonisierung«, die das Programm z. B. für die soziale Sicherung fordert, die der DGB aber insgesamt als Ideallösung anzustreben scheint.
Nach einer Präambel, die sich betont an das Grundgesetz anlehnt, werden in dreißig Punkten gewerkschaftliche Forderungen aufgelistet, von »Arbeitnehmerrechte« bis »Kunst und Kultur«, von »Der soziale Rechtsstaat hat die Verpflichtung . . .« bis zu ». . . kann Sport in einem umfassenden Sinne auch zur Lebenshilfe werden«. Der im Programm selbst betriebene Sport besteht darin, richtige Beobachtungen mit falschen Rezepten zu mischen: nachdem etwa die Gefahr des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht im Gefolge auch multi-national fortschreitender Konzentration beschrieben ist, heißt es lapidar: »Der demokratische Staat hat die Pflicht, diesen Mißbrauch zu verhindern.« Kommt er dieser Pflicht nicht nach, ist er vermutlich selbst schuld, geschieht meinem Vater ganz recht, wenn mir die Finger erfrieren, warum kauft er mir keine Handschuhe.
Mögen die proklamierten Ziele auch noch so unvereinbar sein, der DGB reiht sie munter aneinander, kein Wort darüber, wie eine eigene Strategie zur Erreichung dieser Ziele aussehen könnte; die Kluft zwischen Ist- und Soll-Zustand wird mit Forderungen und Appellen überbrückt. Der Papa wird's schon richten, im Zweifelsfall ist es der Staat, und der DGB vertraut auf ihn: »Die Durchsetzung dieser Grundsätze verlangt eine wirksame Steuerverwaltung und Steuerkontrolle.«

*Redefiguren* Dem Landesbezirksvorsitzenden einer Einzelgewerkschaft dagegen ist der Weg schon klar: »Tja, Kollegen«, sagt er, »man muß eben Mehrheiten kriegen. Wenn mich die Kollegen nicht wiederwählen, muß ich nächsten Tag zurück an die Maschine.« Vermutlich weiß er nicht, was ihm da rausrutscht, aber er weiß, wovon er redet. Wie die Mehrheit der leitenden Funktionäre kommt er aus dem Betrieb und hat – über die gewerkschaftliche Ochsentour – in der Organisation eine Karriere gemacht, die er in seinem Beruf nicht hätte machen können. Also will er bleiben, wo er ist und was er ist, und er weiß auch, wie man das macht. Dem Verdacht der einfachen Mitglieder, er halte sich inzwischen für was Besseres, begegnet er mit einer spezifischen Rhetorik, die von hemdsärmeliger Volkstümlichkeit bis zu populistischer Demagogie reicht und immer wesentlich militanter ist als sein Handeln, das übers Verhandeln selten hinauskommt; unter vier Augen sagt er über die nächste in seiner Branche anstehende Betriebs-Schließung: »Wir können ja froh sein, wenn da überhaupt noch was für einen Sozialplan drin ist.«

Zur Aufsteiger-Problematik gehört, daß der Aufsteiger selbst sie fast nie ausreichend reflektieren kann; gerät er zusätzlich noch in den Zwiespalt zwischen einer kämpferischen Fassade, die er aufrechterhalten muß, und einer Praxis, die im Ernstfall nur aus hilflosem Reagieren auf Kapitalbewegungen bestehen kann, liegt die Flucht in einfache Weltbilder nahe. Wer deutsche Gewerkschaftsführer einen durchaus ungeklärten Sachverhalt behandeln gehört hat, kennt die Eingangsformel: »Also, Kollegen, eins ist doch mal klar –«, was folgt, ist Kompetenzvorspiegelung. Man muß eben Mehrheiten kriegen.

*Die märchenhafte Linke* »Nina Grunenberg hat in den letzten Jahren die Funktionseliten der Bundesrepublik beschrieben – Ministerpräsidenten, Generäle, Bischöfe, Diplomaten. In der neuen ›Zeit‹-Serie porträtiert sie die Gewerkschaften, ihre Führer und Funktionäre.« (*Zeit* vom 19. November 1982) Zu den Funktionseliten im *Zeit*-Sinn zählen Unternehmer offenbar nicht, die Gewerkschaften aber können sich freuen. Frau Grunenberg hat nämlich herausgefunden, es sei »ein Märchen, daß Linke und Radikale in den klassischen Arbeiter-Gewerkschaften den Ton angeben. Das ist schon deshalb schlecht möglich, weil ihre Zahl nur gering ist. Eigentlich sind es nur drei.«
Erwin Paschottka fände auf den oberen Rängen auch nur einen Linken erstaunlich, aber er hat schon Pferde kotzen sehen. Und nicht ganz so hoch oben? »Weißt du«, sagt er, »eigentlich ist das noch immer so wie seinerzeit mit den KPD-Genossen nach dem Parteiverbot. Natürlich haben die versucht, in den Gewerkschaften Einfluß zu kriegen, und um das zu schaffen, mußten sie sich erstmal tarnen. Hatten sie dann welchen, durften sie die Tarnung natürlich nicht aufgeben, wären sie ja auch den Einfluß wieder losgeworden. Das heißt, als Linker hast du so lange Einfluß, wie du in deinem Sinne keinen Gebrauch davon machst.«

*In Treue fest* Einfluß haben die Vorstände, und sie behalten ihn auch. Mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsführer tritt lediglich aus Gesundheits- oder Altersgründen ab, lediglich ein Viertel wird zum Rücktritt gezwungen oder gar abgewählt. Wer sich bewährt hat, darf sich weiter bewähren. Auf Angriffe oder auch nur Kritik wird mit Geschlossenheit geantwortet, je undurchsichtiger die Organisation wird, um so durchsichtiger erscheinen ihr die Motive der Kritiker: in erster Linie sind sie gewerkschaftsfeindlich. Die Berichte über den »Neue Heimat«-Skandal nannte der DGB in einem von ihm herausgebrachten Argumentationsleitfaden »einen Generalangriff gegen die gemeinwirtschaftlichen Unternehmen und insgesamt gegen die Gewerkschaftsbewegung« – zu einem Zeitpunkt, als der DGB noch unbeirrt an dem in die Affäre selbst verwickelten Alois Pfeiffer als Kandidaten

für den DGB-Vorsitz festhielt. Selbst diejenigen Vorsitzenden von Einzelgewerkschaften, denen diese Kandidatur mehr als suspekt war, ließen sich offiziell einbinden und agierten nur hinter den Kulissen: auf die Idee, etwa die eigene Basis zu mobilisieren, kam keiner von ihnen.
Der DGB-Kongreß im Mai 1982 demonstrierte dann wieder Schulterschluß und Disziplin, das Thema »Neue Heimat« wurde unter den Teppich gekehrt und Pfeiffer doch noch als Beisitzer gewählt. Im »Parlament der Arbeit«, wie der DGB seine Kongresse gern nennt, funktioniert die Vorstandsregie ebenso perfekt wie die Fraktionsdisziplin im Bundestag, dessen Mitglieder sich die Staatsverdrossenheit, insbesondere der Jugend, auch immer gar nicht erklären können.

*Eine Art Lichtblick* »Der Deutsche Gewerkschaftsbund wendet sich insbesondere an die arbeitende Jugend und fordert sie auf, an den Zielen der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten. Der Deutsche Gewerkschaftsbund unterstützt die Jugend tatkräftig.« (DGB-Grundsatzprogramm, Präambel)
An die arbeitslose Jugend wendet sich der DGB nicht – er hat schon mit der arbeitenden Kummer genug. »Gerade Jugendliche haben oft noch nicht das Bewußtsein, die Geduld und die Routine, den oft die Gewerkschaftsarbeit kennzeichnenden langen Referaten und Sitzungen zu folgen«, klagt ein Arbeitsheft der IG Metall. Die Kollegen werden ihren eigenen Betrieb ja kennen, an ihrer Beschreibung erscheint mir auch nur zweifelhaft, ob das Fehlen von Geduld und Routine nicht doch einiges an Bewußtsein verrät.
Kein Einzelfall ist auch der für ein Lehrlingsheim zuständige Jugendsekretär, der die Situation so beschreibt: »Es ist eben unheimlich schwer, die Kollegen nach Feierabend noch für gewerkschaftliche Aktivitäten zu motivieren. Wenn ich sie dann frage, warum sie überhaupt in der Gewerkschaft sind, weißt du, was ich dann zu hören kriege?« Ich wußte es nicht und ließ mir von ihm sagen, was sie ihm sagten: »Das fragst du uns? Woher sollen wir das denn wissen? Du hast uns doch für den Verein geworben!« Nicht allen Mitgliedern der Klasse scheint der proletarische Witz vergangen zu sein.

*Olle Kamellen* Die Gewerkschaften selbst haben weniger zu lachen, sie sind mit einer Wirtschaftskrise konfrontiert, die mein Freund Paschottka schon vor 19 Jahren kommen gesehen haben will. Meinem zweifelnden Blick begegnet er mit einem Hinweis auf sein Archiv, in dem er Ausschnitte vornehmlich nicht aus der Gewerkschaftspresse sammelt. Im Frühjahr 1964 erschien in einem sprichwörtlichen Nachrichtenmagazin ein Artikel über Automation, den Erwin nicht bloß ausgeschnitten, sondern durchgearbeitet hat, mit Vier-Farben-Kugelschreiber.

Unterstrichen hat er z. B. die Untersuchungsergebnisse des Münchner Ifo-Instituts, nach denen bereits damals jährlich 1,5 Millionen bundesrepublikanischer Arbeitsplätze der Automation zum Opfer fielen. Allerdings wurde nicht nur rationalisiert, sondern auch kräftig expandiert. Ifo analysierte zehn Firmen mit 29 212 Beschäftigten vor und 55 001 Beschäftigten nach der Automation – ohne gleichzeitige Expansion allerdings wären nur 14 000 Arbeitsplätze übrig geblieben, wohingegen dieselbe Expansion ohne Rationalisierung über 138 000 Menschen in Lohn und Brot gesetzt hätte.
»Daß das nicht ewig so gehen würde, konnte man in Amerika schon sehen«, sagt Erwin: von den jährlich zwei Millionen von ihren Arbeitsplätzen verdrängten US-Amerikanern fanden damals immerhin schon 160 000 keine neue Arbeit mehr. Der Vater der Kybernetik, Norbert Wiener, erwartete denn auch »eines Tages einen volkswirtschaftlichen Nachteil« dieser Entwicklung, »gegen den die Wirtschaftspleite der 30er Jahre ein Kinderspiel gewesen ist«. Erwin hat sich das 1964 rot unterstrichen, »und heute sind wir ja nun munter bei. Bloß – das konnte man schon lange vorher wissen.« Das Grundsatzprogramm des DGB setzt ungebrochen auf Vollbeschäftigung und Wachstum.

*Hallo Partner – dankeschön* Die simplen Grundsätze kapitalistischer Betriebs- und Wirtschaftsführung, wie sie in einer Krise unübersehbar zutage treten, versetzen deutsche Gewerkschafter in fassungsloses Staunen und helle Aufregung. Ein zuständiger DGB-Landesvorstand etwa läßt zu einer Betriebsschließung verlauten, die Unternehmensleitung beweise damit, »daß sie die Sicherung von Arbeitsplätzen und sozialen Anliegen der Arbeitnehmer leichtfertig unternehmerischen Gewinninteressen unterordne«. Der Vorsitzende eines anderen DGB-Landesbezirks empört sich angesichts einer Dividenden-Ausschüttung über die »Unverfrorenheit«, mit der der Unternehmensvorstand die Interessenpolitik der Kapitaleigner vor die der Belegschaft stelle.
Torhüter pflegen sich gemeinhin nicht zu beklagen, die gegnerischen Stürmer hätten verwerflicherweise nichts anderes im Sinn, als den Ball an ihnen selbst vorbei ins Netz zu jagen; und nur weil die Gewerkschaften offenbar unfähig sind, die Interessen ihrer Mitglieder zu verteidigen, werden die Unternehmer ja nicht aufhören, ihre eigenen Interessen wirkungsvoller wahrzunehmen. Wer freilich jahrelang auf den Leim einer angeblichen Sozialpartnerschaft gekrochen ist, kommt auch im Notfall so schnell nicht davon los.

*Zwischenruf von links unten* Im Herbst 1982 erschien die zehnte Folge eines Kritischen Gewerkschaftsjahrbuchs, in dem ein linker Betriebsrat sei-

nen Glauben verkündet, daß das Jahr 1984 »eine der letzten großen Chancen dieses Jahrhunderts einläuten wird, mit der Möglichkeit, den Kampf um die zentrale Forderung der 35-Stunden-Woche zu eröffnen – mit allen positiven Möglichkeiten, die die Forderung, von ihrer Gestaltung und Wirkung her, einschließt. Und ich freue mich schon über die Gesichter, die dieser Satz bei einigen Leuten hervorrufen wird. Dann setzt doch mal die Fantasie, liebe Freunde, ein, die ihr bei den Gewerkschaftslinken immer vermißt, und versucht einmal nachzuvollziehen, welcher Sprengstoff für alle Bereiche kapitalistischer Produktion und Reproduktion in dieser Forderung steckt. Was bewegt werden muß und wie, um diese Forderung in den Gewerkschaften (über die Lippenphrase hinaus) durchzusetzen – stellt's euch nur mal vor! Anstatt jetzt schon den Hut zu ziehen und euch zu verabschieden, helft doch, mit Verstand und Klugheit, einmal mit! Dieser Kampf, in den wir die Gewerkschaften jagen müssen, weil nur sie ihn führen können, birgt auch die Gefahr der vernichtenden Niederlage. Aber was liegt uns an Gewerkschaften, die ihn nicht führen? In beiden Fällen gehen wir mit Sicherheit politisch den Bach runter.« (aus: *Nicht vor – nicht zurück,* Rotbuch Verlag Berlin, hier: S. 50)

Das ist das Pathos der Verzweiflung. Ein Rest von Solidarität veranlaßt mich, den Namen des Verfassers nicht jenem Gelächter preiszugeben, den eine Formulierung wie die von den Gewerkschaften, die man in den Kampf jagen muß, weil nur sie ihn führen können, außerhalb der Gewerkschaftslinken ja unweigerlich auslöst. Wie aber mag eine Realität aussehen, die mit solchen Hoffnungen kompensiert werden muß?

*Was alles Tradition hat* Enttäuscht von der Gewerkschaft kann freilich nur werden, wer ihre Geschichte nicht kennt. Andernfalls weiß er, was Theo Pirker 1979 so formuliert hat: »Und das wichtigste Ziel der Organisation ist nicht so sehr, daß sie bestens funktioniert, sondern es ist ihre Dauer. Die Organisation muß bestehen bleiben – koste es, was es wolle –, und in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hat dieses Ziel oft sehr viel gekostet.« Die freiwillige Gleichschaltung der deutschen Gewerkschaften zu Beginn des Ersten Weltkriegs, der sogenannte Burgfrieden inclusive Streikverzicht auf Kriegsdauer, gehört zu diesen Kosten ebenso wie die unfreiwillige Gleichschaltung durch die Nazis am 2. Mai 1933.

Letztere traf die Gewerkschaftsführung besonders schmerzlich, hatte sich der ADGB gegenüber den neuen Machthabern doch für neutral erklärt und die Erhebung des 1. Mai zum »Feiertag der nationalen Arbeit« ausdrücklich begrüßt. Ist heute jemand so undelikat, bei einem Gewerkschaftskongreß an die zeitliche Abfolge von Opportunismus am 1. und Zerschlagung am 2. Mai zu erinnern, weist ihn unweigerlich ein älterer Kollege empört auf jene Gewerkschafter hin, die gleich nach der Machtergreifung von der SA in

die ersten KZ verschleppt worden sind – und die z. T. dort wohl noch saßen, als der ADGB den gemeinsamen Aufmarsch zum 1. Mai 1933 guthieß.
Die Präambel des Grundsatzprogramms spricht lieber von den »stolzen Erfolge(n) der Arbeiterbewegung« und teilt mit: »Der unermüdliche Kampf der Gewerkschaften um die politische und soziale Gleichberechtigung der Arbeitnehmer hatte den Erfolg, daß wichtige Teile der gewerkschaftlichen Forderungen als Grundrechte der Bürger heute in demokratischen Verfassungen gewährleistet und von der öffentlichen Meinung anerkannt werden.« (Der Plural »Verfassungen« läßt immerhin die Lesart zu, es seien hier doch eher ausländische Gewerkschaften gemeint.)

*Die Gewerkschaft als Normalfall* Nun klittern alle Organisationen schönfärberisch ihre Geschichte zusammen, kein Inhaber einer Spitzenfunktion will sie freiwillig räumen, und daß zu jedem Amt gleich der Verstand mitgeliefert wird, glaubt schon lange niemand mehr. Korruption kommt in den besten Häusern vor, gepackelt wird überall, wer am Suppentopf sitzt, schöpft das Fett ab – und wer jeweils erwischt wird, will's immer nicht gewesen sein. Wie die Krise zu bewältigen wäre, weiß kein Mensch, und Gewerkschafter sind auch bloß Menschen. Ihre Organisationen sind Tarifmaschinen, die in guten Zeiten funktionieren und in schlechten ebenso versagen wie alle anderen »sozialen Sicherungen« auch.
Bleibt die Frage, wie lange sich die einfachen Mitglieder den Luxus dieses Apparats noch leisten können. Für sie – anders als für die Spitzenfunktionäre – sind die guten Zeiten nämlich schon lange vorbei. Die Reallöhne sinken, die Beiträge für Krankenkasse, Renten- und Sozialversicherung sind ständig erhöht worden – jahrelang übrigens unter der Verantwortung eines sozialdemokratischen Finanzministers, der ehedem der Gewerkschaftslinken zugerechnet wurde. Die – bruttolohnbezogenen – Gewerkschaftsbeiträge hingegen steigen, per Einzugsermächtigung werden nach jeder Tariferhöhung automatisch höhere Beträge von den Kollegen-Konten abgeräumt. Als sich bei einer lokalen Funktionärsversammlung der IG Metall in einer Großstadt einer der Kollegen aus dem Betrieb beschwerte, die Krankenversicherung habe sich – mit zwei Erhöhungen in einem Jahr – um 29 Prozent verteuert, hielt ihm der von ihm mitbezahlte Ortsvorsitzende entgegen, die Erhöhung der Krankenkassen-Beiträge mache nicht mehr als 0,2 Prozent der Gesamtlohnsumme aus: Gewerkschaftsmathematik.
Als freilich anläßlich der »Neuen Heimat« die Gehälter der Spitzenfunktionäre ins Gerede kamen, zog der DGB zu deren Verteidigung lieber nicht Tariflöhne zum Vergleich heran, sondern das Salär von Bundeskanzler, Bundesministern und Staatssekretären. Tatsächlich liegt der IG-Metall-Vorsitzende mit jährlich 172 000 DM ebenso unter den Politiker-Gehältern wie seine Kollegen an der Spitze der ÖTV oder des DGB, die sich mit jährlich

137 000 DM bzw. 117 000 DM behelfen müssen. Aufgebracht werden diese Summen von Kollegen, denen die Preise und die Mieten davonlaufen; mit welchen Augen Arbeitslose diese Zahlen betrachten, braucht den DGB allerdings nicht zu kümmern: mit Ausnahme der GEW nimmt keine Gewerkschaft Arbeitslose auf.
Nachdem die Regierungsverantwortung für diese Zustände von anderen Kräften übernommen worden war, verkündete der neue DGB-Vorsitzende, die Gewerkschaften ließen sich von keiner Partei vor den Karren spannen – das Auditorium, dem er das mitteilte, war wohl nur deshalb die Bundeskonferenz der SPD in Kiel, weil Ernst Breit dieser Partei privat angehört.

*Samstags gehört Vati mir* Als der DGB Ende Oktober 1982 begann, Hunderttausende in Bussen zusammenzukarren und gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik der neuen Bundesregierung auf die Straße zu schicken, war Erwin Paschottka besonders sauer: »DGB – Der Große Bluff, mit Anfahrt – Kundgebung – Abfahrt. Dabei haben sie bloß paar starke Sprüche gehört, denen Taten unter Garantie nicht folgen werden. Anstatt daß gestreikt wird, klauen sie den Leuten den freien Sonnabend.« (Erwin war noch dabei, als der erkämpft wurde.) »Im Grunde sind die doch froh, daß die Wende in Bonn war, jetzt können sie sich mal wieder richtig ins Zeug legen.« Immerhin, gab ich zu bedenken, seien die Kundgebungen noch vor dem Wechsel und mithin gegen die alte Bundesregierung geplant worden, aber das brachte Erwin erst recht in Fahrt: »Da hätten wir dann gegen eine Politik demonstriert, die von der SPD-Fraktion gebilligt worden war, von einer Fraktion also, die fast nur aus Gewerkschaftern besteht. Hast du mal gehört, daß auch nur einer von denen ausgeschlossen werden soll? Aber gegen demonstrieren – fällt dir dafür ein andrer Ausdruck als verarschen ein?« Mir fiel nicht.
Am 6. Dezember 1982 meldete dpa, die ÖTV lehne den politischen Streik als Mittel gegen die unsozialen Sparpläne der Bundesregierung ab; als Hauptziele der bevorstehenden Tarifrunde nannte die frischgewählte ÖTV-Vorsitzende die Abwehr von Lohnleitlinien und Lohnpausen sowie den Ausgleich von Preissteigerungen: »Dies gehe jedoch nicht ohne die Bereitschaft zum Kampf.« Nicht etwa: ohne Kampf. Bereitsein ist alles. Nur Erwin und mir fällt noch immer kein anderer Ausdruck ein.

*Dicht vor dem Abgrund einen Schritt weiter* In den letzten zwanzig Jahren sind in Westberlin 180 000 Arbeitsplätze des verarbeitenden Gewerbes vernichtet worden, über 45 Prozent der in Industrie und produzierendem Handwerk überhaupt vorhandenen. Der Westberliner Senat veranstaltete einen spektakulären Wirtschaftsgipfel, der vielleicht mittelfristig 3000 neue

Arbeitsplätze im Gefolge haben soll, also keine zwei Prozent der verlorengegangenen. Eines der Arbeitsbeschaffungsprojekte ist eine »Innovationsgesellschaft für Maschinen-Intelligenz zur Entwicklung fortgeschrittener Produktionssysteme«, die drei Automobilhersteller – natürlich mit Bundesbeteiligung, lies Steuermitteln – in Berlin gründen und ansiedeln wollen.
Drei Tage nach diesem Beschluß veröffentlicht das arbeitgebereigene Institut der deutschen Wirtschaft in Köln eine Studie, nach der jeder neue Industrie-Roboter per Saldo zwei Arbeitsplätze kostet, die IG Metall rechnet sogar mit Verlusten von drei bis vier Arbeitsplätzen. Mehr als die Hälfte der bereits vorhandenen Roboter arbeiten in der Auto-Industrie, die »Innovationsgesellschaft« wird da sicher weiterhelfen. Der Berliner DGB hat den Wirtschaftsgipfel denn auch als »einen ersten Schritt in die richtige Richtung« begrüßt.

*Vorwärts und nichts begreifen* Wenn der Fortschritt nur blindwütig genug, die Technologie hinreichend größenwahnsinnig, die Umweltzerstörung möglichst rabiat ist, sind die Gewerkschaften dabei. Sie befürworten die Startbahn West, den Rhein-Main-Donaukanal so gut wie den Ausbau der Kernenergie. Hauptargument sind stets die Arbeitsplätze, deren Anzahl sich zwar ständig verringert, aber das ficht die Braven nicht an. Denken ist was für Spinner, der gestandene Arbeiterführer hält sich auf seine Anti-Intellektualität was zugute: man ist nicht nur dumm, man ist auch noch stolz drauf.
Die Gewerkschaftseinheit zählt so wenig wie das Grundsatzprogramm, wenn Branchen-Egoismen ins Spiel kommen. Der neugewählte Chef der IG Bau, Steine, Erden spricht sich dafür aus, »im Neubau eine Mietpreisgestaltung zu ermöglichen, die Großanleger wie Versicherungen zum Bauen ermuntert« – irgendwer wird die Mieten schon noch zahlen können, es müssen ja nicht Kollegen sein. Ungerügt macht sich ein Orts- oder Landesverband auch schon mal für Rüstungs-Exporte in Spannungsgebiete oder Diktaturen stark, wenn es gilt, die Vollbeschäftigung zu erhalten. Für den Frieden ist man natürlich auch, besonders wenn der DGB als Hilfsorgan der SPD die Chance bekommt, mit einem eigenen Appell der Friedensbewegung das Wasser abzugraben. Das wurde zwar nur ein Schlag in besagtes Wasser, aber Niederlagen muß ein Gewerkschafter sowieso verkraften können.

*Qualifikation* Rechtzeitig vor Redaktionsschluß kommt noch die Nachricht, der verflossene Chef der »Neuen Heimat« (auch er seinerzeit mit jährlich 500 000 DM im Vergleich mit den Managern in der Privatwirtschaft weit unterbezahlt), nunmehr in Ascona ansässig, habe sein Golf-Handicap von 19 auf 16 verringert und sei damit zum gehobenen Spielerdurchschnitt

aufgeschlossen. Gab es da nicht mal eine satirische Postkarte »Deutsche Arbeiter – Die SPD will euch eure Villen im Tessin wegnehmen«? Wollte sie natürlich nie, und der DGB will's auch nicht. Statt dessen haben DGB und Einzelgewerkschaften der defizitären »Neuen Heimat Städtebau« einschließlich zweier Kapitalerhöhungen 560 Millionen DM innerhalb von zwölf Monaten überwiesen – aus Mitgliederbeiträgen natürlich (Paschottka vermutet: auch aus den Streik-Kassen).
»Die Aussichten, daß die ›Neue Heimat‹ gegen Vietor sowie gegen die beiden ehemaligen Vorstandsmitglieder Wolfgang Vormbrock und Harro Iden Regreßansprüche stellen werde, beurteilte er (nämlich der neue NH-Chef) sehr zurückhaltend.« (*Frankfurter Rundschau* vom 8. Dezember 1982)
»Was hast du denn gedacht«, sagt Paschottka, »wenn die dem Vietor an die Gurgel gehn, packt der doch aus – und wer dann noch alles mit drankommt, das können die sich nicht leisten. Statt dessen machen sie lieber Mitbestimmungs-Kampagne, damit für die Vorstände noch paar Aufsichtsratsposten mehr abfallen.«

*Arroganz der Ohnmacht* Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist bewußtlos, erfolglos, konzeptionslos und machtlos (Reihenfolge alphabetisch). Damit das nicht auffällt, kopiert sie mit Vorliebe die Arroganz der Macht, gegenüber Kritikern aus den eigenen Reihen ebenso wie gegenüber den neuen sozialen Bewegungen. Wird zur Hatz auf Bürger-Initiativen, Hausbesetzer oder Grüne geblasen, kann das Bonner Parteien-Kartell auf die Gewerkschaften zählen: im Notfall stehen sie rechts von der SPD.
Ein Gewerkschaftsvorsitzender nach dem anderen hat im vergangenen Herbst die SPD vor rot-grünen Bündnissen gewarnt. Während aus der DGB-Spitze erste zaghafte Rufe nach einer Neuauflage der »Konzertierten Aktion« drangen, begannen im Dezember ein stellvertretender DGB-Vorsitzender und der Boß der größten Gewerkschaft der westlichen Welt (wie sich die IG Metall gern nennen hört) das öffentliche Nachdenken über eine Große Koalition, die nach den Wahlen am 6. März 1983 nicht ausgeschlossen werden dürfe. Arbeiter-Interessen würden sich in einem solchen Bündnis noch schlechter durchsetzen lassen als im weiland sozialliberalen, wirkungsvoll bekämpfen könnte es weder Krise noch Arbeitslosigkeit, höchstens die Fundamentalopposition.
Bonn mag nicht Weimar sein, aber die Gewerkschaften sind die Gewerkschaften. Das walte Noske.

# Der alte Internationalismus ist tot.

Das hat auch seine guten Seiten. Aber: Wo endet jetzt die Provinz in unseren Köpfen?
Hinter den Grünen in Landshut? Wie lange ist Beirut „spannend" gewesen? Wie herabwürdigend ist ein rein moralisches Interesse an Schwarzen? Welchen „großen Bruch" thematisiert hier niemand? Mit wieviel Koketterie werden hier ethnische Minderheiten von Linken betrachtet? Kann man in Europa die Sexualität der Chinesen beschreiben, ohne Voyeur zu sein? Ist die Neue Weltarbeitsteilung nur ein bequemer Mythos?

PALAVER, ein politisches und kulturelles Monatsmagazin, für den Blick über die inneren und äußeren Grenzen, auf regionale und globale Entwicklungen, auf erste und dritte Welten in allen Regionen der Erde.

**Aus den Inhalten ab 3/83:**
**Schwerpunkt:** Wüste – von der Sandwüste zur deutschen Durststrecke; **Angola:** Die sieben bitteren Jahre; **V. S. Naipaul:** Ein skandalöser Westinder? **Marseille:** Hintertür Nordafrikas; **E. T.** – außerplanetarische Dritte Welt?; **Schwerpunkt:** Sexualität – Machos, archaische Normen und europäischer Frust; **Schwerpunkt:** Gegengewalt und Verweigerung – kollektive und private Formen des täglichen Widerstands; außerdem: Sterben, Kulte, Islam, Ehe, Feste...

**PALAVER zum Kennenlernen**

Senden Sie mir ein kostenloses Probeheft:

☐ Wenn es mir gefällt, erhalte ich Palaver monatlich im Abo; ich zahle ½jährlich/jährlich gegen Rechnung, pro Heft nur DM 5,60 statt DM 7,– Einzelpreis. Ich kann jederzeit kündigen: innerhalb 10 Tagen nach Erhalt des letzten Heftes.

☐ Ich möchte Palaver nur kennenlernen und schreibe, wenn ich ein Abo wünsche.
(Bitte ankreuzen)

Name

Vorname

Straße/Nr.

PLZ/Wohnort Kb1

**Bitte ausfüllen und absenden an:**
**Palaver-Redaktion, Meta Magazin Verlag GmbH, Friedrichstr. 22, 8000 München 40**

**ROWOHLT** 1908 1983

*fünfundsiebzig!*

Es ist spät geworden. Beim nächsten Ton ist es elf Uhr siebenundzwanzig Minuten und dreißig Sekunden. Beim nächsten Ton ist es elf Uhr siebenundzwanzig Minuten und vierzig Sekunden. Rechne mal nach. Sechzig, wenn es hoch kommt siebzig Jahre, das ist die Spanne, und die erste Hälfte liegt hinter uns. Will you still need me, will you still feed me when I'm sixty-four? Was kommt bis dahin zusammen? In vierundsechzig Jahren vielleicht dreißig glückliche Tage: eine lose Kette einfacher Berührungen, die selbstgewisse Ahnung des gemeinsamen Körperrauschs, die Erinnerung ungeteilter Ruhe.
Aber was ist es, was wispert und bohrt: Das darf doch nicht alles sein, das ist mir zuwenig, damit komme ich nicht aus, kommst du nicht aus, kommt keiner aus. Mehr & Jetzt & Alles, oben bleiben. Und so gehe ich durch dich hindurch, und du gehst durch mich hindurch, und im Vorübergehen rufen wir uns tapfer zu, daß der Schmerz kaum der Rede wert ist, daß es von Mal zu Mal weniger weh tut. Torkeln verletzt weiter, kalte Anbieter und fiebrige Käufer einer Ware, die überall ausliegt und nirgends zu haben ist. Laß uns einen Augenblick aus dem Strom der Passanten heraustreten und beiseite gehen.
Komm näher und hör mir zu: Geschichten vom Loslassen und Festhalten . . .
rororo panther 5063, DM 6,80

# Uwe Wesel / Wolf-Dieter Narr
# Eliten für die Massen – bildungspolitische Wechseljahre

## I

Am Anfang der Bundesrepublik stand die Restauration, auch im Bildungsbereich, in Schule und Hochschule. Die Amerikaner hatten zwar daran gedacht, in ihrer Besatzungszone die nivellierende High School einzuführen, als Morgengabe für die Reeducation zur Demokratie. Aber das deutsche Gymnasium blieb. Genauer gesagt: Es blieb das alte dreigliedrige Schulsystem. Volksschule, Mittelschule, Oberschule. Eilfertig wurde es verteidigt von zu Hilfe gerufenen Emigranten, die den deutschen Widerstand gegen die amerikanischen Pläne unterstützten. Deutscher Widerstand. Im »Dritten Reich« war er eine Randerscheinung. Aber er wurde unverwüstlich, als es darum ging, eingefleischte Privilegien zu verteidigen und fest verwurzelte Vorurteile weiter zu befestigen. Auch der Universität, die auf diesem Gymnasium aufbaute, bescheinigte 1948 eine von den Besatzungsmächten eingesetzte Reformkommission deutscher Professoren im »Blauen Gutachten«, sie sei »im Kern gesund« geblieben. Kaum jemand kam auf den – extremen – Gedanken, es könne an der Wissenschaft und an den Institutionen von Bildung und Wissenschaft gelegen haben, daß die Universitäten im Dritten Reich mühelos gleichgeschaltet wurden. Allenfalls Personen wurden entnazifiziert, nicht Institutionen des Bildungsbereichs. Im Gegenteil. Gerade sie wurden als Fels in der Brandung verstanden. Goethe-Deutschland als Fahnen-Wort in der ersten Zeit des nachfaschistischen Biedermeier.

Erst spät, in den sechziger Jahren, als es fast niemandem mehr weh tat und die alten Institutionen längst wieder selbstverständlich geworden waren, kam man dazu, die Braune Universität zu diskutieren. In München zum Beispiel, in Berlin und in Tübingen. Sie wurde diskutiert, zum ersten Mal, als Normalität des Faschismus, als Normalität einer entscheidenden Epoche deutscher Geschichte, nicht als Ausnahme ohne Regel. Aber es geschah nur hier und da. Und die Kritik versandete. Niemand hat das besser beschrieben als Wolfgang Fritz Haug, *Der hilflose Antifaschismus*, 1967.

Das dreigliedrige Schulsystem lebte vom Abglanz gymnasialer Bildung. In Wirklichkeit war es die Institutionalisierung der Chancenungleichheit, zumal selbst die Oberstufe noch weiter aufgefächert war, mit dem altsprachlichen Gymnasium an der Spitze. Schwierige Übergänge gab es. Sie konnten

nicht nachgeholt werden, wenn sie einmal mißlungen waren. Das verstärkte die Trennung und Rangfolge der Schultypen. Der Ausstieg aus der eigenen Herkunft gelang nur jeweils individuell, unter großen Schwierigkeiten und Opfern. Und die Art und Weise dieses Aufstiegs garantierte, daß alles Sperrige rechtzeitig abgeschliffen und abgeworfen wurde. Die Abiturientenquote blieb gering, trotz neuer Demokratie und Wirtschaftswunder. Die Zahl der Studenten wuchs langsam, aber die soziale Diskriminierung blieb. Auch die von Frauen.

Die Universität an der Spitze des Bildungssystems der Adenauer-Zeit war mit Leib und Seele Ordinarienuniversität, Humboldts Universität. Sein »Geist« war ihre Legitimation. Mitten im 20. Jahrhundert. Er wird, wenn Professoren überhaupt über ihre Institution nachdenken, noch heute als Lebenselixier beschworen. Und sein Konzept hatte es in sich. »Einsamkeit und Freiheit« sollten nach der berühmten Formulierung von 1810 die »vorwaltenden Principien« sein, zeitgemäß übersetzt: soziale Distanz innerhalb der Universität und Freiheit von Wissenschaft gegenüber staatlicher Reglementierung. Einheit von Forschung und Lehre sollte die Gefahren bannen, die im 18. Jahrhundert entstanden waren, durch den ständigen Druck des merkantilistischen Staates auf die Produktion von akademisch ausgebildeten Funktionären. Das hatte schon damals, durch übermäßige Belastung in der Lehre, zur Ausverlagerung von Forschung geführt. Es entstanden Fachhochschulen, an denen nicht mehr geforscht, und Akademien, an denen nicht mehr gelehrt wurde. Damit drohten Verschulung auf der einen und Erstarrung in traditioneller Gelehrsamkeit auf der anderen Seite. Institutionelle Inkarnation der dagegen gerichteten Einheit von Forschung und Lehre war der ordentliche öffentliche Professor, der einsam im Inneren der Universität und in – immer eingeschränkter, aber auch immer stark betonter – Freiheit von äußeren Eingriffen einhundertfünfzig Jahre lang die deutsche Wissenschaft bestimmt hat. Einsamkeit und Freiheit, damit zugleich Autonomie der Hochschule, Einheit von Forschung und Lehre. Das war Humboldts Universität. Eine imponierende Konstruktion.

Aber sie war auch widersprüchlich, von Anfang an. In ihr steckte, schon damals, der Krankheitskeim zum faschistischen Tode. Denn die Freiheit der Wissenschaft, institutionell als Freiheit gegenüber dem Staat konstruiert, sie war funktional doch immer gleichzeitig verbunden mit verinnerlichter Staatstreue. Aus ihr entstand sehr schnell philiströse, unpolitische und staatsgläubige Innerlichkeit, die instrumental verfügbar war. Eine Freiheit ohne politisch-sozialen Begriff. Institutionell kam das zum Ausdruck in der widersprüchlichen Organisation der Universität. Auf der einen Seite ihre Autonomie und die ihrer Ordinarien. Auf der anderen die Staatsgebundenheit, hergestellt durch vorhergehende Prüfung innerlicher Staatstreue. Denn der Staat hatte das letzte Wort bei der Einstellung der Professoren. Hoch-

schulautonomie hier und Staatsberufung dort. Als könnten – platt hegelisch – die Wissenschaft dem Staate und der Staat der Wissenschaft dienen, ohne aneinander anzuecken und ohne daß sich die Wissenschaft vor dem Stärkeren versteckte.
Immerhin. Die Idee allein enthielt in den ersten Jahrzehnten nach der berühmten Berliner Gründung eine organisatorisch treibende, wissenschaftlich fruchtbare Kraft, trotz allen staatlich-bürokratischen Gemischs, das schon damals nicht gering zu veranschlagen war. Für das Bildungssystem der Adenauer-Zeit jedoch geriet sie zur Lebenslüge. Die Universität war zum Großbetrieb geworden, der Ein-Mann-Betrieb zur organisatorischen Hierarchie mit einem Heer von Assistenten, Privatdozenten und nichtwissenschaftlichem Personal. Die Großforschung war entstanden mit dem »Fluch der Bürokratie«, die Großlehre und die sogenannte Massenuniversität. Der jeweilige Kanon, nicht die Wissenschaft war die raison d'être des Studiums. Autoritäre Verhaltensbildung, nicht Gedankenfreiheit stand im Vordergrund, daneben die Kontinuität sozialer Diskriminierung mit niedriger Abiturientenquote und Frauenfeindlichkeit. Mitte der sechziger Jahre war der bundesdeutschen Schule und Hochschule der »Geist« ausgegangen. Selbst die Treuesten der Treuen konnten an Reformen nicht mehr vorbei.

## II

Die Wende kam. 1964 schlug Georg Picht Alarm, mit seinem Buch *Die deutsche Bildungskatastrophe*. Das Schul- und Hochschulwesen der Bundesrepublik sei im Vergleich mit anderen Ländern völlig unterentwickelt. Es gebe viel zu wenig Abiturienten und Studenten, und deshalb drohe uns technologische Verödung und ökonomische Rückständigkeit. Drei Jahre später, nach dem 2. Juni 1967, überströmte die Studentenrevolte von Berlin aus die deutschen Universitäten. Und so zerbrachen die anachronistischen Strukturen endgültig. Denn der Sozialistische Deutsche Studentenbund hatte erstaunlicherweise auch noch ein in sich geschlossenes hochschulpolitisches Konzept. Geschrieben drei Jahre vor Georg Picht, 1961, war die Denkschrift des SDS – *Hochschule in der Demokratie* – nun plötzlich nicht mehr utopische Vision, sondern Grundlage von Reformgesetzen, mit denen sich, wie man meinte, Staat und Revolte arrangieren konnten. Die Lösung: Fachbereichssystem mit Präsidialverfassung und Demokratisierung der Hochschulgremien. Das Fachbereichssystem hatte der SDS in den Vereinigten Staaten gefunden, die dann um die Zeit, als Georg Picht seine *Bildungskatastrophe* schrieb, den Vietnamkrieg begannen, der wenig später zu einem wichtigen Motor der Studentenrevolte wurde. Im amerikanischen Department gab es die Einheitsverwaltung, also die Vereinigung der an deutschen

Universitäten bisher getrennten akademischen und wirtschaftlichen Verwaltung. Die akademische Verwaltung, das heißt Entscheidungen über Verteilung von Lehraufgaben, Promotionen, Habilitationen, Berufungen, betraf im wesentlichen die Lehre. An ihrer Spitze stand für die Universität der Rektor. Die Wirtschaftsverwaltung stellte den Professoren Personal- und Sachmittel zur Verfügung und regulierte im wesentlichen die Forschung. An ihrer Spitze stand der Kanzler. Beides wurde nun vereinigt, auf der unteren Ebene in Fachbereichen, an der Spitze mit einem Präsidenten, der die Funktion von Kanzler und Rektor übernahm. Dadurch wurden Entwicklungsplanungen möglich, die es vorher nicht gegeben hatte. Eine technokratische Anpassung an die Entwicklung der Hochschulen zu Großbetrieben.

Eigentliches Konzept des SDS war die Demokratisierung von Wissenschaft, die Beteiligung aller Gruppen an den Entscheidungen in den Gremien der Universität. Nicht nur die Professoren sollten über Forschung und Lehre bestimmen, sondern auch die Studenten, die Assistenten und das nichtwissenschaftliche Personal. Der SDS wollte damit die Inhalte von bürgerlicher Wissenschaft verändern, gesellschaftliche Relevanz gegen Fachidiotentum durchsetzen. Auch in diesem Ziel traf er sich mit allgemeinen Forderungen der 1969 endgültig an die Macht gekommenen Sozialdemokraten. Mitbestimmung war eines ihrer wichtigsten Themen. Die Regierungserklärung der sozialliberalen Koalition triefte geradezu von Bildung und »Mehr Demokratie wagen«. Die beiden Töne, der technokratische – Picht – und der demokratische – SDS –, waren deutlich zu unterscheiden, mit einer gewissen Dominanz im Oberton der Demokratisierung. In der Praxis sah es anders aus. Und die Studenten hatten das auch so kommen sehen. Es wurde eine technokratische Reform, und von der Bildungsökonomie blieb letztlich nur die Ökonomie.

Die Ironie der Geschichte: Nicht nur der SDS ist mit dem Konzept der demokratischen, auch die SPD ist mit ihrem einer technokratischen Reform gescheitert. Der SDS zielte auf inhaltliche Veränderung von Wissenschaft. Die SPD wollte über die Mitbestimmung die Ausbildung der Studenten technisch verbessern und sie mehr zur beruflichen Praxis hin orientieren. Mit anderen Worten, die Hochschulreform war für sie in erster Linie ein Mittel auf dem Weg zur Studienreform. Denn die alte Universität hatte sich als unfähig erwiesen, neue Studienpläne zu entwickeln. Solange die Professoren in den Fakultäten darüber allein entscheiden, sagte man sich, wird sich nichts ändern. Denn jede Änderung bedeutet Umstellung, Mehrarbeit. Dazu sind sie freiwillig nicht bereit. Also muß man sie zwingen, indem man die anderen Gruppen, die an Veränderung interessiert sind – und denen sie nicht so viel Arbeit macht –, in die Entscheidungsgremien schickt. Die sofort einsetzende politische Polarisierung der Universitäten und ihrer Gremien verdarb diesen schönen Plan. Zusätzlich erlagen sozialliberale Koali-

tion und christdemokratische und sozialdemokratische Kultusminister der Länder einer Art gesetzlicher Asthmatik. Zum einen meinte man, mit einem Verschnitt von nicht konsequent strukturierten Reformgesetzen Schulen und Hochschulen »schlagartig« in Ordnung, und das hieß: auf Leistung bringen zu können. Und ruhig sollte es gleichfalls zugehen. Zum anderen jagte ein Reformgesetz das andere. Das jeweils nachfolgende nahm Zugeständnisse des vorhergehenden zurück, ohne daß ein anderer Sinn erkenntlich gewesen wäre als bürokratische Ängstlichkeit und staatliche Kompetenzbedürfnisse. Ein Erfolg übrigens auch einer der erfolgreichsten Lobbys der siebziger Jahre, des Bundes Freiheit der Wissenschaft.

Auf der einen Seite standen utopische Vorstellungen linker Gruppen, die meinten, man könne über die Universitäten die Idee des Klassenkampfes erneuern und Wissenschaft als Revolutionsersatz verwenden. Auf der anderen Seite kämpften konservative Professoren einen heldenmütigen Kampf um die Rettung des Abendlandes. Schon 1968 hatten sie, im Marburger Manifest, die Öffentlichkeit mobilisiert, mit den beiden Schreckgespenstern, die es bis heute geblieben sind, dem Leistungsverfall und der kommunistischen Unterwanderung. 1970 übernahm sie der Bund Freiheit der Wissenschaft. In den Gremien der Hochschulen wurde die Reformarbeit dadurch weitgehend blockiert. Wenn es einmal gelang, sich auf einen neuen Studienplan zu einigen, wurde er vom Ministerium nicht genehmigt, weil er – im Blick auf die beiden Gespenster – zu gefährlich war. Die Studienreform hat bis heute nicht stattgefunden, auch nicht über die dann außerhalb der Universitäten vom Hochschulrahmengesetz 1975 vorgesehenen staatlichen Kommissionen. Trotzdem bauten die Sozialliberalen unverdrossen weiter am äußeren Gehäuse der Reform.

Das Schulsystem wurde umgebaut und nach oben durchlässiger gemacht, als wichtigste Voraussetzung für die Öffnung der Universitäten. Statt der alten Dreigliederung in Volks-, Mittel- und Oberschulen gab es nun Gesamtschulen mit der Möglichkeit, auch später noch nach oben, zum Abitur zu kommen. 1969 beschloß die sozialliberale Koalition – mit Unterstützung durch die CDU – ein Bundesgesetz über eine in den Ländern einheitliche Schülerförderung, die dann 1971 im BAFöG mit den Stipendien für Studenten zusammengefaßt wurde. Und die Universitäten öffneten sich tatsächlich. 1960 waren es noch 7 Prozent eines Altersjahrgangs, die Abitur machten und mit dem Studium begannen. Zwanzig Jahre später waren es über 20 Prozent. Damit stieg auch der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten – wie schwierig auch immer ihre Einordnung und Berechnung – von 6 auf 15 Prozent. Und ähnlich bei den anderen Unterprivilegierten. Der Anteil der weiblichen Studienanfänger erhöhte sich von 33 auf 45 Prozent. Allerdings waren die Universitäten dem Ansturm nicht in allen Fächern gewachsen. Es kam – als falsche Antwort – der Numerus clausus.

Und es formierte sich die Gegenreform. Die Kampagne der konservativen Professoren hatte Erfolg. Sie wurde zunehmend unterstützt von der CDU, die zunächst einen großen Teil der Reformen mitgetragen hatte oder weggetaucht war. Bald sah man, daß man mit dem Gespenst des Kommunismus an den Universitäten ein wirksames Propagandainstrument gegen die Sozialdemokraten gefunden hatte. Die SPD wich langsam zurück. 1972 vereinbarte Willy Brandt als Bundeskanzler mit den Ministerpräsidenten der Länder den sogenannten Radikalenerlaß. Der lange Marsch der Linken durch die Institutionen sollte durch Berufsverbote gestoppt werden. Damit war die Zeit der Reformen beendet, drei Jahre nach ihrem Beginn. Im nächsten Jahr, 1973, erklärte das Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung über das niedersächsische Vorschaltgesetz die sozialdemokratischen Paritäten in den Hochschulgremien für verfassungswidrig. In wichtigen Angelegenheiten dürften die Professoren nicht überstimmt werden, denn sie seien »mit der Sache der Wissenschaft besonders eng verbunden«. Und über die Zwänge dieses Urteils hinaus verriet die Sozialdemokratie im Hochschulrahmengesetz von 1975 freiwillig ihr eigenes altes Prinzip, nach dem in der neuen Universität keine Gruppe die anderen überstimmen dürfe. Man blies zum Halali auf die letzten Versprengten einer vor wenigen Jahren begonnenen Hochschulreform. Dem Scheitern der Studienreform entsprach in der Schule das Fiasko eines Versuchs, über sozialdemokratische Landesministerien neue Inhalte zu formulieren. Den Vorreiter machte Ludwig von Friedeburg in Hessen mit seinen Rahmenrichtlinien. Die gleichen Kämpfe, die gleichen Gespenster, das gleiche Scheitern. Im Hintergrund rumorten der Stammheimer Prozeß und die Terroristengesetzgebung, und um alles ganz deutlich zu machen, erließ man 1976 noch ein Gesetz zum Schutze des Gemeinschaftsfriedens mit einigen lustigen Strafandrohungen, zum Beispiel für die »Befürwortung von Gewalt«. Schon 1975 hatte man in das Hochschulrahmengesetz einen jede studentische Aufsässigkeit disziplinierenden Gewaltparagraphen aufgenommen. 1977 wurden Buback ermordet und Schleyer und Ponto. Mogadishu folgte und der Tod der Gefangenen in Stammheim und die große Hysterie um die kleine »klammheimliche Freude« eines Göttinger Mescalero. Von Reform sprach niemand mehr.

Ihr Instrumentarium blieb allerdings unverändert, bis auf die Veränderung der Paritäten. Zwar war die sozialliberale Koalition in Sachen Bildungs- und Universitätspolitik am Ende ihres Lateins, aber es stellte sich heraus, daß manches doch ganz brauchbar war, wenn auch zu anderen Zwecken. Denn inzwischen stand man mitten in einer Weltwirtschaftskrise, und die Arbeitslosenzahlen stiegen bedrohlich, auch bei den Jugendlichen. Schüler- und Studenten-BAFöG, die einen großen Teil der Jugendlichen in die Universitäten schleusten, erhielten nun die Funktion, den Arbeitsmarkt in Höhe von

einigen Hunderttausend zu entlasten. Das erklärt, warum es 1977 noch einmal eine gemeinsame Initiative von sozialliberaler Koalition und CDU in der Bildungspolitik gegeben hat. Man beschloß, den Numerus clausus nicht auszuweiten, also die Universitäten möglichst weit offenzuhalten. Dahinter stand die einfache Überlegung, daß sonst die Abiturienten, von den Universitäten ferngehalten, sofort in den »berufsbildenden Bereich« strömen, Mittel- und Hauptschüler aus den für sie vorgesehenen Lehrstellen verdrängen und so die Arbeitslosenzahlen weiter in die Höhe treiben würden. Eine gescheiterte Bildungsreform als Emulsion gegen Arbeitslosigkeit.
Fragt man nach den Ursachen für das Scheitern der Reform, in ihrem eigenen Konzept, dann lassen sich einige Fehler nennen. Zum einen die naive Verbindung von Bildungsreform mit ökonomischem Wachstum. Dann die harmoniesüchtige Vorstellung, Effizienz und Leistung im herkömmlichen Sinn würden Hand in Hand gehen mit Demokratisierung. Eine Vorstellung freilich, die sozialwissenschaftlich unterstützt worden war. Drittens die Meinung, man könne solche Reformen allein durch Gesetz von oben durchsetzen, ohne politische Mobilisierung, ohne Unruhe und Konflikt, ja sogar: gegen Unruhe und Konflikt. Und schließlich, viertens, starrte man zu sehr auf Paritäten, quantitative Expansion und neue Inhalte und vergaß darüber, angemessene neue Organisationsmuster von Schule und Hochschule zu bedenken. Zum Beispiel bei den hessischen Rahmenrichtlinien, die einfach als neuer Inhalt in die alten Schläuche der sonst unveränderten Schule gegossen werden sollten. Schulen und Hochschulen unterlagen eben schon durch ihre übermäßige Größe bürokratischem Gesetz.

## III

Die Bildungsreform war schon vor der Wende zur christlich-liberalen Koalition auf den Hund gekommen. Die Reformen, auch das BAFöG, waren schon von den Sozialliberalen Stück für Stück zurückgenommen worden. Schule und Hochschule befanden sich in einem jämmerlichen Zustand. Trotzdem hat die neue Regierung den Beweis dafür gebracht, daß weitere Verschlechterungen, die quantitativ zunächst eher unbedeutend erscheinen, doch einen qualitativen Unterschied ausmachen können. Jene kopflose Brutalität, mit der die christlich-liberale Union ihre Elite-Vorstellungen durchboxt, macht doch einen Unterschied, nicht nur in der Form, sondern auch im sozialen Ergebnis. Am 13. Oktober 1982 sagte Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung zur Bildungspolitik:

»Meine Damen und Herren, wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Wissenschaft und Forschung in Freiheit entfalten können. Sie sind in einer großen Tradition Teil unserer geistigen Kultur und gleichzeitig Ursprung neuer Technik und zukunftssicherer Arbeitsplätze. Unser Land kann auf eine Leistungselite nicht verzichten.«

Fertig. Aus. Alles zur Bildungspolitik. Nicht nur im Umfang bemerkenswert, sondern auch in Stil und begrifflicher Klarheit: »Wissenschaft und Forschung«, und zwar als »Ursprung von Technik«. Man vergleiche das etwa mit der Erklärung Willy Brandts von 1969. Doch ist der Text auch noch so klein, es paßt das Wort Elite rein. Leistungselite sogar. Sollte man nicht besser sagen: Erfolgselite? Oder: Stilelite? Oder vielleicht: Funktionsqualifikation? Wie auch immer. Elite heißt Auslese. Und auslesen wollen sie.

Unser Berliner Wissenschaftssenator gebraucht dabei öfter das Bild vom Etagenhaus. Es ist eben immer die Frage, wie man den Filter macht. Für CDU-Politiker wird das Elitekonzept im wesentlichen durch zwei Indikatoren ausgewiesen, nämlich durch Beziehungen zur »Wirtschaft« und die positive Bewertung von ohnehin schon bestehenden sozialen Privilegien, die man als junger Mensch durch Geburt erwerben muß. Die Beziehungen zur »Wirtschaft« erscheinen nicht nur in Kohls Regierungserklärung. Sie werden hier in Berlin zum Beispiel dadurch hergestellt, daß Herr Senator Kewenig ein Forschungsprojekt von vierzig Millionen Mark in der Firma Schering ansiedelt, während in den Hochschulen, besonders in der von ihm gar nicht geliebten Freien Universität, Hunderte von offenen Stellen nicht besetzt werden, weil die Haushaltslage so schlecht ist. »Mein Vater hat mich nicht geliebt«, schrieb der Fürst von Ligne in seinen Memoiren. »Ich habe das nie verstanden, denn wir haben uns kaum gekannt.« Und die positive Sanktion sozial Privilegierter wird auf Bundesebene durch ein besonders empfindsames Fallbeispiel dargetan: BAFöG-Veränderungen, gekoppelt mit der Idee von Studiengebühren.

Die BAFöG-Veränderungen erscheinen als Vorschlag schon im berühmten Lambsdorff-Papier. Im Dezember wurden sie vom Bundestag beschlossen, im »Gesetz zur Wiederbelebung der Wirtschaft und Beschäftigung und zur Entlastung des Bundeshaushalts«. Das Schüler-BAFöG wird gestrichen bzw. nur noch gezahlt, wenn der Schüler von der Wohnung seiner Eltern aus eine entsprechende Schule nicht mehr erreichen kann. Das Studenten-BAFöG ist auf Darlehen umgestellt, mit Wirkung vom Wintersemester 1983/84 an. Den Vorschlag der Wiedereinführung von Studiengebühren machte Anfang Oktober der Bund Freiheit der Wissenschaft. Die Bundesministerin für Bildung und Wissenschaft, Frau Wilms, griff ihn im November auf. Auch Herr Senator Kewenig wollte nicht zurückstehen und ließ zwei Tage später eine Presseerklärung herausgeben. Und im Dezember kam von der FDP der erste klare Vorschlag. 500 Mark pro Semester soll jeder Student zahlen, damit Wissenschaft und Forschung in Freiheit sich entfalten können. Denn Freiheit bedeutet, richtig verstanden, immer Selbstverantwortung. Und was sind für eine Leistungselite schon tausend Mark im Jahr?

Interessant sind die Begründungen. Zuerst kommt meistens das Finanzargument. So die Bundesministerin am 19. Oktober 1982 vor dem Bundestagsausschuß für Bildung und Wissenschaft:

»Im Bildungsbereich trifft dies ganz besonders die Ausbildungsförderung. Diese geplanten Kürzungen haben erhebliche Kritik hervorgerufen. Ich habe Verständnis dafür, aber die Bundesregierung sieht angesichts der wirtschaftlichen und finanziellen Sachzwänge keine anderen Möglichkeiten.«

So? Aber eine Entlastung ergibt sich ja nur beim Schüler-BAFöG. Das wird tatsächlich nicht mehr gezahlt. Das Studenten-BAFöG bleibt in voller Höhe eine Belastung für den Bundeshaushalt. Erst in einigen Jahren werden Rückzahlungen fällig. Einzige Einsparung hier: die mögliche Abschreckungswirkung für neue Studienanfänger, die ihr späteres berufliches Leben nicht mit 40 000 Mark Schulden beginnen wollen. Also nehmen wir das Schüler-BAFöG. Wie hoch ist die Einsparung für den Bundeshaushalt? Das ergibt sich aus der Begründung zum Gesetz. 200 Millionen Mark für 1983. Und was kündigt Frau Wilms auf ihrer ersten Pressekonferenz Anfang November in Bonn an? Sie will »neue Akzente setzen«, zum Beispiel dadurch, daß im nächsten Jahr die Bundesmittel für den Hochschulbau gegenüber den Plänen der alten Regierung um 200 Millionen Mark erhöht werden sollen. Ein Teil davon soll der Forschung – durch die Beschaffung von Großgeräten – zugute kommen. In Freiheit.

Die Finanzen sind es also nicht. Das weiß auch Frau Wilms. Am 4. Oktober, bei der Amtsübergabe im Ministerium, hat sie nämlich bedauert, daß die Diskussion nur unter dem finanziellen Gesichtspunkt geführt werde. Die Struktur des BAFöG müsse gerade unter »gesellschafts- und ordnungspolitischen Gesichtspunkten neu durchdacht werden«. Und am 18. November auf der Kultusministerkonferenz in Berlin: »Die Maßnahmen müssen außerdem im Zusammenhang mit familienpolitischen Entscheidungen gesehen werden.« Und noch etwas genauer schon Anfang November auf einer Bildungskonferenz der Deutschen Angestelltengewerkschaft in Nürnberg: Das schulisch organisierte Lernen habe in den letzten Jahren zu sehr im Mittelpunkt gestanden. Von gleicher Bedeutung sei das Lernen in der Familie. Verstanden? Verstanden.

Die Kinder sollen wieder familienabhängig gemacht, Arbeiterkinder wieder Arbeiter werden. Wir brauchen nicht so viele Abiturienten. Und wir haben zu viele Studenten. Warum zu viele? Die Antwort der CDU lautet heute: die »Begabungsreserven« sind eben nicht so hoch. Sie liegen nicht bei 20 Prozent oder darüber, sondern weit darunter. Die Begabung. Zum Beispiel für die Formulierung von Regierungserklärungen. Spaß beiseite. Das mit der Begabung ist ihre feste Überzeugung. So sind eben 85 Prozent der Arbeiterkinder nicht so begabt wie 85 Prozent der Kinder von Akademikern. Und deshalb braucht man auch nichts zu tun, um das zu ändern. Aber wie

erklärt sich dann die gemeinsame Initiative von 1977 gegen den Numerus clausus?
Ja, die Zeiten haben sich eben geändert. Damals, 1977, sah es ökonomisch noch anders aus, also auch bildungsökonomisch, denn Eliten haben immer etwas mit Wirtschaft zu tun. Damals drängten noch die geburtenstarken Jahrgänge auf den Arbeitsmarkt, die jetzt auslaufen. Das heißt, die letzten der geburtenstarken Jahrgänge kommen jetzt von der Schule in den »berufsbildenden Bereich«. Der Pillenknick der sechziger Jahre wird schon im übernächsten Jahr den Mangel an Lehrstellen beseitigen. Die starken Jahrgänge haben 1982/83 ihr Maximum im berufsbildenden Bereich. Dann wird es wieder besser. Und wenn es wieder besser wird, braucht man die Abiturienten nicht mehr in die Universitäten zu schleusen, um den Arbeitsmarkt zu entlasten. Das würde sie nur unnötig aufblähen. Denn für die nächsten drei bis vier Jahre drohen hier noch geburtenstarke Jahrgänge, weil die Abiturienten länger auf der Schule bleiben. Bei ihnen will man nun einsetzen. Ein guter Teil soll die Schule vorher verlassen, vom Studium abgelenkt und in den berufsbildenden Bereich gedrängt werden. Deshalb kein Schüler-BAFöG mehr und die Umstellung beim Studenten-BAFöG. Arbeiterkinder können wieder Arbeiter, Facharbeiterkinder wieder Facharbeiter werden. Die »Öffnung der Universitäten« kann man endlich wieder rückgängig machen. Im Namen der Freiheit. Und nun noch einmal Bundeskanzler Kohl mit seiner Regierungserklärung zur Bildungspolitik:

»Meine Damen und Herren, wir wollen eine Gesellschaft, in der sich Wissenschaft und Forschung in Freiheit entfalten können. Sie sind in einer großen Tradition Teil unserer geistigen Kultur und gleichzeitig Ursprung neuer Technik und zukunftssicherer Arbeitsplätze. Unser Land kann auf eine Leistungselite nicht verzichten.«

Und, muß man ergänzen, meine Damen und Herren, diese große Tradition, und gleichzeitig Ursprung neuer Technik, wurde begründet ohne BAFöG. Und mit Studiengebühren, die nämlich erst zu Beginn der sechziger Jahre dieses Jahrhunderts abgeschafft worden sind.

## IV

Die Ordinarienuniversität endete in Kopflosigkeit. Sie hatte keine Theorie mehr von Wissenschaft und ihrer Funktion in der Gesellschaft. Die Studenten jedenfalls konnten darüber in der Öffentlichkeit besser diskutieren. Aber die Reform? Außer Quantitäten nichts gewesen? Wo bleibt das Positive? Mag sein, daß mit der CDU Staat zu machen ist. Aber gewiß keine Bildungs- und Hochschulpolitik, die diesen Namen verdiente. Wir sind skeptisch, ob sich irgendein Träger habhafter Reform finden werde. Dennoch wollen wir wenigstens einige Markierungen des Weges versuchen, den

Bildungs- und Hochschulreform gehen müßten, sollten sie auch nur einem liberalen Begriff der Demokratie einigermaßen genügen.
Zunächst, wir müssen Abschied nehmen von der Gigantomanie der Bildungsreform. Die Bildungsökonomie hat versagt, weil sie annahm, diese Expansion sei aus ökonomischen Gründen notwendig. Als sich diese Annahme nicht mehr halten ließ, brach der Stützpfeiler dieser modernistischen Reform zusammen. Man baute aus, ohne genügend umzubauen. Gesamtschulen und Gesamthochschulen wurden wie Trabantenstädte geplant. Hinterher wunderten sich ihre Architekten, daß die Menschen in den sozial lichtlos konzipierten Häusern verkommen. Kurzum: Wer heute auszieht, das Reformieren zu lernen, der muß zu den Anfängen der Studentenbewegung zurück, ja zurück zu der Berliner Reform am Anfang des 19. Jahrhunderts, und versuchen, radikal neu anzusetzen. Und das heißt in erster Linie Dezentralisierung. Denn nur so läßt sich ein hohes Maß institutioneller Autonomie erhalten. Das gilt auch für die Schulen, die diesen Schutz überhaupt noch nicht genießen. Der erschreckende Ausbau staatlicher Eingriffsmöglichkeiten muß wieder rückgängig gemacht, aufgeblasene Kultus- und Bildungsministerien müssen wieder kleine Kontrollbehörden werden. Autonomie hat nicht nur den Sinn, Eingriffe von außen abzuwehren. Autonomie heißt Selbstgestaltung, und das müßte in Zukunft wieder heißen: Zusammenarbeit, die anders gar nicht möglich ist und langsam gelernt werden muß, in Forschung und Lehre, gegen die Interessen persönlich privilegierter Professoren, deren Privilegien nur als Chance dienen, den Beruf wohlbehütet zu verfehlen.
Gefährlich ist, mit der List der Vernunft zu argumentieren. Dennoch ließe sich die Arbeitslosigkeit der nächsten Jahre als bildungspolitische Chance begreifen. Ein großer Teil der Reformpolitik bestand darin, Bildungssystem und Beschäftigungsbereich, Ausbildung und Berufspraxis mit dem Richtwort der »sozialen Relevanz« aufeinander zu zu bewegen. Das ist gescheitert. Der berufliche Bereich erwies sich als starr, der bildungspolitische Hebel war zu schwach. Es sind eben, in einer liberalen Wirtschaftsgesellschaft, zwei getrennte und verschiedene Bereiche, die sich nur schwer harmonisieren lassen. Wenn es überhaupt zu einer Annäherung von Ausbildung und Beruf gekommen ist, dann meistens im Sinne einer nivellierenden Angleichung der Ausbildung an die konventionellen Anforderungen der Berufe.
Die Ausbildung ist also von der Berufsfixierung zu lösen. Bildung ist Bürgerrecht. Wenn das Gerede von der Komplexität der Verhältnisse auch nur halbwegs zutrifft, wenn das technisch fabrizierte Informations- und Kommunikationssystem zur dominierenden Größe der Gesellschaft wird, dann gilt diese Forderung im wörtlichen Sinn. Nicht weil Bildung privilegiert, zum Bildungsbürger. Sondern weil man ohne entsprechende Ausbildung

den neuen Herrschaftsformen hoffnungslos ausgeliefert ist. Deshalb ist Bildung demokratisches Bürgerrecht für alle. Überlebensnotwendig. Sie muß scheitern, wenn nur auf die beruflichen Abnehmer gestarrt wird. Also erfordert eine solche Bildung auch die Erneuerung dessen, was in früheren Reformphasen als »Studium Generale« oder »Allgemeinbildung« eingerichtet worden ist. Aus den Fehlern dieser Reformen muß man allerdings lernen. Damals wurde das Allgemeine an den Anfang gesetzt. Dann kam das Studium des Besonderen. Mit anderen Worten: Nach einem oder zwei Semestern begann das Fachstudium. Und alles andere war vergessen. Umgekehrt ist zu verfahren, »konzentrisch«, wie Hermann Heimpel die Erfahrung dieses Scheiterns positiv übersetzte, nämlich vom Besonderen zum Allgemeinen. Von den Besonderheiten des Fachs ausgehend sind die Kreise zu ziehen, die sich dann ausweiten sollen, wie um den Stein, den man ins Wasser wirft. Einbeziehung des Allgemeinen in das Fachstudium, nicht Ausverlagerung in ein Philosophicum oder eine unverbindliche »Märchenklausur«, wie sie bei Juristen geübt wurde.

Daraus ergibt sich noch ein anderes. Bildung und Beruf müssen zwar in bedachter Distanz voneinander stattfinden. Sie können aber auch in neuer Form miteinander verbunden werden. Während der Reformphase spielte das Konzept des »Lebenslangen Lernens« eine wichtige Rolle. Gefährlich daran und ökonomistisch verengt war die Vorstellung, man müsse seine einmal erworbenen Qualifikationen fortlaufend abwerfen und durch frische Bildungshäute ersetzen. Als bedürfe es nicht eines Bleigewichts bleibender Erfahrungen. Statt dessen sollte jeder als flexibles und mobiles Stehaufmännchen mit beliebiger Füllung einsetzbar sein. Mobilität und Flexibilität im Sinne sozialer – besser wohl: asozialer – Werte als solcher. Richtig an diesem Konzept war, daß viele Berufe nicht mehr zureichend ausgefüllt werden können, wenn sie im Konventionellen erstarren, und wenn man den Berufstätigen nicht von Zeit zu Zeit die Möglichkeit gibt, sich zu erneuern, aufzufrischen, aufzuladen. Und das heißt in erster Linie: auf der Grundlage ihrer speziellen beruflichen Erfahrungen ins Allgemeine auszugreifen. Es bietet sich eine individuell und gesellschaftlich sinnvolle Mixtur an, die auch arbeitsmarktpolitischen Sinn macht. Von gesundheitlichen Erwägungen ganz zu schweigen. Im Rhythmus von wenigen Jahren sollte eine Berufsphase durch eine nicht beruflich dominierte Phase der Ausbildung abgelöst werden. Eine solche Verflechtung in Phasen würde auch die Institutionen der Bildung in unerhörter Weise herausfordern. Nun erhielten sie in der Tat praktische Relevanz, ohne ihren theoretischen Anspruch aufgeben zu müssen. Richtig verstanden, würden sie ihm jetzt erst in Form und Inhalt gerecht werden.

Soweit die Bildungsreform von der Studenten-, Schüler- und – auch das gab es einmal – Lehrlingsbewegung getragen war, drängte sie auf Demokratisie-

rung. Zu Recht. Ihre zarten Ansätze wurden inkonsequent verwirklicht, und bis heute bilden sie die Klagemauer aller Professoren und Bildungspolitiker, denen die eigene privilegierte Bequemlichkeit zur ratio veritatis wird. Die Demokratisierung des Bildungsbereichs ging nicht weit genug. In den Schulen drang sie ohnehin kaum durch. In ihrer Handhabung wurden Fehler gemacht, ganz abgesehen davon, daß sie von Anfang an professoral und bald auch parlamentarisch-ministeriell sabotiert wurde. Die Größenordnungen sind nicht beachtet worden. Das Augenmaß fehlte. Mitbestimmung verödete zur Vielsitzerei. Eine Gesäßschwielenhochschule entwickelte sich, mit professionellen Universitätspolitikastern, die nichts anderes zu tun hatten. Wegen des unbedachten Wachstums war Kommunikation schließlich nicht mehr demokratisch, sondern nur noch bürokratisch herzustellen. Kleine Einheiten hätten gebildet werden müssen. Müssen also noch gebildet werden. Statt dessen wurde alles immer größer.

Die Studienreform muß noch geleistet werden. Auch die Staatskommissionen des Hochschulrahmengesetzes haben versagt. Kein Wunder. Und so werden heute noch Hunderttausende Studenten entweder kopflos in einem Lehrkanon getrimmt – in der Medizin zum Beispiel, in der Rechtswissenschaft und Ökonomie – oder müssen sich die Einheit des Studiums selber schaffen, wie in den Geisteswissenschaften. Überall überschattet, ja definiert die Prüfungsordnung das Studium. Statt umgekehrt. Und so fallen nicht nur Lehre und Prüfung, sondern auch Studium und Leben, Theorie und Praxis, memorierender Verstand und eigene Vernunft auseinander. Der Konventionalismus der Fächer bleibt Trumpf. Für Änderungsvorschläge ist hier nicht der Ort. Sie müssen nicht nur die Inhalte, sondern besonders die Formen und die Organisation des Lernens bedenken. Das hat für jedes Fach gesondert zu geschehen. Hier war nur noch einmal der Finger auf die Wunde zu legen. Denn hier sind wir bei Grund und Abgrund der zweiten Bildungskatastrophe, die zur nächsten Reform führen muß.

Die zweite Bildungskatastrophe, die wir hier anzeigen, ist schlimmer als die erste. Gerade in der vermeintlichen Rückkehr zu gültigen Konventionen, die der runderneuerte CDU-Staat verheißt, kommt die Kluft zwischen herrschaftlich formulierten Zielen einerseits und gesellschaftlich-demokratischen Anforderungen andererseits noch stärker zum Ausdruck als zur Zeit der ersten. Es ist in der Tat nichts zu sehen, was diese Kluft schließen könnte. So bleibt zunächst nur die Erinnerung an unabgegoltene Ziele der Studentenbewegung und die Feststellung, daß die Aufgabe einer demokratischen Bildungsreform weiter auf der Tagesordnung steht. Sie ist schwieriger geworden. Und notwendiger als vorher. Denn die Wüste wächst.

Broschiert. DM 12,80

Aus der Geborgenheit der dörflichen Gemeinschaft fällt Maria Magnone in eine Großstadt des europäischen Westens, in eine Gesellschaft, in der Einwanderer nicht erwünscht und nur als Arbeitskraft geduldet sind. Die ganz andere Welt läßt Maria, die Auswanderin, aber auch an Verhaltensweisen und Moralbegriffen zweifeln, mit denen sie aufgewachsen ist. Allmählich büßt ein Sprichwort, das sie von zu Hause mitgebracht hat, Glanz und Weisheit ein:

„Das höchste Gut eines Mädchens ist seine Schönheit,
das höchste Gut einer Frau ist ihr Schweigen."

Der Fotoroman nach dem mehrfach preisgekrönten Film von Gertrud Pinkus ist zweisprachig: deutsch und italienisch.

Leinen. DM 38,–

Der Weltzustand war schon zu Zeiten gefährlich, als Irmtraud Morgner ihre Trobadora Beatriz ein erstes Mal wiederaufserstehen ließ. Jetzt ist er lebensgefährlich. Kein Wunder also, daß es die Trobadora, die 1973 bei einem Fenstersturz in Ost-Berlin ums Leben gekommen war, aus ihrem Grabe wieder heraustreibt. Sie auferstehen als Sirene, mit Vogelkörper und dem Antlitz der Beatriz de Dia. Denn nur sirenischer Gesang hat bei so desolatem Weltzustand noch eine Chance gehört zu werden.

Luchterhand

# Günter Gaus
# Schöner ist der Friede nicht zu haben
# Zur Außen- und Deutschlandpolitik

Eine Rede von 1981 und ein Nachtrag von 1983

## I

7. November 1981

Ich will mich bemühen, von vier Punkten aus erkennbar zu machen, was nach meinem Verständnis unsere Lage bestimmt: im geteilten Deutschland und als Westdeutsche in einem Bündnis, das derzeit in seiner Grundlage angezweifelt wird. Die vier Punkte sind:

– Afghanistan, vor allem, um über den Zustand der NATO, ihre veränderten inneren und äußeren Gegebenheiten zu sprechen;

– Polen, vor allem, um zu der Grundfrage zu gelangen, die sich für Europas gefährlichste Jahre seit 1939, in denen wir leben, heute stellt;

– der politisch-psychologische Charakter der USA unter Präsident Reagan, vor allem, um die Chancen für einen den politischen Umständen angemessenen Kompromiß zwischen der westlichen Vormacht und ihren europäischen Verbündeten auszuloten, der tiefer gründet als die glatten Formulierungen eines NATO-Kommuniqués nach der Herbsttagung der Außen- und Verteidigungsminister; und schließlich

– bestimmte Aspekte der politischen Vorstellungswelt, wie sie in der Bundesrepublik Deutschland teils schon lange vorherrschen, teils derzeit ins Bewußtsein drängen, vor allem, um die Klärung der nationalen Frage und der deutschen Möglichkeiten unter den Bedingungen der staatlichen Teilung fördern zu helfen.

Selbstverständlich sind die Erkenntnisse, die sich aus den einzelnen Punkten ergeben, nur die Bestandteile der einen und selben Sache: der gegenwärtigen Krise, die uns bis zur Gefahr eines Krieges hin droht. Ein deutsches Auge wird einige durchgehende Linien wahrnehmen, die von weither kommen. Meine Analyse ist von Pessimismus durchsäuert. Es werden viele – vernunftbestimmte, illusionslose, vorurteilsfreie – Anstrengungen gebündelt werden müssen, damit Anlaß zu mehr Hoffnung ist als der, die europäische Vorkriegszeit möge wenigstens möglichst lange dauern.

Die Analyse gründet sich auf die Einsicht, daß die Nachrüstungsdebatte inhaltlich zu spät angesetzt hat. Wir diskutieren minimale oder maximale Rüstungspositionen, bevor wir die politische Beschaffenheit unseres eigenen Lagers und die daraus resultierenden, partiell durchaus unterschiedli-



Goethe Institut e.V. Bibliothek

chen Absichten in bezug auf die Rüstungspositionen geklärt und so gut wie möglich aufeinander abgestimmt haben. Wir tun so, als sei die NATO ein monolithischer Block, was sie vielleicht einmal (bis de Gaulle kam) gewesen ist. Heute jedenfalls ist sie es von Washington bis Athen, von Den Haag bis in den Bonner Hofgarten hinein nicht mehr. Jedermann kann das sehen; aber wir tun weiterhin so als ob: als ob z. B. noch eine seit 1949 unverändert gebliebene Interessengleichheit und auch gleichgerichtete politisch-psychologische Mentalität aller Partner vorgegeben sei, gegen die lediglich einige irrende oder fremdbestimmte Gruppen aufmucken.

Nichts gefährdet die NATO mehr als diese Als-ob-Haltung, dank der über Raketendislozierungen oder keine Raketendislozierungen zu Lande oder zu Wasser diskutiert wird, bevor über die NATO gesprochen wurde – zum Zwecke ihrer Erhaltung, wohlgemerkt. Diese Selbstgefährdung folgt aus dem Routinedenken in den Amtsstuben, das die Völker der NATO mit dem NATO-Ministerrat gleichsetzt. Das aber geht nicht mehr. Die öffentlichen Debatten am Anfang des Problems zu beginnen und nicht an der Wegstrecke, die der Doppelbeschluß des Ministerrats markiert, das nenne ich die notwendige Repolitisierung der gestellten Aufgabe.

Afghanistan – gemeint ist der sowjetische Einmarsch in jenes Land – war, mindestens vorläufig, ein Positionsgewinn der sowjetischen Weltmacht gegenüber der nordamerikanischen Weltmacht in einem wichtiger gewordenen Teil Asiens. Das war schlecht für den Westen. Aber für die NATO, also für die Regierungen und ihre amtlichen Stimmungsmacher, für offizielle und offiziöse Verlautbarer, war Afghanistan wie ein linder Sommerregen nach langer Dürre. Rotarmisten in Kabul: Das war ein Vorgang, den man nicht nur politisch, sondern auch moralisch kommentieren konnte.

Ganz offenkundig meinten viele westliche Politiker, daß sich damit ein Aufschub gewinnen ließe für die Lösung des höchst schwierigen Problems, wie die NATO als ein europäisches Regionalbündnis teils einzubeziehen sei in die überregionale Interessenwahrung ihrer amerikanischen Vormacht, und teils daraus ausgespart werden könnte – oder auch müßte. Diese Frage, die sich nun noch einmal – aber nur vorübergehend – mit moralischer Entrüstung wegen Afghanistan zudecken ließ, hat es in den ersten zwei Jahrzehnten des Atlantikpakts praktisch nicht gegeben. Denn zu jener Zeit hatte sich die Sowjetunion zwar auch einen atomaren Knüppel vom Baum des Lebens gebrochen, aber sie war international im Vergleich zur Seemacht USA noch immer zweitrangig. Das ist heute nicht mehr so. Die Stärke der sowjetischen Flotte beweist es.

Ich unterstelle niemandem, über Afghanistan bewußt zu heucheln. Aber ich behaupte doch, daß absichtlich wie unabsichtlich die dortige sowjetische Intervention vom Westen dazu benutzt wurde, die heutige Grundfrage der NATO – also die Teilbarkeit oder Unteilbarkeit der legitimen europäischen

Regionalinteressen von den legitimen überregionalen der USA – in ein moralisches Problem umzubiegen. Einige westliche Politiker und Publizisten, vor allem bei uns, gingen freilich darüber hinaus: für sie gibt es die Frage nicht. Sie stehen mit ihrer Haltung des undifferenzierten Zusammengehens mit den Vereinigten Staaten in der vordersten Front eines sich derzeit mindestens in den USA schnell wiederbelebenden, weltumspannenden Ideologie-Kreuzzuges.

Natürlich haben die westeuropäischen Staaten lebenswichtige Interessen auch außerhalb unseres Kontinents und müssen auf deren zweckmäßigste Sicherung bedacht sein; zum Teil sind sie mit den amerikanischen identisch; und vernünftigerweise sind die dabei auftauchenden Fragen von den Westeuropäern mit den USA abzustimmen. Aber der moralische Beigeschmack mancher unserer Afghanistan-Reaktionen hatte damit wenig zu tun. Er läßt sich nur erklären entweder aus der Illusion, asiatische Anlässe schlössen die NATO noch einmal so fugenlos zusammen wie einst die europäischen Gründe, die Moskau im NATO-Gründungsjahr 1949 mit der Sowjetisierung der Tschechoslowakei gesetzt hatte; oder der Beigeschmack erklärt sich aus der Kreuzzugs-Mentalität: schlagt die Kommunisten, wo ihr sie trefft – und zwar nicht wegen etwaiger politischer Notwendigkeiten, sondern aus moralischer Überlegenheit. Das eine eine trügerische Hoffnung, das andere ein Kreuzzug; beides geeignet, die NATO zu zerstören und uns mit ihr.

Als Teil dieser Art westlicher Reaktion auf den sowjetischen Einmarsch in das mittelasiatische Land wurde von Amts wegen die Behauptung popularisiert, die Entspannung auf der Welt sei unteilbar. Wir alle hier sind der lebende Beweis dafür, daß dieser stramme Satz falsch ist. Europa hat nun schon jahrzehntelang unter dem Segen einer relativen Entspannung gelebt, indes in anderen Teilen der Welt höchste Spannungen herrschten, die sich immer wieder auch in Kriegen mit direkter oder indirekter Beteiligung der Weltmächte entluden. Was soll also eine so offenkundig falsche Behauptung, von der man inständig hoffen muß, daß sie niemals wahr wird?

Soweit der falsche Satz nicht zum propagandistischen Kreuzzugsarsenal gehört, entspringt er wohl dem noch nicht überwundenen Unbehagen an der Tatsache, daß die Sowjetunion heute insoweit die Gleichrangigkeit mit unserem großen Bruder erreicht hat, als sie stark genug ist, auf Grauzonen zwischen den Einflußgebieten der Weltmächte direkt und öffentlich ihre Hand zu legen. Es mag wohl sein, daß sie in Afghanistan scheitert, wie einst die andere Weltmacht in Vietnam; aber zum Versuch reicht es allemal. Gegenüber diesem unbehaglichen Faktum wirkt es wie Pfeifen im dunklen Wald, wenn man hilflos-trotzig verkündet, die Entspannung sei unteilbar, und wenn die Sowjetunion sich verhalte, wie sie es in Afghanistan getan hat, dann werde eben die Entspannung überall abgeschaltet. Dies kann jedenfalls

nicht im europäischen Interesse liegen. Die Amerikaner würden sich irren, wenn sie wirklich meinen sollten, es läge in ihrem.
Die Sowjets, man könnte auch sagen: die Russen, denn mit Ideologie hat es wenig zu schaffen, haben sich in der afghanischen Grauzone verhalten wie das, was sie sind: als eine Weltmacht ersten Ranges. Jede Weltmacht, also auch die andere, unsere, wird sich unter entsprechenden Umständen ähnlich verhalten; der Nahe Osten könnte als Beispiel dienen. Warum spreche ich dies alles aus? Weil des Kaisers neue Kleider uns nicht wärmen können. Ich sage es nicht, um den sowjetischen Einfall in Afghanistan zu rechtfertigen; ich bin gegen die Moskauer Intervention: Wir müssen politisch darauf reagieren. Ich sage es nicht, weil ich moralisch einverstanden bin mit einer wertneutralen Machtpolitik, die nur eine notfalls auch brutale Interessenbefriedigung als Maßstab kennt. Ich bin damit nicht einverstanden. Es waren zuerst Sozialdemokraten, die moralische Kategorien in die internationale Politik einzuführen sich gemüht haben, und sie werden dies weiter tun. Gallebitter kann es einem aufstoßen, wenn man hört, wie die Entrüstung wegen Afghanistan besonders vollmundig jenen Kräften gerät, die sonst für moralische Positionen in der Politik, zum Beispiel für Pazifismus, bestenfalls Hohn und Spott übrig haben.
Die Entspannung muß zwar teilbar bleiben, wenn wir sie auf der ganzen Welt nicht haben können; aber unsere eigene Moral hat unteilbar zu sein. Aber das gläubige oder zynische Einführen moralisch wertender Faktoren in die Politik der Weltmächte auch da, wo sie sich wenig oder gar nicht unterscheiden, verstärkt nicht die moralischen Bremsen im weltmächtigen Handeln. Bismarck hat das gewußt. Es macht uns nur anfällig für totalitäre Standpunkte, die es auch bei uns gibt, und mindert damit den Vorzug unseres Systems, der dessen wahre Stärke ist: eine Sache ohne Angst vor einem ideologischen Sündenfall zu Ende denken zu können.
Und so gelangen wir über Kabul zu den beiden ersten Schlußfolgerungen, wie ich sie aus der gegebenen Lage ziehe:
Erste Schlußfolgerung: Wir müssen unsere Politik vorbehaltlos auf die Einsicht stützen, daß die Sowjetunion eine gleichberechtigte Weltmacht neben den Vereinigten Staaten von Amerika ist. Zwar wird auf westlicher Seite hervorgehoben, Moskau habe auf dem möglichen europäischen Schlachtfeld ein Übergewicht, sei also mehr als nur gleichrangig. Aber bestimmender für das westliche Denken ist ganz offenkundig noch immer, sich nicht einstellen zu können auf die – lästige und auch gefährliche – Tatsache, daß die Sowjets heute sich fast überall auf der Welt in den unbestimmten Einflußzonen politisch-militärisch so verhalten können, wie die Nordamerikaner in den vergangenen Jahren es getan haben oder hätten tun können. Wie sollte uns diese Einsicht leichtfallen? Was war Rußland und später die Sowjetunion, als in westlichen Ländern manche Schulkinder mit der Anekdote von dem

britischen Admiral aufwuchsen, der bei einer strittigen Einflußfrage vor einer unterentwickelten Insel in einem Weltmeer einen Eimer Wasser an Bord hieven ließ, seinen Finger hineinsteckte, ihn ableckte und sagte: salzig, also britisches Einflußgebiet?
Auch die Russen stecken heute ihre Finger in das Salzwasser. Ihre materielle Armseligkeit im Innern ändert daran nichts. Die eine Weltmacht kann einmal da und einmal dort einen Ia-Platz einnehmen, indes die andere nur die Ib-Position besetzt; und das kann sich dann immer auch einmal regional umdrehen. Aber schon der Verweis auf einen Rang, der nur IIa wäre, würde die ohnehin stets gegebene Konfliktgefahr erheblich, vielleicht entscheidend verstärken. Die Lage drängt immer wieder zu kriegerischen Entladungen hin, zu Stellvertreter-Kriegen mit einem größer werdenden, kaum noch verhüllten Anteil direkter Konfrontation der Großen. Dagegen sind wenig Kräuter gewachsen. Keine Garantie, aber eine Chance liegt in der tapferen Einsicht, daß die Sowjetunion nicht nur eine erstrangige Weltmacht ist, sondern auch einen Anspruch auf eine entsprechende Berücksichtigung ihrer Interessen hat. Jede andere Einstellung führt früher oder später zum Krieg auch in Europa.
Eine solche politische Haltung ist nicht populär. Eigentlich müßte sie es sein, da doch so oft davon gesprochen wird, es werde nicht mehr als das Gleichgewicht angestrebt. Die meisten Politiker haben wohl auch nur diese Absicht. Aber hat ihr Bewußtsein davon, welche Konsequenzen das im Urteilen, Reden und Handeln haben muß, mit der bescheidenen Absicht Schritt gehalten oder hinkt es hinterher? Man muß auch auf die Untertöne lauschen, wenn der oder jener bei uns beispielsweise über die Rote Flotte tremoliert. Sozialdemokratische Aufklärungsarbeit, die hilft, Scheuklappen abzulegen, kann die notwendige politische Haltung populärer machen. Aber es würde nicht sozialdemokratischer Tradition entsprechen, wenn ein gesichert hohes Maß an Popularität die Voraussetzung wäre, damit die als richtig erkannte Politik verfochten wird.
Zweite Schlußfolgerung für eine sozialdemokratische Friedenspolitik, zu der wir über den Punkt Afghanistan gelangen: Entgegen der landläufig gewordenen Unteilbarkeits-Behauptung haben wir unsere Politik dahin zu betreiben, daß die Entspannung auf der Welt teilbar bleiben kann wie bisher. Diese Forderung entspringt weder europäischer Egozentrik noch einem Egoismus, der das Schicksal der Völker dahinten in der Walachei gering achtet. Sie läßt auch nicht unberücksichtigt, daß über Fontanes Stechlin-See der Hahn kräht, wenn in der Südsee der Krakatau-Vulkan spuckt; natürlich haben heute politische Vorgänge oberhalb einer bestimmten Reizschwelle irgendwo auf der Welt auch Folgen anderswo. Aber die Alternative zu unserer Forderung, die Entspannung müsse teilbar bleiben, ist eben nicht eine weltweite Entspannung, sondern ungeteilte Spannung.

Das wissen wohl auch jene, die anders reden. Und die meisten von ihnen wollen ja auch gar nicht entsprechend ihrer – vorerst glücklicherweise noch falschen – Behauptung handeln. Sie klappern halt nur so, weil das sprichwörtlich zum Handwerk gehört. Man könnte ihnen die griffige Phrase von der Unteilbarkeit der Entspannung durchgehen lassen, würde man damit nicht Beihilfe leisten zu einer Vergröberung, zur Emotionalisierung und Ideologisierung der Ost-West-Politik in einer Zeit und Situation, in der diese Politik die Fähigkeit zum nuancierten Denken und Handeln braucht wie der Mensch das tägliche Brot. Das Abgleiten in eine Kreuzzugsstimmung aus antikommunistischer Gesinnung, also das Übergreifen dieser Ideologie auf die internationalen Beziehungen von unserer Seite aus kann heute im Handumdrehen sich vollziehen. Dann werden wir alle wieder im Schützengraben des mindestens sehr, sehr kalten Krieges sitzen.

Die Entspannung ist keine einseitige Vergünstigung für die Sowjetunion, die ihr strafhalber entzogen werden kann, ohne daß wir uns selbst schädigen. Der Ansatzpunkt einer sozialdemokratischen Friedenspolitik muß die unverdrossene Bereitschaft bleiben, von eingedeichten Entspannungsinseln aus Neuland für die Entspannung zu gewinnen, weil anderenfalls beide Seiten Nachteile erleiden; anstatt in Spannungsanlässen, von denen es möglicherweise demnächst noch mehr geben wird, das schon Erreichte untergehen zu lassen. Es ist nicht wahr, daß die Entscheidung darüber allein in Moskau gefällt wird. Zur Gleichrangigkeit der beiden Weltmächte gehört eben auch, daß der Westen diese Entscheidung mitbestimmt.

Polen, der zweite Punkt, von dem aus ich versuchen will, unsere Interessen zu erkennen – Polen hat nun so gut wie alle unsere Mutmaßungen über den Ablauf politischer Machtveränderungen in einem Staat des Warschauer Paktes zuschanden gemacht. Gewiß, Politikern und Publizisten ist Schritt für Schritt, bis zu Kania hin und von dem zu Jaruzelski, von Walesa vor dem letzten Kongreß von »Solidarität« bis zu ihm seither, zu alledem ist uns noch immer eine kurzatmige Erklärung eingefallen, bis sie von der nächsten ersetzt werden mußte. Aber im Grunde haben wir doch alle – jeder darf für sich die Ausnahme davon sein; ich bin es nicht – Monat für Monat wenigstens einmal gedacht: jetzt geht es nicht mehr weiter, nun ist der Punkt erreicht.

In so viel Ungewißheit lassen sich allenfalls einige wenige Grundeinsichten festhalten. Die wichtigste scheint mir zu sein: Mit dem früher gewohnten, herkömmlichen Instrumentarium zwischenstaatlicher Politik, sagen wir: bis weit in unser Jahrhundert hinein, wäre es über Polen längst zu einem Krieg gekommen. Zu groß wäre der Anreiz gewesen, ein entstandenes Vakuum auszufüllen und erst danach, nach Bodengewinn, die neue Lage zu stabilisieren. Dahin ist es trotz der derzeitigen polnischen Wirtschaft bisher nicht gekommen, und es gibt Anlaß zu der Hoffnung, daß es dazu auch nicht

kommen wird – was freilich wiederum nicht von Moskau allein, sondern auch von uns mitentschieden wird.
Die segensreichen Gründe, derentwegen es bisher nicht zum Schlimmsten gekommen ist – und von hier an können jene nicht mehr folgen, für die ein europäischer Krieg nicht das Schlimmste ist –, diese Gründe haben nichts Herzerhebendes an sich, sondern sind eher unansehnlich in ihrer Selbstbescheidung. Nicht sterben für Danzig 1980/81 mußten wir,
– weil Polen als Mitglied des Warschauer Pakts zu einer faktisch festgeschriebenen Einflußzone gehört, was jene bei uns bedenken sollten, die voreilig einer Auflösung der Blöcke in Europa das Wort reden; und
– weil bei einem kriegerischen Konflikt in Europa das Vermeiden der totalen Vernichtung beider kriegführenden Seiten nicht garantiert wäre, was alle jene wenigstens im Hinterkopf behalten sollten, deren Rüstungsprogramm, und sei es unabsichtlich, eine regionale Eindämmung des Schlagabtausches mindestens theoretisch ermöglichte.
Diese beiden Gründe waren auch entscheidend dafür, daß 1953, 1956 und 1968 kein Krieg ausbrach. Wir Deutschen, die Ungarn und die Tschechoslowaken, die wir mitten auf dem voraussichtlichen Schlachtfeld leben, haben den bitteren Geschmack dieser Daten noch im Munde: aber wir haben überlebt. Zu den beiden friedenserhaltenden Gründen von damals ist aus einem Jahrzehnt Entspannung in Europa eine stark erhöhte Interventionsschwelle für die östliche Vormacht hinzugekommen, wodurch wenigstens vorläufig Polen einen großen Freiheitsraum gewonnen hat. Ohne das vergangene Jahrzehnt befänden wir uns, auf Polen bezogen, längst wieder im Jahre 1968.
Ich werde hier nicht die zahlreichen glücklichen Folgen aufführen, die sich aus der von Sozialdemokraten entscheidend mitbestimmten Entspannung für das geteilte Deutschland und Europa ergeben haben. Was soll ein Streit mit jenen, die aus Parteienge, absichtlicher oder angeborener, einen entspannten Zustand zwischen West- und Osteuropa nur definieren können als ein geschichtsloses Phantom, das den Zweiten Weltkrieg und seine – uns und unsere Kinder überdauernden – schrecklichen Folgen nicht kennengelernt hat? Wir sollten über das Stöckchen nicht mehr springen, das uns die CDU/CSU als Gradmesser der Entspannung vorzuhalten beliebt.
Mir genügt hier die Feststellung, daß sich aus der von deutschen Sozialdemokraten führend mitgestalteten neuen Ostpolitik des Westens in gut zehn Jahren ein Interessenkapital auf beiden Seiten angesammelt hat, das auch die Sowjetunion offensichtlich nicht verlieren möchte – denn sie weiß natürlich: eine Intervention in Polen würde Europa um mehr als ein Jahrzehnt zurückwerfen. Überwiegend aus Motiven, die aus der Entspannung herrühren (und möge die Entspannung stark genug dafür bleiben), hat Moskau bislang auf ein direktes Eingreifen bei seinem verbündeten polnischen Nachbarn

verzichtet. Einen Kriegsanlaß können die Sowjets in einem etwaigen Einmarsch nach den Erfahrungen von zuletzt 1968 nicht sehen. Sie wissen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit: der Westen würde, wenn irgend, irgend möglich, Gewehr bei Fuß abwarten.

Dies darf man sagen, weil die Regierenden in Moskau es ohnehin wissen. Dies muß man sagen, damit im politischen Bewußtsein unserer Seite die Fakten, die Europas Überleben noch auf lange Zeit bestimmen, nicht leichtfertig eingetauscht werden gegen emotionale Selbsttäuschungen, die unvermeidlich zu einem Kollaps unserer politischen Moral führen müßten. Dann nämlich, wenn die Russen schließlich doch eingreifen sollten – und wir als die Hinterbliebenen der polnischen Hoffnungen in unseren Medien zwar schäumten, aber im übrigen – von Besuchsabsagen und Botschafterrückberufungen abgesehen – beiseite stünden. Die Alternative wäre der Krieg.

Ganz gewiß sind solche Einsichten zwar nicht zu widerlegen, aber doch ziemlich mühelos ins scheinbar Schäbige zu ziehen. Wer würde nicht gern aus vollem Halse in Freiheitslieder einstimmen? Der Herkunft und der Sache nach haben es die Sozialdemokraten doch wohl näher zur »Solidarität« als manche westdeutschen Stimmungskanonen, die heute geradezu streikbegeistert sind, wenn es ein Streik in Polen ist. Warum muß die Position der Vernunft hierzulande immer so glanzlos wirken?

Die reale Entspannungspolitik der deutschen Sozialdemokratie hat nicht die süffige Würze von schlicht antikommunistischen Manifestationen, denen freilich immer das Schlußkapitel fehlt, jener Teil, wo gesagt werden müßte, wie es enden soll, was man vorschlägt. Vielleicht kann die christlich-demokratisch-soziale Union damit Wahlen gewinnen, jedenfalls Stimmung machen, in der SPD auch manche Arbeiter gegen manche sogenannte Intellektuelle ausspielen; das alles erscheint möglich. Rationale und ehrliche Politik, die sich an Tatsachen, auch an ungeliebten, orientiert, ist es jedoch nicht. Auch emotional stark bewegte junge Leute können sich vom biederen Einmaleins der SPD nach links hin abgestoßen fühlen. Wir müssen argumentativ um sie werben, um auch mit ihrer Hilfe den Damm zu bauen gegen die Irrationalismen, denen wir Deutsche uns offensichtlich so gern hingeben, wenn es kompliziert wird. Der irrationale Schuh, dessen bin ich sicher, wird im Ernstfall wieder stärker von rechts kommen.

Ich numeriere weiter und gelange so zu meiner dritten Schlußfolgerung: wir müssen unbeirrt festhalten an dem Faktum, daß der Friede in Europa – angereichert durch eine relative Entspannung – auf unabsehbare Zeit gebunden bleibt an die vorbehaltlose Anerkennung des Status quo, der politischen Besitzverhältnisse, wie sie sind. Träume von einem schnellen Niedergang der sowjetischen Herrschaft in Osteuropa, die sich an Polen entzündeten, würden Schäume bleiben oder zu Alpträumen werden. Nur die Katastrophe

ist leichtfüßig und kann als Krieg schnell über uns kommen. So schwach ist eine Weltmacht niemals, daß sie mit einem Winseln abtreten würde, ohne andere mitzunehmen. Mindestens in dieser Frage irrt unser verbündeter Minister Weinberger.

Wir haben uns in Europa auf ein Zusammenleben mit kommunistisch regierten Staaten auf Dauer einzurichten. Dauer heißt nicht ewig; ewig wird es auch nicht die NATO geben oder den Warschauer Pakt. Aber »auf Dauer« bedeutet für jeden verantwortungsbewußt denkenden und handelnden und Stimmung im Wahlkampf produzierenden Politiker, stets eingedenk zu sein, daß es keinerlei europäische Zukunft gibt, die anknüpfen würde an die Vergangenheit eines Europa, das Kommunisten nur im Untergrund und nicht auf Amtssesseln kannte.

Die vollständige Anerkennung des Status quo in Europa begründet, ob man will oder nicht, seine allmähliche Veränderung. Kommen diese Veränderungen zu schnell, werden sie gar noch durch eine primitive antikommunistische Kreuzzugsmentalität im Westen indirekt beschleunigt, so gerät Europa in seine nächste Vorkriegszeit. Dies ist keine Absage an Veränderungen, kein Irrglaube an Stillstand. Kein europäischer Staat, im Westen wie im Osten, ist in den vergangenen zehn Jahren ohne Wandel geblieben. Aber es ist die notwendige Absage an einen westlichen Verbalradikalismus, der ein lebensgefährliches Tempo der Veränderungen und eine Art des Wandels gutheißt, die keinen Interessenausgleich mehr vorsieht, sondern auf die Niederlage der anderen Seite zielt. Westeuropa braucht zum Überleben ein stabiles Osteuropa – und umgekehrt.

Vierte Schlußfolgerung: Auch im Bewußtsein der großen, wahrscheinlich sogar unüberwindlichen Schwierigkeiten, die es geben wird, sollten die deutschen Sozialdemokraten dennoch versuchen, für und mit Polen einen gesamteuropäischen Wirtschaftsplan zu entwickeln. Die Einwände dagegen liegen auf der Hand. Dennoch lohnt der Versuch. Die Sowjetunion hat derzeit, wenn auch nicht wegen Polen, ein Interesse daran, eine gewisse Eigenständigkeit ganz Europas ins europäische Bewußtsein zu heben. Ohne sich von ihr über den Tisch ziehen zu lassen, könnte man doch versuchen, zu erkunden, ob sie und ihre Verbündeten zu einer gezielten gemeinsamen Aktivität West- und Osteuropas bereit wären, die blockübergreifend wäre, ohne die Blöcke aufzulösen. Die Sache scheitert am ersten Gramm Prestige oder Ideologie, das von der einen oder anderen Seite hineingetragen wird. Sie geht über den Horizont von Brüsseler Beamten der EG und Moskauer Funktionären des RGW hinaus. Hier sind Spitzenpolitiker gefordert, denn es wäre der eminent politische Nachweis zu führen, daß Europa mehr ist als seine Blöcke.

Die Vereinigten Staaten von Amerika – dritter Ansatzpunkt der Analyse – haben sich eine Regierung gegeben, deren innenpolitisches Programm für

Sozialdemokraten aufgrund ihrer historischen Erfahrung, ihres Einstehens für die Schwachen und Benachteiligten, abstoßend ist. Natürlich verbitten sich die Anhänger Reagans aus ehrlichem Herzen die Feststellung, ihre Steuer- und Sozialpolitik vergrößere die Not der Schwachen und Benachteiligten, anstatt sie zu mindern. Im Gegenteil, so empfinden sie es: Reagans Programm bedeute ja gerade die Rückbesinnung auf das Amerika der unbegrenzten Möglichkeiten; ich sage: bedeutet die Wiedereröffnung der riesigen Glückslotterie, die dort eine Art Verfassungsrang hat und in der für jeden ein Los ist und die wenigen Nieten ein Fingerzeig Gottes sind. Unter Ronald Reagan kann jeder, der nicht gottlos ist, wieder seines Glückes Schmied werden.

Europäer wissen, daß das nicht stimmt. Sie können zum Beispiel in amerikanischen Großstädten jene Probleme erkennen, die ganz wie die europäischen sind und also mit dem altehrwürdigen Rezept aus amerikanischen Pioniertagen, mit der Chance auf individuelle Selbstheilung, unterstützt von guter Nachbarschaft, nicht mehr gelöst werden können.

Nun könnte Reagans Versuch, sein Land nach europäischen Maßstäben unter die Ideale des mittleren 19. Jahrhunderts zu stellen, seine westeuropäischen Verbündeten einigermaßen unberührt lassen. Die Amerikaner stehen in ihren Schuhen, wir in den unseren. Aber der derzeitige amerikanische Kraftakt – ich sage es ohne Häme –, die gute alte Zeit in die Gegenwart zurückzuzwingen und zur Zukunft zu machen, basiert auf einer Geisteshaltung, die sich nicht in Innenpolitik erschöpft. Wir haben teil an dem amerikanischen Experiment; wir können, ohne jede vorsätzlich böse Absicht Washingtons, leicht ein Teil davon werden.

Die Feststellung ist keine Aufkündigung des Bündnisses mit den USA. Es ist wohl besser, wenn ich einmal meine Position in bezug auf die Thematik meiner Rede zusammenfasse: ich bin für die NATO und den Warschauer Pakt; ich bin gegen den Kommunismus und gegen die bei uns tonangebende Art des Antikommunismus. Nein, wir lassen von dem amerikanisch geführten Nordatlantikpakt nicht. Im Gegenteil: wir verweigern unsere Teilnahme an der Beschädigung des westlichen Bündnisses, wie sie von der CDU/CSU durch deren stromlinienförmige Anpassung an außenpolitische Positionen der jetzigen Washingtoner Regierung betrieben wird, die vorläufig noch mehr von einer Mentalität des Hau-den-Lukas geprägt sind als von Einsichten in die politischen Fakten der Welt.

Wer den Pakt bewahren will, muß fragen, was ein Bündnis noch taugt, wenn dessen Militärexperten einen von der Mehrheit der Völker des Bündnisses abgelehnten nächsten Rüstungsschritt durchsetzen, ohne daß vorher die gewählten Politik-Experten darüber politisch befunden haben. Und es ist doch keine Politik, kein politisches Verhalten gegenüber der gestellten Aufgabe, wenn die Politiker das Heil allein in militärisch bestimmten Abrü-

stungsgesprächen suchen, nach deren höchstwahrscheinlich unbefriedigendem Ende wiederum die Militärexperten in Uniform und auch in Zivil das letzte Wort haben. Ohne Repolitisierung, und das heißt ohne weitgehende Entmilitarisierung des Nachrüstungsproblems, steht am Ende dieses Weges nur die Vietnamisierung der NATO: die Apparate der NATO-Partner verständigen sich untereinander – hoch abgehoben, weit entfernt von den Völkern des Verteidigungspaktes.

Um die Politik wieder an den ihr gebührenden Platz oberhalb der Kapitulation vor neuen Waffensystemen, an denen übrigens auch Geld verdient wird, stellen zu können, müssen wir zunächst den Geist des alt-neuen Amerikas unter Ronald Reagan daraufhin betrachten, was dieser für Amerikas Weltanschauung, also für den Eindruck von der Welt außerhalb des großen, mächtigen, schönen, sich im Grunde selbst genügenden Halbkontinents Nordamerika bedeutet. Dann stellt man fest, daß derzeit, unter Reagans Rückbesinnung auf das Amerika von gestern, die ideologische Betrachtung der Ost-West-Beziehungen stärker von unserer, der westlichen Seite ausgeht als von der östlichen. Die ideologisch begründete Heilsgewißheit ist in der Politik des sowjetischen Blocks – seine dogmatischen Hohepriester werden es nicht gern hören – oft nur noch ein lose flatternder Mantel, der mit routiniertem Schwung über das mühselige Geschäft faktenbezogener Weltmachtpolitik geworfen wird. Im Vergleich zu diesem verschlissenen Mantel haben die USA unter Reagan und Weinberger – man möge mir das Bild verzeihen – einen funkelnagelneuen Battle Dress der moralisch überlegenen Außenpolitik angelegt. Das ist kein Thema für Karikaturisten. Es ist vielmehr, wenn ich so sagen darf, neben der etwaigen Stationierung von Pershing-Raketen das andere wichtige Thema unseres Bündnisses.

Erst in einigen Jahren werden wir uns als Verbündete der USA damit zu beschäftigen haben, was für die Welt daraus folgt, daß Reagans Ideale die Probleme Amerikas nicht haben lösen können. Auch jener künftige Katzenjammer wird seine Bedeutung haben für die internationale Politik. Gegenwärtig entfernt sich Amerika geistig von vielen seiner westeuropäischen Freunde durch die Restauration eines von Leidenserfahrungen nicht gebrochenen Glaubens an die Machbarkeit von nahezu allem. Manchen von uns gefällt das. Andere frösteln ob des wieder sichtbar werdenden Altersunterschiedes zwischen, eben, der Alten und der Neuen Welt. Ich kann mir mit keiner Faser meines Herzens, mit nicht dem leisesten Gedanken vorstellen, daß die Amerikaner, Regierung wie Volk, einen Krieg wollen. Aber zu allen Dingen, die einen Kriegsausbruch fördern können, gehört auch eine geistige und emotionale Geneigtheit zum Kriege, die mit Kriegslüsternheit nichts zu tun hat. Europa hatte diese Geneigtheit 1914; im Jahre 1939 hatte es sie nicht mehr. Sie kommt aus einem Gefühlsbündel von zweifelsfreiem Vertrauen in die eigene Sache, von Stärke, vor allem aber aus dem Eindruck, so gehe es

nun nicht mehr weiter, jetzt helfe nur noch ein befreiender Ruck, den man sich geben müsse. Kriegserfahrungen im eigenen Land wirken wachstumshemmend auf solche Geneigtheit. Für Reagans Amerika hätte Alexander Haig im Grunde doch wahr gesprochen, wenn er gesagt hätte, daß ein Krieg nicht das Schlimmste ist.

Ich werfe keinen Stein auf ihn. Daß Krieg nicht das Schlimmste ist, denken wohl auch die Chinesen und viele junge Staaten und Völker. Das Problem der NATO, das über ihren Nachrüstungsbeschluß ins allgemeinere Bewußtsein geriet, besteht ja gerade darin, daß ihre Partner grundverschieden zum Krieg eingestellt sind, im Denken und mehr noch im Empfinden. Reagan und seine Regierung verstärken diese Differenz. Sie besteht gewiß nicht in Friedensliebe auf dieser Seite des Atlantiks und Kriegslust auf der anderen. Wenn es so einfach wäre . . .

Kein NATO-Partner will den Krieg, alle wollen den Frieden. Aber es existiert, weniger bewußt als unbewußt, eine im Kern unterschiedliche Auffassung zwischen vielen Europäern und vielen Amerikanern davon, ob Krieg mit anderen Mitteln fortgesetzte Politik ist oder das Ende von allem. Wen soll der Unterschied verwundern? Die amerikanische Weltmacht hat seit 1945 Kriege geführt und wird, Gott sei es geklagt, hochwahrscheinlich weitere führen müssen. Für die Amerikaner liegt 1945 länger zurück als für die Europäer, um mindestens zwei Kriege länger.

Als der Atlantikpakt 1949 gegründet wurde, gab es diese Phasenverschiebung zwischen Europa und den USA noch nicht. Damals wurde eine sehr einfache Sache beschlossen: Wenn die Sowjets Westeuropa angreifen sollten, um ihr Einflußgebiet über Ost-Berlin und Prag hinaus auszudehnen, so würde der Westen mit seinem allerdicksten amerikanischen Knüppel zuschlagen. In diesem politischen, nicht militärstrategischen Konzept, das unseren dreißigjährigen Frieden nicht allein, aber doch entscheidend mitgeschaffen hat, ließen sich die Auffassungsunterschiede der NATO-Partner in Bezug auf Krieg noch aufheben; sie waren so bald nach dem Zweiten Weltkrieg wohl noch gar nicht vorhanden. Den ersten Sündenfall gegen die schlichte Eindeutigkeit der politisch bestimmten NATO-Strategie von 1949 haben wir begangen mit der Entwicklung der flexible response, der abgestuften Antwort auf einen etwaigen Angriff vom Osten.

Seither haben wir diesen Fehler immer weiter verfeinert, waffenmäßig. Und Abstufung um Abstufung verlor Westeuropa für Amerika seine Besonderheit vor allen anderen Teilen der Welt. Das geschah weder absichtlich, noch erstreckte es sich auf die engen gefühlsmäßigen Bindungen. Aber ob nun Breschnew recht hat und Reagan unrecht oder es umgekehrt ist in der Frage eines auf Europa begrenzten Atomkrieges: sicher ist, daß die derzeitige atlantische Verteidigungsstrategie nicht vorsieht, bei einem Angriff auf Westeuropa sogleich den kräftigsten Knüppel aus dem Sack zu holen.

Durch unseren etwaigen Austritt aus der NATO würde diese Tatsache allerdings nicht geändert.
Die fünfte Schlußfolgerung für eine sozialdemokratische Friedenspolitik ist nach meinem Verständnis diese: Parallel zu den Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau sind innerhalb der NATO Gespräche auf höchster politischer Ebene darüber zu führen, wie Westeuropa durch eine eindeutige Festlegung Washingtons erneut unter den amerikanischen Schutz der sofortigen totalen Vergeltung mit dem gröbsten Geschütz gestellt werden kann. Wir müssen zurück in die Zeit vor der Formulierung der abgestuften Antwort. Wir brauchen einen Aufstand der Politiker gegen die Obristen und anderen Militärexperten.
Es liegt auf der Hand, daß die Vereinigten Staaten von Amerika eine solche Sicherheitsgarantie für keinen Teil der Welt geben können – außer für Westeuropa. Denn auf der ganzen Welt gehören nur Westeuropa wie Osteuropa jeweils zu einer klar abgegrenzten Einflußzone der beiden Weltmächte. Hier ist nicht Afghanistan oder der Nahe Osten. Hier ist aus vielen ideellen und materiellen Gründen ein Gebiet und Gebilde, das, wenn man will, ganz und gar wie eigenes Territorium geschützt werden kann – also nicht nur wie befreundetes Vorfeld. Natürlich müßte Westeuropa in die hier vorgeschlagenen NATO-Gespräche über die Wiederherstellung eines totalen Schutzes durch die Androhung totaler Vernichtung der anderen Seite – schöner ist der Friede nicht zu haben – die Bereitschaft mitbringen, außerhalb der NATO, also ohne vertragliche Automatik, die Schutzmacht USA nach jeweils gezielter Abstimmung unter souveränen Partnern in den Grauzonen der Welt zu unterstützen. Vielleicht könnten Amerikas europäische Partner dabei sogar Erfahrungen, historische und entspannungspolitische, mit einbringen, die den derzeit gefährlichen Ideologie-Anteil an der internationalen Politik verringern würden.
Wer die Veränderung des Status quo in Europa nicht anders und schneller will, als die Anerkennung des Status quo sie auf sehr lange Sicht evolutionär bewirken kann, kann sich auf die hier verlangte, nicht abgestufte, also auf den Ursprung der NATO zurückgehende Schutzgarantie einlassen. Wir Sozialdemokraten sollten sehr aufmerksam hinhören, mit welchen Begründungen der Vorschlag, darüber politische Spitzengespräche innerhalb der NATO zu führen, möglicherweise abgetan wird, indem man ihn diffamiert, veralbert oder militärtechnisch abfertigt. Diese Begründungen werden nicht ohne Einfluß bleiben auf die Einstellung vieler Sozialdemokraten zum Nachrüstungsbeschluß.
Ganz abgesehen davon, daß es mit dem Wechselbad der unkoordinierten Gefühlslagen der amerikanischen Regierung nun endlich zu Ende gehen muß, muß es alsbald auch möglich werden, zu erkennen, wie nicht an kalifornischen Stammtischen (ähnlich wie an manchen westdeutschen) ein woh-

lig-warmer Zustand der Welt ohne Kommunisten herbeigeschwafelt wird, sondern wie vom Oval Room des Weißen Hauses in Washington aus die Welt sich ansieht: Glaubenskrieg oder kein Glaubenskrieg? Europa, obwohl eindeutig nach Ost und West geteilt, ein Pferd in einem offenen Rennen? Derzeit entscheidet über die Zukunft der NATO nichts mehr als die Glaubwürdigkeit und Berechenbarkeit Washingtons.

Die sechste sozialdemokratische Schlußfolgerung aus der gegebenen Lage ist für mich unsere Aufforderung an die Ungeduldigen im Lande, nicht jetzt die Auflösung der Blöcke in Europa und die daraus als möglich erscheinende Neutralisierung der beiden deutschen Staaten als vorrangiges Ziel anzustreben. Eine solche Forderung wäre so wenig faktengerecht wie seinerzeit Konrad Adenauers Behauptung, Bonns Westbindung werde schließlich – und gar nicht so spät – zur Eingemeindung der sowjetischen Besatzungszone in die Bundesrepublik Deutschland führen.

Die Existenz der klar abgegrenzten Blöcke in Europa ist heute die einzige Chance, eine Schutzgarantie so komplett wie möglich für die eigene Sache und damit auch für die andere zurückzugewinnen. Der europäische Status quo, die Basis unseres Friedens, verträgt keinen hastigen Wechsel; kein übernächster Schritt darf vor dem nächsten getan werden. Er würde – zu früh versucht – nicht nur in eine Sackgasse politischer Sterilität führen. Darüber hinaus würde heute auch eine Propagierung der Neutralisierung der beiden deutschen Staaten es dem NATO-Establishment erleichtern, sich der hier erhobenen Forderung zu entziehen, nicht eine weitere Differenzierung der Waffensysteme anzustreben, sondern zur glaubhaften Androhung der totalen Vergeltung zurückzukehren. Das geht nur von Block zu Block.

Möglich aber ist der westliche Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa; ohne Auflösung der Blöcke, die Europa bisher zu seinem Segen politisch kalkulierbar gemacht haben. Wenn wir zur offiziell erklärten Sicherheit der vollständigen massiven amerikanischen Vergeltung zurückkehren könnten, dann würden wir auch den politischen Handlungsraum gewinnen, um in Europa eine neue Qualität der Entspannung durch Abzug der Atomwaffen aus der Mitte des Kontinents zu entwickeln.

Ich wiederhole meine Aufforderung, die Ablehnungsgründe, die gegen eine solche Anregung vorgebracht werden, genau hin- und herzuwenden, um zu sehen, ob es sich dabei nicht doch um Teile von des Kaisers neuen Kleidern handelt.

In der Bundesrepublik Deutschland – vierter Ansatzpunkt der hier gegebenen Zustandsbeschreibung – hat sich die Mehrheit der Bürger mit der Teilung Deutschlands praktisch abgefunden. Bei vielen ist 30 Jahre nach der Gründung der beiden deutschen Staaten das Gefühl vorherrschend geworden, Deutschland sei komplett genug, wenn es nicht mehr sei als die Bun-

desrepublik. Diese Einstellung ist nicht normal; und wäre ich ein Ausländer, so würde ich die an den Tag gelegte Bravheit der Deutschen in der Frage der Teilung beargwöhnen. Ich führe die bei uns dominierende Nonchalance in der deutschen Frage auf die politischen Überanstrengungen zurück, die wir uns und unseren Nachbarn seit nun bald hundert Jahren zugemutet haben. Der irrt, der meint, wir hätten die seelischen Verheerungen des Nationalsozialismus, in dem unsere Anomalie gipfelte, überwunden.

Eines Tages wird die westdeutsche Gleichgültigkeit gegen die nationale Frage weichen. Wir werden darauf zu achten haben, daß dann nicht aus Illusionen neue gefährliche Anomalien unseres politischen Verhaltens entstehen. Die deutsche Sozialdemokratie als eine patriotische Partei hat den Mut gehabt, mit ihrem Regierungsantritt in Bonn 1969 im Blick auf die DDR eine Politik zu beginnen, die sich an Realitäten orientiert, anstatt Wolken zu schieben. Die zurückliegenden zehn Jahre haben in unserem geteilten Land mehr Erleichterung gebracht und Substanz bewahren helfen, als uns selbst immer geläufig ist. Der Mensch hat ein kurzes Gedächtnis.

Aber auch die sozialdemokratische Deutschlandpolitik hat sich bisher nicht gänzlich aus dem vorgegebenen Widerspruch befreien können, daß wir einerseits – um Erleichterungen zu schaffen, um wenigstens vom Westen her über die Mauer kommen zu können und Substanz zu erhalten, um den Frieden in Mitteleuropa zu festigen – mit der DDR Verträge abschließen, weil nur mit ihr und nicht gegen sie konkrete deutsch-deutsche Politik betrieben werden kann, andererseits aber an der Vorstellung festhalten, die DDR sei schließlich doch nur ein im Grunde sich schnell verflüchtigendes Phänomen, hinter dem dann das Deutsche Reich von 1871 wieder erscheinen werde. Dieser Widerspruch engt deutsch-deutsche Möglichkeiten ein, die – könnte man sie nutzen – der deutschen Nation guttäten.

Es führt kein Weg zu Bismarcks Deutschland zurück. Selbst wenn es in irgendeiner Zeit zu einer Vereinigung von Bundesrepublik und DDR kommen sollte, so wäre der dann entstehende Staat in seinen inneren und äußeren Bedingungen gänzlich anders, als es der Bismarcksche gewesen ist. Wir müssen daraus, mutiger noch als bisher, die Konsequenzen ziehen.

Meine ganz persönliche – in der Numerierung die siebte – Schlußfolgerung für eine Friedenspolitik der deutschen Sozialdemokraten lautet: Wir müssen unsere Politik gegenüber dem anderen deutschen Staat bis an die äußerste Grenze dessen, was Verfassung und Karlsruher Urteil zulassen, darauf einstellen, daß es auf alle vorhersehbare Zeit, für die man vernünftigerweise politisch planen kann, keine Wiedervereinigung geben wird. Dies sage ich, der ich in sechseinhalb Jahren Arbeit in Ost-Berlin die schrecklichen Folgen der Teilung deutlicher, als das von Westdeutschland aus möglich ist, habe erkennen können; der ich in meiner Zeit dort ein konkretes Bewußtsein von

der deutschen Nation gewonnen habe, wie es mir vorher als blasse Theorie fremd war; und der ich meine, daß Deutschland der Mittelpunkt unserer Politik zu sein hat. Wir haben davon auszugehen, daß es keine Wiedervereinigung geben wird, damit wir jede Chance für unser geteiltes Land wahrnehmen können.

Wir müssen die deutsch-deutschen Beziehungen befreien von dem ideologischen Ballast, der aus dem primitiven Anti-Kommunismus sich ergibt. Wir können keinen Kreuzzug gegen die SED führen, ohne unsere Landsleute drüben mitzutreffen. Wir müssen den Begriff der deutschen Nation befreien von seiner Bindung an einen Einheitsstaat, weil wir nur so wieder anknüpfen können an einen Nation-Begriff aus der Zeit vor 1866. Deutschland in seiner Teilung hat einen Anspruch darauf, daß über es nachgedacht wird. Jedes Mal, wenn der Bismarcksche Nation-Begriff – der nicht von ihm stammt, aber das von ihm geschaffene Reich umspannt – heute ungeprüft benutzt wird, ersticken wir das notwendige Nachdenken.

Nation-Begriffe kommen nicht von Gottes Gnaden. Der Mensch und seine sozialen Umstände haben neben Sprache und historischer Vergangenheit stets einen hohen Anteil an der jeweils herrschenden Definition. Wir können nicht ernsthaft bezweifeln, daß selbst jene Deutschen drüben, die gegen das dortige Regime sind, in ihrem Bewußtsein von den veränderten Gesellschaftsverhältnissen, von VEB, LPG, KA, BGL, PGH und KWV inzwischen mitgeprägt worden sind.

Das, was es oberhalb der beiden deutschen Staaten und ihres jeweiligen Staatsbewußtseins an deutscher Gemeinsamkeit gibt, also das, was in Kultur, Geschichte, Sprache nicht vollständig einbezogen ist in das Faktum der Teilung – dies müssen wir heraushalten aus den unvermeidlichen deutsch-deutschen Querelen. Auch deswegen ist die Entstaatlichung des Nation-Begriffs geboten. Die Einsicht, daß jenes Deutschland, an das unsere Verfassungsväter noch guten Glaubens anknüpften, unwiederbringlich verloren ist, diese Einsicht läßt sich im Lateinischen keineswegs ausdrücken mit: finis Germaniae.

Ich schlage vor, zu sondieren, ob die DDR bereit und fähig ist, ein Abkommen einzugehen über regelmäßig einmal im Jahr stattfindende Konsultationen der politischen Spitzen beider deutscher Staaten. Wir üben diese Praxis mit unserem westlichen, französischen Nachbarn. Warum sollten wir sie nicht in aller Form verbriefen mit unserem östlichen deutschen Nachbarn?

Ist es gänzlich ausgeschlossen, mit der DDR darüber zu sprechen, ob die beiden deutschen Staaten gemeinsam – jeder eingebunden in sein Bündnis – den Vorschlag einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa machen?

Warum sollte es nicht – nach sorgfältiger Abstimmung mit den drei Schutzmächten und der Bundesregierung – mehr direkte Verhandlungen zwischen

dem Senat von Berlin und Ost-Berlin geben? Es muß nicht zur Lockerung der Berliner Bindungen an die Bundesrepublik führen, wenn nach ausreichender amtlicher Klarstellung unserer Rechtsauffassung – der die DDR dann ihre entgegensetzen würde: na bitte – gesamtstädtische Entwicklungspläne auf möglichst vielen Gebieten ausgehandelt werden.
Die Absage an die Illusion einer zu unseren Lebzeiten möglichen Vereinigung der beiden deutschen Nachfolgestaaten wird uns helfen, zu erkennen und daraus Schlüsse zu ziehen, daß Mitteleuropa in der staatlichen Ausformung, wie sie nach 1870 entstand, ja nicht nur gute, sondern auch einige seiner schlechtesten Jahre gehabt hat. Es geht in der Deutschlandpolitik nicht darum, wie man sich die Verhältnisse malen würde, wenn man sie sich ausmalen könnte. Das Zu-Ende-Denken der deutschen Gegebenheiten würde Phantasie ohne Illusion in die Deutschlandpolitik zurückholen. Verträge könnten konzipiert werden – mit Geduld und langem Atem –, die anknüpfen würden an politische Formen, an denen der Teil Europas, der Deutschland ist, früher so reich war. Die deutsche Nation, wie ich sie sehen kann, ist (zu ihrem Glücke, möchte ich sagen) bei allen grundlegenden Veränderungen, die sie anstrebt, auf die Einwilligung ihrer Nachbarn angewiesen. Dadurch sind radikale Änderungen des jetzigen Friedenszustandes in Mitteleuropa – außer durch einen Krieg – ausgeschlossen. Auch dieser Tatsache trüge das hier vorgeschlagene Konzept einer neuen Interpretation der Zusammengehörigkeit der getrenntlebenden Deutschen eher Rechnung als das Festhalten an sinnentleerten Begriffen.
Die achte Schlußfolgerung: Rudi Dutschke hat mir bei einem Gespräch, zu dem wir uns, wie ich meine, 1976 in West-Berlin getroffen haben, weil er neugierig auf meine Eindrücke von der DDR war, gesagt: Die deutsche Linke werde keine Zukunft haben, wenn sie sich nicht der nationalen Frage stelle. Sozialdemokraten, so schlußfolgere ich für eine Friedenspolitik, die Deutschland dient, brauchen die Courage, auch unpopuläre Dinge voranzutreiben. Das muß nicht unbedingt vom Sattel eines Amtsschimmels herunter geschehen.

## II

3. Januar 1983

Obigen Text habe ich im November 1981 auf einem Parteitag der Berliner Sozialdemokraten vorgetragen. Die damalige Rede zur Außen- und Deutschlandpolitik ist für den vorliegenden Abdruck gekürzt worden; Kaschierungen, um meine seinerzeitigen Einsichten und Schlußfolgerungen auf einen neueren Stand zu bringen, wurden nicht vorgenommen: geprüft werden kann also, ob das, wovon Ende 1981 gesprochen werden mußte, Anfang des Jahres 1983 noch der Rede wert ist. Der Effekt eines Ratespiels

ist jedoch unbeabsichtigt. Wenn die vier Punkte, von denen ich bei meiner Analyse ausging, der Entwicklung seither standgehalten haben, so kann darin nicht der Trost gefunden werden, daß es so schlimm gar nicht geworden ist: schon fast anderthalb Jahre sind verstrichen, und nach wie vor dreht sich das alte merry-go-round. Das ist zwar so; aber die beschriebene kritische Lage ist von der Zeit nicht geheilt worden. Sie blieb gespannt und wird in diesem Jahr noch zugespitzt werden, weil die neue Bonner Regierung sich aller Voraussicht nach für die Stationierung neuer nuklearer Mittelstreckenwaffen in Westdeutschland aussprechen wird.

Eines freilich hat sich durch den Zeitablauf seit November 1981 an der, an unserer kritischen Lage geändert. Wir haben uns noch mehr an sie gewöhnt, wir haben uns noch weiter in ihr eingerichtet. Das wird der Regierung helfen, es wird die Zuspitzung erleichtern. Ich bezweifle, daß noch einmal eine Demonstration gegen die PERSHINGS von jener eindrucksvollen Größe und *unüberwindlichen Friedfertigkeit* zustandekommen wird, wie es die im Bonner Hofgarten im Herbst 1981 gewesen ist. Zum einen trägt die Gewöhnung zum Zerstreuen der Demonstranten bei. Die Geschichte, zumal die deutsche, vermittelt die bittere Erkenntnis vom Auseinanderlaufen, vom Versickern großer Volksbewegungen in ungeduldige Resignation, in Sektierertum und auch in Anpassung, sobald der Anlaß, sich zu versammeln, vertraut geworden ist. Zum anderen wird die westdeutsche Friedensbewegung auseinandergetrieben werden durch die Gewaltfrage, die sich ihr stellt, wenn die amerikanischen Raketen in Bremerhaven an Land gebracht werden. Nein, der Friedensbewegung kann man keineswegs eine vorbehaltlos günstige Prognose stellen. Die Skepsis ist umso begründeter, als man weiß, daß Kassandra nur in Nachkriegszeiten populär ist, solange die Erinnerung noch blutfrisch ist. Wir aber leben wohl in einer Vorkriegszeit.

Ende 1981, als ich die Rede gehalten hatte, wurde vor allem meine Empfehlung attackiert, wir sollten keine weiteren Sündenfälle durch Aufrüstung mit immer feiner abgestuften Nuklearwaffen begehen, sondern statt dessen zur Androhung massiver Vergeltung im Angriffsfall zurückkehren. Ich wurde belehrt, auch vom damaligen Bundeskanzler Schmidt, meine Forderung, die USA sollten sogleich zum großen Knüppel greifen, wenn Westeuropa angegriffen werde, lasse außer acht, daß Amerika für Hamburg, Stuttgart oder Amsterdam nicht Selbstmord machen würde. Da hatte ich es nun gesagt bekommen, mir war Bescheid gestoßen worden. Was hatte man mir eigentlich gesagt? Nichts anderes, als daß zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und den westeuropäischen Staaten ein Interessenunterschied von höchster, von existenzieller Bedeutung besteht. Man hatte mich nicht widerlegt, sondern nur das gestellte Problem der NATO griffig ausgedrückt: Amerika begeht für uns keinen Selbstmord.

Die Redepassage, die so deutliche Reaktionen hervorrief, war nicht ohne

List formuliert worden. Ich hatte die Einsicht in den Interessenunterschied fördern wollen, damit in der Diskussion angemessene friedenssichernde Schlußfolgerungen daraus gezogen werden könnten. Das ist nicht gelungen. In der gesamten sogenannten Nachrüstungsdebatte der Bundesrepublik, soweit sie parteiamtlich (von allen Bonner Parteien) betrieben wird, werden zwar die differierenden Interessen westlich und östlich des Nordatlantiks – meistens nur indirekt (unbewußt?) – eingestanden, aber alle parteiamtlichen Antworten darauf haben bisher nur eins im Sinn: die USA notfalls auch um den Preis im Bündnis zu halten, daß ihre Interessen, verglichen mit den westeuropäischen, überbefriedigt werden.

Der erste Sündenfall dieser Art im Nordatlantikpakt liegt lange zurück: Mit der ersten waffentechnischen Möglichkeit einer flexible response wurde Amerika aus der Interessengleichheit aller Partner in der NATO entlassen. Chicago war – jedenfalls in den atomaren verteidigungspolitischen Absichten des Bündnisses – nicht länger denselben Konditionen unterworfen wie Hamburg. An die Stelle des großen Knüppels, unter dessen Regiment die Kriegsrisiken für beide Städte atomar (nicht konventionell) gleich waren, traten kleinere Knüppel: Chicago konnte hoffen, daß die Sowjetunion nach einem ersten Schlagabtausch mit den abgestuften Nuklearwaffen zur Besinnung käme und der große rote Knüppel, der bis nach drüben reicht, im Sack bliebe. Nur um diesen westeuropäischen Preis der *verabredeten* – also nicht nur der geographisch ohnehin bedingten – *Ungleichheit* im Bündnis konnten die USA vor gut zwei Jahrzehnten im Nordatlantikpakt gehalten werden. Warum hat in Westeuropa nur de Gaulle Konsequenzen daraus gezogen? Warum haben wir uns die Folgen dieser verabredeten Ungleichheit niemals bewußt gemacht, obwohl doch alle Sandkastenspiele unserer uniformierten und zivilen Militärexperten seither von ihnen ausgingen?

Natürlich hat es zu allen Zeiten in jedem Bündnis unterschiedliche Sicherheitsqualitäten gegeben. Die Bewohner der Zitadelle waren stets besser aufgehoben als die des Glacis. Und ebenso selbstverständlich ist es, daß die Vormacht jedes Pakts ihre Interessen besser wahrt als die der schwächeren Verbündeten und auch zu keinem Selbstmord für die Partner bereit ist. Das macht Bündnisse nicht sinnlos. Nur: die moderne Waffentechnik – auch die konventionelle – hat aus dem einstmals *relativen Qualitätsunterschied* in der Sicherheit von Festung und Vorfeld einen *absoluten* gemacht. Für Europa ist daher heute die Frage, ob ein Krieg, selbst ein sogenannter konventioneller, auf die alte Welt beschränkt bleiben könnte oder sich schließlich doch atomar auf die neue ausweiten würde, gänzlich akademisch. Die Antwort käme in jedem Fall erst nach dem Ende Mitteleuropas, erst nach den abgestuften, flexiblen Zwischenantworten, auf die sich die NATO strategisch verständigt hat: vielleicht vorläufige Antworten für Amerika, gewiß aber endgültige für Deutschland, dessen entstaatlichte Nation in der Friedensbe-

wegung ihre Identität durch die Einsicht wiedergewinnen könnte, daß das erste Schlachtfeld gesamtdeutsch wäre.
Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht so souverän wie Frankreich, weder faktisch noch politisch-psychologisch, unter den alliierten Vorbehaltsrechten nicht einmal rechtstheoretisch. Dennoch bleibt schwer begreiflich, daß in Bonn so wenig gaullistisch gedacht wird – unter den von Präsident Reagans Amerika für die NATO herbeigeführten Umständen. Für die Zeit vor Ronald Reagan ist eine Erklärung für die Unangefochtenheit der meisten Westdeutschen im Fixiertsein auf die Interessen der USA möglich, wenn auch kompliziert. Vereinfacht gesagt, entsprang die Haltung, amerikanischer zu sein als die Amerikaner, dem Drang der westdeutschen Mehrheit nach Kriegsende, sich anzugleichen: nicht nur durch notgedrungene Botmäßigkeit gegenüber den neuen Mächten im Land, sondern auch mittels Übernahme ihrer Ideale und Eintauchen in ihre Mentalität. Der damit verbundene Verlust an eigener Identität erschien geradezu als nützlich; im Grunde gilt er dafür bei den meisten Bundesbürgern auch heute noch, nach über dreißig Jahren; erst seit neuerem gibt es Fragen nach der Solidität westdeutscher Werte, die auf geborgter Identität basieren. Seinerzeit jedenfalls konnte – überwiegend unbewußt – von dieser raschen Adaption die jüngste deutsche Vergangenheit zugedeckt werden. Die Wahl der Westdeutschen fiel auf Amerika, das von Anfang an die erträglichste Besatzungszone etablierte. England und Frankreich blieben Sterne zweiter Ordnung am neuen westdeutschen Wertehimmel.
Zur Ehrenrettung der Vereinigten Staaten muß gesagt werden: nicht alle ihre Ideale und politischen Verhaltensweisen wurden von uns Deutschen begriffen; manche ließen wir links liegen; andere blieben kleidsamer Lack unserer politischen Kultur. Wir übernahmen, was uns frommte. Wo sonst gab es auf der nennenswerten Welt eine Gesellschaft frei von Kommunisten, außer in den USA? Wo sonst konnte man so verklärt seines Glückes eigener Schmied sein? Außer in den USA nirgends sonst so wie bei uns. Wenn uns die Zeit bleibt, wird dieser scheinbar geglückte *Identitätstausch* das deutsche Thema des nächsten Jahrzehnts werden.
Ins Militärische gewendet, bewirkte diese Geisteshaltung der westdeutschen Mehrheit (unter jeder Regierung) eine Doppelbödigkeit im Reflektieren von Problemen des westlichen Bündnisses, die demnächst folgenschwer werden kann. In dem durch die Strategie der flexible response am stärksten gefährdeten Staat der NATO – der Bundesrepublik – wurde stets am unbekümmertsten unter entsprechend beschlagenen Politikern und Journalisten über Bewaffnungsdetails dieser Schreckensabstufungen diskutiert. Wenn Militarismus nicht im Sinne eines Operettenklischees als der Glanz des schmukken, bunten Tuchs definiert wird, sondern als Vorrang des militärtechnischen Denkens vor dem politischen – dann ist die Bundesrepublik Deutsch-

land ein *militaristischer* Staat. Dahin gelangten wir leicht und skrupellos, weil wir die Sandkastenspiele unserer Experten (die bis in höchste Regierungsämter gelangten) niemals wirklich ernst genommen haben. Unter dem Boden, auf dem die Sachverständigen exerzierten, gab es den zweiten, auf dem wir in der ruhigen Überzeugung lebten, daß es niemals mehr Krieg in Europa geben wird, weil Amerika mit dem großen Knüppel bei uns steht. Abrüstung, Nachrüstung, mechanisches Gleichgewichtsdenken – das war Expertensache. In Wahrheit verließen wir uns auf den großen Knüppel. Wie sonst sollte beispielsweise Berlin (West) sinnvoll gehalten werden?
Diese Doppelbödigkeit war bis zum Amtsantritt von Präsident Reagan durchaus kein schierer Selbstbetrug. Erst Reagans unüberhörbar erklärte Absicht, den Sowjetkommunismus, also dessen veritable Weltmacht, zu besiegen und auf dem Wege dahin keine Einflußzonen mehr zu respektieren – das ist der Respekt, auf dem Europas glanzloser Frieden, aber doch immerhin Frieden beruht –, erst diese Kreuzzugsidee machte die kleineren, für uns tödlichen Nuklear-Knüppel zu einer Realität diesseits des Expertentums.
Natürlich sind Verhandlungen von Rüstungsexperten, wenn sie der Abrüstung dienen, nützlich. Die Raketenzählerei der SPD ist dabei als Vorgabe sachbezogener als die der CDU/CSU. Rüstungsmindernde Ergebnisse in Genf wären also gut. Aber sie wären noch nicht die Lösung des Problems, das heute die NATO auseinanderzutreiben droht. Wir müssen das mechanische Gleichgewichtsdenken in Waffensystemen überwinden, indem wir das Beschaffungsprogramm der NATO repolitisieren: Wir brauchen nur Waffen für ein regionales Verteidigungsbündnis; wir brauchen keine nur deswegen, weil die andere Seite sie hat.
Der große Knüppel war in unserem Bewußtsein und auch als *Verteidigungskonzept* vor Reagan eine politische Antwort. Wenn die USA zu ihr nicht mehr willens oder fähig sind und Europa auf dem Wege zum westlichen Endsieg beispielsweise wie der Nahe Osten behandelt werden soll, wo es offene Kämpfe um künftige Einflußgebiete gibt: dann (und hier gehe ich inzwischen über meinen Text von 1981 hinaus) müßten für Westeuropa gaullistische Antworten im Sinne größerer Unabhängigkeit von Amerika entwickelt werden; *nach Möglichkeit* im Rahmen des Bündnisses. Die Aussicht, zu angemessenen politischen Lösungen auf der Grundlage der Gegenwart zu kommen, ist freilich nicht gut. Bundeskanzler Kohl ist zwar kein Militärexperte wie sein Vorgänger, was von Vorteil ist, aber er ist ganz und gar ein Mann des westdeutschen Identitätstauschs, ein Mann der 50er Jahre. Könnte es ein Trost sein, anzunehmen, daß Reagen und andere nur schwadronieren, nur die Schneid von Stammtischen hinter ihrem Bramarbasieren steckt? Die Deutschen könnten seit Wilhelm II wissen, daß auch rhetorische Kraftmeierei außenpolitische Fakten schafft.

# WALTER BENJAMIN DAS PASSAGEN-WERK

Dreizehn Jahre lang, von 1927 bis zu seinem Tod 1940, arbeitete Benjamin an dem als Hauptwerk geplanten Buch über Paris, dem sogenannten Passagenwerk: einer materialen Geschichtsphilosophie des 19. Jahrhunderts. Die meisten größeren Texte, die er während seines letzten Jahrzehnts geschrieben hat – der Kunstwerk-Aufsatz, die Baudelaire gewidmeten Arbeiten und die Thesen »Über den Begriff der Geschichte« –, wuchsen aus dem Passagenwerk heraus. Was von diesem selbst vorliegt: Tausende von Notizen und Exzerpten, wird jetzt als vorletzter Band der »Gesammelten Schriften« zum erstenmal publiziert. Benjamins Absicht war keine geringere, als für den ideologischen Überbau der Gesellschaft zu vollbringen, was Marx für deren ökonomische Basis geleistet hatte: wie im Fetischcharakter der Ware das Geheimnis des Kapitalismus verborgen ist, so sollte durch die Entzauberung der Phantasmagorie dasjenige der bürgerlichen Kultur aufgedeckt werden.

Walter Benjamin
Das Passagen-Werk
Gesammelte Schriften Band V
Herausgegeben von Rolf Tiedemann.
2 Bände. Ln. DM 148,-/Kt. DM 96,-
Taschenbuchausgabe
Supplementband zur Werkausgabe
edition suhrkamp Band 1200.
1380 Seiten. DM 40,-
In allen Buchhandlungen.

**SUHRKAMP**



# Lamuv Verlag

Martinstraße 7
D-5303 Bornheim 3

Etwa 1,5 Mio. Türken leben in der Bundesrepublik. In ihrem Alltag müssen sie oft Anschuldigungen und Erniedrigungen erfahren. Sie haben etwas zu sagen: sie haben Schmerzen, Sympathien und Sehnsüchte.
Dursun Akçam
**Deutsches Heim**
**Glück allein**
**Alaman Ocağı**
Wie Türken Deutsche sehen
Deutsch – Türkisch
285 Seiten
**DM 16,80**
Lamuv Taschenbuch 15
ISBN 3-921521-44-0

Harry Böseke (Hg.)
**Der**
**(un)demokratische Alltag**
Jugendliche melden sich zu Wort

202 Seiten
**DM 12,80**
Lamuv Taschenbuch 14
ISBN 3-921521-45-9

Jugendliche schreiben über ihre Vorstellungen von der Demokratie. Sie geben Antworten, die erstaunlich sind. Vorwiegend behandeln sie in ihren Texten Mißstimmungen, Mißstände. Demokratie – ein leeres Wort?

# Karl-Heinz Harenberg
# Rampenfieber. Die Kontinuität der Rüstungspolitik

Der Aufbruch wirkte wie eine Befreiung. Die politischen Tabus, verbal oft schon mehr oder weniger stark angekratzt, purzelten reihenweise. Sie redeten miteinander: die Großmächte, die Siegermächte, die Deutschen hüben mit den Deutschen drüben und ab 1973 schließlich alle gemeinsam in der KSZE, der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sicherheitspolitik war kein leeres Wort mehr.

Erst viel später wurde deutlich, daß die neuen Herren in den Bonner Regierungsstuben mit ihrem Tatendrang durchaus nicht überall auf Gegenliebe gestoßen sind. Vielleicht hilft das nachträglich auch zu erklären, warum das Jahrzehnt, das mit der politischen Entspannung begann, in der militärischen Verkrampfung endete. Als die sozialdemokratisch geführte Ära nach dreizehn Jahren zu Ende ging, war praktizierte Sicherheitspolitik nur mehr eine Erinnerung, die durch die dahinsiechenden Verhandlungsprozesse wehmütig verstärkt wurde. Um Ergebnisse ging es schon lange nicht mehr; wichtig waren allein noch die Prozesse als Wert an sich, als Muster ohne Wert.

Der Widerstand der USA, das Mißtrauen in Frankreich, die Sorgen Großbritanniens, daß sich die Westdeutschen ostwärts verselbständigen könnten, mag einer der Gründe dafür gewesen sein, warum sich die Bonner Entspannungspolitiker zugleich immer auch als starke Männer gebärdeten. Obwohl die NATO doch mit dem gemeinsam akzeptierten Harmel-Konzept die Voraussetzungen für das Ende der Konfrontation geschaffen hatte. In diesem Bericht des belgischen Außenministers Pierre Harmel hatte die Allianz im Dezember 1967 ihre zukünftigen Aufgaben beschrieben:

»Die Atlantische Allianz hat zwei Hauptfunktionen. Die erste besteht darin, eine ausreichende militärische Stärke und politische Solidarität aufrechtzuerhalten, um gegenüber Aggression und anderen Formen von Druckanwendung abschreckend zu wirken . . . Seit ihrer Gründung hat die Allianz diese Aufgabe erfolgreich erfüllt. Aber die Möglichkeit einer Krise kann nicht ausgeschlossen werden . . . Unter diesen Umständen werden die Bündnispartner zur Sicherung des Gleichgewichts der Streitkräfte das erforderliche militärische Potential aufrechterhalten und dadurch ein Klima der Stabilität, der Sicherheit und des Vertrauens schaffen. In diesem Klima kann die Allianz ihre zweite Funktion erfüllen: die weitere Suche nach Fortschritten in Richtung auf dauerhafte Beziehungen, mit deren Hilfe die grundlegenden politischen Fragen gelöst werden können. Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung stellen keinen Widerspruch, sondern eine gegenseitige Ergänzung dar.«

Dieses in der Zeit der Großen Koalition von der NATO gebilligte Konzept war eine zeitgemäße, ausbaufähige Plattform. Doch nicht nur die fünfzehn Architekten im Bündnis hatten unterschiedliche Vorstellungen über den Ausbau, sondern auch die Heimwerker in Bonn am Rhein. Dort galt es ja nicht nur, politische Hoffnungen von einsichtsfähig gebliebenen Zivilisten zu erfüllen, sondern auch das Gros der uniformierten Mitbürger um die roten und blaugelben Fähnlein zu versammeln. 500 000 Soldaten sind nämlich zugleich 500 000 potentielle Wähler.

Der erste sozialdemokratische Verteidigungsminister, Helmut Schmidt, ließ zwar die Soldaten wissen: »In Gliederung und Bewaffnung sowie in der taktischen Doktrin der Truppe wird die Bundesregierung das Defensivprinzip noch stärker ausprägen.« Aber sein Nachfolger Georg Leber, der nicht nur führen, sondern auch geliebt werden wollte, mochte sich dem Wunsch der Militärs nach schimmerndem Prestige schon nicht mehr versagen. Von Defensive wurde weiterhin gesprochen, in Auftrag gegeben wurden jedoch vor allem Mehrzweckwaffen: das Mehrzweckkampfflugzeug TORNADO mit so vielen Aufgaben, daß darüber selbst die Autoren der Weißbücher ins Tütteln kamen; die Mehrzweckfregatte 122, für die erst neue Einsatzgebiete im Nordmeer erschlossen werden mußten, damit sie ihren Mehrzweck auch erfüllen kann; und da das Heer sich ohnehin immer vernachlässigt fühlt, bekam es zum Panzerabwehrhubschrauber gleich auch noch einen neuen Panzer dazu, den Leopard 2. Runderneuerung der Bundeswehr hieß die Devise.

Sozialdemokratische Spendierfreudigkeit für eine solche Runderneuerung vom LKW bis zum Atombomber bescherte uns allen zweifelhaften Ruhm: Musterschüler in der NATO zu sein. Die Sozialdemokraten nahmen es als Kompliment. Ihre Abgeordneten wurden en detail mit Zahlen über Verteidigungskosten und Kostensteigerungen ausgerüstet, damit sie die steuerzahlenden Bürger stolz darüber unterrichten konnten. Denn all das geschah ja nur, wie Soldatenvater Leber immer zu sagen pflegte, damit wir alle ruhig schlafen können. Über die politischen Auswirkungen eines solchen Waffenarsenals auf die mit deutscher Friedfertigkeit nicht eben verwöhnten osteuropäischen Völker machte sich ganz offensichtlich niemand Gedanken. Als das Geld knapp und die Waffen immer teurer wurden, als die Runderneuerer mit dem dritten und letzten sozialdemokratischen Verteidigungsminister Hans Apel darob selbst um den Schlaf gebracht waren, gab es angeblich keinen Ausweg mehr. Nein sagen, nein, das haben sozialdemokratische Oberbefehlshaber mit ererbter Dolchstoßneurose nicht gelernt.

Wer heute noch einmal in Helmuts bunten Büchern blättert, den seitenstarken Reformkonzepten des Verteidigungsministers Helmut Schmidt, der mag das Staunen lernen. Oder das Fürchten. Warum so viele gute Absichten

in der Praxis so verrotten können, dafür gibt es ernsthaft keine Erklärung mehr. Studieren sollten die Soldaten, natürlich. Eine Schar deutscher Professoren machte sich daran zu überlegen, wie der Bildungshunger der angehenden Offiziere mit einer Dienstzeit von zwölf Jahren und mehr an den Universitäten gestillt werden konnte. Doch als sie dann aufbrachen auf die Hardthöhe, um dem Minister ihre Vorschläge zu unterbreiten, waren die Entscheidungen bereits gefallen. Soldaten mußten auf bundeswehreigenen Hochschulen studieren. Natürlich? Uniform ist zwar nicht vorgeschrieben, wird aber gern gesehen. Militärische Disziplinarvorgesetzte achten darauf, daß die militärischen Tugenden ebenso gültig bleiben wie das Soldatengesetz. Zum Trost wurde dann das Versprechen verabreicht, die Bundeswehrhochschulen würden eingegliedert in die geplanten Gesamthochschulen. Aber obwohl Bayern ein solches Konzept ablehnt, wurde die eine der beiden Hochschulen in München angesiedelt. Und im SPD-regierten Hamburg haben selbst notorische Optimisten die Hoffnung auf eine Gesamthochschule aufgegeben. Ach ja, selbstverständlich sollten die Bundeswehrhochschulen auch geöffnet werden für zivile Studenten. Aber nicht einmal daraus ist etwas geworden. Natürlich? Inzwischen nimmt die Zahl ziviler Studenten zu, die kaum mehr wissen, daß es Bundeswehrhochschulen überhaupt gibt.

Oder die Rüstungsbürokratie. Fast zweihundert Seiten stark und mit erwartungsfrohem hellblauen Einband erschien 1971 der »Bericht zur Neuordnung des Rüstungsbereichs«. Darin hieß es zum Beispiel: »Die Entwicklung und Produktion von Waffensystemen ließ bisher keine exakte Schätzung der Kosten und damit keinen Abschluß zu Marktpreisen oder Selbstkostenfestpreisen zu.« Zehn Jahre später hat ein verzweifelter Hans Apel erneut den Sachverstand von Unternehmensberatern bemüht, um sich bescheinigen zu lassen, daß alles beim alten geblieben war. Die Liste der Unzulänglichkeiten ließe sich fast beliebig fortführen. Wobei nicht unterschlagen werden darf, daß die Parlamentarier der Regierungskoalition einen wesentlichen Anteil daran haben, daß die nationale Verteidigungspolitik ebenso mißraten ist wie die internationale Sicherheitspolitik. Überforderung, Unfähigkeit, Desinteresse und dieses fatale »Was ich nicht weiß, macht mich nicht heiß« haben die geforderte und dringend notwendige parlamentarische Kontrolle außer Kraft gesetzt.

Ich erinnere mich noch gut an ein sogenanntes Hintergrundgespräch mit einem Abgeordneten, der nicht nur dem Verteidigungsausschuß angehörte, sondern auch als besonders aufmüpfig galt. (Seiner losen Reden wegen hat sich die Partei schließlich sogar von ihm getrennt.) Doch zur Sache gefragt, erwies sich der Abgeordnete als außerordentlich diszipliniert. »Wissen Sie«, sagte er sinngemäß, »ich könnte natürlich an die Panzerschränke gehen und mich informieren. Aber dann gerate ich in die Gefahr, daß ich geheime

Informationen kritisch und zur Not auch öffentlich diskutieren muß. Und dieser Gefahr will ich mich lieber gar nicht erst aussetzen.«
Die politischen Versäumnisse haben sehr viel häufiger ganz menschliche Gründe, als es manch Außenstehender glauben mag. Auch Politiker haben hin und wieder Null Bock, wollen sich nicht streiten, geben nach der x-ten Nachfrage resigniert auf, möchten sich nicht unbeliebt machen oder irren sich ganz einfach.
Als nach dem betulichen Georg Leber das Regiment Hans Apel übernahm, ungedient, aber schnodderig, wollte er nicht nur die Bundeswehr, sondern die NATO gleich mit einmal kräftig durchlüften. Die Sprüche sind geblieben, geändert hat sich nichts.
»Die Wiener Konferenz über die Begrenzung von Truppen und Rüstungen in Europa, die MBFR-Verhandlungen, wie sie heißen, wäre ohne die konzeptionelle Vorarbeit der SPD, ohne das Drängen der SPD in der Regierungsverantwortung weder zustandegekommen noch vorangekommen.« Das hat Hans Apel auf dem denkwürdigen SPD-Parteitag in Berlin Anfang Dezember 1979 tatsächlich gesagt. Gerade diese MBFR-Verhandlungen aber, deren zehnten Jahrestag wir in diesem Jahre vielleicht sogar feierlich begehen werden, sind das wohl markanteste Beispiel für die sicherheitspolitische Wende – eine Wende, die Hans-Dietrich Genscher zumindest in diesem Bereich schon sehr frühzeitig eingeleitet hat. Noch 1977 hatten Bundeskanzler Helmut Schmidt und der frischgebackene US-Präsident Jimmy Carter die Babys aufgeteilt. Jimmys Baby war SALT – die amerikanisch-sowjetischen Verhandlungen über eine Begrenzung der strategischen Rüstung. Helmuts Baby sollte MBFR sein, sollte den Kanzler zum europäischen Friedensfürsten adeln.
Carter hat sein Baby immerhin bekommen. Im Sommer 1979 hat er den SALT-II-Vertrag mit Leonid Breschnew in Wien unterzeichnet. Daß dieses Baby dann jedoch frühzeitig verschied am Unwillen des Senates, ihm den Segen zu erteilen, war sicherlich von Carter allein nicht zu verhindern. Aber der Geburt von Helmuts Baby haben bis zum Schluß seiner Amtszeit 150 001 Menschen im Wege gestanden: 150 000 fiktive Soldaten des Warschauer Paktes und der Bundesaußenminister Genscher. An den Soldaten wäre Schmidt vielleicht noch vorbeigekommen, an seinem Stellvertreter ist er es nicht.
Was sich zwischen dem sozialdemokratischen Kanzler und seinem freidemokratischen Vize an Konflikten in sicherheitspolitischen Fragen – und nicht nur da – abgespielt haben mag, läßt sich nur ahnen. Das Buch über den »Machtkampf« muß erst noch geschrieben werden. Soviel ist bislang jedoch sicher: durch das Drängen der SPD sind die MBFR-Verhandlungen nicht vorangekommen. Dabei wird immerhin sogar vorausgesetzt, daß sie überhaupt gedrängt hat.

Es ist inzwischen zwar müßig, aber doch reizvoll, sich vorzustellen, was erste Vereinbarungen bei MBFR in Wien für die Entwicklung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre hätten bedeuten können. Nach den provozierenden Theorien der KSZE-Schlußakte von 1975 hätten sowjetische Soldaten in der DDR Kasernen geräumt. Den politischen Absichtserklärungen wären militärische Taten gefolgt. Fast unvorstellbar. Es hätte ebenfalls bedeutet, daß Soldaten der Bundeswehr abgemustert worden wären, GI's über den großen Teich hätten nach Hause fahren dürfen. Unvorstellbar. Dem Glauben, daß allein das Militär letztlich das Unterpfand ist für die Erhaltung des Friedens, wollte dann doch niemand als erster abschwören.
Was sich die Sozialliberalen selbst nicht leisten zu können glaubten, wollten sie aber auch den anderen nicht durchgehen lassen. Es ist bis auf den Tag verborgen geblieben, warum Bundeskanzler Helmut Schmidt sich im Oktober 1977 trotz der Absprachen mit dem amerikanischen Präsidenten als Wehendoktor bei der Geburt von Jimmys Baby betätigte. Aus ernsthafter Sorge? In mangelnder Übersicht über die möglichen Folgen? Auf jeden Fall mischte er sich energisch ein in die SALT-Verhandlungen. »Wir Europäer«, so sagte er in seiner Buchanan-Gedächtnisrede vor dem Londoner Institut für Strategische Studien am 28. Oktober 1977, »haben zu Beginn der SALT-Gespräche die enge Verbindung zwischen der Parität auf dem strategisch-nuklearen Gebiet einerseits und dem taktisch-nuklearen und konventionellen Sektor nicht klar genug gesehen . . .« Und an anderer Stelle, nunmehr klarsichtig:

»Wir verkennen nicht, daß sowohl den USA als auch der Sowjetunion zu gleichen Teilen daran gelegen sein muß, die gegenseitige strategische Bedrohung aufzuheben. Aber: Eine auf die Weltmächte USA und Sowjetunion begrenzte strategische Rüstungsbeschränkung muß das Sicherheitsbedürfnis der westeuropäischen Bündnispartner gegenüber der in Europa militärisch überlegenen Sowjetunion beeinträchtigen, wenn es nicht gelingt, die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen. Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten. Das bedeutet: Die Allianz muß bereit sein, für die gültige Strategie ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen und allen Entwicklungen vorzubeugen, die unserer unverändert richtigen Strategie die Grundlage entziehen könnten.«

Diese Passage aus der Londoner Rede Schmidts und die daraus resultierenden Folgen treffen den Kern des West-Ost-Problems: von der krausen Pauschalbehauptung einer in Europa überlegenen Sowjetunion über die angeblichen Mittel der Allianz bis hin zu dem unkritisch-klammernden Glauben an Richtigkeit und Gültigkeit der westlichen Strategie.
Es war Helmut Schmidt oft genug selbst, der daran erinnert hat, daß sich Über- und Unterlegenheiten nicht allein an militärischen Kriterien messen lassen. Wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Faktoren, die Funktionsfähigkeit der innerstaatlichen und bündnisinternen Strukturen sowie die Außenbeziehungen spielen eine mindestens ebenso bedeutsame Rolle. Da-

bei werden die Schwierigkeiten nicht verkannt, die es bereiten würde, all diese Elemente in meßbare Größen umzusetzen und damit konkret vergleichbar zu machen für eine realistische Berechnung des Kräfteverhältnisses. Das Abzählen von Panzern ist da zweifellos einfacher. Die Schwierigkeiten entlassen allerdings nicht aus der Verpflichtung, permanent den Versuch einer objektiveren Beurteilung zu machen; keinesfalls aber können sie als Rechtfertigung dienen dafür, daß Über- und Unterlegenheiten immer wieder ausschließlich nach militärischen Maßstäben gemessen werden. Zumal auch diese höchst unzuverlässig sind, wie ein Vergleich diverser Studien (Pentagon, NATO, Bundesregierung, sowjetisches Verteidigungsministerium) zeigt. Ungeachtet dessen stützte Bundeskanzler Helmut Schmidt seine Forderung vom Herbst 1977 auf eine politisch derart unzulängliche Behauptung und argumentierte so in der Tradition Konrad Adenauers.

Es fällt schwer zu glauben, daß Schmidt sich dieser Einfalt nicht selbst bewußt war. Es gibt nämlich eine Reihe von Schmidt-eigenen Versionen und Interpretationen, was der Bundeskanzler mit seiner Londoner Rede eigentlich bewirken wollte. Sicherlich war es auch sein Ziel, die Großmächte zu veranlassen, den atomaren Mittelstreckenwaffen bei SALT II größere Aufmerksamkeit zu widmen. Er band diese Forderung jedoch nicht ausdrücklich an Verlauf und Ergebnis der Verhandlungen. Warum?

Für die Großmächte waren und bleiben die strategischen Waffen das Hauptproblem; SALT II schien Ende 1977 unmittelbar vor dem Abschluß zu stehen; und es war abzusehen, daß die Verhandlungen in einer dritten Runde fortgesetzt werden würden. Die Atomwaffen in und für Europa waren ja nicht das einzige Problem, das durch SALT II nicht gelöst worden wäre. Also richtete Helmut Schmidt seine Erwartungen folgerichtig auf den Zeitpunkt, zu dem es gelingen würde, »die in Europa bestehenden Disparitäten parallel zu den SALT-Verhandlungen abzubauen«. Schmidt mußte sich im klaren darüber sein, daß das erst im Rahmen von SALT III würde geschehen können. Denn die Großmächte konnten zu jener Zeit kein Interesse daran haben, Fortschritte bei der Lösung ihres Hauptproblems zu verzögern zugunsten regionaler Sicherheitsbelange ihrer Bündnispartner.

Die Erfahrungen mit den Rüstungskontrollbemühungen der Großmächte waren groß genug, um zu wissen, daß der Abschluß eines SALT-III-Vertrages eine unbekannte, aber größere Zahl von Jahren in Anspruch nehmen würde. Je komplizierter die Materie, desto langwieriger die Verhandlungen. Und gerade eine Einbeziehung der Atomwaffen in und für Europa mußte den SALT-Prozeß ungemein komplizieren.

Es wäre despektierlich gegenüber dem Experten Schmidt, wollte man ihm die Kenntnis dieser Zusammenhänge absprechen. Eben darum muß man ihn ganz konkret verstehen, wenn er in seiner Londoner Rede fortfährt: »Solange dies nicht geschehen ist, müssen wir an der Ausgewogenheit aller

Komponenten der Abschreckungsstrategie festhalten.« Die Konsequenz dieser Forderung wird in der Bundesrepublik Deutschland als Nachrüstung bezeichnet. Und da Nachrüsten allemal schneller verwirklicht wird als Abrüsten – auch das eine Erfahrung, die Schmidt nicht unbekannt sein konnte –, verlief die Entwicklung seitdem nicht etwa überraschend oder unvorhersehbar, sondern entsprechend den Mechanismen des Wettrüstens. Die Ignoranz von Schmidt 1977 kennzeichnet auch den NATO-Doppelbeschluß von 1979: Er unterschlägt alle Erfahrungen mit der zeitraubenden Mühsal von Rüstungskontrolle und schreibt die sogenannte Nachrüstung fest für den Fall, daß bis Herbst 1983 keine »konkreten Verhandlungsergebnisse« vorliegen. Die wiederholten Versicherungen von seiten der SPD, es gebe beim Doppelbeschluß keine Stationierungsautomatik, sind aus der Sicht der Allianz und waren damit auch aus der Sicht der den NATO-Doppelbeschluß mittragenden, sozialdemokratisch geführten Bundesregierung lediglich Phrasen.

Hat Helmut Schmidt 1977 also die sogenannte Nachrüstung billigend in Kauf genommen, hat er sie gar gewollt? Wenn man den Text seiner Londoner Rede ernst nimmt, kann man zumindest keine Priorität feststellen für den Abrüstungsappell bzw. die Rüstungsforderung. Es gibt aber Gründe zu vermuten, daß Schmidt hier ein politisches Ziel verfolgte, ohne die späteren Weiterungen und Wucherungen seines Anstoßes zu übersehen. Denn im Oktober 1977 war Jimmy Carter nicht nur relativer Neuling im Präsidentengeschäft, sondern er umgab sich auch noch mit der Aura des Abrüstungspolitikers. Schmidt, so kann man spekulieren, hatte zu jenem Zeitpunkt also erwarten können, daß Carter nicht etwa von der Aussicht, nachrüsten zu müssen, animiert, sondern von der Notwendigkeit, in größerem Umfang abrüsten zu müssen, überzeugt werden würde.

Es ist mir bisher kein deutschsprachiges Zeugnis von Helmut Schmidt bekannt, mit dem sich die Annahme, daß er sich 1977 in London schlicht verrechnet hat, belegen ließe. Auf dem Landesparteitag der Hamburger SPD im Januar 1982, auf dem Schmidt in einem Exkurs die Geschichte des Doppelbeschlusses zum ersten Male beschreiben wollte, beschränkte er sich doch nur auf allgemeine Formulierungen: Es sei nicht der Doppelbeschluß gewesen, sagte er dem Sinne nach, den er in London gefordert habe; er habe vielmehr darauf aufmerksam machen wollen, daß sich die Europäer und vor allem die Deutschen mit dem wachsenden atomaren Mittelstreckenpotential der Sowjetunion nicht abfinden könnten. Das Protokoll dieser Rede wird der Öffentlichkeit bis heute strikt vorenthalten, obwohl sie doch auf einer öffentlichen Veranstaltung – mit Presse – gehalten wurde. Ein gutes halbes Jahr später, im Gespräch mit amerikanischen Chefredakteuren in San Francisco, hatte sich der Bundeskanzler dann dazu durchgerungen zu sagen, was die Wahrheit ist oder was sie doch wenigstens sein könnte. Er be-

schrieb den Einstieg Carters in die SALT-II-Verhandlungen und fuhr dann fort:

»In that process of renegotiation of SALT II I asked the American government: please, do include into SALT II the euro-strategic weaponry because I feel threatened. And then I was told twice by Brzezinski, speaking for the President, that this is none of my business, representing a non-nuclear country and that it was their realm and not ours. At the end I got so angry that I publicly critizied the Carter Administration for neglecting this threat onto Europe. This was in a speech in London. In that speech I still asked for including euro-strategic missilry under SALT II, to include it in the mutual limitation of strategic weapons. I did not ask for American weapons as a counter threat. . . . And it is a false story coming out of Washington nowadays that I asked for these missiles. Nobody asked for these missiles.«

Jimmy Carter sei es dann bei einem Vierergipfel in Guadeloupe Anfang 1979 gewesen, so ergänzt Schmidt seine Darstellung, der die Stationierung amerikanischer Waffen als Gegengewicht zur sowjetischen Bedrohung vorgeschlagen habe, und James Callaghan, Valéry Giscard d'Estaing und er hätten zugestimmt unter der Bedingung: »first negotiate and then deploy if negotiations fail, but make it clear to the Russians that deployment will follow anyway if negotiations fail und that there be no misunderstanding«. Damit war der NATO-Doppelbeschluß vorfabriziert, einschließlich Stationierungsautomatik. Wenn das die Delegierten des Berliner Parteitages Anfang Dezember 1979 gewußt hätten . . .

Bleibt die grundsätzliche Frage, warum sich zuerst Helmut Schmidt und dann mit ihm die Staats- und Regierungschefs der großen und später auch der kleinen NATO-Staaten so vor den sowjetischen SS-20-Raketen gefürchtet haben. Denn Mittelstreckenraketen (SS-4, SS-5) mit Vernichtungskraft im Megatonnenbereich hatten die Sowjets seit vielen Jahren gegen westeuropäische Ziele gerichtet. Es gibt hier wiederum sehr unterschiedliche Begründungen. Eine besagt, die in SALT II angestrebte Parität bei den strategischen Waffen hätte in Europa ein regionales atomares Ungleichgewicht nach sich gezogen. Einmal davon abgesehen, daß die strategische Parität als mögliche Folge des SALT-II-Vertrages erst über einen längeren Zeitraum hätte realisiert werden können und so genügend Zeit geblieben wäre, die Folgen für Europa aufzuarbeiten: Helmut Schmidt ist mit seiner Unterteilung der Atomwaffen in geographische Wirkzonen abgewichen von dem Grundsatz, Atomwaffen als politische Waffen zu betrachten und sie dementsprechend als politische Einheit zu behandeln. Der Politiker vollzieht damit nach, was bei den Militärs schon seit langer Zeit gang und gäbe ist: mit Atomwaffen (Manöver-)Kriege zu führen. General a. D. Johannes Steinhoff erinnert sich in seinem Buch *Wohin treibt die NATO?* von 1976 an entsprechende Übungen:

»Der nukleare ›Schlagabtausch‹ erfolgte. Obgleich die Zerstörung und Verwüstung unvorstellbare, rechnerisch kaum erfaßbare Ausmaße annahm, glaubten die Militärs an ein Überleben der NATO-Streitkräfte [!], und der Krieg mit den ›Restbeständen‹ wurde bis zum endgültigen Sieg

fortgesetzt. Nach dem nuklearen Schlagabtausch einer bestimmten Dauer – gewöhnlich 30 Tage – plante man die sogenannte ›Restitutionsphase‹, den Zeitraum, in dem nach Anlandung der für die ›Restitution Europas‹ notwendigen Versorgung aus den Vereinigten Staaten der Wiederaufbau beginnen sollte. Eine Studie des amerikanischen Verteidigungsministeriums aus den 60er Jahren kam zu dem Schluß, daß selbst unter günstigen Bedingungen als Folge eines solchen Schlagabtausches mit Nuklearwaffen in Europa 2 bis 20 Millionen Menschen getötet würden und die Zahl um ein Vielfaches höher liegen würde, wenn etwa Städte und Ballungsgebiete nuklear zerstört würden.«

Ein anderes Motiv für die Furcht vor den neuen sowjetischen Raketen, so paradox es klingen mag, geht auf die USA zurück. Es beruht auf einer unbestimmten Sorge, die den Gezeiten gleich zu- und abnimmt, die USA könnten den westeuropäischen Verbündeten im Ernstfall den strategisch-atomaren Schirm entziehen, mit anderen Worten: sie würden (vor dem atomaren Holocaust im eigenen Land) kneifen. Eine atomare Komplicenschaft der Supermächte, in Friedenszeiten angelegt durch Abmachungen über die strategischen Waffen, im Krieg perfektioniert durch schlichtes Stillhalten. Amerikanische Atomwaffen, die von Europa aus die Sowjetunion bedrohen, würden, so die Logik der antiamerikanischen Nachrüstungsbefürworter, der Schutz- und Führungsmacht den Ausweg aus der selbstzerstörerischen Verantwortung verlegen. Die Abkopplungsneurotiker verkennen jedoch völlig, daß keine Entwicklung militärischer Auseinandersetzungen in Europa denkbar ist, die den Großmächten nicht genug Zeit ließe, sich zu arrangieren; es sei denn, die eine oder andere wollte die Kraftprobe unbedingt riskieren. Aber dann wäre Europa oder das, was von ihm übrigbleibt, ohnehin eine quantité negligeable.

Ein dritter Grund für den Doppelbeschluß mit eindeutiger Priorität auf dem Rüstungsteil wird von NATO- und Regierungspolitikern nur unwillig eingeräumt. Er basiert auf der Erkenntnis, daß die Skala der Waffenarten, die für die NATO-Doktrin der flexible response notwendig wären, lückenhaft ist. Und zwar vor allem in dem Bereich atomarer Mittelstreckenwaffen, die im sogenannten Nachrüstungsbeschluß vorgesehen sind. Die vorhandenen Waffen sind entweder zu verwundbar geworden (Flugzeuge) oder zu ungenau (U-Boot-Raketen), oder sie reichen nicht weit genug, um die von den USA vorgegebene Zielplanung (Presidential Directive 59) praktikabel zu machen (PERSHING IA, LANCE). In diesem Zusammenhang bieten die NATO-Nachrüstungspläne, die sich ja nicht allein in dem Beschluß von 1979 dokumentieren, zusätzliche Rätsel. Die Staats- und Regierungschefs der Allianz hatten nämlich bereits im Mai 1978 in Washington ein Langfristiges Verteidigungsprogramm (LTDP, long term defence program) beschlossen, das in seinem Teil 10 eine Modernisierung der in Europa stationierten Atomwaffen ausdrücklich vorsieht. Was sich im einzelnen dahinter verbirgt, warum das Nachrüstungskonzept nicht ohne Aufhebens in dieses LTDP integriert wurde, ist bislang nicht zu erklären. Allerdings zeigt das

Nebeneinander von geheimen und offenen atomaren Rüstungsplänen, daß die verantwortlichen Politiker den Kontakt zu großen Gruppen der sie tragenden Parteien und der Bevölkerung schon damals verloren hatten.
»Ausreichende und richtige Mittel bereitzustellen«, mit denen wir an »unserer unverändert richtigen Strategie« festhalten können, hatte Helmut Schmidt im Herbst 1977 gefordert. Diese Forderung stellt die Frage nach der Richtigkeit dieser Strategie, die er, so sei dem damaligen Bundeskanzler mit Respekt unterstellt, ja nicht allein nach militärischen Maßstäben beurteilt haben wird.
Diese letzte hier angeführte Begründung für die Londoner Rede Schmidts und ihre Folgen leitet über in eine Politik, in der sich Wissen und Glauben ununterscheidbar vermischen. Sie knüpft an das Harmel-Konzept von 1967 an, nach dem Sicherheitspolitik aus einer Kombination von Verteidigungsvorsorge und Entspannungsbemühen besteht. Wie aber war der Zustand dieser Politik im Herbst 1977? Die Entspannung war nach der Unterzeichnung der KSZE-Schlußakte steckengeblieben, und die Verteidigungsvorsorge basierte nach wie vor auf dem Schema der massiven Vergeltung (massive retaliation); die Ablösung durch die flexible response seit 1967 in konsequenter Verwirklichung des Harmel-Konzeptes war aus den unterschiedlichsten Gründen, die Stoff enthalten für mehrere Dissertationen, nicht erfolgt. Als Beleg dafür sei noch einmal Johannes Steinhoff zitiert, der die Entwicklung in seinen letzten Berufsjahren aus der gehobenen Warte des Vorsitzenden des NATO-Militärausschusses beobachten konnte:

»Immer noch wirkt bei der Planung und dem Ablauf der Übungen die Strategie der massiven Vergeltung nach. Sobald im Verlauf der Übung die nukleare Schwelle überschritten wurde, begann ein nuklearer Schlagabtausch nach der Methode ›wie du mir, so ich dir‹. Das Schlachtfeld wurde zum nuklearen Übungsgebiet im eng begrenzten geographischen Rahmen. Da aber die Sprengkraft der nuklearen Pershings [gemeint sind die bereits einsatzbereiten PERSHING IA, mit denen auch die Bundeswehr ausgerüstet ist] und Lance immer noch ein Vielfaches der Sprengwirkung der Hiroshima-Bombe beträgt, muß im Sinne der erwünschten Abschreckung diese übersteigerte Zerstörungskraft als ›massiv‹ bezeichnet werden. Die Zweifel, ob diese Waffen beim Einsatz beherrschbar sind, zwingen zur Revision des Einsatzkonzeptes des nuklearen Inventars.«
Und an anderer Stelle: »Es gibt keine logische Notwendigkeit, die gegenwärtige nukleare Struktur, was Quantität und Qualität betrifft, unverändert zu behalten. Zu sehr ist sie der Vorstellung verhaftet, daß ein taktischer oder taktisch-strategischer Nuklearkrieg ›führbar‹ sei.«

Helmut Schmidt würde in Kenntnis des Buches einwenden können, daß Steinhoff ebenfalls gefordert habe, »die Abschreckung durch die Eskalationsfähigkeit bis zur obersten – oder strategischen – Stufe sichtbar und glaubwürdig demonstrieren zu können«. Und daß die letztlich von ihm initiierten 572 neuen Nachrüstungswaffen diesen Demonstrationseffekt sichtbar und glaubwürdig machen würden. Tatsache ist jedoch, daß die PERSHING II und CRUISE MISSILES lediglich dieselbe Zahl bereits vorhande-

ner Waffensysteme ersetzen sollen; die »Anhäufung von 7000 Sprengköpfen«, die Steinhoff kritisiert, bliebe also erhalten und ließe den Widerspruch mithin unaufgelöst. Dabei kann der inzwischen erfolgte Abzug von eintausend veralteten Sprengköpfen außer Betracht bleiben. Was also heißt »unverändert richtige Strategie«?

In den USA ist es selbstverständlich, daß die jeweils gültige Strategie ständig diskutiert oder auch infragegestellt, keinesfalls aber als unverändert – unveränderbar? – richtig hingenommen wird. Im Gegensatz vor allem zu den westdeutschen Politikern und Experten aller Art, die schon jede Strategiediskussion mit größter Skepsis verfolgen, jede Absage an die einmal beschlossene Strategie gar wie Teufelswerk verurteilen. Der rüde Umgang mit Kritikern der Strategie wie Gert Bastian oder Alfred Mechtersheimer zeigt das auf drastische Weise.

Ob dieses Verhalten mehr durch die Ohnmacht gegenüber den USA geprägt ist oder durch das Mißtrauen gegenüber der amerikanischen Bereitschaft, für Europa notfalls die Zerstörung des eigenen Landes zu riskieren, wird sich kaum herausfinden lassen. Gleichermaßen unbestimmbar bleibt, ob das Mißtrauen begründet oder eingebildet, die Ohnmacht total oder – wie die erste Hälfte der 70er Jahre zu belegen scheint – zumindest partiell überwindbar ist. Die sozialliberalen Bundesregierungen haben ihre sicherheitspolitischen Handlungsmöglichkeiten nie ernsthaft erprobt. Die Ostverträge waren längst überfällige Maßnahmen. Es wäre zur Wahrnehmung deutscher (und europäischer) Interessen vielmehr zwingend geboten gewesen, diese politischen Absprachen durch militärische Vereinbarungen zu ergänzen und damit abzusichern. Das aber hätte eine Revision der laut Schmidt »unverändert richtigen Strategie« unvermeidbar werden lassen. Durfte diese Revision nicht vorgenommen werden, oder wollte Schmidt sie nicht?

Trotz des anfänglichen Zögerns von Carter, nachzurüsten, gibt es keinen Zweifel daran, daß die geplanten neuen Atomwaffen exakt in die amerikanische Konzeption eines Krieges passen, die auch nach dem Einsatz von Atomwaffen die Begrenzbarkeit des Krieges für möglich hält. Ronald Reagan hat später nur ausgesprochen, was die Militärbürokratie der USA längst vorgedacht hatte. Für Carter war das, gut ein Jahr nach der Rede Schmidts in London, der Grund, die sogenannte Nachrüstung zu akzeptieren und durchzusetzen.

Was nämlich offiziell gern unterschlagen wird: Die ›flexible response‹, die angebliche Verteidigungsdoktrin der NATO, ist in Wirklichkeit nicht nur eine »amerikanische Strategie«, wie der Ebenhausener Wissenschaftler K. Peter Stratmann in seiner Untersuchung *NATO-Strategie in der Krise?* belegt, sondern sie ist zugleich die Grundlage für die Theorie vom begrenzbaren Atomkrieg. In diesem Zusammenhang ist die Nachrüstung aus amerikanischer Sicht konsequent, nicht aber aus europäischer, geschweige denn

aus deutscher. Und tatsächlich ist es so, daß die Allianz im Dezember 1979 keine Nachrüstung der NATO beschlossen hat, sondern eine Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa unter ausschließlich amerikanischer Verfügungsgewalt in Frieden und Krieg zur Komplettierung einer der Bundesrepublik von den USA »aufgezwungenen« (Stratmann) Strategie. Der sozialdemokratische Sicherheitsexperte und Professor an der Bundeswehrhochschule München Klaus von Schubert folgert denn auch konsequent:

»Wenn schließlich die Drohpotentiale zum Zwecke der lückenlosen Abschreckung so verfeinert werden, daß die Kriegführung begrenzter Größenordnung möglich erscheint, dann sind Regional- oder Stellvertreterkriege vorstellbar, die von den am Krieg beteiligten Nuklearmächten einverständlich im Waffengebrauch nach oben begrenzt werden. Abschreckung wäre dann nur noch für strategische Waffen, die das jeweilige Mutterland der Führungsmacht verwüsten können, wirksam.« Für Schubert verbirgt sich darum hinter der Nachrüstungsdebatte »die gegenwärtige Sicherheitsproblematik der Europäer in all ihren Dimensionen, der rüstungspolitischen wie der rüstungskontrollpolitischen, der militärstrategischen, der militärgeographischen, der ökonomischen und der ökologischen« (in: *Bedingungen des Überlebens*).

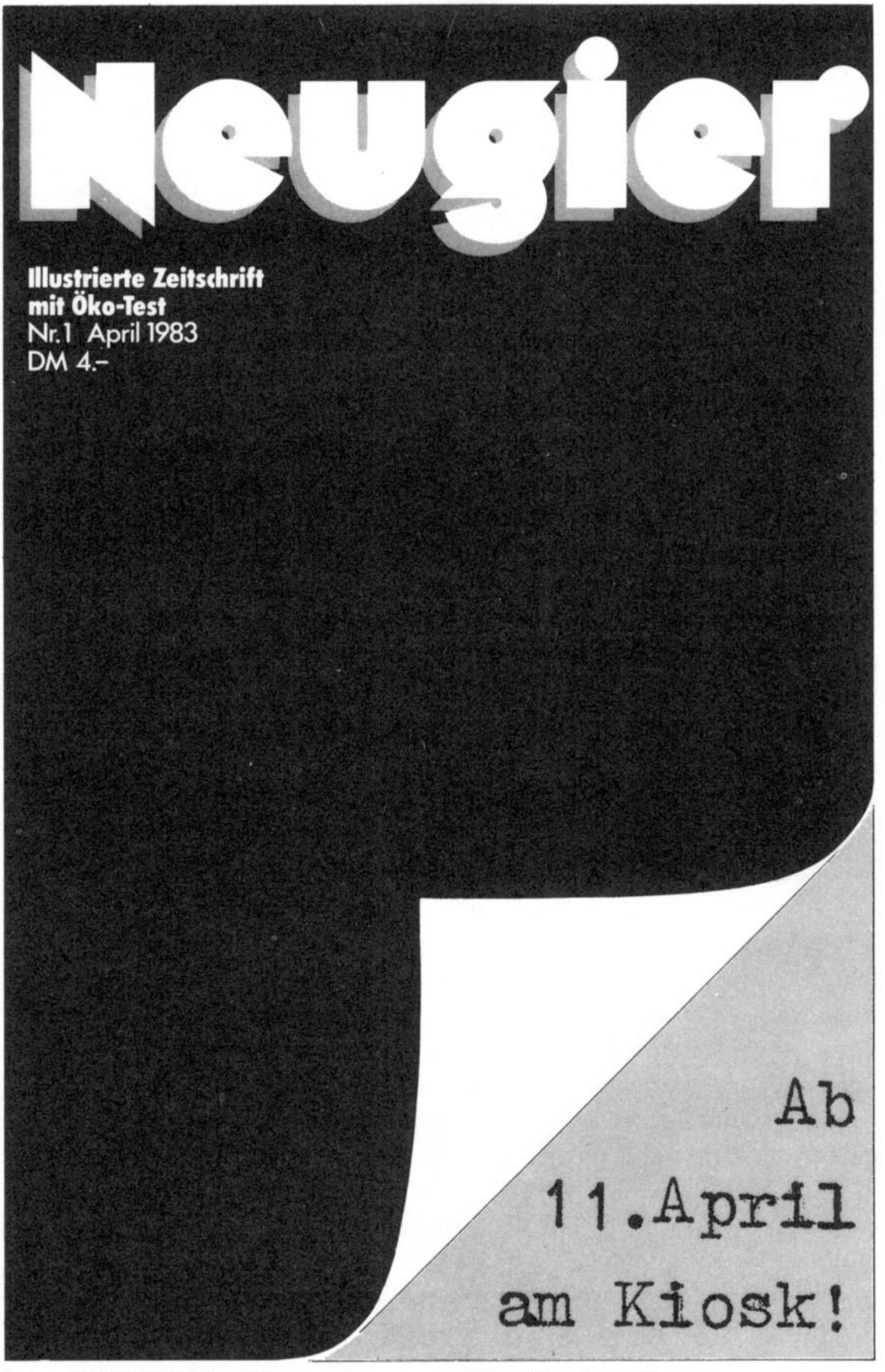
Galt in der zweiten Hälfte der 70er Jahre nicht mehr, was die Vertragspolitik in der ersten Hälfte dieses Jahrzehnts geprägt hat: die Einsicht, daß eine Politik der Friedensbewahrung auf Dauer unvereinbar ist mit einer Strategie, die eine begrenzte, ja eine siegreiche atomare Kriegführung mit einschließt? Im Mai 1972 haben die damaligen Repräsentanten der beiden Großmächte, Richard Nixon und Leonid Breschnew, in einer Grundsatzerklärung festgestellt: »Sie gehen von der gemeinsamen Entschlossenheit aus, daß es im Atomzeitalter keine Alternative dazu gibt, ihre gegenseitigen Beziehungen auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz zu führen.« Diese Feststellung gilt auch dann, wenn der Begriff von der friedlichen Koexistenz eine aggressive Politik nicht ausschließt. Politik! Ausgeschlossen dagegen bleibt nach dieser Erklärung die militärische Konfrontation. (Die sowjetische Invasion in Afghanistan widerspricht dem ebensowenig, wie der US-Krieg in Vietnam Anfang der 70er Jahre die Entspannungsphase verhindern konnte.) Diese Einsicht, die gerade die Politik der Europäer und insbesondere der Deutschen bestimmen sollte, scheint jedoch weitgehend in Vergessenheit geraten zu sein. Wie kann man darum in Zukunft einem erklärtermaßen um die uneingeschränkte Gunst der USA werbenden Helmut Kohl übelnehmen, was dem angeblichen Realpolitiker Helmut Schmidt selbstverständlich erschien in Verfolgung »unserer unverändert richtigen Strategie«? Der Bundeskanzler Schmidt hat zu Zeiten Jimmy Carters zu oft die Führungsrolle der USA im Bündnis reklamiert, als daß er bei einem Ronald Reagan, der selbst Freunden gegenüber das Faustrecht der Prärie als Maxime in die Politik übertragen hat, ernsthaft zu viel Führung hätte kritisieren können. »Gut gemeint« im Jahre 1977 hat sich sechs Jahre später als das Gegenteil von Politik erwiesen. Diese Einsicht könnte Helmut Schmidt

veranlaßt haben, aus mehr als nur aus gesundheitlichen Gründen von einer neuen Kanzlerkandidatur Abstand zu nehmen.
Schmidt war schon sicherheitspolitischer Experte seiner Partei, als andere noch beim Bau waren oder sich von Pferden treten ließen. Mit sicherheitspolitischen Einsichten, daß zum Beispiel Atomraketen besser in Alaska, keinesfalls aber im dichtbesiedelten Europa als Zielscheiben gegnerischer Raketen stationiert werden dürften, die er als mitverantwortlicher Regierungschef des NATO-Doppelbeschlusses nicht mehr öffentlich bekennen wollte. Und mit selbstgewählten Nachfolgern, die das Kind gern mit dem Badewasser ausschütteten, das sie ihm nicht reichen konnten. Der Soldatenpräsident Georg Leber ließ der Bundeswehr Rüstungen verordnen wie einst der Republik Autobahnen. Und im Mißtrauen gegenüber den Sowjets wollte Leber sich von Vize Genscher nicht übertreffen lassen. Und der weiße Jahrgang (und aus hamburgischer Tradition ordensallergische) Hans Apel hatte schließlich nicht mehr zu bieten als militäreigene Orden- und Ehrenzeichen, weil doch so viele verdiente Leute in der Bundeswehr mit Bundesverdienstkreuzen nicht abgedeckt werden konnten. Der finanzielle Raubbau an Steuergeldern, den sein Vorgänger mit seiner Rüstungskonzeption begangen hatte, ließ ihm denn auch gar keine Wahl.
Reduziert man die Betrachtung auf individuelle menschliche Beweggründe: Wie hätte Georg Leber in seiner Amtszeit ein Abkommen bei MBFR energisch fördern können, das nicht nur seine Bundeswehr verkleinert, sondern auch sein Rüstungs-Runderneuerungsprogramm konterkariert hätte? Aus dieser Frage ergibt sich die naheliegende Antwort, daß natürliche Verbündete nicht Leber und Schmidt, sondern Leber und Genscher waren, der einen bei MBFR triumphierenden Kanzler aus partei- (und wende-?)taktischen Gründen schon damals nicht dulden konnte. Daß Schmidt seinen Vize gewähren ließ, daß er ihn nicht deckelte, wie das sein Nachfolger Kohl heute tut, läßt sich mit koalitionspolitischer Rücksichtnahme allein nicht mehr verständlich machen. Ob sein Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion schließlich doch stärker war als das von ihm immer wieder propagierte Modell von der Sicherheitspartnerschaft?
Hans Apel, Schmidts zweiter Verteidigungsminister, beschränkte sich darauf, das in zweifacher Hinsicht magere Erbe zu verwalten. Wie im finanziellen, so waren auch im politischen Bereich die Grenzen eng gezogen. Ob Apel tatsächlich keinen Spielraum hatte oder ob es ihm auch an einer sicherheitspolitischen Konzeption fehlte, ist für das Ergebnis ohne Bedeutung. Bei der Nachrüstungsdebatte auf dem Berliner Parteitag 1979 verstieg sich Apel auf die selbstgestellte Frage, worum es gehe, zu dem entlarvenden Satz: »Es geht um die Bewahrung des Gleichgewichts als dem allein verläßlichen Fundament einer auf Entspannung gerichteten Friedenspolitik.«
Das Streben nach Gleichgewicht, der Glaube an ein angeblich allein verläß-

liches militärisches Fundament waren und sind die fatale Grundlage deutscher, auch sozialdemokratisch verantworteter Sicherheitspolitik. In strammer Solidarität mit den Partnern im Bündnis, vor allem den USA. Diese Grundlage erlaubt es einer christdemokratisch geführten Bundesregierung, an die Sicherheitspolitik der Sozialdemokraten nahtlos anzuknüpfen. Auch ohne Genscher. Der Götze vom militärischen Gleichgewicht hat den Blick dafür verstellt, daß eine militärische Friedenssicherung auf Dauer eine Friedenspolitik aushöhlt, nicht festigt. Von den zunehmend sichtbarer werdenden Korrosionsschäden einmal abgesehen, die das Wettrüsten an den Fundamenten der inneren Sicherheit bereits anrichtet, national und im Rahmen der Bündnisse: Im Verhältnis der Bündnisse zueinander hält sie das Mißtrauen nicht nur wach, sondern verstärkt es.

Es muß dabei zur Kenntnis genommen werden, daß alle Regierungen in West und Ost die Fähigkeit zur militärischen Verteidigung als ein wesentliches Element ihrer Sicherheitspolitik betrachten; es ist im gegenwärtigen Stadium darum illusionär und unpolitisch, das Heil in einer einseitigen oder allgemeinen Entmilitarisierung zu suchen. Um so wichtiger aber ist es, darauf zu achten, daß das militärische Element nicht zur unüberwindbaren Barriere für die politische Friedenssicherung wird.

Man kann darüber streiten, ob dieser Zustand schon erreicht ist. Man kann aber nicht darüber streiten, daß es sozialdemokratisch geführte Bundesregierungen in dreizehn Jahren nicht vermocht haben, diese gefährliche Entwicklung aufzuhalten. Nicht mehr, aber auch nicht weniger hätten sie leisten müssen.




Falls NEUGIER am Kiosk schon ausverkauft sein sollte:
Einzelheftbestellung durch Vorausüberweisung von 4 DM
auf das Postscheckkonto des Neugier Verlags:
Postscheckamt Berlin-West (BLZ 100 100 10) Nr. 575 25 — 109.

# Helmut Kerscher
# Kurzer Prozeß – das Recht in der Krise

## *1. Haushaltsordnung statt Freiheit und Gleichheit*

Angefeuert von einer eilfertigen Exekutive, assistiert von hohen und höchsten Richtern, unterstützt von Teilen der Wissenschaft hat in der Republik ein Paradigmawechsel stattgefunden. Seit der Endzeit der sozialliberalen Koalition prägen nicht mehr hehre Ziele wie Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Schutz der Schwachen und Minderheiten die Rechtspolitik der drei Staatsgewalten. Anders als in den 60er und 70er Jahren wird am Recht und auf Kosten des Rechts gespart. Abgebaut wird der Schutz von Bürgerrechten vor dem Staat und durch den Staat. Und das geschieht justament in einer Krisensituation, in der immer mehr Menschen auf Rechtsschutz angewiesen sind. Bei dieser Gelegenheit werden auch gleich die Gewichte der Staatsgewalten verlagert: Die Macht der in Maßen unabhängigen, nicht selten unbequemen Justiz wird allerorten (und oft mit deren Einverständnis) zugunsten der politisch abhängigen Verwaltung beschnitten. Mit wohlfeilen Kostenargumenten wird der Wegweiser ›Zum sozialen Rechtsstaat‹ ausgetauscht durch das Schild ›Zurück zum starken Staat‹, nachdem sich die sozialökonomischen Bedingungen verschlechtert haben.

Das Stichwort heißt Justizbelastung. Beklagt werden ›Normenflut‹ und ›Prozeßwut‹, steigender Geschäftsanfall bei den Gerichten und lange Verfahrensdauer. Von der ›knappen Ressource Recht‹ ist landauf, landab die Rede, vom ›Gut der Rechtsgewährung‹, das zu rationieren (!) sei.

Schon 1979 forderte der oberste Verfassungshüter der Republik, Ernst Benda, man müsse neben den bisherigen Leitprinzipien größtmöglicher Gerechtigkeit und Rechtssicherheit das Prinzip einer möglichst gerechten Zuteilung der nicht unbegrenzten Rechtsfindungsressourcen betrachten. Über ›Bewirtschaftung der Rechtsgewährung‹ wird diskutiert, über die Reduzierung des Rechtsschutzes auf das ökonomisch Machbare oder unbedingt Notwendige.

In der Wirtschaftskrise ist das Recht gefordert und gerät prompt selbst in die Krise. Man kann das an Gesetzen ablesen, an Gerichtsurteilen, an Verwaltungsentscheidungen und -vorbereitungen, an politischen Absichtserklärungen. Ordnung (der Staatsfinanzen) statt Freiheit und Gleichheit heißt die neue Parole – im Datenschutz, Kündigungsschutz (von Mietern und Arbeitnehmern), im Aufenthaltsschutz (Asyl- und Ausländerrecht), fast im gesam-

ten Prozeßrecht (dem Transformator verbürgter Rechte). Das ist nicht die unabweisbare Rettungsaktion angesichts einer Naturkatastrophe. Das ist eine Frage der Axiome. Müßte die Herausforderung durch die Krise nicht gerade zu einer weiteren qualitativen und quantitativen Verbesserung des Angebots an Rechtsschutz führen? Kann denn in Zeiten schlechterer Wirtschaftsdaten das Ziel der Umsetzung formaler Rechtsgleichheit in inhaltliche Chancengleichheit aufgegeben werden? Darf es wirklich noch ein bißchen weniger (justitieller) Gerechtigkeit sein, wenn zunehmende materielle Ungerechtigkeiten die Nachfrage nach Rechtsschutz steigern?
In der Wirtschaftspolitik wird angebotsorientiert gehandelt (Motto: weniger Staat). In der Rechtspolitik, wo die Nachfrage als Folge dieser Ökonomie zwangsläufig steigt, zieht der Staat in großen Bereichen sein Angebot zurück, baut sich dafür im bürgerlichen Freiheitsraum stark auf (Demonstrationsrecht, Polizeiapparat). Nur hier wird nicht gespart. Im ›Servicebereich der Justiz‹, den Gerichten, wird mit Kosten der – ohnehin traditionell bescheidenen – Fachetats argumentiert, wird die Justiz in Abhängigkeit von den wirtschaftlichen Bedingungen instrumentalisiert. Die Exekutive exekutiert »Sachzwänge«, verweigert auch dort eine bessere personelle Ausstattung (bei großer Auswahl an Juristen), wo Arbeitnehmer, Verbraucher, Mieter in Massen nach Schutz verlangen.
Das wiederum treibt überlastete Richter zwar nicht gleich standeswidrig auf die Barrikaden, aber doch schon gelegentlich zum standesadäquaten Mittel der Petition. Viele gehen bis an die Grenzen ihrer Leistungs- und Leidensfähigkeit. Andere beugen sich präventiv der politischen Herrschaft, nehmen repressive Maßnahmen des Gesetzgebers vorweg und bitten gar – welch paradoxe Richterrolle! – die Politiker um Kürzung der Rechtswege und Beschneidung von Bürgerrechten, zur Rettung der eigenen Haut. Solch Rufen aus Richtermund ist Politikern und Bürokraten noch allemal willkommen gewesen. So war es etwa 1932, als der Preußische Richterverein mit Ersparnisvorschlägen zum Strafprozeß aufwartete. Und so kam es 1982, als sich Politiker – gegen den Widerstand von Kirchen und humanitären Organisationen – zu einer brutalen Beschneidung des Asylrechts hergaben. Hier sollte wohl exemplarisch die ›Schlagkraft der Justiz‹ unseligen Angedenkens erhöht werden.

### *2. Letztes Vorwärtssignal und ein Rückwärtssalto*

Aus der in Rollendenken und Gruppenegoismen erstarrten Rechtspflege kamen zur gleichen Zeit aber auch positive Anstöße. Vor allem aus den Reihen eines Berufsstandes, dessen Interessen sich glücklicherweise zu einem großen Teil mit denen der Rechtsuchenden decken: der Rechtsanwälte. Nicht zufällig begab es sich noch im Frühjahr 1981 auf dem Anwaltstag in

Mainz, daß der eben installierte SPD-Bundesjustizminister Jürgen Schmude ein bemerkenswertes Vorwärts-Signal aussandte: Das Drei-Klassen-Strafrecht vor Gericht (mit Wahlverteidiger, mit Pflichtverteidiger, ohne Verteidiger) sollte durch Ausdehnung der Prozeßkostenhilfe für Einkommensschwache auf die Strafverteidigung abgeschafft werden.

Immerhin waren wenige Monate vorher das Beratungshilfegesetz und das Gesetz über Prozeßkostenhilfe als letzte staatliche Leistungsgesetze vor der großen Krise in Kraft getreten. (Das ähnlich bürgerfreundliche, wenngleich stark verwässerte Staatshaftungsgesetz vom 1. Januar 1982 hatte das Bundesverfassungsgericht am 19. Oktober 1982 für nichtig erklärt.) Dadurch hatten sich die Voraussetzungen für rechtsuchende Bürger mit geringen Einkommen deutlich gebessert: Qualifizierte Rechtsberatung mußte nicht mehr am Geld scheitern, aus dem wilhelminischen Armenrecht von 1877 wurde ein halbwegs komfortabler Anspruch auf Prozeßkostenhilfe. Ausgerechnet im Strafverfahren, in dem der einzelne dem Staat mit dessen ganzer Strafgewalt allein gegenübersteht, blieb es in der Masse der Verfahren eine Kostenfrage, ob ein Verteidiger mithelfen durfte. Was Wunder, daß in dieser wahrlich unausgewogenen Situation der sozialdemokratische Justizminister Heinemannscher Schule in seinem Grußwort am 28. Mai 1981 an erster Stelle seiner programmatischen Ausführungen das Bemühen um mehr soziale Gerechtigkeit im Recht der Strafverteidigung nannte: »Außerhalb der notwendigen Verteidigung wird der finanziell schwache Bürger häufig auf den Beistand eines Verteidigers verzichten, den der Begüterte sich leistet. Im Bereich der notwendigen Verteidigung kann der Begüterte den Verteidiger frei wählen. Der weniger Betuchte hat ein solches Wahlrecht nicht. Er bleibt zudem im Falle der Verurteilung mit den Kosten der Verteidigung belastet.«

Was aber folgte? Erst einmal lange nichts, außer der Versicherung, der Entwurf sei »vordringlich und entscheidungsreif«. Und dann, im August 1982, mußte Schmude einen plakativen Beweis der Wende in Sachen ›Gerechtigkeit contra Kosten‹ liefern. Schmude, zur ›Unzeit‹ (ein gern gebrauchter Krisen-Euphemismus) als Reformer angetreten, konnte sich nicht durchsetzen. Er mußte eingestehen, sein Vorhaben gehöre angesichts der Haushaltssituation »zu den Dingen, die man zurückstellen muß«. Das war kein opportunistischer Rückwärtssalto, sondern die von anderen erzwungene Bankrotterklärung einer sozialstaatlich orientierten liberalen Rechtspolitik.

Noch in den letzten Tagen seiner Amtszeit, Ende September 1982, hatte Schmude einen gemeinsam mit der »alten« FDP ausgearbeiteten Entwurf zur Lockerung des Kontaktsperregesetzes von 1977 auf den Weg gebracht. Ein Stückwerk war es nur, mehr liberaler Optik als rechtsstaatlicher Qualität dienend, aber immerhin doch ein allerletztes Signal einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung. Dem gewiß nicht sozialistisch angehauchten Deutschen Anwaltverein blieb es dann vorbehalten, im Dezember 1982 den verschiedenen Parteientwürfen zum Kontaktsperregesetz die rechtsstaatlich einzig konsequente Forderung entgegenzusetzen: Abschaffung des während der Schleyer-Entführung durchgepeitschten Gesetzes.

### *3. Das Entsetzen der Strafverteidiger über das ›Horrorpapier‹*

Schmude hat als einer der ganz wenigen Politiker in den letzten Jahren noch einmal den Versuch gewagt, etwas für den Rechtsschutz der Schwachen zu tun. Aber der konservative Roll-back war während seiner Ägide längst in

Gang. Gebündelt fand sich diese in der Nachkriegsrepublik beispiellose Bewegung im Frühjahr 1982 in einem 300-Seiten-Papier mit dem Titel »Vorschläge zu gesetzlichen Maßnahmen zur Entlastung der Gerichte und Staatsanwaltschaften in der Strafgerichtsbarkeit«. Entsprechend einem Sparbeschluß der Justizminister und -senatoren vom 1./2. Oktober 1981 in Celle hatten die Fachreferenten ihre Hausaufgaben abgeliefert. Das Arbeitspapier mit dem harmlosen Titel hatte es in sich.

Von der Reformbedürftigkeit der Strafjustiz selbst war in dieser bald als ›Horrorpapier‹ apostrophierten Liste nicht die Rede. Nach der Devise ›Entlastung und Kostenersparnis‹ sollten da allein auf Kosten der Bürger den Richtern und Staatsanwälten umfassende Verfahrensrechte zugeschanzt werden. Der Mythos von der ›Waffengleichheit im Strafprozeß‹ stand vor der endgültigen Zerstörung.

So sollte nichts Geringeres als das Beweisantragsrecht des Beschuldigten, wirksamstes Verteidigungsmittel im modernen Strafprozeß, ausradiert werden – freilich nur bei den Amtsgerichten, aber dort werden fast 98 Prozent aller Verhandlungen ausgetragen. Der Vorstand des Deutschen Richterbunds zeigte sich erfreut über die in Aussicht gestellten Freiheiten (für die Richter). Keineswegs bedeute das eine substantielle Beeinträchtigung der Rechtsposition der anderen Verfahrensbeteiligten, denn: »Ihnen bleibt nach wie vor das Recht, Beweiserhebungen bei Gericht anzuregen.« Das klingt reichlich zynisch, wenn man sich die Folgen einer bloßen ›Anregungsbefugnis‹ für die Praxis vorstellt. »Ach bitte, Herr Richter«, sagt demutsvoll der Verteidiger (wenn es denn einen gibt), »wollen Sie vielleicht doch noch den einen Zeugen anhören, der wirklich die Unschuld meines Mandanten beweisen kann.« Da könnte der Richter doch generös, ›im Rahmen pflichtgemäßen Ermessens‹, die Bitte bewilligen und müßte sich nicht mehr, wie nach jetziger Rechtslage, mit dem forschen »Ich beantrage« des Verteidigers herumquälen. Ohnehin ließe sich mit hartnäckigen Angeklagten und ihren Verteidigern ganz anders umspringen, wenn man ihnen – wie vorgeschlagen – einfach das Wort entziehen könnte beziehungsweise gar nicht erst erteilen müßte.

Der »kurze Prozeß« wäre zu machen, befürchtete da ganz richtig die Bundesrechtsanwaltskammer und schrieb: »Es gibt keine Belastung der Richter oder Staatsanwälte, die dies sollte erzwingen können, und erst recht keine Berufung auf Geldmangel.« Auch der Deutsche Anwaltverein wollte sich mit dem neuen Prinzip der ›sparsamen Wahrheitsfindung‹ nicht anfreunden. Er monierte: »Ein so motiviertes Beschleunigungsprogramm negiert die verfassungsrechtlichen Bindungen des Strafverfahrensrechts und stellt es unter den Vorrang der Haushaltspolitik.«

Die Strafverteidiger, ansonsten ein zerstrittenes Völkchen verschiedenster Couleur, führten sich auf wie ADAC und ACE beim Staatsangriff auf Autofahrer-Rechte (so kurz vorher geschehen nach Vorlage eines Bonner Entwurfs zum Ordnungswidrigkeitengesetz, der unter anderem die Einführung einer kostengünstigen ›summarischen Gerechtigkeit‹ anstelle der herkömmlichen Einzelfallgerechtigkeit favorisierte). Sie sammelten sich, schleuderten – ganz advocati populi – Wortblitze gegen »diesen Weg in den Unrechtsstaat« und verglichen die Vorschläge frech mit ähnlich staatsfrommen »Re-

formen« aus den 30er und 40er Jahren. Plötzlich kannten sie keine Parteien mehr, nahmen allesamt Partei für das Millionenheer der Beschuldigten. Systemkritisch argwöhnten sie, hier werde »nur ein tagespolitischer Sachzwang (leere Kassen im Staatshaushalt) zum Anlaß für tiefgreifende Veränderungen im Strafverfahren genommen«, Veränderungen, die unverhüllt ganz ausschließlich zu Lasten von Beschuldigtenrechten gingen. Sie verwiesen darauf, daß das Strafprozeßrecht schon immer ein Seismograph für die in einem Staat geltenden bürgerlichen Freiheitsrechte gewesen sei (was ja auch diesmal wieder stimmte), und sie beklagten, daß der Beschuldigte samt Verteidiger nur als »ein lästiges und kostentreibendes, insbesondere aber zeitraubendes Objekt« betrachtet wurde. Gerade so, als sei die »Verbesserung des justizbetrieblichen Outputs zum zentralen Anliegen« im Kostenhier-Wahrheit-dort-Denken geworden.
Ganz nebenbei: Nicht nur die Motive, sondern auch die Ziele der Vorschläge waren von obrigkeitsstaatlichem Geist inspiriert. So brächte etwa die vorgeschlagene Abschaffung der Sprungrevision gerade keine Beschleunigung des Strafverfahrens, sondern zuvörderst weniger Sorgfaltspflichten für den Richter. Gerade diese Forderung schleppte sich aber auch noch bis in den wesentlich abgemilderten Referenten-Entwurf hinein, den das Bundesjustizministerium am 30. September 1982 vorlegte (womit die Vorschläge aus dem ›Horrorpapier‹ keineswegs gestorben sind).

### *4. Rechtmittel – Sand im Justizgetriebe*

Freilich konnten drastische Einschränkungen von Rechtsmitteln in bürokratischen Vorschlägen zu einer Justizreform nicht fehlen. Denn dieses Sparrezept aus der Giftküche der Realpolitiker gehörte seit Jahren zum Standardrepertoire jeden Lamentos über die ach so unerträgliche Justizbelastung und/oder die Macht der Justiz (letzteres vor allem, wenn Verwaltungsrichter in Sachen Flughäfen, Atomkraftwerke oder Demonstrationen wieder einmal nicht im Sinn der politischen Herrschaft entschieden hatten). Zwar wird niemand ernsthaft bestreiten wollen, daß der klassische Rechtsweg mit zwei Tatsacheninstanzen (Erstinstanz und Berufungsgericht) und einem Revisionsgericht am besten geeignet ist, eine gerechte Entscheidung herbeizuführen. Aber die Klage über die unbeliebten Rechtsmittel hat immerhin einen starken Kronzeugen: den Buchhalter.
Natürlich belastet es die Justiz, wenn sie ständig ihre eigenen Entscheidungen kontrollieren muß. Hoch im Kurs stehen deshalb die Rechtsmittel, die von einer Zulassung durch das urteilende Gericht (!) oder das höhere Gericht abhängig sind. Wo es Zulassungsberufung oder -revision noch nicht gibt, werden sie jedenfalls gefordert – etwa im gesellschaftspolitisch bedeutsamen »Entwurf einer Verwaltungsprozeßordnung«. Denn merke: (Ent-

scheidungs-)Kontrolle ist gut, Vertrauen aber in die Kontrollbereitschaft der Justiz ist, für diese jedenfalls, besser als der lästige Kontrollzwang. Dem wissen sich viele Gerichte zwar durch lapidare Formelbegründungen wie »offensichtlich unbegründet«, »keine grundsätzliche Bedeutung« oder »keine hinreichende Aussicht auf Erfolg« zu entziehen. Aber anfassen müssen die Richter die Akten immer noch – zumal beide Senate des Bundesverfassungsgerichts am 11. Juni 1980 mit Blick auf den Bundesgerichtshof erklärt haben, die Nichtannahme einer Revision aus Gründen der Arbeitsbelastung sei verfassungswidrig. Greuelgeschichten über den »Mißbrauch von Rechtsmitteln« sorgen in der Fachliteratur und in der Praktikerdiskussion für steten Druck auf das bestehende Rechtsmittelsystem.

So beruft sich der Präsident des Bundesgerichtshofs, Gerd Pfeiffer, in einem Aufsatz in der *Zeitschrift für Rechtspolitik* mit dem Titel »Knappe Ressource Recht« (Juni 1981) auf folgendes Beispiel: »R war als Frührentner bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse kostenlos krankenversichert. Einmal monatlich suchte er seinen Hausarzt auf, insbesondere bei Kopfweh nach reichlichem Alkohol- und Nikotingenuß. Er bekam jeweils ein Medikament verschrieben, das er mit Rezept in der Apotheke abholte. Dabei hatte er eine Deutsche Mark zu zahlen. Im Sozialleistungswesen bewandert, wußte R, daß die Krankenkasse in besonderen Härtefällen, vor allem, wenn laufend Arzneimittel benötigt werden, von der Zahlung befreien kann. R beschloß, sich diese Regelung und seine Erfahrungen aus früheren Prozessen um Arbeitslosengeld und Rente nutzbar zu machen, jedoch mit möglichst geringem Aufwand. Also schrieb er eine Postkarte an die AOK und beantragte Befreiung. Über seine wirtschaftlichen Verhältnisse könne sich die Kasse, so fügte er hinzu, beim Rentenversicherungsträger und beim Arbeitgeber seiner Ehefrau, wegen der verschriebenen Arzneimittel bei seinem Hausarzt erkundigen. Die AOK erfuhr von den genannten Stellen nach mehreren Mahnungen und Rückfragen, daß R monatlich 1000 DM Rente bezog, seine Ehefrau monatlich 1500 DM verdiente und R jeden Monat ein Medikament verordnet erhielt. Nach den Richtlinien, die von den Spitzenverbänden der Krankenkassen entwickelt worden sind, waren die Voraussetzungen eines Härtefalles nicht erfüllt. Die AOK lehnte die Befreiung durch Bescheid ab. R brachte daraufhin eine zweite Postkarte auf den Weg, mit der er Widerspruch einlegte. Diesen wies die AOK zurück. Mit einer dritten Postkarte klagte R beim Sozialgericht und legte, als dieses die Klage abwies, mit einer vierten Postkarte Berufung ein. Beides konnte leicht und ohne Risiko geschehen. Weder für die Klage noch für die Berufung bestand Vertretungs- oder Begründungszwang. Die Berufung war trotz des geringen Streitwerts nicht ausgeschlossen, das gesamte Verfahren gerichtskostenfrei. Auch wenn R verlor, brauchte er der AOK keine außergerichtlichen Kosten zu erstatten. Anfragen des Gerichts beantwortete er nicht. Den Terminen blieb er fern. In erster Instanz hatten ein Berufsrichter und zwei ehrenamtliche Richter, in der zweiten Instanz drei Berufsrichter und zwei ehrenamtliche Richter durch Urteil zu entscheiden. Die Kosten des R: 2 DM für Postkarten; der mögliche Nutzen des R: 1 DM je Monat. Und die Kosten der Gemeinschaft?«

Weit weniger gern gehört werden die zahllosen Fälle, in denen Gerichtsentscheidungen gerade dank Rechtsmitteln als falsch oder fehlerhaft aufgehoben werden (mit Beispielfällen ließe sich eine vielbändige Lose-Blatt-Ausgabe mühelos füllen). Das dient meist »nur« der Einzelfallgerechtigkeit, häufig der Einheit der Rechtsprechung – wobei mit der Höhe des Gerichts nicht immer die wohlverstandene »Staatsräson« (zum Beispiel im Sinn von

Staatsanwaltschaften, Verwaltungsbehörden oder auch Arbeitgebern) zunimmt. Es häufen sich allerdings gerade bei den Bundesgerichten die Fälle, in denen mehr zum Schutz des Staates (nicht nur des Fiskus) als zum Schutz vor dem Staat Recht gesprochen wird. Auch finden sich auf mittlerer Ebene regelmäßig Gerichte, die unbotmäßige Urteile der ersten Instanz wieder ins rechte Lot rücken (etwa bei der Rechtsprechung zum Stromzahlungsboykott, zu Hausbesetzungen oder zu Arbeitsplatzkündigungen). Vor allzuviel Ungemach durch unvernünftige Richter schützt sich der Staat ohnehin durch ein entsprechendes Beförderungssystem.

Dessen ungeachtet sind die Rechtsmittel aber nun einmal Sand im Justizgetriebe. Eben nicht nur, weil sie das Durchziehen eines Verfahrens bis zur Rechtskraft verzögern, sondern auch wegen der Unsicherheit, die mit jeder neuen richterlichen Entscheidung verbunden ist. Die Aufhebung eines Urteils ist da (fast) nie ganz auszuschließen. Das kostet – Gerechtigkeit hin, Wahrheit her – allemal Zeit und Geld, auch wenn dieses Risiko den Bürger viel mehr trifft als den Staat.

Behörden und Politiker zögern im Fall des Falles ihrerseits nicht, auf Kosten des Steuerzahlers Rechtsmittel bis zum Gehtnichtmehr auszuschöpfen, wenn ihnen die Richtung nicht paßt. So hat etwa die bayerische Kultusbürokratie einen ganz langen Atem, wenn sie Beamtenbewerber wider gerichtliche Urteile als »Verfassungsfeinde« nicht einstellen will. Aber auch in rein fiskalischen Prozessen praktizieren Behörden ungehemmt, was den Bürgern als Prozeßhanselei, Anspruchsmentalität oder mangelnde Kompromißbereitschaft angelastet wird: Beharren auf einem Rechtsstandpunkt ohne Rücksicht auf Vergleichsmöglichkeiten oder Rechtsmittelverzicht.

Der Staat weiß Rat: Rechtsmittel kürzen, abschaffen, wo immer es geht. So drängen Bayern und Baden-Württemberg mit Macht darauf, gerade für technische Großprojekte den Instanzenweg auf eine Tatsacheninstanz (Oberverwaltungsgericht) und eine Rechtsmittelinstanz (Bundesverwaltungsgericht) abzukürzen. Andererseits wollen dieselben Leute einen neuen Rechtsbehelf im Verwaltungsprozeß einführen. In den praxisrelevanten Eilverfahren gibt es nämlich eine Lücke – zum Nachteil der Behörden. Es gibt Fälle, in denen die Verwaltungsgerichte den sofortigen Vollzug von Verwaltungsakten untersagen können, ohne daß dagegen eine Beschwerde möglich ist. Das ist zwar nach einem Beschluß des Bundesverfassungsgerichts vom 19. Juni 1973 mit dem Grundgesetz vereinbar. Aber wieso sollen sich Behörden das eigentlich gefallen lassen, wo sie doch im Gegensatz zu den Bürgern ihre Lobby in Bundesrat und Bundestag haben?

Der hanebüchenste Vorschlag in Sachen Abbau bürgerlichen Rechtsschutzes kommt übrigens auch aus Baden-Württemberg, dem neuen Musterländle repressiver Rechtspolitik. Dort, wo seit dem 12. Januar 1982 friedliche Demonstranten fürs Weggetragenwerden mit Kostenrechnungen der Polizei bestraft werden sollen, wo gegen weniger friedliche Demonstranten eine Verschärfung des Strafrechts kreiert wurde (Wegfall des Antragserfor-

dernisses bei Sachbeschädigung) – dort soll auch bestraft werden, wer vor einem Urteil im Eilverfahren Rechtsschutz erwirkt.

Das hat sich im Frühjahr 1981 eine Land-Kommunen-Kommission unter Mitvorsitz des gelegentlich noch als liberal geltenden Stuttgarter Oberbürgermeisters Manfred Rommel so ausgedacht: Erstens sollen Rechtsbehelfe und Klagen gegen staatliche Baumaßnahmen keine aufschiebende Wirkung mehr haben – erst wird gebaut, dann nach der Rechtmäßigkeit geschaut (Lex Wyhl?). Zweitens wird für den Fall vorgesorgt, daß ein störrisches Verwaltungsgericht eine Baumaßnahme durch eine einstweilige Anordnung blockiert und erst im Hauptverfahren zu der Einsicht gelangt, die Behörde habe doch recht geplant. Den Schadensersatz sollen die Kläger zahlen – Privatleute oder Bürgerinitiativen.

Diesen Frontalangriff auf zentrale Verfassungswerte mochte das Kommissionsmitglied Manfred Bulling (CDU), Stuttgarter Regierungspräsident, nicht einmal zur Wahrung der Parteieinheit mittragen. Er beharrte auf einem bis dahin als unangefochten geltenden Verständnis des Grundgesetzes und verkündete deutlich, diese Kommissionsvorschläge seien verfassungswidrig. Bulling argumentierte mit einer Norm, um die auch hitzigste Rechtsmittel-Beschneider nicht ganz herumkommen.

Kann man juristisch die Rechtswege einfach schließen? Man kann, jedenfalls im Prinzip. In Artikel 19 Absatz 4 des Grundgesetzes steht ja nur: »Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen.«

»Rechtsweg« steht dort – diese Vokabel, die von halbherzigen Anhängern des Grundgesetzes oft in der verächtlich-diskriminierend gemeinten Bezeichnung »Rechtswegestaat« verwendet wird. Der Verfassungstext hört sich eigentlich ganz gut an. Das heißt doch wohl: Wenn jemanden ein Polizeiknüppel trifft (»öffentliche Gewalt«) und der Getroffene sich dadurch in seinen Rechten verletzt fühlt, kann er zum Gericht gehen. Und teilt das seine Gefühle nicht, gibt es eben noch ein weiteres Gericht (Rechtsweg).

Wer Rechtsweg so versteht, ist auf dem Holzweg. Nach Ansicht der juristischen Superinstanz »herrschende Meinung« (gebildet von Gerichten und Rechtswissenschaftlern) garantiert das Grundgesetz mit dieser Formulierung nur *eine* richterliche Entscheidung, nicht gleich einen veritablen Instanzenzug. Der Rechtsweg, hat das Bundesverfassungsgericht schon wiederholt gesagt, ist nur im Rahmen der jeweils geltenden Prozeßordnungen gewährleistet. Die aber lassen sich ändern. Und genau das geschieht in diesen Jahren. Denn Prozeßordnungen sind Gesetze. Und Gesetze sind geronnene Politik. Und Politik ist eine Frage des Wirtschaftens. Der Krisen-Zirkel schließt sich, um das Recht.

### *5. Minderheiten und deutsches Recht*

Sollten es ökonomische Umstände einmal angebracht erscheinen lassen, könnte man die Rechtsmittel wohl in toto abschaffen. Wer gegen einen ›Akt öffentlicher Gewalt‹ aufmuckt, wird mit der Entscheidung eines einzigen

Gerichts abgespeist. Mag es sich getäuscht haben oder getäuscht worden sein, mag es voreingenommen gewesen sein oder miserable Arbeit geleistet haben – basta, Bürger! Eine Apokalypse? Gewiß, für alle Rechtsgebiete hat diese Radikallösung des Kostenfaktors Justiz, soweit bekannt, noch niemand gefordert (am Ende wäre sonst ein großer Teil der 16 000 gut bezahlten Richter ohne Arbeit). Aber in einem Teilbereich, wo sich kaum jemand aufregt, ist mit der Zeit der Rat gekommen und gesetzlich in die Tat umgesetzt worden: im Asylrecht.

Dort haben die Bundestagsparteien in jahrelang vermißter Eintracht noch kurz vor der ›Wende‹ einen Coup gelandet: Seit dem 1. August 1982 können zahlreiche Asylverfahren mit dem Urteil *eines* Gerichts enden. Darüber wölbt sich dann bloß noch, wie Juristen zu sagen pflegen, der ›blaue Himmel‹. Rechtsmittel gegen solche Urteile gibt es nicht. Und das, obwohl Fehlurteile über politisch Verfolgte zu Folter und Tod im Heimatland führen können. Das wissen auch die Asylrichter. Auf sie, die der Gesetzgeber mit einem auch in anderen Teilen abstrusen Gesetz belastet hat, richten sich die Hoffnungen derer, die das Asylrecht noch ernst nehmen. Sehr viele werden das nicht mehr sein.

Hört man auf Politiker und ihnen ideologisch nahestehende Juristen, gibt es offenbar ohnehin schon mehr Asylbewerber – vulgo: Scheinasylanten oder Wirtschaftsflüchtlinge – als deutsche Asylrechtshüter. Nachdem man die Asylbewerber mit demagogischen Zahlenspielen und Diffamierungskampagnen erst einmal zu Sündenböcken der Nation erklärt hatte, wurden diese fast lobbylosen Menschen eine leichte Beute für Bürokraten und deren Handlanger in den Parlamenten.

Schon 1980 hatte die Asylbewerber ein Gesetz getroffen, das unter anderem mit der Einführung einer Visumspflicht für politisch Verfolgte (!) aus Afghanistan, Äthiopien und Sri Lanka nur noch aus politökonomischer Perspektive als verfassungsgemäß angesehen werden konnte. Aber man ist ja bescheiden geworden in den letzten Jahren sozialliberaler Rechtspolitik und räumt ein: Damals war die Anzahl von Asylbewerbern wirklich hoch gestiegen – 108 000 im Jahr 1980 als absoluter Spitzenwert (zum Vergleich: in Pakistan hielten sich Ende 1982 rund 2,7 Millionen afghanischer Flüchtlinge auf). Seitdem haben sich die Zahlen allerdings gründlich geändert (für 1982 wurde mit 35 000 Asylbewerbern gerechnet, die Mehrzahl aus dem Ostblock; insgesamt sind seit 1953 rund 50 000 Asylbewerber in der Bundesrepublik anerkannt worden). Aber die Politiker haben sich nicht verändert. Sie pflegen ihre nützlichen Sündenböcke. Von Beginn ihrer Regierungszeit an haben vor allem CDU/CSU mit weiteren Verschärfungen des Asylverfahrensrechts gedroht – so etwa Bundesinnenminister Zimmermann am 13. Dezember 1982 feinfühlig in einer Feierstunde des für Asylbewerber zuständigen Zirndorfer Bundesamtes. Vielleicht kommt es doch noch so

weit, daß – wie schon mehrfach gefordert – die letztlich noch bremsenden vier Worte aus der Verfassung verschwinden oder modifiziert werden: »Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.« Das wäre dann ein symbolhafter Akt von Vergangenheits- und Minderheitenbewältigung.
Die Verfassung stört auch ein wenig bei einem anderen Minderheitenproblem, auf das sich die Herrschenden der frühen 80er Jahre mit Verve gestürzt haben: der »Ausländer-Frage«. Zwar haben rigide Maßnahmen noch der sozialliberalen Koalition im Verbund mit der Wirtschaftskrise schon im ersten Halbjahr 1982 wieder einen »Abwanderungsüberschuß« von 32 000 Menschen bewirkt (und eine Stagnation der ausländischen Wohnbevölkerung bei 4,7 Millionen). Aber den Unionsparteien reicht das nicht: Kinder hier lebender Ausländer sollten nur bis zum Alter von sechs Jahren zu ihren Eltern ziehen dürfen. Wer älter ist, bleibt draußen, bei wem auch immer. Der verfassungsrechtliche Schutz von Ehe und Familie müßte dann gegebenenfalls im Wege der Grundgesetzänderung durch Einfügung des Adjektivs »deutsch« präzisiert werden.

Die ersten drei Absätze des Artikels 6 des Grundgesetzes könnten etwa wie folgt lauten:
(1) Die deutsche Ehe und die deutsche Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung von deutschen Kindern sind das natürliche Recht von deutschen Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der deutschen Erziehungsberechtigten dürfen deutsche Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn deutsche Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.

Das wäre womöglich manchen Deutschen doch ein bißchen peinlich, und es wäre ihnen wohl schon lieber, wenn sich das Bundesverfassungsgericht jener Verfassungsinterpretation anschlösse, die Innenminister Zimmermann in seiner bereits erwähnten Zirndorfer Grundsatzrede vortrug (in voller Übereinstimmung mit dem zu dieser Zeit FDP-geführten Bundesjustizministerium): »Der Schutz der Familie fordert, daß Eltern und Kinder zu einem Zeitpunkt zusammenleben, in dem die Kinder der Betreuung und der Erziehung durch ihre Eltern in besonderem Maße bedürfen.«
In diesem Sinn könnte die Union auch mit Stimmen aus Teilen der SPD rechnen, die ihrerseits schon zu Kanzler Schmidts Zeiten das Nachzugsverbot für Kinder ab sechs Jahre gefordert hatten. Nicht wenige Parlamentarier stießen sich allerdings an der Vorstellung, daß schulpflichtige Kinder mit Polizeigewalt aus dem Gastland entfernt werden müßten. Christdemokraten und Christsoziale zeigten sich da nicht so gefühlsduselig, obwohl ihnen ihre Kirchen diese Politik gehörig um die Ohren gehauen hatten. Aber wer geglaubt hatte, der Einfluß der Kirchen auf die Parteien könnte Schlimmes verhindern, sah sich ja schon beim Asylverfahrensrecht von 1982 getäuscht.

Das zeigte sich etwa bei einer nichtöffentlichen Anhörung durch die Kommission »Ausländerpolitik« (Leitung: Innenminister Zimmermann) Anfang Dezember 1982. Nicht nur die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirche, von Caritasverband und Diakonischem Werk, sondern auch Sprecher anderer Organisationen wie des Deutschen Roten Kreuzes, des Deutschen Gewerkschaftsbundes oder der Arbeiterwohlfahrt hatten die geplante Nachzugsbeschränkung massiv abgelehnt – wenige Tage später bekräftigte Zimmermann in Zirndorf seine Position (die nicht die Position der gesamten Regierung sei, wie FDP-Politiker Burkhard Hirsch behauptete).

Nur in einem einzigen Bereich schienen die Staatsgewalten auf die kostenintensive Zunahme einer Minderheit nicht mit ausschließlich repressiven Maßnahmen antworten zu wollen: im Strafvollzug. Als unmittelbare Folge der Wirtschaftskrise füllten sich nämlich bundesweit die Gefängnisse rapide bis zum letzten Gitterstab. Da der Staat so schnell keine neuen Gefängnisplätze schaffen konnte und jeder einzelne recht teuer ist, bot sich gerade aus Kostengründen eine gewisse Liberalisierung der Praxis von Strafvollzug und Strafzumessung als günstiger Ausweg an. So forderte der konservative Berliner Justizsenator Rupert Scholz in einem Schnellbrief an die Justizminister der Länder schon Ende September 1982 einen ganzen Katalog von gesetzgeberischen Maßnahmen zur Zurückdrängung der Freiheitsstrafe. Tatsächlich hatte nämlich die Sanktionspraxis der bundesdeutschen Strafjustiz zur Folge, daß im Kittchen bald kein Zimmer mehr frei war: 100 von 100 000 Bürgern der Republik saßen Ende 1982 im Gefängnis – viel mehr als in allen anderen westeuropäischen Ländern, außer Österreich (Frankreich: 67, Norwegen: 43, Niederlande: 25). Wo nicht schon der Vollstreckungsstop (»Numerus clausus im Knast«) ausgerufen war, spürten die bereits Inhaftierten allerdings keine Verbesserung.

Im Gegenteil: In Bayern ging zum Beispiel im Frühjahr 1982 die Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I dazu über, länger einsitzenden Gefangenen das ohnehin spärliche Arbeitsentgelt (maximal 92 Pfennig pro Stunde) wegzupfänden – zur Begleichung der Kosten des Strafverfahrens. Wer etwa das Pech hatte, erst nach einer teuren psychiatrischen Begutachtung bestraft worden zu sein, mußte in monatlichen Raten die Kosten dafür zahlen. Das hat bei einem zu lebenslanger Freiheitsstrafe Verurteilten zur Folge, daß er als alter Mann praktisch ohne eigene Ersparnisse und ohne Rentenansprüche in die Freiheit entlassen wird.

### *6. Deutsche Mehrheiten und Recht*

Die Wirtschaftskrise veränderte das ›Rechtswesen‹ auch zum Nachteil breiter Mehrheiten der lohnabhängigen Bevölkerung. Und zwar gerade dort, wo es um existentielle Grundbedürfnisse der Menschen geht: im Arbeitsrecht und im Mietrecht. Die Massenarbeitslosigkeit hat für die schon Betroffenen und die erst Gefährdeten bereits seit Jahren eklatante Mängel des Kündigungsschutzrechts offenbart. So konnten trotz wohlklingender Gesetzesworte in den Jahren 1978 bis 1980 nur 0,13 Prozent aller ›ordentlichen‹ Arbeitsplatzkündigungen faktisch rückgängig gemacht werden (in den Pro-

zessen geht es meist nur um die Höhe der Abfindung; Massenentlassungen durch Großbetriebe vollziehen sich ohnehin im gerichtsfreien Raum vorzugsweise durch »Aufhebungsverträge«). Die seit 1974 feststellbare Aushöhlung des Kündigungsschutzes wird bald auch in Gesetzen zu finden sein. Die Pleitenwelle des Jahres 1982 war zwar weit weniger schuld an den Arbeitslosenzahlen, als gemeinhin dargestellt – nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin) machten die mehr als 12 000 registrierten Firmenzusammenbrüche nur 160 000 der mehr als zwei Millionen Betroffenen arbeitslos. Aber die legislativen Konsequenzen werden mit dem Argument der Arbeitsplatzerhaltung zu einer drastischen Beschränkung von Individual- und Kollektivrechten am Arbeitsplatz führen. Diese Tendenz schlägt sich in Vorschlägen zur Vereinheitlichung von Konkurs- und Vergleichsordnung nieder. Mit einem sogenannten Reorganisationsverfahren sollen künftig verschuldete Firmen nicht erst dann vor die Amtsgerichte ziehen können, wenn es ohnehin schon zu spät ist – was jedermann einleuchtet. Nur: nach ökonomischer Logik geht das nun einmal nicht ohne massiven Abbau von Arbeitnehmerrechten, weil anders eine rein leistungs- und bilanzorientierte Selektion der Werktätigen verhindert wird.

Auf dem Deutschen Juristentag stand im September 1982 die Abteilung »Sanierung von Unternehmen« im Mittelpunkt – und die Gewerkschaftsvertretung in der Defensive. Der geforderten Palette von neuen Kündigungsmöglichkeiten, von Zwangsverzicht der Arbeitnehmer auf Geld und Mitwirkungsrechte hatten die Vertreter der Lohn- und Gehaltsempfänger kaum mehr als Bitten um etwas weniger schwarze Farbe entgegenzusetzen. Die gleichzeitig wiederbelebte Mitbestimmungsdiskussion des Deutschen Gewerkschaftsbundes mutet angesichts des präzise vorbereiteten Sanierungsgesetzes wie eine hilflose Pflichtübung an.

In einem Punkt allerdings könnten die Gewerkschaften möglicherweise Wirkung erzielen: Das Tabu der Richterstellen müßte zumindest im Arbeitsrecht bei einem konzentrierten Angriff fallen. Zwar stehen auch in der Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit die Richterstellen in einem grotesken Mißverhältnis zum »Geschäftsanfall«. Im Arbeitsrecht jedoch, wo es schließlich oft genug um die materielle Existenz von Klägern geht, grenzt die Bewilligung von bundesweit nicht einmal 600 Richterstellen an vorsätzliche Rechtsverweigerung durch den Staat. Aus guten Gründen schreibt gerade das Arbeitsgerichtsgesetz eine zügige Verfahrensabwicklung vor. Tatsächlich müssen die Rechtsuchenden häufig mehr als ein Jahr auf den ersten Gerichtstermin warten. Die Forderung nach einer antizyklischen Stellenpolitik besonders bei den Arbeitsgerichten kann in einem Land eigentlich nicht ohne Erfolg bleiben, das sich in seinem Grundgesetz als sozialer Rechtsstaat definiert. »Mehr Arbeitsrichter« verlangen mittlerweile

sogar auch Unternehmer-Medien wie die Zeitschrift mit dem programmatischen Titel *Capital* (Nr. 6/1982).
Ganz ähnlich sieht es allmählich im Mietrecht aus. Auch hier werden existentielle Konflikte ausgetragen, um das Recht auf Wohnraum. Nicht erst seit Inkrafttreten der liberal genannten Mietgesetze am 1. Januar 1983 herrschen bei den zuständigen Abteilungen der Amtsgerichte katastrophale Zustände. Die soziale Notlage immer breiterer Bevölkerungsschichten hat in den letzten Jahren zu einer erheblichen Zunahme von Räumungsklagen wegen Zahlungsverzugs geführt. Aber nach geltender Rechtslage haben auch sozial gesinnte Mietrichter allerdings kaum eine Chance, die Ursachen unverschuldeter Zahlungsunfähigkeit zu berücksichtigen – wie Arbeitslosigkeit, Konkurs des Arbeitgebers, Krankheit oder Ausbeutung durch Kredithaie.
Zwangsräumungen, Einweisungen in andere Wohnungen und Obdachlosigkeit sind auch Folgen eines härteren Durchgreifens der Wohnungsbaugesellschaften (fristlose Kündigung etwa schon bei zweimaliger Nichtzahlung der Miete). Folgen, die zu verbisseneren und zahlreicheren Konflikten vor Gericht führen. Den gebotenen Aufwand zur Behandlung solcher Rechtsstreitigkeiten, die mitentscheidend sind für Zeitpunkt und Umfang des Entstehens von Barackengettos, können die Richter aber weniger denn je leisten. Wer nicht aus ideologischen Gründen den sozialen Frieden möglichst schnell und radikal zerstören will, muß als Minimalforderung für mehr Mietrichter kämpfen. Mancher mag das als billige Kosmetik empfinden – dem Betroffenen hilft in seiner konkreten Lebenssituation ein erfolgreiches Vergleichsgespräch vor Gericht allemal mehr als ein routinemäßig ergangenes Räumungsurteil.

### *7. Rechtspolitik und Regierungen – keine Bilanz*

Natürlich: Die Stärkung bürgerlichen Rechtsschutzes kann auch in der Krise keine Ursachen von Ungerechtigkeiten beseitigen. Aber Bürgerrechte und Rechtswege sind mehr als juristischer Befriedungs-Klimbim. Es sind Mittel im Kampf zwischen Schwachen und Starken, zwischen dem einzelnen und dem Staat. Wer Rechtspolitik den Politikern und Juristen überläßt, entzieht sich selbst den Boden für das Bestehen in Konfliktsituationen. Zumindest dieser Bedeutung der Rechtspolitik war sich die sozialliberale Koalition in den dreizehn Jahren ihrer Regierung bewußt – mal so und mal anders. Die Wirtschaftskrise war eine Zäsur, die ›Wende‹ eine weitere. Nur scheinbar ist während der Kohl/Genscher-Regierung ein Stillstand der Rechtspolitik eingetreten. Schon deshalb, weil Rechtspolitik nicht nur aus Gesetzen besteht und nicht nur in Bonn gemacht wird.

# Fritz Franz
# Sommergäste – eine Bilanz der deutschen Ausländerpolitik

Es war einmal ein schönes Land. Dort wohnten fleißige Menschen, die sprachen die gleiche Sprache und verrichteten friedlich ihre Arbeit. Aber die Zeiten waren schlecht, und Arbeit war knapp. Da kam ein falscher Prophet, der gaukelte bessere Zeiten vor. Die Menschen sollten nur fest an ihn glauben, dann werde er sie zu den Kornkammern des Ostens und zu den Schätzen des Orients führen. Und sie glaubten und folgten ihm. Doch der große Aufbruch in eine helle Zukunft mißlang. Geschlagen kehrten die Eroberer in ihre Heimat zurück und erfuhren hier an sich selbst das gleiche Leid, das sie in die Welt hineingetragen hatten. Ein Viertel ihres Reiches mußten sie abtreten, die Bewohner des Gebietes wurden vertrieben. Den Rest des Landes teilten die Sieger in zwei Hälften und bestimmten, daß die neuen Gebilde nach Regeln regiert werden sollten, die ihren jeweiligen Vorstellungen von Freiheit und Recht entsprachen.

Welche Vorstellungen das waren, erfuhren die Bewohner des östlichen Teils zu ihrem Leidwesen. Sie wurden in eine Herrschaft eingebunden, die unter »Freiheit« die Freiheit der Unterwerfung und unter »Recht« die absolute Befehlsgewalt der Staatspartei verstand. Mehr Glück hatten die Bewohner des westlichen Teils. Sie konnten ihre Persönlichkeit frei entfalten, beschränkt allein durch Grenzen, die zur Pflege eines gedeihlichen menschlichen Zusammenlebens für unerläßlich erachtet wurden.

Die Bewohner des westlichen Teils nutzten ihre Chance. Sie gründeten ein Gemeinwesen auf der Grundlage der Freiheit und Gleichheit. Dazu war es erforderlich, sich besonders der Vertriebenen anzunehmen. Diese hatten nicht nur Haus und Hof und ihre Heimat und damit mehr verloren als die Verbliebenen. Vielfach fehlte ihnen auch eine Eigenschaft, die seinerzeit zu den wichtigsten Merkmalen der menschlichen Natur gerechnet wurde. Damals war es so, daß jeder Mensch neben dem Wohnsitz eine Staatsangehörigkeit besitzen mußte oder sollte, damit man ihn von anderen Vertretern der Spezies Mensch unterscheiden und einem bestimmten Gemeinwesen zuordnen konnte. Das war besonders wichtig wegen der Erfüllung vaterländischer Dienste, die zu schulden als des Staatsbürgers höchste Pflicht und Ehre angesehen wurde.

Auch die Vertriebenen hatten, bevor sie vertrieben wurden, ein Vaterland.

Das lag entweder auf dem Gebiet des alten ungeteilten Reichs und war mit dem Vaterland der Nicht-Vertriebenen identisch, da gab es keine Probleme. Oder es lag jenseits der alten Reichsgrenze, da wurde es problematisch. Denn zu den ehernen Überzeugungen jener Zeit gehörte der Satz, daß es dem Menschen grundsätzlich nicht erlaubt sei, seine Staatsangehörigkeit aufzugeben oder gegen eine andere einzutauschen. Ins Vaterland, so glaubte man, werde der Einzelne schicksalhaft hineingeboren, da gebe es kein Entrinnen. Selbst die Auswanderung in ein anderes Land sollte nichts an der bisherigen Staatszugehörigkeit ändern. Auswanderer waren somit rechtlich gespaltene Persönlichkeiten mit der sog. Personalhoheit des alten Vaterlandes im Reisegepäck und der sog. Territorialhoheit des Einwanderungslandes unter ihren Füßen. Dieser Zustand hielt an, bis durch einen Akt des Aus- und des Einwanderungslandes die alten staatsbürgerlichen Bindungen gelöst und neue begründet wurden.

Solche Akte aber wurden nur von Fall zu Fall für statthaft erachtet. Sogenannte »Sammeleinbürgerungen« galten in einer Welt, die nach Staaten mit jeweils eigenen Angehörigen geordnet war, als anrüchig. Es war verpönt, die Angehörigen eines fremden Staates in Gruppen dem eigenen Staatsverband einzuverleiben.

Das war der wunde Punkt, der die zu Führers Zeiten betriebene pauschale Übernahme fremdvaterländischer Vertriebener in das Vaterland »Reich« fragwürdig machte. Zwar stand kaum zu besorgen, daß die früheren Vaterländer Anspruch auf Menschen erheben würden, von denen sie sich soeben durch Vertreibung getrennt hatten. Aber die »Sammeleinbürgerungen« jener Zeit standen nun einmal in dem Geruch der Völkerrechtswidrigkeit. Damit konnte ein Staat, der auf sich hielt, keinen Staat machen.

Die Gründer des Weststaates lösten das Dilemma mit einem Federstrich. Sie gaben dem neuen Gemeinwesen eine Verfassung, die den herkömmlichen Kreis der Staatsangehörigen um Personen erweiterte, die als Vertriebene oder Flüchtlinge in den Grenzen des vormaligen Reiches Aufnahme gefunden hatten. So wurde rechtlich erreicht, daß die Ureinwohner des Landes und die vertriebenen Zuwanderer gleicher Sprache, Kultur und Geschichte ungeachtet unterschiedlicher Herkunft und unabhängig von ungelösten Fragen der Staatsangehörigkeit zu einer Gesellschaft zusammenfanden und sich einem Gemeinwesen von Freien und Gleichen zugehörig und verantwortlich fühlten.

Die Gründer des neuen Staates taten ein Übriges. Eingedenk des schweren Leides, das unter dem Diktat des Verführers anderen Staaten zugefügt worden war und das nicht wenige Oppositionelle aus den eigenen Reihen an sich selbst erfahren hatten, boten sie Vertriebenen und Flüchtlingen, die nicht ihres Volkes und ihrer Sprache waren, ein Grundrecht an, das es in dieser Form nie zuvor in der Verfassungsgeschichte gegeben hatte. Mit der Veran-

kerung eines Rechtsanspruchs auf Asyl vollzogen die Gründer des neuen Staates die überzeugende Abkehr vom Unrecht der vorangegangenen Diktatur.
Angesichts der damaligen Verhältnisse waren beide Entscheidungen unerhört kühn, denn es gab keine sicheren Anzeichen dafür, daß diese und andere Verfassungsverheißungen jemals zu realisieren wären. Um so stärkere Beachtung fand der Wille zum Neubeginn unter vorrangiger Inangriffnahme des Flüchtlingsproblems in einer Welt, die sich von den Erschütterungen der Kriegskatastrophe noch nicht wieder erholt hatte. Der Abbau alter Feindbilder, das allmähliche Nachlassen antideutscher Propaganda, das Wiederaufleben menschlicher Hilfsbereitschaft und die Wiedergeburt der europäischen Gemeinschaftsidee sind nicht zuletzt das Ergebnis eines staatlichen Neubeginns, in dessen Mittelpunkt der Mensch und nicht staatliche Opportunität gestellt wurde.
Nicht nur nach außen, auch nach innen trug der Schwung der Gründerjahre Früchte. Es gelang, das Millionenheer der Arbeitslosen binnen kurzem aufzusaugen; die Ära des »Wirtschaftswunders« begann. Vertriebene und Flüchtlinge hatten hieran herausragenden Anteil, hatte doch das schwere Schicksal der Flucht und Vertreibung Kräfte der Selbstbehauptung freigesetzt, die bei schwächerer Schicksalsbelastung nicht in gleichem Maße wirksam geworden wären. Die These vom armen »Volk ohne Raum« wurde widerlegt. Es zeigte sich, daß die Grenzen des Wirtschaftswachstums nicht durch die Enge des Raumes abgesteckt wurden, sondern durch die Zahl der Arbeiter, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung standen. Hier traten Engpässe erstmals in der zweiten Hälfte der 50er Jahre und verstärkt nach dem Bau der Berliner Mauer zutage.
Wieder war eine politische Entscheidung zu treffen, denn unbeschäftigte Arbeiter gab es, nur nicht im eigenen Land. Die Kapitäne der Wirtschaft, deren Einfluß groß war, bedrängten die Regierung, fremde Arbeitskräfte anzuwerben. Das geschah, aber diese Entscheidung sollte sich als weit folgenschwerer erweisen, als seinerzeit angenommen worden war. Denn die Anwerbung löste eine Zuwanderung aus, die an Umfang zwar nur etwa halb so groß war wie die Zuwanderung der eigenen Flüchtlinge und Vertriebenen, die aber eine Reihe zusätzlicher Probleme aufwarf, insbesondere im sprachlichen, religiösen, kulturellen, schulischen und familiären Bereich. Der dem Recht erteilte Auftrag, die Zuwanderung über den Sperriegel »nicht beeinträchtigter staatlicher Belange« zeitlich zu begrenzen, geriet bald in Vergessenheit, weil der Bedarf an eingearbeiteten Hilfswilligen unvermindert anhielt. Als man sich schließlich der abwehrenden Funktion der sogenannten »Negativschranke« erinnerte, war es zu spät: Die obersten Richter des Landes entschieden, daß die routinemäßige Verlängerung der jeweils für die Dauer eines Jahres befristet erteilten Aufenthaltserlaubnis

nach mehrjähriger Verweildauer einen Vertrauenstatbestand begründet habe, der stärker sei als der »Belang«, »kein Einwanderungsland« zu sein.[1]

An sich hätte der Richterspruch das Ende einer Fremdarbeiterbeschäftigungspolitik bewirken müssen, die auf den Glaubenssatz »Nichteinwanderungsland« gegründet war. Die Mächtigen des Landes, denen die Kunst der Staatsführung oblag, wollten das aber nicht wahrhaben. Sie setzten, nachdem das Ende der Vollbeschäftigung zum Anwerbestopp geführt hatte, auf die Karten der Rückkehrförderung, rigoroser Zuzugsbeschränkungen, gedrosselter Familienzusammenführung und sogenannter Wartezeiten, die dem Neuzugang Jugendlicher und nachziehender Ehepartner zum Arbeitsmarkt vorgeschaltet wurden.[2] Auf diese Weise hofften sie, nicht mehr benötigten »Gästen« die Lust am weiteren Verbleib zu nehmen.

Unterdessen zogen neue Zuwanderer ins Land. Sie behaupteten, sofern sie nicht zur engeren Familie des fremden Arbeiters gehörten, politisch verfolgt zu sein, weil ihnen nur so die Schlagbäume des Landes geöffnet wurden. Die Obrigkeit sah das ungern; Sprecher der Regierung sprachen von »massenhaftem Asylmißbrauch« und »dramatisch angestiegenen Zahlen«.[3] Das hörten die Bewohner. Sie machten sich die Wertung zu eigen und betrachteten fortan Fremde, die um Zugang nachsuchten oder Eintritt gefunden hatten, als Parasiten, die ihre Gastlichkeit und ihren Großmut mißbrauchten.

In dieser Zeit fielen viele böse, oft heuchlerische oder zynische und teils unverständliche Worte. Die Regierung zog Abwehrgräben und verkündete, man sei kein Einwanderungsland und wolle keine Assimilation. Man sei auch kein Vielvölkerstaat. Zwar solle die kulturelle und nationale Identität gewahrt bleiben, aber beide Seiten müßten lernen, »aufeinander zuzugehen«. Wer sich hiergegen sträube, müsse wissen, daß dies »in letzter Konsequenz den Verlust seines Aufenthaltsrechts bedeuten« könne.[4] Ausländer hätten Rechte. Dazu gehöre das Recht der Familienzusammenführung im Herkunftsland.[5] Auch das Recht auf Rückkehr sei ihnen verbrieft. Ausländer hätten allerdings auch Pflichten. Dazu gehöre die Pflicht zur Rückkehr jedenfalls dann, wenn sich ein Vorgang, der damals »Integration« genannt wurde und unter dem sich niemand etwas Bestimmtes vorstellen konnte, nicht so vollziehen sollte, wie das von einem »integrationsfähigen« und »integrationswilligen« Ausländer erwartet wurde. Der Abgrenzungspolitik als oberstes Leitziel vorangestellt wurde der paradoxe Satz: »Ausländer in Deutschland – für eine gemeinsame Zukunft«.[6] Doch der Weg in die Zukunft lag im Dunkeln. Wie die Bürger von Schilda hatten die Architekten des Weststaates ein Haus ohne Fenster gebaut. Das wußten sie freilich nicht. Denn der Eifer, mit dem sie neue Abschottungsstrategien erfanden, um an ihrer heiligen Überzeugung vom »Nichteinwanderungsland« festhalten zu können, hatte sie blind gemacht.

So kam es, daß die große Wanderungsbewegung jener Zeit nicht erkannt, sondern als Grenzübertritt zu vorübergehenden Arbeitszwecken mißdeutet wurde. Demgemäß unterblieb eine zentrale Steuerung des Einwanderungsvorganges, die seinerzeit von allen Staaten – auch föderalistisch strukturierten – für notwendig erachtet und im allgemeinen so gehandhabt wurde, daß bestimmte Niederlassungsvoraussetzungen gefordert und geprüft wurden; diese Kontrolle war dem Grenzübertritt grundsätzlich vorgeschaltet. Das galt selbst dann, wenn sich der Einwanderer bereits im Land befand, etwa weil er als Student zu Ausbildungszwecken eingereist war. Die Staaten wollten sich nicht dem Druck vollendeter Tatsachen beugen; sie bestanden darauf, daß Niederlassungswillige vor ihrer Einreise und nicht danach um die Erteilung der Niederlassungsbewilligung oder eines Einwanderungsvisums nachzusuchen hatten. Einwanderer durften endgültig erst einreisen, wenn sie im Besitz der erforderlichen Dokumente waren. Hiervon ausgenommen waren politisch Verfolgte, die unmittelbar aus einem Verfolgerstaat einreisen wollten. Ihnen konnte ein der Achtung menschlichen Lebens und menschlicher Würde verpflichteter Staat schwerlich die Tür weisen. Um aber auch hier die notwendige Kontrolle möglichst frühzeitig anzusetzen, wurde bestimmt, daß sogleich nach der Einreise und vor der Weiterreise ins Landesinnere die Frage der Asylgewährung von einer Zentralbehörde zu prüfen und zu entscheiden war.

Das alles unterblieb in unserem Einwanderungsland, das keines sein wollte. Weil es »Einwanderer« nicht geben durfte, fehlte die zu Führers Zeiten eingerichtete[7] Einwanderungszentrale. Neuankömmlinge wurden nicht an der Grenze überprüft, sondern zunächst auf Länder und Gemeinden verteilt. Lokalen Behörden auf der unteren Verwaltungsebene blieb es überlassen, über die »Beachtlichkeit« eines Asylantrages[8] und über die Zulässigkeit eines Familiennachzuges zu entscheiden. Gegen ablehnende Entscheidungen konnten örtliche Gerichte angerufen werden, die binnen kurzem, da sich die Ankömmlinge bereits im Landesinnern befanden, mit Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln so eingedeckt waren, daß höchste Richter des Landes einer Änderung der Verfassung das Wort redeten, obwohl die Zahl der Richter verdoppelt und die Zahl der Instanzen drastisch verkürzt worden waren. Die Standesorganisation der Richter warnte vor einer »Flut« von Asyl- und Ausländerklagen.[9] Diese blieben zu 99 Prozent zwar erfolglos, so daß die unteren Verwaltungsbehörden in der Aureole der Unfehlbarkeit erstrahlten, aber die Folterung politischer Gefangener galt damals nicht als politische Verfolgung.[10]

Während so das Land der Freien und Frommen gegen die hereinbrechende Asylantenflut heftige Abwehrgefechte lieferte, die für die Rechtsstaatlichkeit äußerst verlustreich waren, blieben die im Landesinnern befindlichen Fremden weitgehend sich selbst überlassen. Sie mieteten für teures Geld

schlechte Wohnungen in Gegenden, die von den Vormietern verlassen worden waren, weil die Häuser überaltert waren und zum Abriß oder zur Sanierung anstanden. In ihren Wohnbezirken gründeten die Fremden Schulen ihrer Religion und Vereine zur Pflege ihres Brauchtums, eröffneten eigene Geschäfte und Gaststätten, organisierten ihr gesellschaftliches Leben und blieben unter sich. Sie kapselten sich ab. Das ging so weit, daß erbitterte Richtungskämpfe über Fragen der inneren Struktur des Herkunftslandes geführt wurden, gerade so, als solle dessen Ordnung in die Wohnbezirke übertragen werden.

Die Einheimischen nahmen am Eigenleben der Zuwanderer keinen Anstoß, sofern Recht und Ordnung gewahrt schienen. Nicht wenige Einheimische begrüßten die Absonderung, weil sie sich so der Mühe eigener Annäherung enthoben glaubten. Sie empfahlen besondere Schulen, Kultstätten und andere Einrichtungen für die Fremden und gaben vor, deren »Identität« schützen zu wollen.[11] Doch in Wahrheit ging es ihnen darum, Vermischungen zu verhindern und die Rückkehr der Zugereisten in der Schwebe zu halten.

Andere vertraten die Ansicht, daß es vernünftiger sei, bestehende Verkrustungen und Abkapselungen aufzubrechen, notfalls mit sanfter Gewalt. Sie meinten, daß unterschiedliche Sprachen und Kulturen nicht auf Dauer unter einem Dach nebeneinander existieren sollten, da dies ein hohes Maß an Toleranz erfordere, das weder bei den Zuwanderern noch bei den Altbewohnern nach deren Tradition und Geschichte ohne weiteres vorausgesetzt werden dürfe. Demgemäß forderten sie, daß die Fremden, wenn sie im Land auf Dauer bleiben wollten, den Zustand der Fremdheit beenden und Einheimische werden müßten, anderenfalls ihnen der Stuhl vor die Tür gesetzt werde.[12] Hierbei hatten sie freilich die besondere Ausgangslage der damaligen Wanderungsbewegung nicht genügend bedacht. Sie war gekennzeichnet durch das Fehlen klarer Zielvorstellungen. Während in früheren Zeiten eine Auswanderung mit der Absicht und der inneren Bereitschaft der Anpassung an die geänderten Lebensverhältnisse verbunden war, hatten die Wanderarbeiter jener Zeit keine oder nur sehr verschwommene Vorstellungen über das Endziel ihrer Reise. Viele fühlten sich als Angehörige ihres Staates oder Volkes und wollten das bleiben. Sie wollten Geld verdienen und ihre Ersparnisse zur Gründung einer Existenz im Herkunftsland einsetzen, aber sie verschoben ihre Rückkehrabsicht von Jahr zu Jahr. Das alles erschwerte eine verläßliche Lebensplanung und wirkte sich zum Nachteil der Einwanderer, ihrer Kinder und der gesamten Gesellschaft aus. Die Radikalkur einer durch die Drohung auf Heimschaffung forcierten Einbürgerung hätte am Zustand ihrer Fremdheit nichts geändert.

Eine dritte Meinung zielte in die Richtung allmählicher Assimilation. Davon ausgehend, daß Einwanderer überall in der Welt schicksalhaft einem starken

Anpassungsdruck ausgesetzt seien, wurde die Einführung eines neuen Rechtsinstituts empfohlen, das, ähnlich wie die Begriffsschöpfung des »Deutschen«[13], schwierigen Staatsangehörigkeitsfragen ausweichen und statt dessen auf den Willen der Betroffenen und auf die Bedürfnisse der Gesellschaft abstellen sollte. Zentrale Figur des neuen Modells sollte ein Niederlassungsrecht auf der Basis gleicher Inländerrechte bei gleichen Inländerpflichten sein. Das pflegten alle Staaten zu gewähren und zu fordern, die eine Einreise zu Niederlassungszwecken zuließen. Dabei wurden die Einwanderer allerdings nach reinen Nützlichkeitserwägungen ausgewählt und nur akzeptiert, wenn sie einen »wertvollen Bevölkerungszuwachs«[14] bildeten. Abweichend hiervon sollten nach dem Modell der allmählichen Assimilation angeworbene Wanderarbeiter in der Weise bevorzugt werden, daß ihre Niederlassung nicht von ihrer weiteren Verwendbarkeit oder Tauglichkeit oder von der Ableistung eines Treueeides auf die Verfassung abhängig gemacht werden sollte. Vielmehr sollten Antragstellung, mehrjähriger Inlandsaufenthalt, straffreie Führung, deutscher Schulbesuch der Kinder und brauchbare Kenntnisse der Landessprache genügen, um ihnen das Tor zur Inländergleichbehandlung aufzustoßen. Niederlassungsberechtigte wären hiernach vom Erfordernis einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis befreit gewesen, hätten Zugang zu gewerblichen und freien Berufen nach Maßgabe der für Inländer geltenden Bestimmungen gehabt, dürften nicht ausgewiesen werden, könnten auf dem Gebiet der Daseinsvorsorge die gleichen Leistungen wie Inländer verlangen und hätten wie diese das Recht auf Familiennachzug.

Bei diesem Modell hätte allerdings eine weitere wichtige Voraussetzung erfüllt werden müssen: Um die Gleichstellung mit Inländern zu vollziehen, hätte die rechtliche Spaltung der Einwanderer in teils der Personalhoheit des Herkunftsstaates, teils der Territorialhoheit des Aufnahmelandes unterworfene Personen überwunden werden müssen. Viele Einwanderer waren durch törichte Reden in dem Irrtum bestärkt worden, sie könnten – anders als Einwanderer sonst in der Welt – im Land des Broterwerbs für immer bleiben und eine gesicherte Existenz finden, während die Verteidigung ihrer Lebensgrundlagen den Alteinwohnern überlassen bliebe. Hier wirkten Vorstellungen aus der Periode der Anwerbung nach, als die Arbeitswanderung von allen Beteiligten als eine Wanderung auf Zeit gewollt war. Wanderarbeiter waren demgemäß ihrem Herkunftsland innerlich verbunden und rechtlich verpflichtet geblieben; sie hielten zur Gesellschaft des Aufnahmelandes Distanz und umgekehrt. Die Überbrückung trennender Gräben hätte auf beiden Seiten die Bildung eines neuen gesellschaftlichen Bewußtseins vorausgesetzt, das Einheimische und zugewanderte Fremde zu einer Art Schicksalsgemeinschaft verband. Dazu hätten Strukturen entwickelt werden müssen, die einer demokratischen Gesellschaft wesensgemäß sind. Die de-

mokratische Gesellschaft beruht auf der Rechtsgleichheit ihrer Mitglieder und auf deren gleichberechtigter Teilhabe am Staat.

Nach herkömmlichen Vorstellungen waren politische Teilhaberechte allein den Staatsangehörigen vorbehalten. Bei Einwanderern früherer Zeiten war das problemlos; sie waren zur Naturalisation bereit. Gegenüber Wanderarbeitern erschienen derart endgültige Rechtsänderungen verfrüht. Ihrer veränderten Ausgangssituation, so wurde vorgeschlagen, sollte dadurch Rechnung getragen werden, daß mit der Verleihung des Niederlassungsrechts (durch eine Zentralbehörde) – ohne das weitere Erfordernis eines Staatsangehörigkeitswechsels – das Wahlrecht und die Übernahme in die Paß- und Wehrhoheit des Einwanderungslandes verbunden sein sollten, wobei in bilateralen Verhandlungen erreicht werden sollte, daß doppelte Dienstpflichten entfielen. Vorläufer solcher Verträge gab es in den sogenannten Bancroft-Verträgen, die vormals zwischen den Vereinigten Staaten und den meisten europäischen Auswanderungsländern abgeschlossen worden waren. Sie hatten einem Auswanderer für den Fall der Rückkehr Straffreiheit zugesichert, wenn er einen Gestellungsbefehl des Herkunftslandes nach der Auswanderung nicht befolgt hatte.[15]

Anders als staatsbürgerliche Bindungen, die nicht zur freien Disposition des Staatsangehörigen standen, hätte ein Niederlassungsrecht dem Berechtigten den Vorteil geboten, daß er es in der Hand gehabt hätte, durch Rückwanderung oder Verzicht den Status zu beenden und sich aus eigenem Willensentschluß dem Schutz und der Herrschaftsgewalt seines Herkunftsstaates wieder uneingeschränkt zu unterstellen. Für das Einwanderungsland hätte der Status die Möglichkeit eröffnet, die Rechtsverleihung mit einem Widerrufsvorbehalt zu versehen, der bei einer Einbürgerung nicht statthaft war. Als Widerrufsgründe hätten schwerwiegende Rechtsverletzungen in Betracht gezogen werden können. Denkbar gewesen wäre auch ein Widerrufsvorbehalt wegen hartnäckiger Zuwiderhandlungen gegen eine Verpflichtungserklärung, die bei der Verleihung des Rechts etwa dahin hätte abverlangt werden können, daß der Berechtigte die Wertentscheidungen des Grundgesetzes, namentlich Art. 3 Abs. 2 GG, achten werde.

Mit der Einführung eines Niederlassungsrechts hätten weitere Probleme gelöst werden können. Damals galt für Fremde die Regel, daß ihre familien- und erbrechtlichen Beziehungen nach dem Recht des Herkunftslandes zu ordnen waren. Dieses Recht zu finden und richtig zu interpretieren, war für einheimische Rechtsanwender nicht immer leicht. Für die Rechtsunterworfenen war das Ergebnis oft unbefriedigend, zumal das Heimatrecht etwa in der Frage der Gleichberechtigung der Geschlechter meist hinter dem inländischen Recht zurückblieb. Da Niederlassungsberechtigte mit der inländischen Rechtsordnung genügend vertraut waren, wurde empfohlen, sie unter

Ablösung des sogenannten Personalstatuts dem Domizilprinzip zu unterstellen, also das am Wohnsitz geltende Recht anzuwenden.
Als wichtigste Rechtsfolge wurde vorgeschlagen, daß die im Lande geborenen Kinder Niederlassungsberechtigter kraft Geburt die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben (ius-soli-Prinzip). Klassische Einwanderungsländer hatten mit diesem völkerrechtlich anerkannten Prinzip gute Erfahrungen gemacht. Die automatische Ableitung der Staatsangehörigkeit vom Recht des Geburtsortes hatte die mit einer Antragstellung verbundenen Loyalitätskonflikte zwischen Herkunfts- und Einwanderungsland vermieden und die allmähliche Verschmelzung ethnisch unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen wesentlich gefördert.
Nach den Vorstellungen des Modells der allmählichen Assimilation sollten in das ius-soli-Prinzip auch die im Lande geborenen Kinder Asylberechtigter eingebunden werden. Deren Rechtsstatus war damals ungeklärt, denn die Rechtsprechung verlangte eigene Verfolgungsgründe.[16] Lagen sie vor, waren politisch Verfolgte ohne weiteres niederlassungsberechtigt; ihr Zufluchtsanspruch war nicht von Sprachkenntnissen und anderen Voraussetzungen abhängig. Ein Widerruf ihres Niederlassungsrechts wurde für verfassungswidrig gehalten.
Bei der Konzeption eines Niederlassungsrechts wurde nicht übersehen, daß nicht jeder Fremde die an den Rechtsstatus geknüpften Voraussetzungen in seiner Person würde erfüllen können. Gegenüber nachziehenden Familienangehörigen wurde das für unschädlich erachtet; sie sollten am Status des Meistbegünstigten kraft abgeleiteten Rechts partizipieren. Nachteilig hätte sich der Ausschluß vom Niederlassungsrecht für Fremde auswirken können, die zwar als Arbeiter angeworben worden waren, bisher aber keine Anstrengungen unternommen hatten, um sich ihrer Umgebung anzunähern und verständlich zu machen. Empfohlen wurde, ihnen Gelegenheit zur Angleichung zu geben. Wenn die Gelegenheit nicht genutzt worden wäre, sollten sie an der Rechtsanhebung nicht teilhaben; sie sollten »Gäste« bleiben. Damals wurde es als das gute Recht eines Gastgebers angesehen, die Zahl seiner Gäste und deren Verweildauer zu beschränken, allerdings nicht in alle Ewigkeit. Denn auch »Gästen« wachsen Positionen zu, die sich durch Zeitablauf oder durch übergeordnete Rechtssätze zu einer Rechtsstellung verdichten können.
Als das Modell der allmählichen Assimilation der Öffentlichkeit vorgestellt wurde[17], hatte die politische Führung gerade gewechselt. Nach einem Partnertausch der Freien war eine Koalitionsregierung gebildet worden, die aus Vertretern der Frommen und aus einigen Freien, die bald darauf einen wenig rühmlichen Abschied nehmen mußten, bestand. In einem Koalitionspapier hatte die neue Regierung bekräftigt, daß der Weststaat kein Einwanderungsland sei. Demgemäß wurde in der Regierungserklärung[18], die das Thema

»Ausländerpolitik« zum dritten Schwerpunkt eines Dringlichkeitsprogramms erhoben hatte, betont, daß »eine unbegrenzte und unkontrollierte Einwanderung verhindert« werden müsse, da »Integration nur möglich (sei), wenn die Zahl der bei uns lebenden Ausländer nicht weiter steigt«. Dies und die Ankündigung, darauf hinarbeiten zu wollen, daß »keine weitere Einwanderungswelle ausgelöst wird«[19], mußte freilich verwirren, denn zum einen konnte der Eindruck entstehen, als hätten vor der Regierungsübernahme Einwanderungen in »Wellen« stattgefunden – was von der Obrigkeit stets mit großem Ernst bestritten worden war –, und zum anderen schien der Regierung entgangen zu sein, daß der Weststaat vor Jahrzehnten einer europäischen Gemeinschaft beigetreten war, deren Ostgrenze an der Elbe endete. Diese Gemeinschaft hatte sich eigenes Recht gesetzt, das für alle Mitgliedstaaten verbindlich war. Hiernach waren die Mitglieder der Gemeinschaft verpflichtet, allen Staatsbürgern der Mitgliedstaaten und deren Familienangehörigen freien Zugang zum Arbeitsmarkt und zu den gewerblichen und freien Berufen zu gewährleisten. Das bedeutete zwar nicht, daß die Staaten gehalten gewesen wären, arbeits- oder beschäftigungslose Bürger einander abzunehmen, schloß aber das Individualrecht der Arbeitsplatzsuche für die Dauer von drei Monaten ein und ließ eine innerstaatliche Steuerung durch die Festlegung von Obergrenzen nicht zu; allein der Arbeitsmarkt sollte die Arbeitswanderung regulieren.[20]

Das funktionierte reibungslos, bis wegen der Teilmitgliedschaft eines weiteren Staates, dessen Wirtschaft äußerst labil war und der unter allen Staaten der Gemeinschaft die höchste Arbeitslosenquote aufzuweisen hatte, die Befürchtung laut wurde, vor einem Dammbruch zu stehen, falls die Schleusen der Freizügigkeit zum vertraglich vereinbarten Termin[21] geöffnet würden. Die neue Regierung wußte Rat. Statt den Mechanismus des allein für Berufs- und Arbeitszwecke eingerichteten Systems der freien grenzüberschreitenden Berufs- und Arbeitsmobilität zu nutzen und dafür zu sorgen, daß Gemeinschaftsangehörige, deren Arbeitsplatzsuche ohne Erfolg bleiben sollte, in Übereinstimmung mit dem Recht der Gemeinschaft außer Landes gebracht werden, entschied sich die neue Regierung für den scheinbar bequemeren Weg. Sie kündigte, wie schon ihre Vorgängerin, an, den Assoziierungsvertrag modifizieren zu wollen. Das konnte sie natürlich nicht im Alleingang, sondern nur im Zusammenwirken und mit Zustimmung aller Vertragspartner erreichen. Da lag der Hase im Pfeffer. Der assoziierende Staat, dem in einem Militärbündnis die wichtige Funktion des Flankenschutzes aller Weststaaten zugedacht war, machte seine Zustimmung zu einer Vertragsänderung von der Sanierung seiner Wirtschaft abhängig. Das war nicht machbar, denn das wäre ein Faß ohne Boden gewesen. Außerdem waren die eigenen Kassen leer.

Die neue Regierung gab sich unbekümmert und sehr souverän. Sie tat so, als

stünde sie nicht unter vertraglichen Pflichten, die ihre Handlungsfähigkeit beschränkten. Ungeachtet des aus der Assoziierung abzuleitenden Verbots jeglicher Rechtsverkürzung in der Phase des Übergangs[22] und ohne Rücksicht auf Gebote der Verfassung entwickelte eine aus staatlichen Vertretern bestehende Kommission Begrenzungsstrategien, die von der Herabstufung der Altersgrenze für nachziehende Kinder von bisher 16 auf 6 Jahre[23] über »aufenthaltsbeendende Maßnahmen« bei Verlust des Arbeitsplatzes bis zur Auflösung des Sozialversicherungsvertrages unter Einbehaltung des Arbeitgeberanteils reichten. Da wurde viel Papier beschrieben und hin und her diskutiert. Auch Hearings fanden statt, auf denen Vertreter sogenannter gesellschaftlich relevanter Gruppen zu Wort kamen und »Ja« oder »Nein« zu den Vorschlägen der Kommission sagen durften. Doch alles war vergebens, die Vorschläge waren in den Sand gesetzt. Denn die eigentliche Zielgruppe, die abgeblockt und nach den Wunschvorstellungen führender Politiker um eine Million verringert werden sollte[24], hatte mittlerweile die ihrer Freizügigkeit vorgeschaltete Zeitschwelle überschritten und die Gleichstellung mit den Arbeitern und Gewerbetreibenden aus den Ländern der Gemeinschaft erreicht.

Seitdem sind Jahre vergangen. Fremde haben das Land verlassen, ebenso viele – nachziehende Ehepartner, Kinder und Asylsuchende – sind gekommen. Die einheimische Bevölkerung ist durch Geburtenrückgang, dessen Folgen in der erwähnten Regierungserklärung »katastrophal« genannt worden waren[25], schwächer, die fremde Bevölkerung durch Geburtenüberschuß stärker geworden.[26] Weit über eine Million Kinder fremder Eltern sind im Land geboren[27]; ihnen und den »in jüngsten Lebensjahren hierher gekommenen« Jugendlichen wird zugestanden, daß sie »eine Art Heimatrecht genießen«[28], denn »jeder Mensch hat das Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen«[29]. Die Regierung hat gewechselt, die Ausländerpolitik nicht. Noch immer ist von »Integration« die Rede, aber Einheimische und Fremde stehen sich fremder denn je zuvor gegenüber. Die Altbewohner träumen ihren Traum von gestern, als sie unumschränkte »Herren im eigenen Haus« waren. Das möchten sie in alle Zukunft bleiben. Deshalb verweisen sie ihre Fremdarbeiter noch immer auf den Eingang für Lieferanten. Und während die Fremden für die Wohnbezirke, in denen sie, nachdem die meisten Alteinwohner abgewandert waren, die Mehrheit haben, die Selbstverwaltung und im übrigen unter Berufung auf ihr Heimatrecht Minderheitenrechte fordern, gibt sich die Regierung gelassen: »Einwanderungsland«, so konnten aufgeschreckte Staatsbürger des Weststaates kürzlich wieder aus ihrer Hauptstadt vernehmen, »Einwanderungsland – das sind wir nicht«.

1 So Bundesverfassungsgericht, Beschluß v. 26.9.78, Amtl. Entscheidungssammlung (BVerfGE) Bd. 49, S. 168 ff., vor allem S. 186. Zur »Negativschranke« eingehend Werner Kanein, *Ausländergesetz*, 3. Aufl. (1980) S. 28 ff. (B 1 zu § 2).

2 Die »Wartezeiten« sind in § 1 Abs. 2 der Arbeitserlaubnisverordnung in der Fassung der Bekanntmachung v. 12.9.80 – BGBl. I S. 1754 und 1981 S. 1245 – geregelt. Sie betragen 4 Jahre bei nachziehenden Ehegatten, 2 Jahre bei nachziehenden Kindern und Asylbewerbern und 1 Jahr bei Asylsuchenden aus Ostblockstaaten.

3 So Carl-Dieter Spranger in einem Vortrag am 18.11.82 in Köln (Arbeitstagung »Asylpolitik der Bundesrepublik Deutschland«, veranstaltet von der Otto-Benecke-Stiftung [OBS] und der Deutschen Welle). Vortrag und Tagungsbericht erscheinen im Nomos-Verlag als Heft 9 der OBS-Schriftenreihe *Asylrecht*.

4 Aus dem Beschluß des Parteivorstandes der SPD v. 28.6.82 (*Politik*, Nr. 6/82 unter II »Integration«). Die Androhung des Verlustes des Aufenthaltsrechts für den Fall fehlender Bereitschaft zum beiderseitigen »Aufeinanderzugehen« bezog sich wohl nur auf Ausländer.

5 Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Ausländerpolitik v. 21.1.82, BT-Drucks. 9/1288 unter III 3 (Abdruck auch in *betrifft: Ausländerpolitik*, hrsg. vom BMJ, April 82, S. 14). Zu den weiteren Positionen der CDU/CSU siehe insbesondere Alfred Dregger und Carl-Dieter Spranger in der ausländerpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 4.2.82 (Redeprotokolle der 83. Sitzung, Abdruck auch in *betrifft: Ausländerpolitik*, S. 29 ff. und 63 ff.).

6 Thema einer wissenschaftlichen Fachtagung der CDU am 20./21.10.82 im Konrad-Adenauer-Haus in Bonn.

7 Vgl. Bundesverwaltungsgericht, Amtl. Entsch. Sammlg. (BVerwGE) Bd. 11 S. 217 [218].

8 §§ 7 ff. des Gesetzes über das Asylverfahren (AsylVfG) v. 16.7.82, BGBl. I S. 946.

9 Rdschr. Nr. 12 des Bundes Deutscher Verwaltungsrichter v. 14.8.80, vgl. auch Presseerklärung in Rdschr. Nr. 11 v. 23.8.82.

10 Vgl. Beschluß des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württ. v. 3.6.82, *Informationsbrief Ausländerrecht 82*, 253 [255]. Darin heißt es u. a.: »Die Bestrebungen von KOMKAR laufen darauf hinaus, durch agitative Arbeit unter den Kurden die Voraussetzungen für einen Befreiungskampf mit dem Ziel der Errichtung eines unabhängigen Kurdistan zu schaffen. Eine Organisation, die derartige Ziele verfolgt, stellt sowohl die territoriale Integrität als auch die einheitsstaatliche Verfassungskonzeption der Türkei in Frage. Unter diesen Umständen . . . haben strafrechtliche Sanktionen, die an die Mitgliedschaft bei KOMKAR geknüpft sind, keinen politischen Charakter. Sie dienen vielmehr dem Schutze der türkischen Staats- und Verfassungsordnung und stellen mit dieser Zweckrichtung Ahndungen kriminellen Unrechts dar.« Hanebüchen auch das von Eugen Hering in *Die Öffentliche Verwaltung*, 1979, S. 154 zitierte Urteil des VG Ansbach zu Folterungen in Äthiopien.

11 Ernst Emmerig, Referat zum 53. Deutschen Juristentag am 17./18.9.80 in Berlin, Sitzungsbericht L 30; Antrag der Fraktion der CDU/CSU zur Ausländerpolitik v. 21.1.82, BT-Drucks. 9/1288 unter II 2 und III 1; Alfred Dregger, Ausländerpolitische Debatte des Deutschen Bundestages am 4.2.82, in *betrifft: Ausländerpolitik*, S. 34; ebenso Carl-Dieter Spranger, a. a. O. S. 65 f., unter Berufung auf den Soziologen Fürstenberg von der Universität Linz, der »nach einer halbjährigen Untersuchung in Berlin-Kreuzberg . . . festgestellt« habe, »daß eine gründliche deutsche Integrationsforderung inhuman sei, weil das Recht des Ausländers auf eigene Lebensgestaltung erhalten werden müsse«.

12 Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag im Dez. 79 in Berlin; Regierungserklärung des Regierenden Bürgermeisters von Berlin Richard von Weizsäcker v.

2.7.81, *Berliner Forum* 6/81, S. 24 ff.; Bundeskanzler Helmut Kohl in seiner Regierungserklärung am 13.10.82, *Bulletin der Bundesregierung* Nr. 93, S. 859 unter »Drittens«.

13 Art. 116 GG; siehe hierzu oben.

14 So die Formulierung des Bundesverwaltungsgerichts in ständiger Rechtsprechung, vgl. BVerwGE 4, 300; 7, 238; 49, 46.

15 Teilabdruck und nähere Einzelheiten bei Karl Strupp/Hans-Jürgen Schlochauer, *Wörterbuch des Völkerrechts*, Bd. 1, S. 151, Stichwort »Bancroft-Verträge«.

16 Nachweise bei Wolfgang G. Beitz (Hrsg.) und Fritz Franz (Bearb.), »Grenzfragen des Asylrechts in der Bundesrepublik Deutschland«, Heft 7 der Schriftenreihe der OBS *Asylrecht*, S. 204 f.

17 Fritz Franz, Referat am 18.11.82 auf der Asyltagung unter Fn. 3; in Ansätzen vgl. auch *Kursbuch 62*, S. 159 [166 ff.].

18 Oben Anm. 12.

19 Regierung und Opposition stimmen in der »Begrenzungsstrategie« auffallend überein. Dabei bedienen sich führende Politiker einer Ausdrucksweise, die Untergangsstimmung erzeugt und in der Bevölkerung Fremdenangst bis hin zum Fremdenhaß provozieren muß. So erklärte Alfred Dregger in der ausländerpolitischen Debatte des Deutschen Bundestages am 4.2.82: »Wenn diese Welle über uns hereinbräche, bräche zugleich unser Sozialstaat zusammen«. In gleichem Sinne bei gleicher Gelegenheit Hans-Eberhard Urbaniak (SPD): »Es gibt weder zu der Integrationspolitik noch . . . zu der Begrenzungspolitik eine Alternative . . . Wenn eine dieser beiden tragenden Säulen der Ausländerpolitik bricht, stürzt das ganze Gebäude ein«. (*betrifft: Ausländerpolitik*, S. 29 und 23)

20 Herbert Becher: »Wer die Grenze schließen will, muß aus NATO und EG austreten«, in *Frankfurter Rundschau* v. 8.10.82, Nr. 233.

21 Nach Ablauf der »Vorbereitungsphase« und der »Übergangsphase« beginnt die »Endphase«, die auf der Zollunion beruht und den Angehörigen wechselseitig volle EG-Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit einräumt, am 1.12.86 (Art. 36 des Zusatzprot. zum Abk. v. 12.9.63, BGBl. 1972 II S. 385).

22 In Art. 7 des Abkommens zur Gründung einer Assoziation zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Türkei v. 12.9.63 (64/733/EWG) verpflichten sich die Vertragsparteien, »alle Maßnahmen (zu) unterlassen, welche die Verwirklichung der Ziele des Abkommens gefährden könnten« (vgl. auch Art. 12 ff.).

23 So der Antrag der CDU-Landtagsfraktion im Hessischen Landtag v. 24.3.82, Drucks. 9/6236.

24 Wie Anm. 23.

25 Bundeskanzler Helmut Kohl unter IV seiner Regierungserklärung v. 13.10.82, Stichwort »Familie«.

26 Das *Statistische Jahrbuch 1982* für die Bundesrepublik Deutschland gibt die Zahl der Geborenen für 1980 mit 620 557 an, davon 80 695 mit ausländischer Staatsangehörigkeit (S. 71).

27 Andreas von Schoeler hat am 12.2.82 im Bundesrat (Drucks. 3/82) erklärt, in der Bundesrepublik Deutschland lebten »fast 1,2 Mill. Ausländer«, die jünger als 16 Jahre sind. Davon seien »mehr als die Hälfte hier geboren und aufgewachsen« (Abdruck auch in *betrifft: Ausländerpolitik*, S. 126).

28 Roman Herzog im Bundesrat am 12.2.82 (s. Anm. 27).

29 »Den Ausländern, die in ihre Heimat zurückkehren wollen, muß die Rückkehr erleichtert werden. Jeder Mensch hat ein Recht, in seiner Heimat leben zu dürfen. Die Ausländer in Deutschland sollen frei entscheiden können, aber sie müssen sich auch entscheiden, ob sie in ihre Heimat zurückkehren oder ob sie bei uns bleiben und sich integrieren wollen« (Helmut Kohl in der Regierungserklärung v. 13.10.82 unter III 3).

# Howard K. Smith
# Feind schreibt mit

aus dem Amerikanischen
von Niels Kadritzke
aus der Reihe
312 Seiten · 28 DM

## Ein amerikanischer Korrespondent berichtet über Nazi-Deutschland

Die Zeit: Deutschland am Wendepunkt des Krieges. Immer deutlicher mehren sich die Anzeichen dafür, daß die Nazi-Armeen im Osten keinem neuen Blitzkrieg, sondern ihrem langsamen Heldentod entgegenziehen. Als „Feindbeobachter" spürt Smith begierig und einfühlsam den ersten „Rissen" in der Heimatfront nach, die den „Hitler-ist-unschlagbar"-Mythos ins Wanken bringen. Die „kleinen Leute" sind die Protagonisten der „Handlung": die Menschen auf der Straße und in den Kneipen, ihre Hoffnungen und Ängste, ihr Mut im kleinen und ihre Anpassungsbereitschaft im großen; die kleineren und mittleren Nazi-Funktionäre, ihr Ehrgeiz und ihre Dummheit, ihre Feigheit und ihr Herrenmenschenwahn.

Howard K. Smith war von 1940 bis 1942 als amerikanischer Rundfunkkorrespondent in Berlin; wenige Stunden vor Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg konnte er in die Schweiz ausreisen – Dort schrieb Smith, anhand seiner Aufzeichnungen und Erinnerungen das Buch. In Amerika erreichte das Buch zwischen 1942 und 1943 phantastische 15 Auflagen. Es ist nach 1945 nie zu einer deutschen Ausgabe gekommen; die Originalausgabe, schon in den fünfziger Jahren in einigen deutschen Bibliotheken, blieb unbeachtet.

Howard K. Smith ist heute einer der bekanntesten Journalisten in den Vereinigten Staaten. Er war einer der Programmleiter bei „ABC Evening News"; außerdem moderierte er die beiden großen „Fernsehduelle" der amerikanischen Präsidentschaftskandidaten: 1960 zwischen Kennedy und Nixon, 1980 zwischen Carter und Reagan.

# Rotbuch Verlag

Sie erhalten kostenlos
„Das kleine Rotbuch" beim:
Potsdamer Str. 98
1000 Berlin 30

# Hans-Georg Behr
# Zur Lache der Nation

Zwei Bauarbeiter stürzen aus dem achtzehnten Stockwerk vom Gerüst. Zwischen dem elften und dritten Geschoß sagt der eine zum anderen: »Schau' doch nicht so komisch. Bis jetzt ist doch alles gut gegangen.«

Franzi wurde schon beim ersten Plätschern der neuen Mütterlichkeitswelle in die BRD gespült, und da Sabine nicht den Ehrgeiz hatte, alles unbedingt besser zu machen, als es bei ihr lief, und es die neuen Mütterlichkeitsgruppen erst seit kurzem gibt, darf Franzi auch die *Sesamstraße* sehen. Vor allem vermutlich, weil Sabine dabei ihre eigene, nicht stattgefundene Kinderzeit nachlachen möchte. Bei einer der üblichen Prügeleien auf dem Bildschirm fragte Franzi plötzlich ganz traurig: »Warum lachst du da? Das tut doch weh?«
Nun fragt Sabine, ob sie aus pädagogischen Gründen den Fernseher abschaffen soll, und hat ein schlechtes Alternativgewissen: »Da ist mir plötzlich aufgefallen, daß ich immer über schreckliche Dinge lache, also über Gewalt beispielsweise.«
Aber das war doch schon das Erfolgsgeheimnis des Kasperle-Theaters, daß man über Prügel lacht, die man selbst nicht abkriegt, und daß sie endlich jene treffen, denen man's gönnt! Zumindest, als ich jung und ein Stock stets in der Nähe war. Daß man also über gerechte Prügel lacht und die selbst eingesteckten vielleicht für pädagogisch wertvoll hält. Franzi ist natürlich ein ungeprügeltes Kind – kann sie deshalb darüber nicht lachen? Zur sanften Kinderwelle gehören ja auch die langweiligen Spiele ohne Sieger, wohl aus der erzieherischen Hoffnung, daß wenigstens die Kindlein einmal auch Sexspiele ohne Sieger schätzen würden. Für das BRD-Kasperle sieht die Zukunft jedenfalls düster aus. Die Koalition aus Friedensfreunden und innerbehördlichen Gewaltverdammern ist absehbar, und sie wird ihm seinen Knüppel abrüsten, mit dem er sonst überall in der Welt losprügelt und am liebsten auf Polizisten.
Ach ja, wo ist denn nur der Polizist gelieben? In den konfektionierten Handpuppensätzen der Spielwarengeschäfte habe ich ihn schon seit einiger Zeit nicht mehr gesehen. Habe ich vielleicht nicht genau geguckt?
»Tut mir leid, führen wir nicht mehr«, sagt eine Verkäuferin in Hamburgs

größtem Haus, nachdem sie selbst nachgesehen und nachgefragt hat. Gibt es irgendwelche Gründe? Sie weiß es nicht. »Vielleicht sind Polizisten nicht mehr gefragt.«
In einem kleinen, alteingeführten Geschäft durchforstet der ältere Inhaber seine Erinnerungsregale. »Früher sahen die doch immer so schön versoffen aus, richtig. Dann hat sich so – das muß in den Siebzigern gewesen sein – der Typus etwas verändert. Da wurden die so – wie soll ich sagen? –: normal. Also langweilig. Ich weiß auch nicht, warum man sie nur mehr so hergestellt hat. Sie liefen dann nicht mehr gut. Wir haben sie, glaube ich, vor zwei Jahren aus dem Sortiment genommen.«
Ich frage einen Handpuppenspieler, der seine Brötchen in Kindergärten und Grundschulen verdient. »Glaubst du, ich bin verrückt? '77 habe ich zuletzt was mit dem Bullen gemacht, und nachdem ich dann dreimal kurz hintereinander von irgendwelchen Pädagogen angerempelt worden bin, hab' ich's wohlweislich bleiben lassen. Eine Lehrerin hat gesagt, ich solle doch daran denken, daß unter den Kindern auch welche von Bullen sitzen könnten, aber ich bin sicher: Sie hat nur Angst gehabt, man könne sie für links halten. Und auf sowas muß ich Rücksicht nehmen, schon der Kohle wegen. In alternativen Läden könnte man ja den Bullen wieder auspacken, aber die haben ja kein Geld.«
Ich solle das nicht zu ernst nehmen, sagt ein anderer Handpuppenspieler, ehedem Deutsch- und Mathematiklehrer. Er selbst habe einen schön bösen Bullen gemacht, und mit dem mache Kasperle auch allerhand. Auch in Schulen? »Nein, da geht's natürlich nicht, also höchstens bei einigen Lehrern.«
In einem Spielzeugladen strahlt mich die zauberhafte Verkäuferin an: »Warum nehmen Sie nicht den Neger da? Der ist doch auch lustig.«

Demoskopischen Erhebungen zufolge lachen Bundesbürger der Reihe nach über/aus: Witz, Schadenfreude, Humor, Satire, eine komische Situation. Außerdem versteht das BRD-Volk mit 73 Prozent unter Witz, was BRD-Zeitungen auf eigenen Seiten unter Humor verstehen, bei dem man bekanntlich trotzdem lacht. Knapp 60 Prozent der Befragten sehen ihr Bedürfnis nach Satire durch Rudi Carell umfassend befriedigt.
Es gibt aber auch noch die von Mund erzählten Witze, bei uns im Viertel vor allem über Neger. Was kein Wunder ist – hier leben mittlerweile rund 200 Afrikaner, illegal natürlich, beispielsweise schräg gegenüber von mir acht in einem winzigen Raum, stockbettgestapelt, pro Nase 350 Mark monatlich. Weiß der Teufel, was sie sich hier erhoffen, und weil sie daheim gelernt hatten, ihre Notdurft auf keinen Fall unter einem Dach zu verrichten, war die deutsche Toleranz schnell an ihrer Sollbruchstelle getroffen.
Warum also haben alle Neger platte Nasen und krause Haare? (In Klammern

hinfort die notwendigen Anweisungen zur pantomimischen Ausgestaltung.) Ganz einfach: Will ein Bimbo in ein Lokal, sagt der Türsteher – (Drücken Sie Ihrem Gegenüber mit der flachen Hand die Nase platt!): »Nein!« Darauf der Neger – (Rollen Sie ganz traurig eines Ihrer Haarbüschel zur Locke!): »Ja warum denn nicht!«

Natürlich ist diese Spielart deutschen Humors uralt, millionenfach erprobt an Krüppeln, Schwiegermüttern und ähnlichem. Wilhelm Busch als Ahnvater deutschen Humors ist in den neueren Ausgaben auch wieder mit seinem Beitrag vertreten, der historischen Treue wegen:

»Kurz die Hose, lang der Rock,
Krumm die Nase und der Stock,
Augen schwarz und Seele grau,
Hut nach hinten, Miene schlau –
So ist Schmulchen Stiefelbeiner.
(Schöner ist doch unsereiner!)«

Kein deutscher Jude, der diese Verse nicht auswendig kann und lustvoll zitiert.

Wo sind eigentlich die Ostfriesen als Gegenstand unserer Erheiterung geblieben? Natürlich wurde nicht über sie gelacht, sondern über jene humorigen Wanderpokale, die davor schon Ostpreußen, Schlesier und Sachsen getroffen hatten. Ihre Spur verliert sich in Österreich, wo die Burgenländer dran waren, und zum bayerischen Gaudium gehörten im letzten Herbst ähnliche Scherze über Schweizer und Österreicher.

In Norddeutschland waren währenddessen zwei Völker dran, die miteinander noch nie Rassenprobleme hatten. Sitzen also ein Neger und ein Chinese in einer Zelle. Um sich die Zeit zu vertreiben, spielen sie mit wechselnden Rollen Bar. Erste Runde – der Chinese: »Ich hätte geln ein Biel.« – »Sorry, wir führen leider kein Bier.« – Zweite Runde: »Ich hätte gern ein Bier.« – »Solly, wil velkaufen nichts an Niggel.«

Oder: Ein Chinese betritt einen Autobus. Der ist voller Neger. »Hat es hiel geblannt?«

Oder: Ein Chinese vor Gericht. »Walum? Ist es nicht ellaubt, Negel mit Hammel einzuschlagen?«

Als es kalt wurde, hatten die Witze auf Hamburgs Arbeiterinsel Wilhelmsburg schon eine andere Qualität. Ein Drittel türkische Bevölkerung heizt den Humor an, beispielsweise: Warum sollen nun in Wilhelmsburg transparente Mülleimer aufgestellt werden? Natürlich: Damit die Kanaker auch einen Schaufensterbummel machen können. Und warum werden Hamburgs Ratten vom Senat mit Rollschuhen ausgerüstet? Ganz klar: Damit sie einmal vor den Kanakern beim Mülleimer sind.

Vielleicht ist die Annahme falsch, Deutschlands schweigende Mehrheit sei, sobald sie loslacht, brüllend faschistisch. Die solche Witze erzählen, sind

fröhliche Spätschüler und Sozialdemokraten, und ihr Lachen ist nur herzlich. Sie lachen genauso, wenn sie erzählen, wie sie jene Neonazis vermöbelten, die hier als »Liste Ausländerstop« auftraten. »Flax muß doch auch sein.«
Ein ebenso lieber wie weiser Mensch bietet mir einige tiefschürfende Erklärungen an. Es handle sich bei diesen Witzeerzählern – von ihren Witzen abgesehen – doch um gutwillige Menschen, die zumindest gelegentlich auch versuchen, gut zu sein. Aber Angst machen die vielen Kümmeltürken letztlich doch, wenn auch nicht bewußt. (Es mag allerdings Zufall sein, daß in jenen Stadtteilen, wo die Spielplätze von türkischen Kindern überquellen, auch die meisten BRD-bestückten Kinderwagen rollen.) Also werden Witze gerissen, und das Lachen befreit: man kann weiter gutwillig sein.
Die übelsten Türkenwitze kenne ich übrigens von Nedim, der auf dem Hamburger Fischmarkt einen Verkaufsstand hat und davor in Istanbul Anwalt in politischen Prozessen war. Er sammelt, was seine Landsleute aus Harburg und St. Georg erzählen, und gelegentlich erscheint was davon in einer türkischen Zeitung. »Übersetze ich die deutschen Witze ins Türkische, sind es fast genau dieselben, die am Bosporus über Anatolier erzählt werden.«

»Für Witze ist jetzt eine schlechte Zeit«, sagt meine Mutter, die früher eine Unmenge auf Lager hatte. »Von uns fällt keinem mehr einer ein, man merkt sie sich so schlecht. Und es gibt auch keine. Ich hab' mindestens seit einem halben Jahr keinen mehr gehört.«
Ich bitte Rentner in den kleinen Kneipen des Viertels, mir einen Witz zu erzählen. Zwei von fünfzehn Befragten kannten wenigstens einen, aber das waren beides altehrwürdige Fünfziger-Jahre-Schmunzler. In der DDR gebe es jede Menge Witze, sagte eine Dame aus Leipzig, die hier ihre Enkel besuchte. Aber es fiel ihr leider gerade keiner ein.
»Rentner haben keine Witze«, sagt meine Mutter. »Das hätte ich dir gleich sagen können. Und die Post bietet auch keine an. Alle Scheiße haben sie auf Band, Kirchliche Nachrichten, Küchenrezepte, Pferdetoto, aber nichts zu lachen.«

Treffen sich zwei Voyeure. Sagt der eine: »Was machst du denn heute abend?« Sagt der andere: »Mal sehen.«

In den Endstationskneipen gestrandeter Alkoholiker und von Heimkindern werden viele Witze erzählt, und sie sind eine eigene Kategorie. Seit gut einem Jahr erzählen sie von Einsamen in der Wüste. Andi, ein baumlanges Stück Elend, das seinen Lebensunterhalt mit Automatenknacken bestreitet, liebt den besonders:

Ein Mann in der Wüste möchte gern sein Kamel bumsen. Er führt es also zu einer Düne, stellt sich auf die Düne . . . und in diesem Augenblick rennt das Kamel los. Er führt es also zur nächsten Düne . . . wieder dasselbe. Nachdem sie so durch die halbe Wüste gespurtet sind, erscheint eine wunderschöne Fee. »Du kannst von mir verlangen, was du willst«, sagt sie und öffnet den Schleier. »Könnten Sie bitte so freundlich sein und mir einen Augenblick das Kamel halten?«

Ein Mann in der Wüste schleppt sich mit letzter Kraft in den Schatten einer Palme. Dann jammert er los: »Ich verhungere! Oh hätte ich nur jetzt ein Stück Fleisch!« In diesem Augenblick fällt auch schon eines in seinen Schoß. Noch kauend jammert er wieder, und wieder fällt eines. Nach einer Weile, als er fast satt ist, blickt er hoch. Oben sitzt einer mit Lepra und zählt an seinen Fingern ab: »Sie liebt mich . . . liebt mich nicht . . .«

Auch diese Kategorie gehört zu dem Milieu: Eine Hexe im Schwarzwald hat viele Jahre lang brav gehext. Da erscheint ihr eine Fee und sagt: »Du warst so eine gute Hexe, daß du nun drei Wünsche offen hast.« – »Gut, dann will ich ein schönes, junges Mädchen sein.« – Schwupp, ist's geschehen. – »Und dann soll diese elende Hütte ein schönes Haus sein.« – Schwupp, hat sie einen Bungalow mit Jägerzaun und allem Drum und Dran samt Garage. – »Und dann soll dieser mein Kater ein schöner junger Prinz sein.« – Schwupp, und der steht da, ist ein Traum und lacht dreckig. – »Weshalb lachst du denn so gemein?« – »Jetzt wird's dir bald leidtun, daß du mich damals hast kastrieren lassen.«

»Witze müssen doch wunderbar sein«, sagte der Berber, der mir den erzählte.

Auf der letzten Seite der *Frankfurter Rundschau,* beim Wochenend-Pflichtübungs-Humor, stehen zwei Berber vor einem mit einer Flasche dekorierten Grab: »Hätte ich nie gedacht, daß der Paule einmal ein festes Quartier bekommt.« Etliche Seiten davor die Meldung über den Erfrierungstod zweier Stadtstreicher. »Das war leider nicht glücklich koordiniert«, sagte der verantwortliche Redakteur.

Auf der Buchmesse. Freimut Duve ist Verlagslektor, Bundestagsabgeordneter und als solcher Medienexperte der SPD. Ein vielbeschäftigter Mann, sich selbst als Intellektueller einstufend, und zufällig kommt das Gespräch auf Kohl.

»Nicht Kohl«, schreit er. »Birne! Das muß man jetzt einführen und durchsetzen!«

Aber Birne wurde doch schon anno Daumier serviert, damals aus Gründen der Zensur.

»Das macht doch nichts. Da gibt's doch wenigstens schon einige Witze, und zu Birne kann man ja mühelos welche machen.«

Ja, wo sind eigentlich die Witze über Politiker geblieben? Über Adenauer und Erhard gab es noch welche, und der unvergeßliche Heini Lübke provozierte, selbst einer, die sprachschöpferische Phantasie. Ich frage in Kneipen, im Bekanntenkreis – kein einziger Witz über Helmut Schmidt, auch keiner über Kohl, nicht einmal über Birne, von verkrampften Bemühungen einiger Berufshumoristen abgesehen. Das einzige, was einem einfällt, ist ein Überkleber auf einem SPD-Plakat. Da stand plötzlich statt »Arbeit für alle« dann »Arbeit macht alle«.
Am Anfang der BRD standen sieben Quarthefte *Flüsterwitze aus dem Dritten Reich*. Als sie noch nicht druckreif waren, sondern hinter vorgehaltener Hand erzählt wurden, weil eben schon lautes Lachen tödlich sein konnte, müssen sie wirklich komisch gewesen sein. An Hitler, Goebbels und vor allem Göring wetzte sich der Volksmund. Zum Beispiel 1934: Die NS-Bonzen müssen auf dem Weg ins Jenseits (welcher Traum!) durch den Lügensumpf. Hitler steckt bereits bis zum Mund darin, Göring erst bis an die Knöchel. »Aber Hermann! Du hast doch mindestens soviel gelogen wie ich!« – »Pst! Ich stehe auf den Schultern von Goebbels.« Oder: Adolf und Hermann im Ruderboot, weit draußen. »Pst, Hermann, nichts verraten – ich versuche jetzt mal, auf dem Wasser zu gehen.«
Gibt es deshalb so wenig politische Witze, weil das kennzeichnende Pst nicht mehr nötig ist? Oder sind die Repräsentanten einer repräsentativen Demokratie nicht lächerlich? Ist das vielleicht kein Stoff: Die weltgewichtig daherdozierende Prinz-Heinrich-Mütze, der überlebensgroße Provinz-Generalist? Wo bleibt der Volksmund, der diese Ballons am Wirtshaustisch mit einer gezielten Pointe piekst? Oder vergeht einem die Lust am Witz, weil diese Figuren bis zum Knochenkotzen die Tagesschau füllen?
»Es gibt eine Krise des Humors«, sagt ein Verleger. Der Umsatz von Witzsammlungen, wie sie vorzugsweise an Bahnhofskiosken verkauft werden, sei um ein Drittel zurückgegangen, und nicht einmal die »playboy-Partywitze« hätten die Verkaufserwartungen annähernd erfüllt. Auch die Einschaltquote von »Mainz wie es singt und lacht« sei konstant rückläufig. Aber niemand hält auch ein Vierteljahrhundert dieselbe Büttenrede aus, es sei denn als Funktionär bei den veranstaltenden Heiterkeitsvereinen.

Opa liegt völlig verkrebst da, und die Verwandtschaft hat sich schon um das Bett versammelt. Die baldige Witwe bemüht sich noch einmal: »Geht's dir halbwegs? Fehlt dir was?« – »Ach danke«, röchelt der Sterbende. »Mir geht es eigentlich wunderbar. Mir fehlt nur etwas Mut zur Zukunft.«

# Cora Stephan
# Nun muß sich alles, alles wenden

Was hat uns Kindern einer dreizehn Jahre währenden sozialliberalen Kontinuität des Wandels eine neuerliche Wende noch zu bieten? Nach dreizehn Jahren in einem riesigen Laboratorium zur Erforschung menschlicher Wandlungsfähigkeit und zur Feststellung der absoluten Zahl möglicher Identitäten, in dem wir Weißkittel und Meerschweinchen zugleich waren, sind die Helden müde und ausgelaugt. Nun verspricht ein Pfälzer Mensch die Einkehr und die Rückkehr, die Bindung und die Ordnung, die Sitten und die Gebräuche. Back to the fifties – als das Privatleben noch privat war, das Verbotene noch süß, der Widerstand noch nicht Pflicht, Gesellschaftskritik noch avantgardistisch, als die vielen Spießer noch willkommene Folie für eine kleine radikale Minderheit darstellten. Chance oder Anachronismus? Wir werden sehen.

## *Der Mensch, männlich*

Seiner Mutter tat er mit den überschulterlangen Haaren und dem weniger männlich denn natürlich sprießenden Vollbart manch Leid an, aber ansonsten war er der Frauen bester Freund. Ein Kind der 70er Jahre, in denen die Errungenschaften von '68 bereits geerntet, eingefahren und verarbeitet waren: unaggressiv, androgyn, selbstkritisch. Er zog handgestrickte Ringelpullover den Hemden und Manschetten vor und bot das gute Gespräch an, bevor er sich im Bett, auf Schmusen, Streicheln und Penetrationsverzicht eingestellt, als gelehriger Schüler der Frauenbewegung erwies. Er ging stets mit zum Frauenarzt, bewährte sich beim Temperaturmessen, kannte sich mit den Funktionen des weiblichen Körpers besser aus als mit denen des eigenen. Er hielt der Weiblichkeit noch die Stange, als andere sich bereits wieder auf Mackerqualitäten zurückbesannen und ihren zeitweiligen Verzicht darauf nunmehr als unterdrückerischen Fremdeinfluß der Frauenbewegung erkannten. Seine Berufswahl folgte sozialen Kriterien, wohlkalkuliert nach den Kosten eines möglichen Verlusts eigener Menschlichkeit in Relation zum Nutzen für andere. Kritik am Leistungszwang hinderte ihn nicht, seine Examina in angemessenem Zeitabstand und ohne großes Aufse-

hen hinter sich zu bringen. Die Freundinnen wechselten im völlig normalen Abstand von etwa zwei Jahren; was er bei der einen gelernt hatte, war der anderen noch nicht genug und so fort. Er war kein Wandler zwischen vielen Betten und dazu – als »lieber Typ« – auch nicht aufgefordert.
Lisa brachte die Wende. Monate vor dem Kanzlersturz versetzte sie ganz andere Dinge in Bewegung: die langen dunklen Haare unseres nach jahrealtem Unmännlichkeitsdiktat kaum noch kenntlichen Frauenfreundes fielen ihrer Schere zum Opfer. Zum Vorschein kam nicht der 180prozentige Wendetypus Marke neuhart, neubrutal und kurzhaarig – sondern ein lockenköpfiger griechischer Gott, ein Mann ohne Wenn und Aber, ein Lustobjekt.
Nicht, daß er dies beabsichtigt hätte. Ein bißchen aber genoß er es schon, als er kürzlich in weißem Hemd und dunklem Jackett in einer scenebekannten Kneipe auftauchte und von Freunden wie Freundinnen kaum wiedererkannt wurde. Klara jedenfalls – die sich von Alice Schwarzer jüngst versichern ließ, auch sie trage heutzutage wieder Boa, als neues Symbol eines neuen Bekenntnisses zu einer neuen Sinnlichkeit – sieht ihn seitdem mit anderen Augen. Zumal sie ja jetzt überhaupt wieder hinsehen darf.
Was könnte man mit einem solchen Prachtexemplar alles anstellen, wenn man nicht gerade in einer verräucherten Scenekneipe stünde, in der die wechselseitigen Abschlepprituale stets nach dem gleichen Muster ablaufen und überdies von der versammelten Familie beobachtet werden; wenn man nicht vierzehn Jahre dafür gekämpft hätte, daß keiner des anderen Objekt sei, geschweige denn Lustobjekt; wenn man nicht ebenso viele Jahre an einer Mode mitgestrickt hätte, die man und frau in unzugängliche Latzhosen, knallenge Jeans, schwere Stiefel und über den Kopf zu ziehende Pullover gezwängt hat; wenn man nicht wüßte, daß die totale Befreiungswelle, nach der angeblich alles erlaubt ist, unberücksichtigt läßt, daß die Menschen, die sich »auch« die Lust am Laster, am Fummel, am sinnlichen Genuß, an der Völlerei und dem Rollenspiel gönnen sollen, dazu infolge jahrelanger unerbittlicher Suche nach Identität gar nicht mehr fähig sind.
Wo könnte sich denn das abspielen, diese verstohlene Lust auf weiße Manschetten, die kräftige Handgelenke so attraktiv machen, weil sie sie nur für Momente nicht verhüllen – beim kalten Buffet im zuletzt besetzten Haus? Wo hat das Raum und Zeit, diese Sehnsucht nach strengen Jacketts und weißen Hemden, unter denen man sich lange Muskeln und goldene Haut vorstellen kann, nach gut, aber lässig sitzenden Hosen, unter deren Bund sich ein muskulöser Bauch verbergen könnte – in der Disco im alternativen Kulturzentrum, auf der Fete in der Wieland 13?
Könnte das in einem klapprigen Käfer oder einer betagten Ente passieren, daß er sie nach dem von überlegener Fürsorglichkeit, bestimmtem Umgang mit dem Kellner, glühenden Blicken und intelligenter Konversation be-

herrschten französischen Diner à deux schweigend nach Hause fährt, ohne sich zu Undistanziertheiten hinreißen zu lassen wie: »Wollen wir bei dir nicht noch ein Glas Wein trinken«, oder, schlimmer noch: »Ich würde jetzt gerne mit dir schlafen.« Vor welcher Wohngemeinschaftstür hätte er Gelegenheit, sich trotz mühsam unterdrückter Begehrlichkeit – die sich womöglich gerade noch in einer starken Umarmung ausdrücken dürfte, vielleicht auch in einem leidenschaftlichen Kuß, von heroischem Rückzug und einem stolzen Wort der Entschuldigung gefolgt – männlich-beherrscht zu verabschieden, so daß sie die Gelegenheit hätte, sich mit zitternden Knien auszumalen, was angesichts der Selbstverständlichkeit seiner Realisation den Reiz eigentlich schon eingebüßt hat?

Klara träumt ihren griechischen Gott in Smokinghosen, in die sich viel besser verstohlen hineinfassen ließe als in knallenge Jeans oder gar – horribile dictu – in Latzhosen. Sie wähnt sich seidenbestrumpft, ihm gegenüber, mit den Zehen sanft geräumige Hosenbeine hochstreifend, sehnt sich nach indirekterem Zugriff, als Röhrenhosen und Stiefel zu gestatten pflegen. Klara imaginiert das Geräusch reißender Hemden, den Fesselungseffekt solcher über männliche Schultern gestreifter Kleidungsstücke, trüge gern das Pendant, ein möglichst teures und um so eher zum Zerfetzen aufforderndes Abendkleid. Kostbar ist, was Opfer fordert.

Doch die gesellschaftlichen Anlässe, Feste und Feiern, auf denen eine aufsteigende Generation gegenwärtige und zukünftige Erfolge feiern könnte, die Bälle und Empfänge, der ganze bürgerliche Protz und Pomp sind ersatzlos gestrichen. Keine Tanzstunde, keine Abitur-, Examens- oder Promotionsfeier rechtfertigt mehr die Anschaffung eines Abendkleides oder gar die Zwangsverordnung von Schlips und Kragen. Weder frohe Ereignisse noch Todesfälle, weder Heirat noch Hochzeit verlangen einer Jeans-Generation »angemessene Kleidung« ab. Der Schlips muß nicht mehr abgelegt werden, der nie getragen wurde. Nur jene, die sich nie in Reizwäsche gezwängt haben, können plötzliche Sehnsucht danach entwickeln.

Doch wer weiß? Nachdem der *Stern* bereits die männliche Jungfrau und die neue Keuschheit entdeckt hat, Kanzler Kohl den Stresemann und Alice Schwarzer die Boa als wieder salonfähig vorführen, wird der nächste Schritt nicht schwerfallen. Sicher, man wird noch eine Zeitlang die Nase rümpfen: »Ich muß zu diesem dämlichen Ärzteempfang«, oder: »Soll ich mir zu dieser abseitigen Promotionsfeier wirklich ein Kleid anziehen?« – aber wie verführerisch sind doch die Aussichten auf wohlbedeckte Männlichkeit, auf verstohlene Blicke und zurückhaltende Flirts, auf Geheimnis statt Diskussion, auf Mittelbares statt der öden Unmittelbarkeit, auf dezente Annäherung, auf spannungsvolles Hinauszögern, auf Rituale, Rituale, Rituale . . .

Wohl bekomm's. Wem vierzehn Jahre lang nichts Besseres eingefallen ist, verdient's nicht anders.

Klara wüßte im übrigen gar nicht, was sie anzuziehen hätte, würde ihr lockenköpfiges Lustobjekt sie tatsächlich zu einer Promotionsfeier einladen. Das ist keine Frage des Geldes: die Lederhose war ziemlich teuer, die handgearbeiteten und saubequemen Stiefel hatten einen angemessenen Preis, und der Pullover ist ein italienisches Modell (Einzelstück), was man ihm natürlich nicht ansieht. Aber das andere: jene Knechtschaftsinstrumente geknebelter Weiblichkeit – »Stöckelschuhe« – mit Anstand zu tragen, will gelernt sein. Ganz zu schweigen von Seidenstrümpfen und Strapsen, Miedern und rauschenden Gewändern (nicht knitterfrei). So etwas hatte man – auf dem Flohmarkt erstanden, versteht sich – eine Zeitlang in diversen Frauengruppen ausprobiert, natürlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit, vor allem der männlichen. Damals galt das der Selbsterfahrung oder dem Rollenspiel oder auch beginnenden zarten bewegungslesbischen Banden. Über solche Fummel hätten sich die scene-sozialisierten Männer doch nur lustig gemacht. Das goutierte man höchstens an männlichen Körpern – bei Transvestitenshows.

Und was den anderen überkommenen bürgerlichen Ballast betrifft, so erfreut sich nicht nur Klara bis zum heutigen Tag einer erfreulichen Unschuld. Sie wußte noch nie, wie man sich Feuer geben und die Tür aufhalten läßt, wie man in einen aufgehaltenen Mantel hineinkommt, oder ob das höflich ist oder nicht, wenn ein Mann sie vorangehen läßt. Einen Handkuß erträgt sie mit Müh und Not ohne Lachanfall. Gelernt hat sie indes, ihre Bedürfnisse zu artikulieren, den Typen zu sagen, wenn sie was von ihnen will – ohne den ganzen Firlefanz. Gleiches Recht für alle. Warum soll nicht auch mal ein Mann undistanziert angeödet werden?

Mutig haben einige frauenbewegte Frauen vor einiger Zeit die These vertreten, der selbstbewußten Frau stünden alle Rollen offen – die des Weibchens wie die der Berufstätigen, die der bewußten wie die der lustvollen Frau, die des Kumpels wie die der Dame. Doch die Rolle etwa des Lustobjekts zu spielen, ist ganz und gar nicht einfach. Wo hätte man das auch lernen sollen? Die heutige Frau um die Dreißig mußte nur noch selten den Tanz mit der Tanzstunde mitmachen, sich in unbequeme, gleichwohl aufreizende Gewänder zwängen, das Spiel mit den Konventionen spielen. Sie mußte weder heiraten noch Kinder kriegen und noch nicht einmal einen anständigen Beruf ergreifen. Es ist einfach, auf etwas zu verzichten, was einem niemand mehr aufzwingen wollte. Es ist leicht, eine Entscheidung zu fällen, wo es keine Alternative gibt. Doch noch immer wird vehement abgelehnt, was man längst nicht mehr muß. Denn nicht müssen heißt noch lange nicht dürfen. Wie zum Hohn treten heute die Töchter kampfeserprobter Frauen, Racheengeln gleich, in die Arena, bewaffnet mit Petticoats, hochhackigen

Schuhen, Strümpfen mit Naht, »Kleidchen« und aufwendigen Frisuren. Mutter, für die die ersten Jeans mit dreizehn die Befreiung waren, ist darob mindestens ebenso schockiert, wie weiland ihre Erzeugerin es war, und muß sich auch das gleiche anhören – »du bist spießig«.

Klara verstieg sich kürzlich zur These, »diese verdammte Politisierung« habe ihre Jugend verdorben. »Als ich sechzehn war, ging ich auf die Straße statt zum Abtanzball. Auf die Parties der Söhne und Töchter der mittelstädtischen High Society wurde ich nach meiner ersten Demo eh nicht mehr eingeladen. Ich wurde nicht verführt, sondern hatte irgendwann beschlossen, meine Jungfernschaft loszuwerden. Heiraten kam – kühl betrachtet – auch deshalb nicht in Frage, weil mich keiner darum ersuchte. Das tat man schon damals in unseren Kreisen nicht. Meine erste Abtreibung brachte ich mit siebzehn hinter mich, und niemand – auch ich nicht – verstand so recht, warum ich damit bis zum vierten Monat wartete. Gevögelt wurde nach dem Glas-Wasser-Prinzip, weil man ›das‹ gerade brauchte, schließlich hatten wir ›angstfreie Sexualität, wann immer und wo immer‹ auf unser Panier geschrieben, und vor dem, was sich dann so abspielte, mußte man sich auch wirklich nicht fürchten. Wir waren eigentlich alle gute Kumpel, in der Frühzeit der Bewegung jedenfalls. Die Differenzen und Distanzen waren verschwunden, der Genosse duzte die Genossin, das vornehme ›Sie‹ habe ich mir gar nicht erst groß abgewöhnen müssen. Berufliche Karriere? Sowas war nicht vorgesehen, und es war schon irgendwie komisch, als die Frauen darüber diskutierten, daß die Männerwelt sie nicht in Machtpositionen gelangen lasse, nachdem sie Jahre zuvor solche Karrieren als bürgerliches Korruptionsangebot abgelehnt hatten. Das Berufsverbot war eine herrliche Möglichkeit, zu behaupten, man dürfe nicht, wo man eigentlich nicht wollte oder vielleicht auch gar nicht konnte . . .«

Errungenschaften. Niemand ist verführbar. Und verführerisch meist auch nicht. Dafür ist die Angst weg, das katholische Verschämtsein, die Furcht vorm Verbotenen. Keine verklemmten Liebschaften mehr, sondern angstfreie, lockere, keimfreie »Beziehungen«, ohne Geheimnis, aber auch ohne »Probleme«, über die sich nicht wenigstens reden ließe.

Warum nur geht eine leise Langeweile durch die Anmach- und Abschleppszene? Warum beginnen diese und jener nach Stolpersteinen, Verzögerungsritualen, Hemmnissen zu schielen, obwohl doch jahrelang gegen ebensolche Beschränkungen der »freien Liebe« gekämpft wurde? Ein heißer Tip an Klara: Männer um die Vierzig, mit strenger katholischer Erziehung, womöglich gar bei den Jesuiten, verfügen über eine ausgeprägte Phantasie, die sich einer guten Schulung in der vielverrufenen Doppelmoral verdankt. . .

Einige Frauen sollen ja angeblich eigens nach Jamaica fliegen, um dort dem zu frönen, was sie sich hier selbst verboten haben: richtiger Eifersucht,

bedingungsloser Hingabe, ekstatischer Anbetung, hemmungsloser Augenlust am männlich Schönen, stummer Qual und körperlicher Abhängigkeit, kurz: wahrer Leidenschaft. Die Daheimgebliebenen, der langweiligen Libertinage überdrüssig, die nur die Last der Entscheidung, nicht aber die Lust der Überantwortung übrig läßt, müssen wohl eine Wende bundesrepublikanischer Eigenart betreiben. Hat nicht Kanzler Kohl gleich nach Amtsantritt das Hohelied der deutschen Frau gesungen? War es vielleicht gar Lüsternheit, die einige Feministinnen in der Frühzeit der iranischen Revolution vom Tschador als einer der weiblichen Würde angemessenen Kleidertracht schwärmen ließ? Kurz: neue Sittenstrenge hätte den freiheitsgeschädigten Lüstlingen einiges zu bieten. Weg mit den Verhütungsmitteln, damit »es« wieder spannender wird, damit frau wieder zögern darf, bevor sie wirklich nicht mehr anders kann als sich hingeben – auf daß die Sache selbst wieder erhöht werde, indem man ihr Opfer bringt.
Man muß ja nicht laut sagen, was man wirklich damit meint, wenn man zu solcher Wende aufruft: »Die neue Regierung möge das Anfassen und Küssen in der Öffentlichkeit untersagen, den Frauen das Tragen von Hosen verbieten, vorehelichen Geschlechtsverkehr und Ehebruch mit strengster Strafe belegen« – damit man süße Heimlichkeit genießen kann (die man nie gekannt hat), damit der Autositz, das Gartenhaus, die Telefonzelle und das Damenklo wieder mehr sind als Orte sportlichen Ehrgeizes.

*Der Mensch, mütterlich*

Die aufregendsten Pornos sind die modernen Lore-Romane – sie heißen jetzt *Julia, Romana* oder *Bianca*. Hier wird das Spiel von Geschlechterkampf, Mißverständnis, Zähmung der Widerspenstigen, Annäherung und Abstoßung und endlicher ekstatischer Hingabe hemmungslos ausgekostet. Das »Eigentliche« bleibt dabei meist ausgespart – das kennen wir in der heutigen Zeit ja auch zur Genüge.
Wem aber sagen dunkle Formulierungen aus den Liebesromanen älteren Stils noch etwas, in denen es etwa folgendermaßen heißt: nach heißen Kämpfen, tränenreichen Mißverständnissen und stammelnder Versöhnung kommt es zur selbstverständlich weißen Hochzeit. »Am Morgen danach« erwacht »sie«, »wundersam verwandelt«, weil »zur Frau erblüht« und lächelt »ihn« an in der »Gewißheit, wie sie nur liebenden Frauen eignet«, daß sie ihm schon bald (nach neun Monaten, ist anzunehmen) »das Kostbarste zum Geschenk machen würde, das eine Frau . . .«
Versteht das noch jemand? Oder ist die verhütete Generation nicht schon weitgehend wieder auf dem Niveau alter Stammesseligkeit angelangt, als der Zusammenhang zwischen körperlicher Lust und der süßen Last ausgedehn-

ter Nachkommenschaft noch unbekannt war? Sexualität macht unter anderem auch deshalb keine Angst mehr, weil »die Folgen« nicht mehr unausweichlich sind. Lust und Last gehören nicht mehr unabdingbar zusammen – auch dies ist eine Errungenschaft der letzten vierzehn Jahre. Die Aufhebung des Abtreibungsverbots wurde weiland heiß erkämpft. Doch das, wogegen brave Katholikinnen und Unionistinnen damals, das Tier im Menschen mutmaßend, erbittert zu Felde zogen – ein Krieg ums Menschenbild, der manch sozialliberalem Pragmatiker, dem alles »praktikabel« schien, das Argument verschlug –, trat nicht ein: ein allenthalben enthemmtes Metzeln der Leibesfrucht. »Mein Bauch gehört mir« heißt schließlich auch, wie sich viele Frauen glücklicherweise zugestanden: Ich nehme mir die Freiheit, in ihm Kinder heranwachsen zu lassen – gerade jetzt, wo ich dazu nicht mehr verdammt bin.

Diese Wende, die Mitte der 70er Jahre vehement über Freundinnen, Genossinnen, Kämpferinnen und Feministinnen hereinbrach, die sich noch kurz zuvor feierlich die Hand zum Schwur gereicht hatten, nie das Joch der Schwangerschaft auf sich zu nehmen, stellte zu Zeiten selbst konservatives Raunen vom schönsten Beruf der Frau in den Schatten. Frauen veranstalteten alte Fruchtbarkeitsrituale, die dogmatischer Bewegten unter ihnen gaben die Parole aus, daß Frau erst richtig Frau sei, wenn sie die Erfahrung der Mutterschaft gemacht habe, und der »einzige« Weg der »natürlichen Geburt« war auch bald gefunden und mußte beileibe beschritten werden. Die Männer waren wieder gefragt, wenn sie auch keineswegs immer gefragt wurden. Aus dem Macker, Typ, Softie, der Beziehung, dem Freund (dem Geliebten?) wurde – in technischer Präzision – der »Kindsvater«. Dieser unterdrückte heroisch seinen Gebärneid und wechselt nun Windeln, gibt das Fläschchen, füttert und sorgt.

Schwangerschaft »widerfährt« einem nicht mehr. Im Gegenteil: manchmal hat man das Gefühl, als ob die vielen antiautoritären und unter besonderem Naturschutz stehenden Scene-Kinder nicht ervögelt, sondern erdacht worden seien. Mindestens muß frau sich vorher die aktuelle Frage gestellt haben: »Darf ich mir als Frau das Erlebnis der Mutterschaft versagen?« Weitere, mehr kindbezogene Problemerörterungen sind ebenfalls noch gestattet, etwa: »Kann ich ein so hilfloses Wesen in diese schlimme Welt setzen?«, oder: »Kann ich mich beruflich so einrichten, daß ich dem Kind die von Alice Miller verordnete totale Liebe zu geben vermag?« Ganz zu schweigen von den heiklen Debatten über natürliche Geburt, Krabbelstuben, freie Schulen und sonstiges.

Wo es nicht gelang, die Geschlechtsrollenverteilung »aufzuknacken«, wo auch das Kind die krisengeschüttelte Bindung zweier Beziehungsunfähiger nicht kitten konnte, wo das Wohngemeinschaftsmodell nicht funktionierte und die Frauengruppe im Grunde noch weniger Unterstützung und Halt

bot als das, was »bürgerliche Frauen« in grünen Vororten seit je als Nachbarschafts- und Selbsthilfe praktizieren – da bildete sich der neue, altbekannte Typus der überlasteten, alleinerziehenden Mutter heraus. Jeder gönnt ihr die »neue« Erfahrung ihrer Leiblichkeit, aber auch die Folgen ihrer freien und oft genug allein gefällten Entscheidung. Deshalb darf sie darüber auch ungehemmt jammern, sie kann einer verständnisinnigen Zuhörerschaft gewiß sein, mehr aber auch nicht.
Wenn von Liebe nicht die Rede war, dafür viel von neuer weiblicher Erfahrung und von selbstbestimmter Schwangerschaft – wen wundert es da, wenn sich auch langgeschulte Bewegungsmänner wieder auf die alten bürgerlichen Fluchten begeben, sich als Zahlvater mißbraucht fühlen (»wurde ich denn gefragt?«) und schließlich auch diesen letzten, mageren Beitrag zum gemeinsamen Produkt verweigern? Statt einer neuen Regelung solcher Konflikte bietet sich der überlasteten, aufs Existenzminimum zurückgeworfenen Mutter nur die gute alte Institution des Rechtsbeistandes, der seinem alten Saufkumpan schließlich genüßlich die Pfändung ankündigt. So profitieren wenigstens noch die linken Anwaltsbüros.
Eine Chance für jene, die sozialliberale Technokraten dafür geißelten, daß sie das entmenschte Institut der Abtreibung auf Krankenschein einführten, die Frauen in Berufsausbildung und Laufbahn drängten, die Ehe untergraben halfen und die Kinder in kalte Superbildungsanstalten verfrachteten?
Wer weiß. Vielleicht sind die von der Regierung Kohl projektierten Kürzungen des Kindergelds ein mehr oder weniger geschickter Versuch, in dieser materialistisch und vom Kopf bestimmten Welt den Zusammenhang von Gattenliebe und Kinderproduktion wieder ins Bewußtsein zu rufen. Ob das reichen wird? Progressiver und wahlkampftaktisch ertragreicher wäre sicher, das Kinderkriegen als friedvolle, nützliche und ökologisch saubere Zukunftsinvestition zu propagieren. Dann aber konsequent: ein Gehalt für jede, die ihre Leistungsunwilligkeit durch Kinderproduktion kompensiert. Denn wo vierzehn Jahre Identitätssuche diese »natürlichste Sache der Welt« mit Ansprüchen heillos überfrachtet haben, hilft vielleicht wirklich nur der Rückgriff auf die allerältesten Modelle.

*Der Mensch überhaupt*

Mag sein: in dieser Gesellschaft, diesem »System« mit seinen »Strukturen«, seinem Leistungsdenken und seiner kalten Technizität scheint die einzige Alternative für Leistungsverweigerer, die authentische, »warme« und ökologische Eigenproduktion anstreben, die Kinderherstellung zu sein. Denn was ist schon los mit denen, die diese Möglichkeit nicht wählen können?

Klaus hat der Bewegung vierzehn Jahre gedient. Die Biographie ist bekannt:

1968 Politisierung
1969 Abbruch des Theologiestudiums, Auflösung der Verlobung
1970 marxistisch-leninistisches Intermezzo
1971 Betriebsarbeit
1973 Häuserkampf
1975 neureligiöse Phase
1976 Kulturzentrum: scheiterte am alternativen Chaos;
Druckerei: war ebenso brutal wie die Arbeit bei Opel
1977 Autowerkstatt: ging pleite
1978 Weinstube: besoffene Genossen bedienen war auch nichts
1980 alternatives Tagungshaus auf dem Land: Freundin machte nicht mehr mit
1981 linke Buchhandlung: Konflikt mit leistungsorientiertem Analo

Klaus verkauft mittlerweile Versicherungen und mag nicht mehr »herumkrebsen«.

Martin, der auf dem Höhepunkt der Alternativwelle noch verschwiegen hatte, daß er sein Medizinstudium wieder aufnehmen wolle, der mittlerweile seinen Assistenzarzt macht und ab und an das alternative Gesundheitszentrum berät, kritisiert an Klaus' Versicherungsjob, daß er damit bürgerliches Sicherheitsdenken transportiere, das angesichts der atomaren Bedrohung einfach illusionär sei.

Annette, in deren Laden die biodynamischen Gemüse, die Körner, das selbstgebackene Brot und der biologisch saubere Wein reißenden Absatz finden, hält Martins Medizinerlaufbahn für nicht ganzheitlich genug und registrierte empört, daß er einer an Nierenbeckenentzündung erkrankten Freundin Penicillin empfahl.

Werner, dessen Filmproduktion sich weitgehend linken, alternativen, politischen Inhalten widmet und der »sanfte Buchführung« schwachsinnig findet, nennt Annettes Gesundheitsfimmel schlicht unpolitisch. Mit Müsli kannst du die Verhältnisse nicht zum Tanzen bringen.

Alle vier sind sich einig, was Hendrike betrifft. Hendrike bewegt sich seit sechs Jahren in freien, aus der Selbsterfahrungs- und Alternativkultur-Welle um 1976 entstandenen Theatergruppen. In den ersten Jahren trauten sich die Laienkabarettisten kaum, dem Scene-Publikum für die – ja aus der eigenen Lust an der Selbstdarstellung erwachsenen – Gruppenproduktionen drei Mark Eintritt abzuverlangen. Mittlerweile zahlen sie sich pro Person 1200,-- DM netto im Monat aus. Das ermöglichten ihnen ein durchschlagender Erfolg bei den »bürgerlichen« Medien, umfangreiche, auch die letzte Provinzbühne abdeckende Tourneeprogramme und ein mittlerweile nur noch selten »linkes« oder »alternatives« Publikum. Sie und ihre Truppe hatten

allerdings noch nie das Gefühl, dieser »Erfolg« beeinflusse auch nur im geringsten ihr seit je die antikulturellen Institutionen, Dogmen und Verhaltensweisen unbarmherzig verhohnepiepelndes Programm. Hendrike prägte kürzlich in einem Interview – nicht in einem Alternativblatt, sondern in einer angesehenen liberalen Zeitung – den Satz: »Nur wer schafft, schafft's.«

Klaus, Martin, Annette und Werner wissen, was davon zu halten ist – gönnen sie doch selbst einander nicht den kleinsten Erfolg. Hendrike hört mittlerweile nicht mehr hin, wenn ihrer Truppe Karrierismus, Korruption, Verbürgerlichung, Geldgier und scene-unübliche Leistungsfixiertheit vorgeworfen wird.

Es gibt sie, die dynamischen Alternativen, die sich nicht erst selbst helfen, seit die CDU mit der Zauberformel »Selbsthilfe« gegen staatlichen Superprotektionismus zu Felde zieht. Diese Kinder der sozialliberalen Ära denken nicht daran, ins fürsorglich aufgespannte soziale Netz zu fallen. Sie wollen vom Staat nichts wissen und schon gar nichts haben. Für sie sind Arbeit, Leistung und Erfolg keine leeren Worte. Hier ist er, der schaffensfrohe Optimismus, den Kanzler Kohl jüngst postulierte, das vorwärtsstrebende Element, ein Stück »Mittelstand«, der ja dem christdemokratischen Programm schon immer ein besonderes Anliegen war. Chance für die Wende! Hier findet sich eine Minderheit der Gesellschaft, die in besonderer Bedrängnis lebt und webt.

Denn als süßer und ehrenwerter gilt noch immer, wenn der alternative Mensch, getreu dem angenommenen Status vom Opfer der Gesellschaft, von »Staatsknete« lebt. Alternatives freies Unternehmertum hingegen ist suspekt. Da bedarf es keiner staatsmännischen Machtworte, um den Ruf »Den Gürtel enger schnallen« ertönen zu lassen. Das besorgt die »family« schon selbst. Die gutverdienende Szene der Studienräte, Universitätsangestellten, Medienschaffenden, Ärzte und Rechtsanwälte braucht professionelle Hungerleider, die ihnen ihre radikale Vergangenheit mit drastischem Verweigerungsgestus, asketischem Habit und großäugigem Opfertum gegenwärtig halten. Wehe, da macht sich einer anheischig, der bürgerlichen Gesellschaft auf einem Wege das Geld aus der Tasche zu ziehen, der nicht Beamtengehalt, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe heißt.

Die kollektive Kontrolle bewegt sich dabei in Dimensionen, die angesichts der »realen Machtverhältnisse« in dieser Gesellschaft eigentümlich erscheinen. Sind denn 1200 Mark im Monat ein so großartiges Korruptionsangebot? Macht denn ein Auftritt in der Alten Oper die ehemals als linksradikal apostrophierte Musikertruppe schon zu einer arrivierten Erscheinung des bürgerlichen Kulturbetriebs? Ist denn eine mit tausend Mark netto eher kümmerlich entlohnte Stelle bei der *taz* oder bei einer anderen Alternativpostille tatsächlich mit soviel »Machtgewinn« verbunden, daß man denen,

die sie bekleiden, »Pöstchenjagd« oder »machtgeiles Mackertum« vorwerfen kann? Wo leben wir denn? Selbst ein Herr Friderichs erhält seine Zuwendungen von Herrn Flick nicht deshalb, *damit* er tut, was jener wünscht, sondern weil man ihn ruhig dafür belohnen kann, *daß* er es tut.
Dort, wo Korruption am wenigsten stattfindet, wird sie am unerbittlichsten verfolgt. Dabei werden heute nur noch wenige der einstmals ungezählten alternativen Kulturschaffenden dafür belohnt, daß sie tun, was sie tun. Denn die Karawane ist längst weitergezogen. Unter großem Getöse machte sich Mitte der 70er Jahre eine riesige Schar unmittelbarer, kreativer lieber Menschen anheischig, die totgesagte bürgerliche Kultur zu ersetzen. Unter sozialliberaler Ägide forderten gesellschaftskritische Kulturschaffende, ebenso unterstützt zu werden wie die »totsubventionierten« Kultstätten überkommener Art (ein geheimer Todeswunsch?). In sozialliberalen Beton- und Glaspalästen durfte sich dann zu volkstümlichen Preisen breitmachen, was tatsächlich oft nicht viel mehr als platte Agitationsstücke, billige Propaganda, Gutwilliges, Gutgemeintes und Schlechtgemachtes war.
Das zieht heute selbst bei denen nicht mehr, die früher pflichtschuldigst zu jeder Premiere der mitbestimmten Schauspielerkollegen gegangen waren. Natürlich geht man heute in Frankfurt auch in Neuenfels' Aida, schon weil da angeblich mit Brathähnchen geworfen wird. Man würde übrigens selbst in die Alte Oper gehen. Allein – die Bilder gleichen sich. Hie Zottelbärte, Wallekleider und gesundes Schuhwerk, dort selbstgehäkelte Stolen, blausamtene Kaminröcke und traurige schwarze Anzüge. Was sich in den niedrigen Tigergängen der neuen Alten Oper als selbstbewußtes Bürgertum geriert, ist nicht einmal der Alptraum davon. Die wenigen gutgekleideten Damen und Herren, die man dort ausmachen kann, entstammen mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit dem Frankfurter Bahnhofsmilieu.
Einer »neuen« Kulturpolitik, sollte es sie denn geben, wird dafür zu danken sein, daß sie verbirgt, wie wenig jene »alternative« Kultur zu bieten hat, die sich einstmals an die Stelle der bürgerlichen setzen wollte – indem sie sie nicht zum Zuge kommen läßt. So könnte man zumindest von ihrer ungebrochenen Blüte im Verborgenen künden, eine Botschaft, die – schön wär's – womöglich geeignet wäre, den künstlerisch Tätigen an den wieder hochzusubventionierenden überkommenen Kulturstätten heiligen Schrecken einzujagen und sie zu ungeahnten Rettungsaktionen der bürgerlichen Kultur anzustacheln. Vielleicht haben die Attacken der Politkultur ja noch etwas übriggelassen. Im übrigen wäre zu empfehlen, den Reichtum, der sich in den letzten dreizehn Jahren nur schamhaft verborgen gehalten hat, wieder auf die Straße und in die Kulturpaläste zu locken. Das wäre die wahre Kultur für alle – das Volk hat schließlich ein Recht darauf, wenigstens in genüßlichen Augenschein zu nehmen, was die auf seine Kosten Reichen mit ihrem Wohlstand anzufangen wissen.

So wäre alles wieder beim Uralten? Warum nicht. Phantasie an die Macht, hieß es damals. Sie war an der Macht. Wir hätten uns alles vorstellen können – vielleicht wird's Zeit, daß uns wieder jemand daran zu hindern versucht.

*Der Mensch, persönlich*

Wenn die Befreiung von Zwang zum Zwang zur Zwanglosigkeit führt und der Verzicht auf Formen zur Langeweile – dann ist es hohe Zeit zur Wende. Wie gut, daß es »die Herrschenden« gibt, denen immer wieder Possierliches einfällt, das einem Wut, Empörung und Betroffenheit entlockt. Sonst müßte man sich ja selbst was einfallen lassen.
Politik beispielsweise macht endlich wieder Spaß, seit man sich das Wort »Unregierbarkeit« genüßlich auf der Zunge zergehen lassen kann, sofern man grün gewählt und zu diesem Zustand nach Meinung der Herrschenden also sein Scherflein beigetragen hat. Ein anderes Stichwort lieferte Helmut Kohl: Der Mensch stehe im Mittelpunkt, vermutete er jüngst. Tatsächlich: seit die FDP einen ungeordneten Rückzug aus den Parlamenten antritt, erscheinen ihre Vertreter fast menschlich. Dafür ziehen mit den Grünen liebe Menschen in die Schwatzbuden ein. Und selbst Helmut Schmidt ist, spätestens seit er durch den anderen Helmut ersetzt wurde, als Mensch kenntlich geworden.
Der Mensch und Politiker Peter Glotz brachte es kürzlich auf den Punkt: Von einer Kontinuität der Politik der SPD sei nicht zu sprechen, höchstens von der Kontinuität der Politik einiger ihrer Personen, ja Persönlichkeiten. Ein wichtiger Funktionsträger (ein Wort, das sicher bald vermenschlicht werden wird) einer Partei, die doch eher mit Sachzwang, Systemabhängigkeit, Technostruktur und Massenbasis zu jonglieren pflegte, enthüllt also deren Politik als im eigentlichen Sinne personenabhängig. Dies ist erstaunlich. Was soll man da von einer sozialdemokratischen Bildungspolitik halten, die immerhin etliche Jahre unzählige Rahmenrichtlinien mit der These bereichert hat, nicht »Personen« oder »Persönlichkeiten« – Bismarck, Karl der Große, Päpste und Feldherren – bestimmten den Gang der Weltgeschichte, sondern das Volk, die große Masse?
Wer nun meint, seine Chance sei gekommen, er dürfe sich endlich aus dem warmen Nest der großen Masse herausheben und zur selbstbewußten Persönlichkeit werden, die eine veränderungswillige Generation so nötig hat, wird sich im Zweifelsfall einer unheiligen Allianz gegenübersehen. Nein, werden grüne Fundamentaloppositionelle rufen, wir wollen Basiskontrolle und keine Persönlichkeiten. Sollte eine solche ihr Haupt erheben – Kopf ab, wir bleiben durchschnittlich. Auch der freundliche Sozialdemokrat von ne-

benan wird den Frager lächelnd bescheiden, er glaube nicht, daß ein alternativer Sonnenkollektorenfabrikant die Weltgeschichte ändern kann.
Nein nein, die Masse bleibe ruhig Basis. Mit »Persönlichkeit« ist etwas ganz anderes gemeint. Wer ist der starke Mann aus dem Süden, der intelligente Bösewicht, die machthungrige Persönlichkeit par excellence? Franz-Josef Strauß, natürlich. Nur wenn man sich endlich dazu bekennt, daß Persönlichkeiten den Gang der Dinge ganz entscheidend beeinflussen können, wird der alte Hattrick wieder gelingen, mit dem die SPD sich schon manches Mal vor der wohlverdienten Oppositionsrolle gedrückt hat: lieber Vogel als Strauß.
Das wird womöglich diesmal nicht funktionieren. Und davon könnte eine andere Partei profitieren, die sich stets rühmt, ganz und gar nicht personen- und autoritätsfixiert zu sein. Doch fällt ihr nichts anderes ein (was zu erwarten ist), wird gerade sie einen Strauß umso bitterer nötig haben, je lauter die SPD mit den Schafen blökt und je aufgeschlossener sie sich »berechtigten« ökologischen Anliegen gegenüber zeigt: die Partei der Grünen.
Gegen eine mit Sachzwängen operierende und sich freigeistig gebende sozialliberale Koalition ist schwieriger kämpfen als gegen die zum Erzfeind hochgejubelte Person Franz-Josef Strauß. Wo Strauß Kanzler werden könnte – und womöglich Außenminister wird –, ist klassischer politischer Protest wieder möglich. Protest, der sich um Differenzierungen, Nuancen und Spielräume nicht mehr kümmern müßte, der sich wieder als Stimme des vom Tyrannen unterdrückten Volkes gerieren könnte.
Das wäre allerdings der traurigste Abgesang auf einen vierzehnjährigen Lernprozeß.

*Der Mensch – kulturpessimistisch*

Doch keine Sorge. Eine CDU-Regierung – sollte es sie nach dem 6. März denn geben – kann gar nicht so viel rückgängig machen, wie eine experimentierfreudige Generation schon entdeckt und verworfen hat. Sie wird auch keine neuartige Bedrohung für die sein, denen »die Bombe« schon längst als Argument dafür dient, das Leben vor dem Tod erst gar nicht zu versuchen. Sie könnte sogar – wie hier gezeigt werden sollte – das kulturpolitische Leben in der Bundesrepublik ungemein bereichern. Doch zu solch radikalen Wenden wird sich selbst diese Partei der Wende nicht entschließen können.
Schade. Die Kinder der sozialliberalen Ära werden sich ihre Kurzweil wohl ohne Regierung verschaffen müssen. Das wäre nun wirklich etwas unerhört Neues.

*Eva Demski*, geb. 1944, lebt als Journalistin und Schriftstellerin in Frankfurt.

*Bernd M. Malunat*, geb. 1943, ist Politologe und arbeitet am Geschwister-Scholl-Institut der Universität München.

*Dieter Kampe*, geb. 1952, studierte Politologie, Volkswirtschaft und Soziologie; arbeitete anschließend am Deutschen Institut für Entwicklungspolitik und am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung; lebt in Berlin als freier Journalist.

*Jürgen Forster*, geb. 1938; Journalist in Bonn; seit 1973 Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* für Wirtschafts- und Sozialpolitik.

*Ursula Krechel*, geb. 1947, lebt als Schriftstellerin in Frankfurt. Ihr Text ist ein Vorabdruck aus der erweiterten Neuausgabe von *Selbsterfahrung und Fremdbestimmung – Bericht aus der Neuen Frauenbewegung*, dort unter dem Titel: »Das Gelbe vom Ei« (Luchterhand 1983).

*Yaak Karsunke*, geb. 1934, freiberuflicher Schriftsteller in Westberlin. Erste Gewerkschaftsmitgliedschaft 1960/62, seit 1974 Mitglied der IG Druck und Papier.

*Uwe Wesel und Wolf-Dieter Narr* sind Professoren an der Freien Universität Berlin (Rechtsgeschichte bzw. Politikwissenschaft)

*Günter Gaus*, geb. 1929; von 1969 bis 1973 Chefredakteur des *Spiegel;* 1973-1981 Staatssekretär im Bundeskanzleramt und in dieser Zeit (Juni 1974-Januar 1981) der erste Leiter unserer »ständigen Vertretung bei der DDR«; lebt heute als Schriftsteller, Publizist und Fernsehautor in Reinbek bei Hamburg.

*Karl-Heinz Harenberg*, geb. 1936, ist Fachredakteur beim NDR-Hörfunk für Sicherheitspolitik und Friedensforschung mit einer eigenen Sendereihe: »Streitkräfte und Strategien«.

*Helmut Kerscher*, geb. 1948, ist Jurist und arbeitet als Redakteur bei der *Süddeutschen Zeitung* in München.

*Fritz Franz*, geb. 1924, ist Richter in Berlin; Veröffentlichungen insbesondere zum Ausländer- und Asylrecht (siehe auch *Kursbuch 62*).

*Hans-Georg Behr*, geb. 1937, studierte Psychologie und Geschichte und arbeitet als freier Journalist.

*Cora Stephan*, geb. 1951, lebt als Publizistin in Frankfurt und im Vogelsberg.

Kursbuch 72 **Die neuen Kinder** Juni 1983

Kursbuch 73 **Die Unmöglichkeit des Konservativismus** September 1983

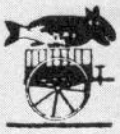
Gepriesen sei die Wende, die uns aus dem falschen Fortschritts- und Wachstumsdenken zurückführt zum Alten Wahren, zurück ins Biedermeier oder in die Steinzeit. Sofern es nur mit Hi-Fi-Begleitung geschieht, gar nicht zu reden von anderen Errungenschaften und Besitzständen, die uns keiner nehmen soll, von den Pampers bis zur Rente. Tatsächlich können wir heute alles haben, imitieren, restaurieren, was der Fortschritt einst gebracht und dann hinter sich gelassen hat. Auf *was* wir jeweils setzen, ist in unser Belieben gestellt: das Richtige, Heile, Natürliche als willkürliche Konstruktion, als Flickwerk. Damit aber wird die »Rückbesinnung« ebenso haltlos wie der Blick und Griff in die Zukunft. Mit dem emphatischen Begriff der *Moderne*, der politische und kulturelle Avantgarde ineins setzte, ist auch sein Gegenbegriff zerbrochen, der *Konservativismus*. Die Scherben liegen herum, sie eignen sich für manches Kaleidoskop.

*Nagisa Oshima*
**Die Ahnung der Freiheit**
Streitbare Schriften des berühmtesten japanischen Filmemachers über die Ästhetik des Films, die Tabus der modernen japanischen Gesellschaft, über das Aufwachsen in Konventionen, die guten Sitten und die Pornographie.
Aus dem Französischen von Grete Osterwald und Uta Goridis.
Englische Broschur,
mit zahlreichen Abbildungen,
192 Seiten, DM 29.80

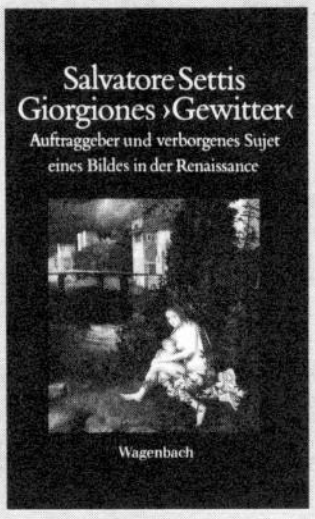
*Victor Zaslavsky*
**In geschlossener Gesellschaft**
Gleichgewicht und Widerspruch im sowjetischen Alltag.
Das »Monolithische« ist aufgebrochen und eine Dynamik ist in Gang gekommen, die eine Wende in der Entwicklung bewirken wird.
Aus dem Amerikanischen von Rosemarie Farkas.
Broschiert, 180 Seiten,
DM 24.80

*Peter Brückner*
**Psychologie und Geschichte**
Vorlesungen im »Club Voltaire« 1980/81
Ausgangspunkt ist die immer noch gleich aktuelle wie beunruhigende Frage: Wie ist Faschisierung möglich, wie können Millionen Menschen ohne jede »historische Vernunft« ein System bilden, das ihnen schadet?
Broschiert, 280 Seiten, DM 29.–

# Wagenbach



*Salvatore Settis*
**Giorgiones »Gewitter«**
Auftraggeber und verborgenes Sujet eines Bildes in der Renaissance
Durch die überraschende Kombination der Bildelemente erhält das Bild eine neue, moderne Bedeutung. Aus dem Italienischen von Maja Pflug.
Englische Broschur,
zahlreiche Abbildungen,
208 Seiten, DM 36,–



*Antonio Negri*
**Die wilde Anomalie**
Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft
Negri legt Aktualität und Widerspruch seines Denkens frei.
Brosch., 288 Seiten, DM 38,–

. . . inzestuös gezüchtete Bürohengste, nach oben sklavenhaft behende, nach unten militärisch barsch . . . Werkzeug jeder Diktatur, pflichteifrig bis zur Tollwut, schlampig entnazifizierte Sozialtechnokraten . . . schlecht bezahlte Stehkragenproletarier, unfrei und rechtlos als Bürger, kastenähnlich abgetrennt . . . reformfreudig, uneigennützig, die letzten Bastionen liberaler Denkweise, ihrer Zeit um Jahre voraus, in den Revolutionen vorneweg, nur durch frühere und heutige Radikalenerlasse zu bremsen . . .
All das waren und sind die deutschen Beamten.
Aber wann was?
Und die Gründe?
Und was ist geblieben?
Titel: DAS GEWÖHNLICHE AUGE DER MACHT. Sozialgeschichte der Beamten.
Gerhard Armanski.
Viele Dokumente, 28 DM.
Im guten Buchhandel.

: TRANSIT
Buchverlag Onnenstr. 2 1 Berlin 61 Tel. 030-691 20 35

MERVE VERLAG

Heiner Müller
Rotwelsch
14,-DM

Jean Genet
Fragmente...
6,-DM

Jean-Luc Godard
Liebe Arbeit Kino
Rette sich wer kann
10,-DM

Nietzsche
ein Lesebuch
von Gilles Deleuze
8,-DM

Jean Baudrillard
KOOL KILLER oder
Aufstand der Zeichen
9,-DM

Michel Foucault
Dispositive der Macht
Über Sexualität,
Wissen und Wahrheit
12,-DM

Maurice Blanchot
Die Literatur und
Das Recht auf den Tod
11,-DM

Wolfgang Müller (Hg.)
Geniale Dilletanten
10,-DM

19. 6. 8

MERVE
1 BERLIN 15
postfach 327

**Kursbuch 71** **März '83**

# Zur Lage der Nation

Gemessen an den emotionalen und verbalen Schüben, die einst das Ende des CDU-Staats beförderten, geschah der Abschied vom (liberal gebrochenen) SPD-Staat fast klang- und klaglos. Als er begann, gab es Hoffnungen, als er endete - Unmut und Unbehagen. Selbst bei jenen, die jetzt »den neuen Anfang wählen«. Wenn man bedenkt, was sie in den letzten 13 Jahren alles nicht beginnen mochten. . .

Aber man braucht deshalb nicht gleich den Teufel an die Wand zu malen. Dort stehen genügend andere Menetekel. Die Probleme sind die alten, die Mittel wohl auch; bis auf ein paar weitere Schnitte ins soziale Netz und ein paar weitere Knoten im Gesinnungsnetz. Trotzdem: es wird Veränderungen geben, sie zeichnen sich schon ab. Man (kon)formiert sich.

Manche werden nun, mit Blick auf Bonn, ein grünes Wunder erhoffen (und vielleicht ein blaues erleben). Andere aber werden sich, wie **Kursbuch 71**, diverse Gedanken machen zur eigenen und zur Lage der Nation.

**Kursbuch 72** **Juni '83**

# Die neuen Kinder

Unser neuer Kanzler hat gesagt, wir Deutschen müßten wieder mehr Kinder haben. Unser Kanzler steht dem deutschen Volk bekanntlich sehr nahe, oder dieses ihm. Jedenfalls teilt es seinen Wunsch: Türken raus, Kinder rein. Am stärksten hat sich der neue Kinderwunsch aber dort inkarniert, wo es dem Kanzler vielleicht gar nicht paßt: bei denen, die sich und die Welt verändern wollen - gestern über die Profit- und heute über die Geburtenrate.

Oder wollen sie sich und die Welt schon nicht mehr verändern, sondern - übers Kind - befrieden? So ein Kind absorbiert ja allerlei an Sehnsüchten und Ängsten, an Projektionen und Theorien. Denken wir nur ein paar Jahre zurück: Die Kinder fraßen die Revolution, buchstäblich. Und sie gediehen dabei, wie es scheint. Heute dagegen werden sie erschreckend theorielos gezeugt und gezogen, oft sogar nach Großmutterrezepten, mit einer Öko-Zugabe. Ob sie auch das verkraften? Sicher. Kinder sind ja so robust. Deshalb helfen sie ihren schwachen Eltern zu überleben.

---

Ich möchte das **Kursbuch** im Abonnement beziehen. Bitte lassen Sie es mir regelmäßig zuschicken - im Jahresabonnement zu DM 28 für vier Hefte plus Porto.

Meine Abonnementsbestellung gilt ab einschließlich Nummer

---

Bitte veranlassen Sie, daß mir folgende **Kursbücher** zusätzlich zu meinem Abonnement zum Preis von DM 7 geliefert werden:

---

Bitte veranlassen Sie, daß mir folgende **Kursbücher** zum Einzelpreis von DM 9 geliefert werden:

# Einladung zum Abonnement

Das **Kursbuch** wird herausgegeben von Karl Markus Michel und Tilman Spengler; freie Mitarbeit: Hans Magnus Enzensberger; Redaktion: Ingrid Karsunke.

Das **Kursbuch** erscheint in geregelter Unregelmäßigkeit mit vier Heften im Jahr. Die Hefte haben einen Umfang von jeweils 192 Seiten. Im Einzelverkauf kostet das **Kursbuch** DM 9.

Wenn Sie sich zu einem Abonnement entschließen, kostet das Einzelheft statt DM 9 nur DM 7.

Wie kommen Sie an dieses Abonnement? In jeder Buchhandlung können Sie Ihr Abonnement einrichten. Bitte wenden Sie sich an Ihren Buchhändler.

Ist Ihr Buchhändler unwillig oder keine Buchhandlung in der Nähe, schicken Sie uns bitte diese Karte. Wir sorgen dafür, daß sie das **Kursbuch** regelmäßig, sofort nach Erscheinen erhalten (pro Jahr DM DM 28 für vier Hefte plus Porto).

Übrigens:
Wenn Sie jetzt abonnieren, können Sie bereits erschienene Hefte zum Abo-Preis nachbeziehen. Und: von jeweils 5 bestellten früheren **Kursbüchern** erhalten Sie eins geschenkt!

**Lieferbare Kursbücher:**
70: Macht
69: Unsere Wirtschaft
68: Furcht und Zittern
67: Militär
66: Die erfaßte Gesellschaft
65: Der große Bruch – Revolte 81
64: Das Wetter
63: Spielregeln
62: Vielvölkerstaat Bundesrepublik
61: Sicher in die 80er Jahre
60: Moral
59: Bilderbuch
58: Karrieren
57: Der Mythos des Internationalismus
56: Unser Rechtsstaat
55: Sekten
54: Jugend
53: Utopien II: Lust an der Zukunft
52: Utopien I: Zweifel an der Zukunft
51: Leben gegen Gewalt
50: Bürgerinitiativen
49: Sinnlichkeiten
48: Zehn Jahre danach
47: Frauen
46: Volksfront für Europa?
44: Unsere Unterwelt
42: Unsere Bourgeoisie
41: Alltag

---

Bitte schicken Sie mir Ihren Almanach »Das kleine Rotbuch« kostenlos zu.
Hier meine Adresse

**Bitte als Postkarte frankieren**

Name _____

Straße _____

Ort _____

Und die meiner Freundinnen/Freunde:

**Rotbuch Verlag**
**Potsdamer Str. 98**

**1000 Berlin 30**

83 - 186

# Rotbücher zur Lage der Nation

225: Eva Schindele **Mieter stören** Alltag und Widerstand in einem Berliner Sanierungsgebiet. 208 S. DM 12 (11) – ›Wir dachten zuerst, das wäre politisch, und sind erstmal gar nicht da hingegangen.‹

102: F. C. Delius **Unsere Siemens-Welt** Eine Festschrift zum 125jährigen Bestehen des Hauses S. Erweiterte Neuausgabe. 160 S. DM 12 – Ein Konzern – wie er entstand und was er heute so alles treibt. Dokumentarsatire!

222: Aras Ören **Die Fremde ist auch ein Haus** Berlin-Poem. Aus dem Türkischen von Gisela Kraft. 72 S. DM 8 – ›Hinter dem Bagger erschien eine Straße, die Fremde begann. / Die Fremde begann schon in der Heimat, aber mein Vater / nannte sie »Deutschland«. / Ich nenne sie jetzt »Türkei«.‹

123: Armanski u. a. **Rührt euch!** Über den antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr. 128 S. DM 7 (6) – »Dieses Buch wird mit seinen extremen Positionen ›normalen‹ Wehrpflichtigen wenig helfen.« (Einkaufszentrale für öffentliche Bibliotheken).

249: Wolf Wagner **Die nützliche Armut** Eine Einführung in Sozialpolitik. 160 S. DM 10 (9) – ›Wenn von Sozialpolitik die Rede ist, wird meist auch das Bild vom »Netz der Sozialen Sicherheit« benutzt. Ich behaupte: Das Netz ist in Wirklichkeit umgestülpt! Anstatt daß es nach unten durchhängt, damit man sich ruhig hineinfallen lassen kann, wölbt es sich hoch.‹

160: Winfried Thomsen/Mali + Werner **Die Unschuld von Bonn** Ein Schmieren-Comic mit drei Marx-Brothers und einem idealen Staatsbürger. 96 S. DM 8 – Graucho: »Wenn du nicht gedient hast, darfst du auch nicht wählen. Wenn du nicht wählst, darfst du auch nicht bei Rot über die Kreuzung gehen. Wenn du keinen Hund hast, darfst du auch keine indirekten Steuern zahlen.«

263: Christel Dorpat **Welche Frau wird so geliebt wie du** Eine Ehegeschichte. 136 S. DM 9 (8) – In ihrem Buch fängt Christel Dorpat sehr lebendig die Lebensvorstellungen und -möglichkeiten im Nachkriegsdeutschland ein. Da ist der durch Arbeit, Haushalt und Kinderkriegen und -erziehen bestimmte, immer gleiche Alltag, unterbrochen von den als Festtagen empfundenen Sonntagsausflügen, zu denen man sich extra schick macht. Und da ist auch das bittere Ende der Desillusion und der Trennung.

Peter-Paul Zahl **Die Glücklichen** Schelmenroman. 528 S. DM 28 – ›Wenn je der Begriff Sympathisant als sehr genaue Bezeichnung für Gesinnungsfreunde der Gewalttäter einer Rechtfertigung bedurft hätte, so ist sie in Zahls Roman zweifellos zu finden. Das Resultat ist ein Buch ohne Maß und Ordnung.‹ (Neue Zürcher Zeitung, 18. 6. 1980)

140: Peter Schneider . . . **schon bist du ein Verfassungsfeind** Das unerwartete Anschwellen der Personalakte des Lehrers Kleff. 112 S. DM 9 – »Zum Schluß will ich Ihnen meinen Eindruck von dem Gespräch nicht verschweigen. Ich hatte keinen guten Eindruck von den Herren und ich habe bei Ihnen keinen guten Eindruck hinterlassen.«

267: Wolfgang Pohrt **Endstation** Über die Wiedergeburt der Nation. Pamphlete und Essays. 144 S. DM 10 (9) – ›Die Friedensfreunde und Alternativen, die sich jetzt über ihn empören, möchte ich fragen, wer in jüngster Zeit ähnlich Erhellendes über das KZ-Universum geschrieben hat wie Pohrt in seinem Essayband »Ausverkauf«. Daß er wie besessen auf diesem Thema insistiert, sehe ich als Reaktion auf den Vorzeichenwechsel, unter dem jetzt Vergangenheitsbewältigung betrieben wird.‹ (Lothar Baier in »Die Zeit«)


**Rotbuch Verlag**

POTSDAMER STR. 98
1 BERLIN 30


Zeichnung: Ralf Weide

# ROWOHLT 1908 1983

*fünfundsiebzig!*

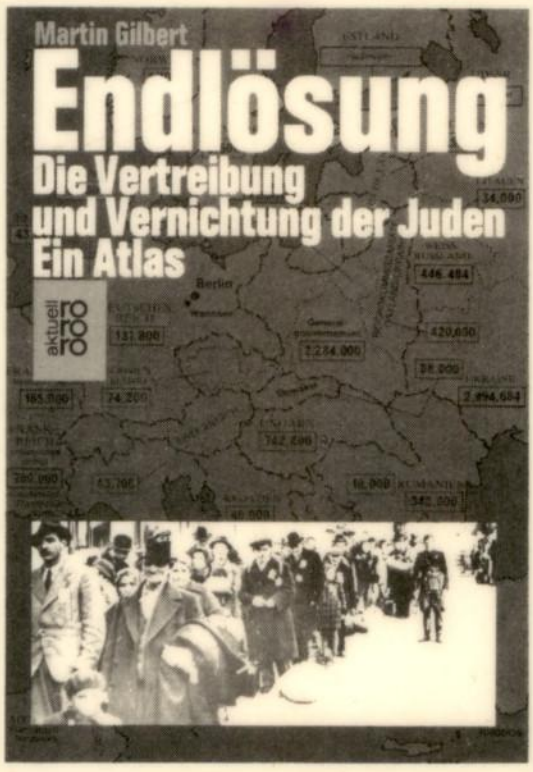
# Rowohlts Bücher zum Thema Nationalsozialismus Eine Auswahl:

Demant, Ebbo (Hg.)
**Auschwitz – »Direkt von der Rampe weg . . .«**
Kaduk – Erber – Klehr: Drei Täter geben zu Protokoll
(4438 / DM 5,80)

Focke, Harald/Reimer, Uwe
**Alltag unterm Hakenkreuz 1**
Wie die Nazis das Leben der Deutschen veränderten
(4431 / DM 6,80)
**Alltag der Entrechteten**
Wie die Nazis mit ihren Gegnern umgingen. Alltag unterm Hakenkreuz 2
(4625 / DM 7,80)

Kühnl, Reinhard
**Formen bürgerlicher Herrschaft**
Liberalismus – Faschismus.
(1342 / DM 5,80)
**Formen bürgerlicher Herrschaft II.** Der bürgerliche Staat der Gegenwart.
(1536 / DM 5,80)
**Faschismustheorien.**
Texte zur Faschismusdiskussion 2. Ein Leitfaden.
(4354 / DM 7,80)

Ingke Brodersen / Klaus Humann / Susanne v. Paczensky (Hg.)
**1933: Wie die Deutschen Hitler zur Macht verhalfen**
Ein Lesebuch für Demokraten
(5118 / DM 10,80)




»Dieser Atlas lehrt eine neue Geographie: Die Landkarte der Erinnerung.«
(Günther Schwarberg, STERN)
Dieser Atlas zeigt auf 316 Karten, vielen Fotos und Dokumenten Hitlers planmäßigen Vernichtungsfeldzug gegen die Juden: die Zwangsvertreibung, die Errichtung von Gettos, Festnahmen und Deportationen, die Todeslager und Exekutionen. Der Atlas beschreibt aber auch die Racheakte an der Zivilbevölkerung, die Euthanasieprogramme, die Exekutionen von Zigeunern, Homosexuellen und der Zeugen Jehovas.
(Großformat, 5031, DM 25,00)

Leiser, Erwin
**»Deutschland, erwache!«**
Propaganda im Film des Dritten Reiches (783 / DM 5,80)

Müller-Münch, Ingrid
**Die Frauen von Majdanek**
Vom zerstörten Leben der Opfer und der Mörderinnen.
(4948 / DM 8,80)

**5 Millionen Deutsche: »Wir sollten wieder einen Führer haben . . .«**
SINUS-Studie über rechtsextremistische Einstellungen bei den Deutschen
(4929 / DM 5,80)

Stümke, Hans-Georg / Finkler, Rudi
**Rosa Winkel, Rosa Listen**
Homosexuelle und »Gesundes Volksempfinden« von Auschwitz bis heute
(4827 / DM 12,80)

Zadek, Walter (Hg.)
**Sie flohen vor dem Hakenkreuz.**
Selbstzeugnisse der Emigranten. Ein Lesebuch für Deutsche. (4836 / DM 9,80)

Zülch, Tilman (Hg.)
**In Auschwitz vergast, bis heute verfolgt.** Zur Situation der Roma (Zigeuner) in Deutschland und Europa.
(4430 / DM 8,80)

ro ro ro

**Der erste deutsche Taschenbuch Verlag**